

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw - 12



Pariser Kommune 1871

DEMOKRATISIERUNG DER KOMMUNEN

ISSN 0170-4613

7,70 DM

Karl-Heinz Hansen: Schlußplädoyer
vor der SPD-Schiedskommission

September 1981

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Harsewinkel), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Wiesbaden), Arno Brandt (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Joachim Günther (Berlin-West), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Gerald Mackenthun, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Andreas Westphal.

Sekretariat: Joachim Pieczkowski

Redaktion und Vertrieb: Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel.: (030) 8342422

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Königsweg 310, 1000 Berlin 39, HRB 13699.

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz.

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin (West).

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktober Druck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-3. Tausend September 1981

Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich mit einem Gesamtumfang von mindestens 420 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 7,70 DM, in der Republik Österreich 60,— ÖS, in der Schweiz 8,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 5,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 6,— DM (45,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 35 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 18 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 1115028300 (BLZ 100 101 11)
Postcheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält einen Prospekt der Tageszeitung »Die Neue« und des VSA-Verlages, Hamburg sowie — in Teilaufgabe — den Prospekt des spw-Verlages, Berlin (West).

Inhalt

Verlagsmitteilungen	2
Editorial	3

Aktuelle Kommentare

<i>Karl-Heinz Hansen, MdB</i> Schlußplädoyer vor der Schiedskommission des SPD-Bezirks Niederrhein	5
<i>Leonhard Hajen</i> : Die Auseinandersetzung um sozialdemokratische Reformpolitik in der Hamburger SPD	9

Diskussionsschwerpunkt: Demokratisierung der Kommunen

<i>Robert Brögeler/Joachim Günther</i> Linke Kommunalpolitik und sozialistische Strategie	12
<i>Stefan Krätke</i> Alternative Wohnungspolitik am Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus	19
<i>Karin Westermann</i> : SOS aus SO 36	31
<i>Klaus-Jörg Siegfried</i> Kommunale Realität, Bürokratie und Herrschaft	42

Außerhalb des Schwerpunktes

<i>Karl A. Otto</i> : Ist die »Ostermarsch«-Bewegung wieder aktuell?	52
<i>Michael Ernst-Pörksen</i> : Staatsverschuldung und Sozialabbau	62
<i>Christian Schmidt</i> : Adieu à la Bourgeoisie?	73
<i>Arbeitsgruppe Gewerkschaften</i> : Berufspolitik und alternatives Beschäftigungskonzept — die Deutsche Postgewerkschaft	80
<i>Erwin Seyfried</i> : Männer-Emanzipation bei den Jusos?	88

Dokumentation

Antrag zum Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 26.-28. Juni in Lahnstein: Für eine wirkliche Friedenspolitik — Den Nato-Raketenbeschluß verhindern	93
---	----

Berichte

<i>Günter Beling/Olaf Scholz</i> Juso-Bundeskongreß 1981 — Auftrag zur Linkswendung	97
<i>Martina Tiltmann</i> : Bericht über die Bundeskonferenz sozialdemokratischer Frauen (AsF) vom 15. — 17. Juni in Bad Godesberg	102
<i>Peter Pelinka</i> : SPÖ-Parteitag 1981	105
<i>Günther Bachmann, Karin Gauer-Krusewitz</i> Bericht über die Volks-Uni 1981	107

Besprechungen

<i>Hans-Dieter Bamberg</i> : ÖTV-Berlin: »Öffentlicher Dienst — ein Dienst für alle« ..	108
<i>Heike Wilke</i> : Anna Thüne und Rina Olfe-Schlothauer: FrauenBilderLeseBuch	110

Verlagsmitteilungen

1. spw-Register

Mit dem nächsten Heft (spw) 13) werden wir den 4. Jahrgang abgeschlossen haben. Dreizehn Ausgaben der laufenden Zeitschrift, drei Sonderhefte (SH) sowie eine Monographie sind dann seit Herbst 1978 in unserem Verlag erschienen. Der Überblick über die Veröffentlichungen im einzelnen fällt schwer: Wer hat bisher in *spw* geschrieben, zu welchen Themen brachte die Zeitschrift Analysen, Berichte, Kommentare? Nach Meinung der Redaktion ist es Zeit, einen »Wegweiser« durch gut drei Jahre *spw* zu schaffen. Ein Register hat die Aufgabe, den Zugriff auf die Zeitschrift und die Arbeit mit ihr zu erleichtern. Orientierungen zu ermöglichen, heißt auch, die Entwicklung der Zeitschrift durchsichtig und kritisierbar zu machen. Im Vorgriff auf die für 1982 geplante Erweiterung des Heftumfangs um einen Druckbogen auf 128 Seiten wird spw 13 (Auslieferung: Anfang Dezember) auf den »neuen« 16 Seiten ein Register für die Hefte 1 bis 13 sowie SH 1 und 3 bringen. Es wird enthalten: a) alphabetisches Register der Beiträge nach Verfasseramen, b) Stichwort-Register (vorangestellt ein systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Stichworte) und c) ein Verzeichnis aller spw-Autoren.

Der Service wird kostenlos sein, d.h. spw 13 wird unbeschadet der ab Heft 14 (1982) unumgänglichen Preiserhöhung zum alten Preis verkauft werden. Ab spw 14 werden die zusätzlichen Seiten mit einer veränderten Heftstruktur verbunden sein: Nicht dem Diskussionsschwerpunkt oder den anderen Aufsätzen soll weiterer Raum verschafft werden, sondern den Rubriken »Berichte«, »Archiv« und »Buchbesprechungen«. Statt bisher einem wird *spw* künftig — wie übrigens schon in spw 10 und in diesem Heft — mindestens zwei »aktuelle Kommentare« enthalten.

2. spw-Buch zum M.A.N. Betriebskonflikt (vgl. Verlagsmitteilung in spw 11)

Bearbeitung und redaktionelle Vorbereitung des Manuskripts für den Satz beanspruchten mehr Zeit als erwartet. Die Fertigstellung des Bandes ist nunmehr für November geplant, Auslieferung zusammen mit spw 13.

* * *

Errata zu spw 11

Durch ein Versehen fehlte der Nachweis des Umschlagfotos. Wir entnahmen es mit freundlicher Genehmigung der *Elefanten Press* dem *FrauenBilderLesebuch*, Berlin (West) 1980, S.109.

Die Verse des Titelblatts

»Es geht um unser Leben auf der Welt,
daß uns die Ordnung, die wir stören,
am Ende nicht als Chaos überfällt.
Laß uns der Welt gehören.«

stammen aus dem Gedicht von *Ute Erb*, Gespräch über den Frieden (für Nazim Hikmet), abgedruckt in: *Ute Erb*, Schulter an Schulter, edition neue wege, Berlin (West) 1979, S.57.

Editorial

Das Thema Kommunalpolitik erinnert an politischen Provinzialismus, Schwimmbadbau, Bürokratie und »Bürgernähe« — ganz im Gegensatz zum Thema Kommunismus — obwohl beide Begriffe auf den gleichen lateinischen Wortstamm *kommun, gemeinschaftlich*, zurückgehen. Offensichtlich ist die Vorstellung über »Gemeinschaftliches« im politischen Bewußtsein der Bevölkerung höchst unterschiedlich. Nach herrschender Staatslehre sind Kommunen öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften mit dem Recht der Selbstverwaltung, die durch ihre dezentrale Form staatlicher Verwaltung ein Kennzeichen demokratischer Gesellschaftsordnung sein sollen. Daß dieser Anspruch mit der Realität nicht übereinstimmt, drückt sich durch unterschiedlichen politischen Widerstand aus, der in den letzten Jahren durch staatliche Eingriffe in den unmittelbaren Wohn- und Lebensbereich der Bevölkerung verursacht wurde. Welche Bedeutung kommt dieser Entwicklung für sozialdemokratische Politik zu?

Das vorliegende Heft behandelt einzelne Aspekte dieses Problems. Es ist aber weit davon entfernt, die gestellte Frage mit einem einheitlichen Strategievorschlag linker Sozialdemokraten zu beantworten. Wie alle *spw*-Hefte, will auch dieses Heft zur Diskussion anregen, um in der Bestimmung des Verhältnisses von Kommunalpolitik zu sozialistischer Transformationsstrategie auch allgemein voranzukommen. Bei aller thematischen Unterschiedlichkeit der Artikel haben sie doch einen gemeinsamen thematischen Bezugspunkt: Ihre Autoren untersuchen aktuelle Handlungsfelder für ein politisches Eingreifen in den *kommunalen Demokratisierungsprozeß*.

Robert Brögeler und *Joachim Günther* versuchen unter Einbeziehung der Herforder Thesen, die bisherigen Überlegungen zur theoretischen Diskussion kommunalpolitischer Strategien aufzunehmen und Anstöße für eine Weiterentwicklung aus marxistischer Sicht zu geben. Sie plädieren für eine genauere Berücksichtigung kommunalpolitischer Politikfelder in der Transformationsdiskussion der Linken. Die Autoren argumentieren für die Verknüpfung einer betrieblich und gewerkschaftlich orientierten politischen Arbeit mit der im »Reproduktionsbereich«, dem traditionell vereinseitigten Arbeitsfeld der Juso-Organisation. *Stefan Krätke* sieht in der Kommunalisierung des Wohnungsbaus einen Weg zur Lösung der herrschenden Wohnungskrise. Er zeigt, daß die Wohnungswirtschaft als Kapitalverwertungsbereich in ihrer inflationären Kosten- und Mietentwicklung durch das Konzept des Sozialen Wohnungsbaus nicht korrigiert werden konnte. Die privatwirtschaftliche Organisation des Sozialen Wohnungsbaus führte trotz staatlicher Subventionen zu unerschwinglich hohen Mieten für große Teile der abhängig Beschäftigten. An mehreren empirischen Beispielen zeigt Krätke, daß Planung, Finanzierung und Nutzung von Wohnungen in kommunaler Trägerschaft durchaus kostengünstig, demokratisch und gebrauchswertorientiert entwickelt werden können. *Karin Westermann* stellt in ihrem Beitrag die Entwicklung einer Instandbesetzung in SO 36 in Berlin-Kreuzberg dar und setzt sich dabei kritisch mit der Politik der Jungsozialisten gegenüber den neuen Politik- und Lebensformen der Instandbesetzerbewegung auseinander. Für sie verkennt die abstrakte Kritik der Jungsozialisten, die der Instandbesetzerbewegung mangelnde Verallgemeinerungsfähigkeit ihrer Politik vorwirft, den emanzipativen Gehalt, der die neuen Politik- und Lebensformen der Instandbesetzer charakterisieren soll. Die Jungsozialisten und die SPD-Linke stehen dieser Bewegung damit besserwisserisch und isoliert gegenüber, was ihre eigene Politikfähigkeit einschränkt. *Klaus-Jörg Siegfried* geht in seinem Beitrag auf das Verhältnis von Staat und Ökonomie im Bereich kommunaler Verwaltungsentscheidungen

ein. Am Beispiel der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) weist er nach, daß die offiziell behauptete Gleichrangigkeit von Wahrnehmung, Ausgleichung und Verarbeitung sozialer Widersprüche durch Kommunalverwaltungen der Realität kommunaler Entscheidungsprozesse nicht entspricht. Die Verarbeitung herrschender Wirtschaftsinteressen durch die Bürokratie ist notwendig an die Vernachlässigung sozialer und kultureller Interessen der Mehrheit gekoppelt. Die Entmachtung der politischen Gremien der Städte und Gemeinden (Rat) durch die kommunale Bürokratie und die Zentralisierung von politischen Entscheidungen (KGSt) kann so erklärt werden. Hier hätten Demokratisierungsbemühungen unmittelbar anzusetzen.

Außerhalb des Schwerpunktes wird im vorliegenden Heft auf Diskussionsthemen wie Friedensbewegung, Staatsverschuldung, oder Gewerkschaftsprobleme eingegangen. Die Friedensbewegung hat sich in der Bundesrepublik in erstaunlich kurzer Zeit zu einer der stärksten politischen Bewegungen entwickeln können. Dieser Politisierungsprozeß breiter Bevölkerungsschichten hat in der BRD seine Geschichte. *Karl A. Otto* schildert sie am Beispiel der Entwicklung der Ostermarschbewegung in den 60er Jahren. Dabei macht er wichtige Erfahrungen zugänglich, die helfen können, Weg und Ziel der heutigen Friedensbewegung genauer zu bestimmen. *Michael Ernst-Pörksen* referiert die aktuelle Diskussion um die Staatsverschuldung. Er würdigt die herrschenden ökonomischen Argumente, mit denen ein Abbau der Staatsschulden gefordert wird. Seine sorgfältige Kritik erweist, daß die gängigen Einwände bereits aufgrund ihrer inneren Widersprüchlichkeit nicht überzeugen können. Abschließend erörtert der Autor die Frage, warum trotz widersprüchlicher Beweisführung der Wirtschafts- und Finanzpolitiker die Auseinandersetzung um die »Staatsverschuldung« die öffentliche Diskussion noch länger beherrschen wird. *Christian Schmidt* thematisiert die widersprüchlichen Ausgangspositionen der französischen Linksinregierung nach ihrem deutlichen Wahlsieg. Eine Chance für die französische wie westeuropäische Linke sieht er dann, wenn die eher »sozialdemokratischen« Positionen des Wahlprogramms entschieden fortentwickelt werden auf der Grundlage der wegweisenden politischen Vorstellungen des »Projet Socialiste« der PSF. Die *Autorengruppe Gewerkschaften* gibt in ihrem Artikel einen Überblick über die Politik der Deutschen Postgewerkschaft. Außer Informationen über das Unternehmen der Bundespost, die Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten sowie die Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, liefern die Autoren Belege für die Behauptung, daß die Postgewerkschaft in der zentralen gewerkschaftlichen Auseinandersetzung — der Arbeitsplatzsicherung — eine Politik des Ausbaus des öffentlichen Sektors verfolgt. Abschließend wird die Frage erörtert, wie diese Politik durchgesetzt werden kann. *Erwin Seyfrieds* Artikel ist die erste Reaktion auf den Beitrag von Klaus-Peter Wolf in *spw 11* zum Problem der Männeremanzipation. Seyfried tritt für eine stärkere »Öffentlichkeit« des Privatlebens in politischen Arbeits- und damit Lebenszusammenhängen ein; denn »der Wunsch des einzelnen, es anders machen zu wollen (reicht zur Persönlichkeits- und Gesellschaftsveränderung) nicht aus«.

Die Redaktion

Aktuelle Kommentare

Kar-Heinz Hansen

Schlußplädoyer vor der Schiedskommission des SPD-Bezirks Niederrhein

Vorbemerkung

Die »Friedensliga« (Bebel) SPD wird weiter demontiert. War schon die Zustimmung zum NATO-Aufrüstungsbeschluß eine folgenschwere Etappe, so ist mit dem Ausschluß eines seiner schärfsten Kritiker aus der SPD — nämlich Karl-Heinz Hansen — eine weitere Markierung auf diesem Weg gesetzt worden. Stellvertretend für Tausende anderer Sozialdemokraten soll Hansen als ein weiteres »Notopfer« für die Regierung Schmidt »geschlachtet« werden. Um diese Absicht verborgen zu halten, wählten der SPD-Bezirksvorsitzende von Niederrhein und seine Schiedskommission die Form der Kritik als Ansatzpunkt.

Der von der Bezirksschiedskommission Niederrhein beschlossene Ausschluß von Hansen trifft all jene in der SPD, die gemeinsam mit ihm gegen die NATO-Rüstung auftreten. Eine inhaltliche Position, die totale Ablehnung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses vom Dezember 1979, soll aus der SPD ausgegrenzt werden. Die Partei der viel zitierten »Freiheit des Geistes« schränkt also ihr Meinungsspektrum in der Friedens- und Abrüstungsdiskussion ein, wenn es nicht gelingt, die Entscheidung des Bezirks Niederrhein zu korrigieren. Für den weiteren Kurs der SPD und für ihr Verhältnis zur Friedensbewegung wäre eine Bestätigung des Ausschlusses durch die Bundesschiedskommission richtungweisend. Hansen vertritt — ungeschminkt und radikal — demokratisch gefaßte Parteitagbeschlüsse der SPD. Wenn dies mit dem Parteiausschluß bestraft wird, steht es schlecht um die Kräfte, die die SPD in eine mehrheitlich sozialistische Partei verändern wollen. Dann haben offensichtlich eher jene das Sagen, die sozialliberale Regierungspolitik als Parteilinie für die SPD ausgeben, und jene amerikanischen Reagan-Administranten, die glauben, die Bundesrepublik wie einen Satellitenstaat behandeln zu können. Der rechte Parteiflügel ist dabei, im »Fall Hansen« eine innerparteiliche Niederlage für Brandt vorzubereiten. Wie glaubwürdig kann denn Willy Brandt noch für eine »Null-Lösung« auf dem Verhandlungswege, also für einen Verzicht auf die neuen amerikanischen atomaren Mittelstrecken-Raketen und Marschflugkörper eintreten, wenn eben ein Verfechter dieser Position administrativ aus der SPD entfernt werden soll? Hansen reklamiert für sich außerdem das Recht — und Brandt hat mit seiner Moskau-Reise im Sommer nichts anderes demonstriert —, daß ein SPD-Bundestagsabgeordneter und jedes andere Parteimitglied politische Fragen anders einschätzen darf als eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die — bleibt sie beim amerikanischen NATO-Kurs — als Aufrüstungskabinet in die Geschichte eingehen kann. Weil Brandt in der Abrüstungsdebatte eine eigenständige Rolle der SPD gegenüber der amtierenden sozialliberalen Bundesregierung und der US-Administration herausgestellt hat, ist er von den bürgerlichen Kräften in einer Art und Weise angegriffen worden, die an die Auseinandersetzung um die Ostverträge erinnert.

Die Parteirechte leistet in dieser Kampagne ihren spezifischen Beitrag, wenn sie den Ausschluß von Hansen weiter betreibt: Sie will die innerparteilichen Kritiker des NATO-Beschlusses mundtot machen und einschüchtern. Jungsozialisten und andere Aufrüstungsgegner sollen dadurch demoralisiert werden. Ja, die Parteirechte kalkuliert ein, daß Teile von ihnen, wegen der schwieriger gewordenen Handlungsbedingungen resigniert, aus der Partei getrieben werden. Je mehr Glaubwürdigkeit die Jungsozialisten durch SPD-Politik verlieren, um so mehr Einfluß büßen sie in der Friedensbewegung ein, um so weniger Druck können sie aus der Friedensbewegung in die SPD hineinvermitteln: Das ist das Konzept der Parteirechten, um die Linke zu schwächen. Insofern wäre ein endgültiger Ausschluß von Hansen zum einen ein schwerer Schlag für die SPD, weil ihr kaum noch

jemand abnimmt, eine Friedenspartei zu sein, zum anderen *aber auch eine Schlappe für die Friedensbewegung der BRD insgesamt*. Der Kampf gegen den Parteiausschluß von Karl-Heinz Hansen geht die gesamte Friedensbewegung an — nicht nur linke Sozialdemokraten. Wer aus Wut und berechtigter Empörung sein Parteibuch abgibt, stärkt weder die Solidarität mit Karl-Heinz Hansen noch die Friedensbewegung innerhalb und außerhalb der SPD. Aber Solidarität mit Hansen heißt: Die Friedensbewegung stärken.

Die Redaktion

*

Worum geht es eigentlich?

Es geht um die Frage, wie weit ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, in der »Friedensliga«, wie sie von Bebel vor langer Zeit genannt wurde, bei seinem leidenschaftlichen Engagement für eine alternative Sicherheits- und wirkliche Verteidigungspolitik gehen darf, ohne dafür den Vorwurf und vielleicht die Konsequenz der Parteischädigung auf sich nehmen zu müssen.

Es geht auch darum, ob eine Untergliederung der Partei eine Entscheidung getroffen hat, die in ihren Auswirkungen für die Gesamtpartei noch gar nicht abzusehen ist, weil bereits jetzt viele Parteimitglieder den Eindruck haben, daß mit dem Kritiker die Kritik verhindert, daß über Formulierungen das Denken getroffen werden soll.

Es geht darum, soviel an Glaubwürdigkeit der Partei in einer Sache auf Leben und Tod vor allem vor den Jüngeren zu retten, wie noch zu retten ist, damit die Frage nach der Vermeidung eines nuklearen Vernichtungskrieges wieder ihre ureigene Sache werden kann.

Was ist eigentlich geschehen?

Am 8. Mai 1981 veranstalteten die Jusos in der Alten Messe in Düsseldorf aus Anlaß der Wiederkehr der Befreiung vom Faschismus eine Podiumsdiskussion über das Thema »Der dritte Weltkrieg ist der letzte«. Ich hielt ein Einleitungsreferat von etwa einer Stunde in freier Rede. Unter anderem behandelte ich dabei auch den Aspekt der mangelnden Transparenz der Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik. Nach einem sinngemäßen Zitat aus Anton-Andreas Guha's Buch »Tod in der Grauzone«, Frankfurt 1980, kritisierte ich die zum Teil mangelhafte, zum Teil falsche Information der Regierungen in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Als ein Beispiel erwähnte ich das Verhalten des damaligen Staatssekretärs Siegfried Mann (heute Geschäftsführer im BDI) bei der Entscheidung über das Tornado-Projekt. Damals wurden Minister, Fraktion und Parlament wichtige Entscheidungsgrundlagen vorenthalten, so daß man von bewußter Täuschung sprechen kann. In diesem Kontext stand das die Aktivitäten des Bezirksvorstandes auslösende wörtliche Zitat:

»Aber auf der anderen Seite muß man genauso die Regierung kritisieren. In dieser Frage auf Leben und Tod kann man auch nicht weiter in Fragen Sicherheitspolitik, Verteidigungspolitik eine Art Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk betreiben. Dies geht auch nicht weiter. Da hat man auch ein Recht auf mehr Information.«

Dabei war damals der schlimme Fall noch nicht eingetreten, daß die Bundesregierung auf eine entsprechende Frage des Herrn Todenhöfer (CDU) im Bundestag das Kräfteverhältnis im Mittelstreckenbereich zwischen NATO und Warschauer Pakt mit 1:8 eklatant falsch beziffert hat, worauf Franz-Josef Strauß und die CDU/CSU sich seither berufen.*

Bei meiner Anhörung vor dem Bezirksvorstand (die ohne Intervention von H.G. Bernrath bei H.O. Bäumer nicht zustande gekommen wäre) am 15. Mai 1981 habe ich auf die Frage des Genossen Schröder, ob ich die Aussage der »Geheimdiplomatie« auch auf den Kanzler oder SPD-Minister beziehen würde, ausweislich des Protokolls sinngemäß geantwortet:

«Was die Frage nach den Ministern angehe, so müsse im einzelnen geklärt werden, um welchen Fall es gehe. Außerhalb werde er (Hansen, d. Red.) es nicht sagen, aber in der Fraktion habe er schon entsprechende Diskussionen z.B. mit Hans Apel gehabt.» Das ist im wesentlichen richtig. Ich füge heute noch hinzu: Wenn sozialdemokratische Minister oder der Kanzler sich so verhalten wie der Herr Staatssekretär Mann, müßte ich sie in gleicher Weise kritisieren, mindestens so, wie Erhard Eppler auf die Frage eines Interviewers vom Westdeutschen Fernsehen (21.5.1981) es getan hat: »Das ist eine sehr verständliche Frage. Aber sie zeigt eben, wie desinformiert unsere öffentliche Meinung ist, und zwar systematisch desinformiert.«

Die Folgen für mangelnde Transparenz in der Politik hat das Papier des Bezirks Niederrhein (Antrag 448) zum Parteitag in Hamburg (15. — 19. November 1977) deutlich angesprochen: »Der Stil dieser Regierung verbreitet Kühle. Partei und Öffentlichkeit werden in die Rolle von Zuschauern gedrängt. Dies entspricht dem der Regierung eigenen technokratischen Verständnis von Politik. Es verhindert z.B. auch, die Ursachen und Konsequenzen der gegenwärtigen strukturellen Wirtschaftskrise offen dazulegen, so daß sie für Parteimitglieder und Wähler verstehbar würde. In diesem Politikverständnis wird die Partei zu einem bürokratischen Apparat, der durch Delegiertenwahlen, Nominierung von Mandatsträgern und Durchführung von Wahlkämpfen die Voraussetzungen für Regierungs- und Gesetzgebungstätigkeit zu liefern hat. Kritik und Widerspruch von seiten der Partei werden als Störfaktoren im reibungslosen Vollzug von Regierungstätigkeit gesehen, die lediglich Zeitverluste und öffentliche Zurschaustellung von »Zerrissenheit« mit sich bringen ...«

Gegen die Stationierung von neuen amerikanischen Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik und für den ungefähr gleichgewichtigen vollständigen Abbau des vorhandenen nuklearen Potentials in Europa werde ich auch in Zukunft mit allen mir zur Gebote stehenden Mitteln kämpfen. Das Mittel der persönlichen Diffamierung ist dabei ausgeschlossen. Vor und seit dem »Konkret«-Artikel im Februar habe ich nie wieder dazu gegriffen. Es erleichtert Gegnern, in der Sache vom wesentlichen auf »Stilistika« abzulenken, Probleme zu personalisieren statt zu analysieren und Regelungsvorschläge zu machen. Ich halte für richtig, was im Niederrhein-Papier dazu steht:

»... Wo technokratisches Politikverständnis vorherrscht, verändert sich auch der parteiinterne Willensbildungsprozeß. Er orientiert sich nicht mehr an politischen Interessen, sondern wird zum Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen Personen und Gruppen. Kritische wie auch zustimmende Äußerungen zur Politik von Sozialdemokraten werden häufig nicht vom sachlichen Gehalt der Aussage her diskutiert und gewürdigt, sondern —

* Vgl. auch: Intern 11/81, 24.6.1981, S.1f.

je nach Standort — als Indiz für Karrierismus, Opportunismus, personalpolitische Intrige oder als Machtkampf zwischen »Linken und Rechten« gewertet.« (Antrag 448, S.437)

Wie ist es zu diesem »Prozeß« gekommen?

Am 9. April 1981 teilt der Genosse H.G. Bernrath (SPD-MdB und stellvertretender Bezirksvorsitzender) mir mit: »Gegen Dich ist wieder etwas im Gange. Man sammelt Material. Nach Ostern soll es losgehen.« Er erwähnt dabei den Namen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Karl Liedtke.

Im Nachhinein ist mir klar geworden, wie ernstzunehmend dieser Hinweis war. Denn in diesem Verfahren hat der Genosse H.O. Bäumer für den Antragsteller mehrfach erklärt, daß man mit dem Beschluß des Bezirksvorstandes über die mir erteilte Rüge vom 6. Februar 1981 eine »Automatik« in Gang gesetzt habe. Da nicht zu klären war und ist, was denn der »Wiederholungsfall« oder — wie auch gesagt wurde — die neue »Verfehlung« sein könnte, die »unverzügliche« Sofortmaßnahmen und ein Parteausschlußverfahren nach sich ziehen sollte, kann das nur heißen: Die Falle ist aufgestellt, bei erster bester Gelegenheit wird sie zuschnappen.

Die erste Gelegenheit war allerdings nicht die beste: Ein Journalist der »Frankfurter Rundschau« (R. Voss) hatte Zitat und Kontext falsch wiedergegeben. Ohne das Zitat zu prüfen oder mir Gelegenheit zur Richtigstellung zu geben, hat Hans-Otto Bäumer zumindest fahrlässig gehandelt, als er mich zwei Tage lang (13. — 15. Mai) in teilweise grob beleidigender Form öffentlich abgeurteilt hat, wobei die Behauptung eines »kaltschnäuzig skrupellos ausgetüftelten Konzepts von Spaltungsbemühungen« noch der mildeste Vorwurf war. Aber über die formalen Beleidigungen wird an anderer Stelle zu reden sein.

Was ist meine Schlußfolgerung?

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Friedensbewegung würden Sanktionen gegen mich weder bei einer großen Minderheit innerhalb der Partei noch bei vielen Menschen außerhalb der Partei Verständnis finden. Der gefundene Anlaß für die aufgestellte »Automatik« reicht bestenfalls aus für weitere Verdächtigungen über die wirklichen Motive der Initiatoren dieses »Prozesses«. An solchen Spekulationen werde ich mich nicht beteiligen. Andererseits halte ich alles, was an konkreten Vorwürfen hier vorgebracht wurde, für unzureichend, um irgendeine Sanktion zu rechtfertigen. Da halte ich es mit Willy Brandt:

»Um das 'mal so deutlich zu sagen: Nicht die Diskussion in meiner Partei ist ein Risikofaktor für die Sicherheit der Bundesrepublik, sondern der Rüstungswahnsinn, der sich immer weiter beschleunigt. Ich kann und will nicht das Austragen unterschiedlicher Standpunkte unterbinden, nur um dem Harmoniebedürfnis einiger in diesem Land entgegenzukommen. Die SPD war in ihrer Mehrheit nie eine im eigentlichen Sinne pazifistische Partei. Jedoch galt und gilt: Ohne Friedenssehnsucht, Anti-Militarismus und eine aktive Friedens- und Abrüstungspolitik verlöre die SPD ihre Identität als Sozialdemokratische Partei. Wir müssen uns als stärkste Friedensbewegung auf deutschem Boden weiter bewähren.« (Weser-Kurier vom 15.5.1981)

Leonhard Hajen

Die Auseinandersetzung um sozialdemokratische Reformpolitik in der Hamburger SPD — Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück

Die jüngste Entwicklung der SPD ist von immer härteren innerparteilichen Auseinandersetzungen um Inhalt und Ziele sozialdemokratischer Politik angesichts der kapitalistischen Gesellschaftskrise gekennzeichnet. Ein Brennpunkt innerparteilicher Kämpfe ist zur Zeit Hamburg. Spektakulärstes Ereignis der Auseinandersetzungen war der Rücktritt des Ersten Bürgermeisters der Hansestadt, Hans-Ulrich Klose, im Frühjahr dieses Jahres. Dieser Rücktritt ist keine Resignation. Er ist die notwendige Konsequenz aus einer Obstruktionspolitik von Teilen des Landesvorstandes und der Fraktion gegen Kloses Bemühen, fortschrittliche Energiebeschlüsse der Partei in Regierungshandeln umzusetzen.

Die Mehrheit im Landesvorstand und der Fraktionsvorsitzende Ulrich Hartmann hatten in der entscheidenden Landesvorstandssitzung deutlich gemacht, daß sie unverändert am Bau des AKW Brokdorf festhalten werden. Die Absicht war klar: Ein Bürgermeister ohne Mehrheit im Landesvorstand und Fraktion ist wie ein Heerführer ohne Truppen. Er steht vor der Alternative, unter Verlust der persönlichen Glaubwürdigkeit die Position zu wechseln, d.h. auf den Pro-Brokdorf-Kurs einzuschwenken, oder seinen Abschied zu nehmen. Beides bedeutet für die Ansätze fortschrittlicher Politik in Hamburg zunächst eine Niederlage, denn die Funktion des Ersten Bürgermeisters in der nach Berlin größten Stadt der Bundesrepublik ist für die Durchsetzungsmöglichkeiten von Reformpolitik von großer Bedeutung. Der Rücktritt hat ein Machtvakuum geschaffen, bei dem noch nicht entschieden ist, wie es endgültig gefüllt wird. Die Wahl von Klaus von Dohnanyi zum Ersten Bürgermeister ist noch keine abschließende Antwort. Sicher haben die Jungsozialisten mit guten Argumenten gegen die Nominierung von Dohnanyi gestimmt. Sein politischer Werdegang und seine bisherigen inhaltlichen Äußerungen zu Themen wie Berufsverbote und Energiepolitik geben wenig Anlaß zu der Hoffnung, er könne die Politik des Klose-Senats fortsetzen. Angesichts von personellen Alternativen wie Hans Apel oder Alfons Pawelczyk ist aber auch das Verhalten der Linken im Landesvorstand nachvollziehbar — wenn auch letztlich politisch falsch —, die nach der Theorie des Zweit-Schlechtesten geschlossen für Dohnanyi gestimmt haben. Für die künftige Politik in Hamburg wird ausschlaggebend sein, wie sich das innerparteiliche Kräfteverhältnis entwickelt. In der Partei ist der Rücktritt von Hans-Ulrich Klose als das verstanden worden, was er tatsächlich ist: der Sturz des Bürgermeisters durch führende Funktionäre der Partei.

Die Vorgänge in Hamburg sind aber kein von der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik losgelöstes Ereignis, in denen lediglich einige Köpfe ausgetauscht werden. Sie sind vielmehr Ausdruck der Auseinandersetzungen um Ziel und Inhalt aktueller sozialdemokratischer Politik. Angesichts der Herausforderung durch Massenarbeitslosigkeit, ökologische Krise, zunehmende Aggressivität des US-Imperialismus, steigende Rüstungskosten bei gleichzeitigem Abbau von Sozialleistungen steht die Partei am Scheideweg: Will sie ein Anhängsel der sozialliberalen Bundesregierung sein, von der — pointiert formuliert — Gefolgschaft eingefordert wird, oder will sie Teil der sozialen Bewegung sein, die Strategien gegen die Arbeitslosigkeit durchsetzt, die die Gleichrangigkeit von Ökonomie und Ökologie anerkennt, die sich von der friedensgefährdenden Politik der Reagan-Regierung deutlich absetzt und den begonnenen Weg der Entspannungspolitik in Richtung Abrüstung fortsetzt, um durch weniger Waffen nicht nur den Frieden zu sichern,

sondern auch die materiellen Voraussetzungen für eine bessere Lösung der sozialen Probleme zu schaffen? — Der erste Weg beinhaltet den Verzicht auf gesellschaftliche Veränderungen und die vollständige Anpassung an die Mechanismen der kapitalistischen Krise. Subjektiv mag dabei die Hoffnung mitschwingen, daß die relative Stärke des westdeutschen Kapitals schon zu neuem Aufschwung führen wird, wenn man die Unternehmer nur machen läßt. Nur: Krisenlösung auf dem Rücken der Arbeitnehmer zerstört die soziale Basis der Sozialdemokratie. Innerparteilich kann solch eine Politik nur mit Drohung und Erpressung durchgesetzt werden, indem die Partei vor die falsche Alternative gestellt wird: entweder ein »Ja« zur gegenwärtigen Regierungspolitik, oder die Alternative heißt Verlust der Regierungsmacht. Schmidt und Börrer spielen eine Variante dieser Strategie, indem sie mit Rücktritten drohen. Die Disziplinierung der Fraktionslinken im Bundestag oder das Parteiverfahren gegen Karl-Heinz Hansen ist eine andere Variante: Einheitlichkeit herstellen, indem abweichende Meinungen mundtot gemacht werden. Wo das nicht mehr möglich ist, weil eine selbstbewußte Parteibasis sich nicht als Transmissionsriemen der Bundesregierung versteht und in ihrem Bereich, beispielsweise in Hamburg, auf der Durchsetzung von Reformpolitik beharrt, schreckt man auch nicht vor Formen des innerparteilichen Putschismus zurück und stürzt einen Bürgermeister, der die aus Bonner Perspektive unliebsamen Parteitagsbeschlüsse in Politik umsetzen will und sich zudem als Ministerpräsident eines Bundeslandes die Frage erlaubt, ob der Staat denn nur Reparaturbetrieb des Kapitalismus sei?

Der Hamburger Landesparteitag ist nun weit von einer linken Mehrheit entfernt. Aber die Linke ist so stark, daß sie in zentralen Bereichen Hamburger Politik ihre Vorstellungen einbringen konnte und in Sachfragen wie Berufsverbote und Energiepolitik auf dem Landesparteitag eine Mitte-Links-Mehrheit erreichte. Dies war die innerparteiliche Basis des von Hans-Ulrich Klose verfolgten Kurses der Integration nach innen und außen, d.h., alle Kräfte in der Partei an der Formulierung der Politik für Hamburg zu beteiligen. Damit wird die inhaltliche Grundlage geschaffen, daß sich neben den traditionellen Wählern der SPD auch verstärkt Jugendliche bzw. die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen in der Politik des Senats und der Partei wiederfinden können. Die Dialogbereitschaft war in den letzten Jahren in Hamburg keine modische Attitüde, die plakativ aber folgenlos vor der Partei hergetragen wurde, sondern sie war der ehrliche Versuch, Sorgen und Ängste aufzunehmen und in eine veränderte Politik umzusetzen. Beispielhaft für die Politik der Integration war die Diskussion um eine weitere Beteiligung Hamburgs am AKW Brokdorf. Prinzipielle Gegner der Kernenergie und prinzipielle Befürworter hatten schließlich in dem mit großer Mehrheit gefaßten Parteitagsbeschuß zur künftigen Energiepolitik in Hamburg eine gemeinsame Handlungsgrundlage gefunden: Vorrang für Energieeinsparungen und Heizkraftwerke auf Kohlebasis, das im Bau befindliche AKW Krümmel geht ans Netz, Hamburg beteiligt sich nicht an Brokdorf. Für die Parteirechte war dieser Beschluß der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Dieser Bürgermeister, der sich nicht als Statthalter rechtssozialdemokratischer Politik verstand, sondern den Konflikt um die Kernenergie als Systemfrage benannte, an der sich entscheide, ob Unternehmen oder demokratisch legitimierte Regierungen die Macht haben, mußte gehen. Über offene Diskussionen in der Partei war das nicht mehr zu schaffen. Zu deutlich waren die Mehrheiten für die Politik des Bürgermeisters. Also mußte der Sturz mit verdeckten Methoden betrieben werden: Kampagnen mit Hilfe der Springer-Presse, Schläge unter die Gürtellinie bis hin zu der Scheinheiligkeit, das eigene Gewissen ließe nicht zu, aus Brokdorf auszusteigen. Es wurden so viele politische Fallen aufgestellt, daß Klose nur bewegungsunfähig dazwischen

verharren oder zurücktreten konnte. Letzteres war ein durchaus rationales Kalkül, weil die Klose-Gegner dem Bürgermeister zu Recht eine politische Moral unterstellen können, die ihnen selbst längst verloren gegangen ist.

Der Sturz von Hans-Ulrich Klose sollte zugleich Instrument sein, die Parteilinke in Hamburg zu demoralisieren, d.h. Parteiaustritte oder Resignation zu provozieren, um so die Basis für eine in Ansätzen erfolgreiche Politik der Integration zu zerschlagen. Diese Strategie ist vorerst gescheitert. Der Versuch der Rechten, nach dem Bekunden von pflichtgemäßer Betroffenheit über den von ihnen selbst herbeigeführten Rücktritt des Bürgermeisters zur Tagesordnung überzugehen, ist vom Landesparteitag abgelehnt worden. Mit Mehrheit ist beschlossen worden, daß Landesvorstand und Fraktionsvorstand zurücktreten sollen und unmittelbar nach der Sommerpause Neuwahlen für diese Gremien stattfinden.

Die politischen Folgen des Klose-Sturzes betreffen vor allem den weiteren Verlust an politischer Glaubwürdigkeit nach außen und die Enttäuschung in den eigenen Reihen. Gerade die Entscheidung gegen Brokdorf war für viele Genossen und für viele Kritiker der SPD ein positives Beispiel für funktionierende demokratische Entscheidungen in der SPD. Innerparteiliche Demokratie ist schließlich die Voraussetzung für die prinzipielle Möglichkeit, die Politik der SPD zu verändern. Der Konfrontationskurs der Bundesregierung zur Hamburger Politik war in dieser Hinsicht schlimm genug. Der Klose-Sturz dürfte bei vielen Sympathisanten das Urteil bestätigen, daß es in der SPD zwar einige Aufrechte gibt, die Partei aber insgesamt keine Unterstützung verdient.

Die Arbeit der Linken in der SPD-Hamburg ist schwieriger geworden, aber nicht weniger notwendig. Aktuell gilt es, die Unterstützung für eine Politik der Integration nach innen und außen, die an den Widerständen der Parteirechten gescheitert ist, zu verbreitern. Die von Hans-Ulrich Klose eingeleitete Politik bleibt auch in Zukunft ohne vernünftige Alternative. Aber die Linke wird deutlich machen müssen, daß eine perspektivlose Politik des Krisenmanagements zu Lasten der Arbeitnehmer nicht integrierbar ist. Insoweit müssen aus den innerparteilichen Diskussionen über die künftige Politik der Hamburger SPD auch personelle Konsequenzen gezogen werden. Der Landesparteitag am 25. September, auf dem der Landesvorstand neu gewählt werden wird, kann erste Antworten geben.

SHB

frontal

Das sozialistische Studentenmagazin · Verbandsorgan des SHB

Ob man die auch
abonnieren kann?

Nichts leichter als das! Ein frontal-Abo kostet
12 Mark im Jahr – für 6 Hefte einschließlich Ver-
sandkosten. Bestellschein ausfüllen, ausschneiden
und einsenden an frontal, Postfach 17 02 03,
5300 Bonn 1.



- Ja – ich möchte frontal zu den angegebenen Bedingungen abonnieren.
- Ich bin an frontal interessiert, bitte aber zunächst um ein kostenloses Probeheft

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Diskussionsschwerpunkt

Robert Brögeler und Joachim Günther

Linke Kommunalpolitik und sozialistische Strategie

Die Geschichte der Jungsozialisten seit 1969 wie auch die der SPD-Linken ist nicht von deren Engagement im kommunalen Bereich zu lösen. Hier rekrutierten die *Jusos* über lange Zeit hinweg ihre Mitglieder, hier hatten sie ihre größten Mobilisierungs-»Erlebnisse«, hier wurde allerdings auch am deutlichsten, wie durch eine kurzfristige Mobilisierung eine dauerhafte Politisierung der Betroffenen ausbleiben mußte. Angesichts der Bedeutung, die die kommunalpolitische Praxis für die Entwicklung der Jungsozialisten hatte, ist es erstaunlich, daß der marxistisch orientierte Flügel des *Juso*-Verbandes der Kommunalpolitik als Element einer gesamtgesellschaftlichen Transformationsstrategie in seinen Diskussionen bisher wenig Beachtung schenkte.

Der folgende Beitrag versucht, die Kritik an linkssozialdemokratischen Konzepten für die Arbeit im kommunalen Bereich mit Vorschlägen für eine »integrale Kommunalpolitik« zu verbinden. Dabei denken die Autoren keineswegs an einen »für sich« existierenden kommunalpolitischen Freiraum; vielmehr bedeutet für uns die Hinwendung zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit den unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen eine Regionalisierung und Dezentralisierung der politischen Arbeit von Sozialisten, die ein wesentliches Moment zur Entfaltung antikapitalistischer Politik darstellen kann, wie sie in den »Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD« angelegt ist.

1. Kommunalpolitische »Doppelstrategie« contra gewerkschaftlich ausgerichtete *Juso*-Arbeit?

Der strategische Begriff, mit dem die Jungsozialisten seit ihrer Linkswendung im Jahr 1969 insbesondere ihre kommunalpolitischen Aktivitäten begründeten, war der der »Doppelstrategie«. Definitionen über ihren Inhalt finden sich in einer Reihe von Beschlüssen, wie dem kommunalpolitischen Arbeitsprogramm von 1971:

»Doppelstrategie heißt: 1. Schaffung und Unterstützung eines umfassenden Problembewußtseins bei der Bevölkerung und daraus resultierend ihre Mobilisierung, Politisierung und Organisation ... 2. Intensive Mitarbeit auf allen Ebenen der Partei, um auf dem Wege über demokratische Mehrheitsentscheidungen die politischen Voraussetzungen für eine bessere Gesellschaftsordnung zu schaffen. 3. Reform der Partei, damit sie in die Lage versetzt wird, Mobilisierung, Politisierung und Organisation der Bevölkerung einzuleiten und in wirksamer Weise zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und zur Stärkung demokratischer, antikapitalistischer Machtpositionen beizutragen und in eine Veränderung institutioneller Entscheidungen umzusetzen.«

In der Tat kann nicht geleugnet werden, daß bis in die Mitte der 70er Jahre, bis zu jenem Zeitpunkt, als der wachstumsorientierten Reformpolitik der sozialliberalen Koalition durch die Wirtschaftskrise der Boden entzogen wurde, die Jungsozialisten durch eine intensive Arbeit in den verschiedensten kommunalpolitischen Initiativen bei gleichzeitigen Erfolgen auf der parlamentarischen Ebene eine starke Anziehungskraft ausübten. Wenn man heute beurteilen will, wieweit die Doppelstrategie der Jungsozialisten erfolgreich war, oder in welcher Weise ihre Begrenztheit bereits in ihrem grundsätzlichen Konzept gründet, scheint jene Bewertung angemessen, die von Christian Schmidt und Ulrich Rother bereits im Jahre 1973 formuliert wurde:

»Die Praxis der Jungsozialisten ist vielfach noch nicht über einen bloß reformistisch-handwerklichen Ansatz hinausgegangen, weil sie entweder nicht in den strategischen Gesamtzusammenhang eingeordnet wurde oder von Teilen der *Jusos* als einziges Betätigungsfeld angesehen wurde ... Vielfach ist es den *Jusos* nicht gelungen, die unmittelbar Betroffenen zu einer eigenständigen Artikulierung ihrer Interessen kommen zu lassen. Auch im Basisbereich haben sie insofern häufig eine reine »Stellvertreter-Politik« betrieben .. Ein wesentliches Versagen ... bestand schließlich darin, daß die *Jusos* es nicht vermochten aufzuzeigen, wie Reformvorhaben, die das Machtverhältnis zwischen den Klassen verändern können, im staatlichen Bereich durchgesetzt werden konnten.«

Streitpunkt über die gesamte »Hoch«-Zeit der Doppelstrategie blieb daher die Frage, ob die ausschließlich im Reproduktionsbereich angesiedelten Aktivitäten weiter Teile der Jungsozialisten-Organisation nicht das eigentliche Ziel der Doppelstrategie, die »Mobilisierung der Lohnabhängigen« verdränge. Daher gewann für die marxistisch orientierten Jungsozialisten die Frage nach dem Stellenwert der »Mobilisierungsarbeit außerhalb der Betriebe« (Berliner Strategie-Papier) eine größere Bedeutung als dies in den Formulierungen der Doppelstrategie zu finden ist. So wird z.B. im Berliner Strategiepapier von 1972 formuliert: »Die Machtfrage dieser Gesellschaft wird weder in den Kommunen noch auf höchster Regierungsebene gestellt, sie entscheidet sich an den Eigentums- und Machtverhältnissen in der Wirtschaft ... In dem Maße, in dem die Konflikte (im Reproduktionsbereich, d.A.) nicht als Ausdruck des Gegensatzes von Kapital und Arbeit begriffen werden, besteht die Gefahr, daß Forderungen und Aktionen lediglich Formen kollektiver Selbsthilfe bleiben.« Dabei geht das Berliner Strategie-Papier davon aus, daß im kommunalen Bereich Auseinandersetzungen nur als »vom Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit abgeleitete Konflikte« auftreten. Allerdings werden aus dieser politischen Einordnung der Kommunalpolitik dann keine Konsequenzen für eine kommunalpolitische Strategie vom Standpunkt einer »gewerkschaftlichen Ausrichtung« gezogen, die im Unterschied zu »doppelstrategischen Ansätzen« eine Alternative kommunalpolitischer Praxis ermöglichen würde. Die Feststellung des Strategiepapiers, daß sich die Machtfrage weder in den Kommunen, noch auf Regierungsebene, sondern an den Eigentums- und Machtverhältnissen in der Wirtschaft entscheidet, bildet (...) noch keine hinreichende Basis für die Bewertung der politischen Arbeit im Produktions- sowie im Reproduktionsbereich in Bezug auf eine wirksame politische Strategie.

Die notwendige analytische Unterscheidung zwischen diesen Bereichen ist von marxistischer Seite in der Strategiediskussion oft vereinfachend auf die politische Strategie übertragen worden. Dies hat in der Praxis der marxistischen Jungsozialisten generell zu einer Unterbewertung der außergewerkschaftlichen Konfliktaustragung und der damit verbundenen Chance zur Politisierung der Lohnabhängigen im Reproduktionsbereich geführt. Zudem war mit der realen Trennung zwischen der politischen Arbeit im Produktionsbereich und dem Reproduktionsbereich eine materielle Schwächung der politischen Interessenartikulation und Durchsetzung theoretisch gefestigt.

Zusammenfassend läßt sich die traditionelle Arbeit von Jungsozialisten im kommunalen Bereich in zweierlei Hinsicht beurteilen:

— die reformsozialistische Praxis der Doppelstrategie verfolgte meist eine Mobilisierung der Betroffenen mit dem Ziel, bestimmte Einzelforderungen durchzusetzen. Die Erfolge dieser Arbeit wie auch die erfolgreichen Bemühungen, gerade im kommunalen Bereich eigene Genossinnen und Genossen in wichtige Funktionen zu bringen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Politik weder dazu geeignet war, die Machtverhältnisse in

den Kommunen anzutasten, noch dazu, dauerhafte Organisationsformen der Betroffenen als Gegengewicht zu privater und staatlicher Macht zu schaffen. Der Grund hierfür liegt in der mangelnden Entwicklung antikapitalistischer Strategien. Politische Arbeit im Reproduktionsbereich war nicht Ausdruck zielgerichteter strategischer Überlegungen, sondern Folge der sozialen Zusammensetzung der *Juso*-Organisation.

— auch dort, wo marxistisch orientierte *Juso*-Gruppen arbeiteten, kann in keiner Weise von einer qualitativ entwickelten Strategie im kommunalen Bereich gesprochen werden, weil die auf allgemeiner Ebene formulierten Zielsetzungen keinen Niederschlag in einer entsprechenden politischen Praxis hatten. Zwar lagen mit dem Hamburger und dem Berliner Strategie-Papier grundlegende Aussagen zur Politik von Jungsozialisten vor, auch gab es eine Reihe kommunalpolitischer Programme, die politische Praxis selbst war jedoch nicht Gegenstand marxistischer Einschätzungen, auch wenn marxistische *Jusos* gleichermaßen in kommunalen Initiativen, lokalen Bündnissen etc. mitarbeiteten.

Dieser Mangel an Konkretisierung strategischer Positionen hatte zur Folge, daß eine marxistische Programm-Debatte auf hohem Niveau unvermittelt neben einer kommunalpolitischen Praxis reformistischer Ausprägung stand.

2. Transformationsstrategie in den *Herforder Thesen* als Ansatzpunkt für eine linke Kommunalpolitik

Die *Herforder Thesen* (HT) bieten in ihren analytischen und strategischen Grundpositionen auch die Grundlage für die Konzeptionierung einer linken integralen Kommunalpolitik. Faßt man die in den HT genannten Bedingungen, Kriterien zur Öffnung des demokratischen Weges zum Sozialismus zusammen, so gilt:

- Die Arbeiterbewegung muß die bisherige Vormachtstellung des Kapitals überwinden und selber eine politisch-inhaltliche Führungsrolle übernehmen.
- Es muß eine breite Zustimmung der Bevölkerung für den demokratischen Weg zum Sozialismus errungen werden.
- Die nicht monopolistischen Klassen und Schichten müssen für Bündnisse gewonnen werden.
- Klassenbewußte Positionen müssen in der Arbeiterbewegung vorherrschend sein.

Insbesondere die Entwicklung von klassenbewußten Positionen wird von den HT als wesentliche Bedingung für eine von der Arbeiterklasse breit getragene Strategie sozialistischer Gesellschaftsveränderung gewertet. Einer umfassenden Herausbildung von Klassenbewußtsein stehen jedoch die Erscheinungsform der ökonomischen Verhältnisse sowie die ständig erneuerte Dominanz der bürgerlichen Ideologie und ihre Verankerung im Bewußtsein der abhängig Beschäftigten entgegen.

Unter diesen Bedingungen ist die Voraussetzung für die Herausbildung von Klassenbewußtsein »die politische Praxis, die Aktion zur Durchsetzung der vorher formulierten Ziele« (S.50). Dabei müssen die politischen Aktionen an dem konkreten Bewußtsein der Betroffenen anknüpfen und dürfen nicht über deren Köpfe hinweggehen. Die Weiterentwicklung der kollektiven Erkenntnisse, wie die des individuellen Bewußtseins des einzelnen, ist »stets als ein gemeinschaftlicher und wechselseitiger Lernprozeß zu verstehen, innerhalb dessen die aktuellen Erfahrungen und die geschichtlichen Erkenntnisse miteinander vermittelt werden« (S.50). Dazulegen ist jetzt, wie die HT den »gemeinschaftlichen und wechselseitigen Lernprozeß« initiieren wollen. Als programmatische Erklärung dazu muß die These 27 »Klassenbewußtsein und politische Aktion« angesehen werden, wo neben der Notwendigkeit einer Programmatik für die kollektive und organisierte Aktion, die

zielgerichtet auf die Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen gerichtet sein muß, auch die Kriterien für eine wirksame politische Arbeit angegeben sind. Erstens müssen sich die klassenbewußten Kräfte überzeugend die Verwirklichung der *unmittelbaren politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen* (Hervorh.d. Verf.) Arbeitnehmerinteressen zu eigen machen. Zweitens muß sich aus »der grundlegenden Programmatik nachvollziehbar ergeben, welche unmittelbaren Veränderungen am Arbeitsplatz, im Wohnbereich und anderswo als Ergebnis sozialistischer Veränderungen angestrebt werden« (S.50). Drittens wird die Erarbeitung, Diskussion und Propagierung einer gesellschaftlichen Alternative zur Entwicklung und Festigung von Klassenbewußtsein als von entscheidender Bedeutung angesehen, was durch die Vorlage der HT (zum Teil) erfüllt ist. Viertens soll es im Zuge des Ausbaus von Gegenmachtpositionen auch darum gehen, »die Dominanz bürgerlicher Ideologie zurückzudrängen und im Bereich der Kultur mehr und mehr affirmative Ästhetik zu durchbrechen, damit mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Emanzipation der Arbeiterklasse auch die kulturelle einhergehen kann« (S.51).

Diese Bestimmung der Herausbildung von Klassenbewußtsein in der politischen Praxis macht deutlich, daß sich eine sozialistische Transformationsstrategie nicht auf einzelne Aspekte der sozialen Realität beziehen darf. Sie muß im Gegenteil auf die Einheit der ökonomischen, sozialen, politischen, ideologischen und kulturellen Beziehungen orientiert sein.

In Anknüpfung an die Grundbestimmungen der HT über die politische Praxis muß linke Kommunalpolitik die Interessenskonflikte der Arbeitnehmer im Produktions- sowie im Reproduktionsbereich auf regionaler Ebene in einem integralen Zusammenhang aufgreifen. Dieses Verständnis ist jedoch noch wenig verbreitet, da die Arbeitsteilung in der politischen Praxis in Kommune und Betrieb im Bewußtsein sowohl von Parteimitgliedern wie Gewerkschaftern tief verwurzelt ist. Nicht die Hinwendung der Politik zu dem einen oder anderen Bereich kann das Ziel sozialistischer Politik sein, sondern die Integration beider.

Wenn wir in Bezug auf die Konkretisierung einer neuen kommunalpolitischen Orientierung trotzdem unsere Kritik an den HT formulieren, liegt dies an folgenden Punkten:

- der für die Konkretisierung einer politischen Strategie im Kommunalbereich bedeutsame Anspruch der HT »systematische Begründung und Handlungsanleitung für gesellschaftsverändernde Praxis« zu sein, wurde nicht eingelöst.
- Eine notwendige Kritik der praktizierten und zunehmend erfolglosen Politikform der Jusos wurde ebenso nicht geleistet.
- Die traditionelle politische Praxis der Jungsozialisten, ob Betriebs- oder Gewerkschaftsarbeit oder die kommunalpolitische Doppelstrategie wurden in den HT nicht einer kritischen Bewertung unterzogen. Damit bleiben auch die im Berliner Strategiepapier gemachten Ansätze für eine strategisch bestimmte Konzeption der politischen Tagespraxis ebenso unberücksichtigt wie die Positionen des Kommunalpolitischen Programms der Jusos von 1971

Wenn wir hier näher auf die Grundpositionen der HT eingegangen sind, so deshalb, weil die weitere Konkretisierung einer linken kommunalpolitischen Strategie u.E. auf der dort formulierten Grundlage geführt werden muß.

3. Politisch-ökonomische Bedingungen kommunaler Politik und ihre Auswirkungen auf die SPD

Für unsere Überlegungen einer »integralen Kommunalpolitik« ist es notwendig, auf einige aktuelle Tendenzen hinzuweisen, die derzeit die politische Auseinandersetzung in der

SPD bestimmen, aus denen sich die Notwendigkeit einer Neuformulierung linker Kommunalpolitik ergibt:

1. Die steigende Krisenhaftigkeit des gegenwärtigen Kapitalismus hat zur Einengung der finanziellen Spielräume des Staates geführt. Als deren Konsequenz findet ein Umverteilungsprozeß statt, der die Zentralisierung von Finanzentscheidungen begünstigt, während Entscheidungsalternativen auf regionaler Ebene kaum mehr gegeben sind.

2. Die weiterhin fortschreitende Konzentration und Zentralisation des Kapitals hat im Zusammenhang mit der oben angedeuteten Entwicklung zur faktischen Entmündigung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Logik kapitalistischer Sachzwänge geführt: Entscheidungen für Großprojekte (z.B. AKW-Bau) ziehen eine Kette strukturpolitischer Folgeentscheidungen im Interesse des Groß-Kapitals nach, die ihrerseits auf zentraler Ebene getroffen werden, so daß parlamentarische Kontrollmöglichkeiten unterlaufen und Einsprüche regionaler Gremien unmöglich sind.

3. Der Entmündigung regionaler staatlicher Entscheidungsträger entspricht der Ausschluß der Betroffenen von Information und Mitbestimmung, wobei gleichzeitig die immer massiveren Eingriffe in die natürliche Umwelt und in den Arbeitsprozeß für immer mehr Menschen unmittelbar erfahrbare Nachteile mit sich bringen und zu Protesten herausfordern. Je nachdem, welche Erfahrungen in den Konflikten auf welche Weise verarbeitet werden, trägt dieser Protest sowohl konservative wie auch antikapitalistische Züge. Für eine sozialistische Strategie ist die Einschätzung dieser Bewußtseinschritte ausschlaggebend für die eigene politische Arbeit.

4. Auf der Ebene der etablierten politischen Parteien hat diese Entwicklung zu einer internen Polarisierung geführt, deren politische Reichweite besonders in der SPD alle Entwicklungen seit 1945 in den Schatten stellt. Die Alternative lautet: Festhalten am prokapitalistischen Weg durch eine »Koalition aller Demokraten«, Scheinlösungen durch Zugeständnisse in Einzelfragen, oder: Aufgreifen der zunehmend breiter und militanter vorgebrachten Forderungen im Bereich der Atomenergie, Abrüstung, Umwelt ..., was in der Konsequenz die Diskussion um eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Tagesordnung setzt.

5. Als ein zentraler Aspekt bürgerlicher Vorherrschaft muß auch die bestehende Kulturpraxis sowie traditionelle Sozialisationsmuster in Familie, Schule usw. beachtet werden. Nicht zu unterschätzen ist auch die Entwicklung neuer Medien, die zu einer weiten Vereinzelung in der Bevölkerung beigetragen hat, da die Kommunikation zwischen den Bürgern unterbrochen wurde.

6. Ziel einer marxistisch orientierten Parteilinken muß es sein, eine politische Praxis in der Partei zu verankern, die sich wieder der direkten Aufnahme von Bedürfnissen in der Bevölkerung zuwendet, indem sie nicht nur Vorschläge zur »Verwaltung« von Bedürfnissen und Interessen macht, sondern durch außerparlamentarische Mobilisierung einen allgemeinen Politisierungsprozeß unterstützt. Nur dann entsteht auch für jene Teile der Arbeitnehmerschaft und der Jugend wieder eine Perspektive, die sich in den letzten Jahren enttäuscht konservativen und alternativen Politikvorschlägen zugewandt haben. Dabei dürfen die Aktions- und Politikformen der neuen sozialen Bewegungen (Grüne, Alternative, Frauenbewegung) nicht kopiert werden, um sich opportunistisch einem florierenden »Ökosozialismus« hinzugeben. Die Erfolge dieser Bewegung sollten jedoch nicht ignoriert werden und weniger der eigenen Abgrenzung als vielmehr der Herausforderung eigener Arbeit dienen.

4. Demokratisierung und Entfaltung von Gegenmacht

— Für eine integrale Kommunalpolitik —

Eine von linken Sozialdemokraten praktizierte integrale Kommunalpolitik muß zum Ziel haben, durch die Auseinandersetzung um die Verbesserung der unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen eine breite Zustimmung der Bevölkerung für den demokratischen Weg zum Sozialismus zu erringen. Daraus folgt, daß die Politik darauf gerichtet sein muß, die Entwicklung von Politikformen tendenziell vorwegzunehmen, wie sie in den HT in These 19 in Bezug auf die Transformation des Staates entwickelt sind.

»Für uns stellt es eine Voraussetzung dar, die Selbstverwaltung der öffentlichen Funktionen einzuleiten. Eine starke Dezentralisierung, die direkte Ausübung der Verantwortlichkeit durch die Bürger und die Kontrolle des Staatsapparates durch die Massen und ihre Organisationen sollen erlauben, den Widerspruch zwischen der Macht und der Erfüllung der Demokratie zu überwinden ... Dabei wird es darauf ankommen, neben den parlamentarischen Versammlungen als Entscheidungsgremien in den Gemeinden, Regionen oder auf gesamtstaatlicher Ebene ein Höchstmaß an direkter demokratischer Beteiligung durch Einbeziehung von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Stadtteilräten usw. zu erreichen.« (S.41)

Resultierend aus diesen Grundbedingungen einer mehrheitsstiftenden Politikpraxis ergibt sich, daß

- die politische Praxis sich auch auf die Verwirklichung der unmittelbaren, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer beziehen muß.
- die dazu erforderliche Programmatik für die Betroffenen nachvollziehbar ergeben muß, welche unmittelbaren Veränderungen am Arbeitsplatz, im Wohnbereich und anderswo als Ergebnis der politischen Aktion angestrebt werden.
- die politischen Aktionen an dem konkreten Bewußtsein der Betroffenen anknüpfen muß und nicht über deren Köpfe hinweggehen darf.
- im Kampf um unmittelbare Verbesserungen die Ursachenzusammenhänge gesellschaftlicher Problemstellungen mit in die Diskussion eingebracht werden.

Aus diesen Konkretisierungen für eine erfolgreiche politische Praxis ergeben sich für eine integrale kommunalpolitische Strategie folgende Bedingungen und Zielsetzungen:

Wesentliches Element einer integralen kommunalpolitischen Strategie muß der Kampf um die Demokratisierung regionaler Entscheidungsstrukturen und damit die Entfaltung von regional organisierter Gegenmacht sein. Die volle Ausschöpfung und die schrittweise Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer und Bürger auf allen Entscheidungsebenen müssen als zentrale Kampfaufgabe begriffen werden. Dabei muß jede erreichte Demokratisierung daran gemessen werden, inwieweit es gelingt, immer größere Teile der Bevölkerung in die tägliche politische Praxis, in die Aktion zur Durchsetzung der vorher gemeinsam formulierten Ziele einzubeziehen. Was wir mit Demokratisierung nicht meinen, ist jener Prozeß der Scheinöffnung von Verwaltungsvorgängen gegenüber »dem Bürger«, mit dem in den letzten 15 Jahren unter dem Banner sozialdemokratischer Reformillusionen die wirkliche Entwicklung der Kommunalpolitik im Sinne immer zentralerer und jede wirksame Teilnahme der Betroffenen ausschließenden Lenkung verschleiert wurde.

Die politisch-ökonomischen Bedingungen sowie die Ansatzpunkte für eine erfolgreiche politische Praxis verweisen auf ein wesentliches neues Strukturmerkmal einer erfolgreichen Kommunalpolitik. Gemeint ist die notwendige perspektivische Verknüpfung bisheriger linker kommunalpolitischer Doppelstrategie mit der betrieblichen und gewerkschaftli-

chen Interessenvertretung im jeweiligen kommunalen Bereich. So sind z.B. Fragen der betrieblichen und regionalen Arbeitsplatzsicherung, Standortentscheidungen von Unternehmen oder die produktionsbedingte Umweltbelastung nicht nur Probleme der Gewerkschaften, der betrieblichen Interessenvertretung und den in diesen Betrieben Beschäftigten, sondern in gleichem Ausmaß auch der Wohnbevölkerung. Zweitens können die unmittelbaren Veränderungen am Arbeitsplatz, im Wohnbereich und anderswo und die sich durch staatliches Krisenmanagement (durch Bund und Länder) ergebenden Verschlechterungen für große Teile der Bevölkerung nicht mehr voneinander getrennt werden. Sicherung der Arbeitsplätze und Kaufkraft sowie die Sicherung von Wohnraum zu angemessenen Bedingungen fallen zunehmend erkennbar für die Arbeitnehmer als Existenzfragen zusammen. Die Verknüpfung dieser bisher auseinanderfallenden Aufgabenbereiche von Gewerkschaften, betrieblicher Interessenvertretung und kommunaler Interessenvertretung muß vorrangige Aufgabe von Sozialdemokraten sein. Nur durch eine solche über die jeweiligen Aufgabenbereiche hinausgehende Verknüpfung kann es gelingen, die Arbeitnehmerinteressen im Betrieb und Wohnbereich wirkungsvoll zu vertreten.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine Kommunalpolitik im Interesse der Arbeitnehmer bleibt die umfassende Information der Arbeitnehmer über die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen. Hierzu müssen neue Formen der Informationsumsetzung, als notwendiger Gegenpart zu den anstehenden neuen elektronischen Medien, entwickelt werden. Ebenso ist auf kulturpolitische Aktivitäten besonderen Wert zu legen. Durch eine kreative Kulturarbeit, die regionale Problemstellungen der Arbeitnehmer einbezieht, können in Verknüpfung mit der alltäglichen politischen Praxis neue Möglichkeiten der Kommunikation geschaffen werden.

Erst die Verknüpfung all dieser Aspekte vor dem Hintergrund der oben skizzierten Demokratisierungsstrategien ergibt die Entfaltung von Gegenmachtpositionen. Dabei kann weder eine im engeren Sinne kommunalpolitische Orientierung allein auf das Wohnfeld genügend, noch die (meist verbale) Beschwörung der gewerkschaftlichen Gegenmacht im Sinne einer allein aus dem Produktionsbereich entspringenden politischen Aktion. Auch eine retuschierte Alternativphilosophie muß abgelehnt werden (gleichwohl u.E. die Alternativscene für Sozialisten eher zum Lernen als zum Abgrenzen geeignet ist), da die dort vorherrschende Vorstellung gesellschaftlicher Freiräume die Entfaltung von Gegenmacht als eine Verlagerung der Machtverhältnisse zugunsten der Arbeitnehmer ebensowenig berücksichtigt wie sie Demokratisierungsstrategien entwickelt.

Stefan Krätke

Alternative Wohnungspolitik am Beispiel des kommunalisierten Wohnungsbaus

1. Die Krise des Sozialen Wohnungsbaus¹

a) Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen sind nicht in der Lage, die Marktmieten freifinanzierter Wohnungen oder die Kostenmieten von Neubauwohnungen aufzubringen, und sind daher auf das Angebot von verbilligten Sozialwohnungen angewiesen. Die jüngste Mietenentwicklung sowohl bei den Kostenmieten der neueren Sozialwohnungen (auf Grundlage anhaltender Baukostensteigerungen und erhöhter Zinsniveaus), als auch bei den vom Mieter zu tragenden Sozialmieten (auf Grundlage des im Förderungssystem vorprogrammierten Subventionsabbaus), hat dazu geführt, daß neuere Sozialwohnungen von den Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen nicht mehr bezahlt werden können. In sehr vielen Fällen sind die Mieter von Sozialwohnungen schon auf die Zahlung von Wohngeld angewiesen. Für die Bewohner einer neuen Sozialwohnung, die inzwischen schon bei den Anfangsmieten trotz Wohngeld eine sehr hohe Mietbelastungsquote tragen müssen², zeichnet sich daher beim Subventionsabbau eine deutliche Überlastung ihres Einkommens ab.

Die durchschnittliche Bewilligungsmiete für Sozialwohnungen am Anfang ihrer Nutzung betrug 1979 schon 4,82 DM/qm/monatlich, tatsächlich liegt die Sozialmiete bei Schlußabrechnung jedoch noch ca. 0,50 DM/qm/monatlich höher und es kommen noch mindestens 2,00 DM/qm/monatlich an Umlagekosten hinzu.³ Diese überaus hohe 'Sozialmiete' wird im Verlauf des Subventionsabbaus ständig gesteigert und soll spätestens nach 12 bis 15 Jahren schlagartig auf das Niveau der 'Kostenmiete' angehoben werden, welche heute im Bundesgebiet mehr als 15,00 DM/qm/monatlich und in Berlin (West) sogar weit mehr als 23,00 DM/qm/monatlich beträgt. Die zur Vermeidung einer zukünftig möglichen Unvermietbarkeit der neueren Sozialwohnungen mit Sicherheit unvermeidliche 'Nachsubventionierung' führt das gegebene Förderungssystem des Sozialen Wohnungsbaus ad absurdum, weil im Zuge der Nachsubventionierung der Barwert des gesamten Subventionsaufwandes für eine Sozialwohnung auf über 100% ihrer ursprünglichen Baukosten ansteigen kann.⁴

b) Dem Bestand an Sozialwohnungen steht eine bei weitem größere Anzahl von Haushalten gegenüber, die den gesetzlichen Kriterien zur Wohnberechtigung für den Sozialen Wohnungsbau entsprechen und eine solche Wohnung häufig mit höchster Dringlichkeit suchen. Nur ein Teil der bedürftigen Haushalte kann noch in preiswerten Altbau-Mietwohnungen Unterkunft finden. Die Angebotslücke vergrößert sich weiter durch einen teilweise blockierten Marktzugang infolge der 'Fehlbelegung' von preiswerten älteren Sozialwohnungen durch gutverdienende Haushalte. Der Mangel an Sozialwohnungen kann dennoch nicht mehr durch die Lösung des Problems der 'Fehlbelegung' überwunden werden, weil die Anzahl der wohnungssuchenden Haushalte mit Anspruch auf eine Sozialwohnung weit größer ist als die Zahl der vorhandenen fehlbelegten Sozialwohnungen. Der Mangel an Sozialwohnungen wird durch die zeitliche Befristung der gesetzlichen Mietpreis- und Belegungsbindungen weiter verschärft. Im traditionellen Sozialen Wohnungsbau ist damit eine 'Privatisierung' der geförderten Sozialwohnungen planmäßig vorgesehen, die zwar Anreize für eine Beteiligung privater Investoren am Sozialen Wohnungsbau wegen der zu erwartenden hohen Entschuldungsgewinne geben konnte, aber in den letzten

Jahren zu einer massiven Verringerung gerade des mietpreisgünstigen älteren Sozialwohnungsbestandes geführt hat.

Zwischen 1972 und 1978 ergibt sich eine Verringerung der preisgünstigsten älteren Sozialwohnungen (Baujahrgänge bis 1964) um jahresdurchschnittlich 50000 bis 60000 Wohnungen⁵, hinzu kommt die staatlich verordnete Verteuerung der älteren Sozialwohnungen durch nachträgliche Zinserhöhungen. Außerdem ist eine Einschränkung des Neubaus von Sozialwohnungen zu verzeichnen, insbesondere im sogenannten 1. Förderungsweg des Sozialen Mietwohnungsbaus für Bewohner mit relativ niedrigen Einkommen. Die drastischen quantitativen Produktionseinschränkungen bei öffentlich geförderten Mietwohnungen haben zur Folge, daß der Neubau von Sozialwohnungen gegenwärtig eigentlich nur noch als (stark verteuerter) Ersatzwohnungsbau für den Rückgang an preiswerten Mietwohnungen durch Privatisierung von älteren Sozialwohnungen, Abriß oder mietsteigernde Modernisierung von Altbauwohnungen fungiert.

3. Konzepte zur Veränderung des Sozialen Wohnungsbaus

1) Die »radikal konservative« Richtung⁶ argumentiert auf dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen für eine Beendigung des traditionellen Sozialen Wohnungsbaus: die Objektförderung für Mietwohnungen soll weitestgehend beseitigt, vorhandene Sozialwohnungen sollen schnellstmöglich aus Mietpreis- und Belegungsbindungen gelöst werden ('Privatisierung'), und die Wohnungsversorgung der Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen soll über die 'marktkonformen' individuellen Mietbeihilfen (Wohngeld) abgesichert werden.⁷ Eine völlige 'Privatisierung' der Wohnungsversorgung würde jedoch aller Voraussicht nach erhebliche Mietensteigerungen herbeiführen und extrem hohe Wohngeldleistungen erforderlich machen. Gegen die Einstellung des Sozialen Mietwohnungsbaus sprechen weitere gewichtige Argumente, »... wie der zunehmende Bedarf an preiswerten Wohnungen, der sich schnell durch eine Umfrage in allen deutschen Großstädten nach der Zahl der Wohnungssuchenden mit einem Berechtigungsschein für eine Sozialwohnung nachweisen ließe⁸, oder aber auch der Hinweis darauf, »... daß durch Sanierung und Modernisierung entgegen der verbreiteten Annahme, kaum preiswerte Wohnungen erhalten werden können.«⁹ Die Folgerung liegt daher auf der Hand: »... der objektiv nachprüfbare Bedarf an billigen Wohnungen beweist, daß der Soziale Wohnungsbau weder eingestellt noch wie bisher weitergeführt werden darf.«¹⁰

2) Die »begrenzt reformistische« Richtung¹¹ argumentiert für verschiedene Verbesserungen eines in seinen Grundzügen beizubehaltenden Sozialen Wohnungsbaus. Von großer Bedeutung ist die Forderung nach einer Rückkehr zur 'Kapitalsubventionierung' bzw. einer verstärkten Förderung durch zinsverbilligte öffentliche Baudarlehen zur langfristigen Begrenzung des Mietpreisniveaus, die Forderung nach einer Fristverlängerung des Subventionsabbaus, nach einer Ausgleichsabgabe für fehlbelegte Sozialwohnungen usw. Die auch in diesem Rahmen formulierten Konzepte zur Einführung einer 'Wohnwertmiete'¹² zwecks Überwindung der 'Mietenverzerrung' versprechen jedoch keine längerfristige Eindämmung der Mietenentwicklung, sondern bestenfalls eine gleichmäßigere Verteilung der weiter ansteigenden Kosten durch Verteuerung der älteren mietpreisgünstigen Sozialwohnungen. Weil die angeführten Veränderungsvorschläge wichtige Grundsätze des Sozialen Wohnungsbaus im Bereich der Subventionierung, Finanzierung, Mietkalkulation und Trägerschaft, welche die zutage tretenden Fehlentwicklungen wesentlich mitverursacht haben dürften, unberührt lassen¹³, kann ihre Wirksamkeit zur Eindämmung der Krise des Sozialen Wohnungsbaus wohl nur sehr begrenzt sein.

3. Kaum diskutiert wird im Rahmen der aktuellen wohnungspolitischen Auseinandersetzungen um die erforderlichen Veränderungen der Wohnungsbauförderung die aus einer Kritik des traditionellen Sozialen Wohnungsbaus ebenso ableitbare Alternative einer Ausweitung der staatlichen Aktivität bei der Finanzierung, Erstellung und Vermietung von Sozialwohnungen. Es wird insbesondere die mögliche Ausrichtung auf die Gewährleistung einer 'infrastrukturellen' Wohnungsversorgung, z.B. in Form des in anderen westeuropäischen Ländern praktizierten kommunalen Wohnungsbaus, vernachlässigt. Die Alternative eines direkt von Gemeinden betriebenen Sozialwohnungsbaus impliziert die Fragestellung, ob nicht die Krise des traditionellen Sozialen Wohnungsbaus nur durch einschneidende Änderungen in Trägerschaft, Förderungssystem und Mietenkalkulation überwunden werden kann. Es handelt sich damit um eine »radikal reformistische« wohnungspolitische Argumentationsrichtung. Für diese dritte Ausrichtung finden sich in der Literatur hin und wieder Plädoyers. Zum Beispiel: »Angesichts der außerordentlich hohen öffentlichen Mittel, die erforderlich sind, um die kostendeckenden Mieten auf das Niveau der Bewilligungsmiete im Sozialen Wohnungsbau zu drücken, stellt sich die Frage, ob es nicht ökonomisch rationaler wäre, den Wohnungsbau gänzlich aus dem privatwirtschaftlichen Verwertungszusammenhang herauszulösen, ihn unter staatlicher Regie zu betreiben. Der Wohnungsbau könnte wie andere Infrastruktureinrichtungen auch als Bereich aufgefaßt werden, in dem allgemeine Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Produktionsprozeß geschaffen und als nichtkapitalistisch kalkulierte Staatsaufgabe betrieben werden.«¹⁴

Als mögliche weiterreichende Alternative zum bisherigen Sozialen Wohnungsbau wird im folgenden der 'kommunale Wohnungsbau' zur Diskussion gestellt. Kommunaler Wohnungsbau beinhaltet allgemein einen Neubau von mietpreisverbilligten Sozialwohnungen für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen, bei dem die Gemeinde direkt als Bauträger fungiert, sowie die Wohnungen auf Dauer selbst bewirtschaftet und vermietet.

3. Kommunaler Wohnungsbau — internationale Erfahrungen

Im internationalen Vergleich betrachtet, gibt es sehr unterschiedliche Formen eines kommunalen Wohnungsbaus, bei denen der prinzipiell mögliche Spielraum zur Ausgestaltung einer kommunalen Wohnungsversorgung jeweils in sehr unterschiedlichem Maße wahrgenommen wurde, und bei denen entsprechend unterschiedliche Erfahrungen gemacht worden sind.

1) Der gegenwärtige britische Gemeindewohnungsbau¹⁵ zeichnet sich in Bezug auf die Finanzierung der kommunalen Wohnungsbauinvestitionen dadurch aus, daß die Finanzierungsmittel aus Kapitalmarktmitteln beschafft werden, die mit erheblichen Finanzierungskosten verbunden sind. Bei der Mietpreisfestsetzung werden alle Finanzierungs- und Bewirtschaftungskosten im Rahmen eines einheitlichen wohnungswirtschaftlichen Rechnungshaushalts auf den gesamten gemeindeeigenen Wohnungsbestand verteilt (bestandsbezogener Mietenausgleich bzw. 'Mischmiete'), und zusätzlich durch Subventionsbeträge aus dem zentralstaatlichen und lokalen Steueraufkommen mitgetragen. Entschuldungsgewinne sind beseitigt, da nur die tatsächlich anfallenden Fremdkapitalkosten einkalkuliert werden. Obwohl die wohnungswirtschaftliche Kapitalverwertung infolge der Kapitalmarktfinanzierung für die privaten Finanzierungsinstitute nicht beseitigt ist, fungieren die Wohnungen für die Gemeinde selbst nicht als Kapitalanlage, und es können relativ niedrige Mieten eingehalten werden. Fortlaufend gestiegene Bau- und Finanzierungskosten, die nicht mehr durch erhöhte Subventionen aufgefangen worden sind, haben jedoch zu Mieterhöhungen geführt, die für zahlreiche Bewohner nicht mehr ohne zusätzliche Individual-

subventionen getragen werden können. Die kommunale Wohnungsversorgung in Großbritannien umfaßt heute mehr als 30% des gesamten Wohnungsbestandes und stellt den überwiegenden Anteil des Mietwohnungsangebots. Der britische Gemeindewohnungsbau ist im westeuropäischen Vergleich gegenwärtig der umfangreichste Sektor einer infrastrukturellen kommunalen Wohnungsversorgung.

2) Der gegenwärtige niederländische Gemeindewohnungsbau¹⁶ zeichnet sich in Bezug auf die Finanzierung dadurch aus, daß die Finanzierungsmittel für kommunale Wohnungsbauinvestitionen aus dem Staatshaushalt aufgebracht und in Form von staatlichen Wohnungsbaudarlehen an die Gemeinden vergeben werden. Dabei wird eine marktübliche Kapitalverzinsung veranschlagt, die den Gemeinden entsprechend hohe Finanzierungskosten auferlegt. Die Mietpreisfestsetzung erfolgt auf Grundlage der objektbezogenen Kalkulation einer Kostenmiete, die mit Hilfe von laufenden Subventionen wieder auf eine für tragbar erachtete Sozialmiete heruntergedrückt wird. Bei der neuartigen Kalkulation einer 'dynamischen' Kostenmiete wird gegenüber dem traditionellen Verfahren in der Anfangsperiode eine beträchtliche Einsparung an Objektsubventionen erreicht, indem die bisher aus fortlaufenden Mietsteigerungen erzielbaren Zusatzerträge und Entschuldungsgewinne beseitigt werden. Die dynamische Kostenmiete garantiert aber eine marktübliche Verzinsung der Investitionsmittel, so daß die 'normale' wohnungswirtschaftliche Kapitalverwertung nicht eingeschränkt wird. Die kommunalen Sozialwohnungen fungieren für die Gemeinde selbst nicht als Kapitalanlage und ebensowenig für den privaten Kapitalmarkt bzw. die privaten Finanzierungsinstitute, doch sie werden vom Zentralstaat wie eine Kapitalanlage verwertet. Fortlaufend gestiegene Investitionskosten für neue Sozialwohnungen haben zu beträchtlich erhöhten Anfangsmieten im Gemeindewohnungsbau geführt, die für die Bewohner nicht mehr ohne zusätzliche Individualsubventionen getragen werden können. Unter Berücksichtigung des umfangreichen älteren Gemeindewohnungsbestandes können aber insgesamt noch relativ niedrige Mietpreisniveaus eingehalten werden. Die kommunale Wohnungsversorgung in den Niederlanden umfaßt heute 12% des gesamten Wohnungsbestands und stellt etwa 20% des Mietwohnungsangebots; sie hat damit keinen großen Anteil am verfügbaren Wohnungsangebot erreicht.

3) Der österreichische bzw. Wiener Gemeindewohnungsbau¹⁷ der Zwischenkriegszeit zeichnete sich in Bezug auf die Finanzierung dadurch aus, daß die Finanzierungsmittel des kommunalen Wohnungsbaus aus Steuermitteln des Gemeindehaushalts aufgebracht wurden. Bei der Mietpreisfestsetzung wurde ein vollständiger Verzicht auf Kapitalverzinsung geleistet und nur die anfallenden Betriebs-, Instandhaltungs- und Verwaltungskosten einkalkuliert. Diese wohnungswirtschaftlichen Bedingungen enthielten eine Beseitigung der Kapitalverwertung, die Gemeindewohnungen fungieren in keiner Weise mehr als Kapitalanlage, und es wurde auch keinerlei privates Kapital an der kommunalen Wohnungswirtschaft beteiligt. Die Finanzierungsmittel für kommunale Wohnbauten wurden »à fonds perdu«, wie laufende Ausgaben für eine 'konsumtive' Infrastruktureinrichtung eingesetzt. Auf dieser Grundlage konnten sehr niedrige Mietpreisniveaus gewährleistet und langfristig beibehalten werden, ohne daß zusätzliche laufende Objektsubventionen bereitgestellt werden mußten. Der Gemeindewohnungsbau erreichte einen so großen Produktionsumfang, daß er nicht nur ergänzenden Charakter hatte, sondern in den Jahren 1919 bis 1934 mit etwa 90% der Wohnungsproduktion in Wien eindeutig dominierte. Im Rahmen des gesamten Wiener Wohnungsbestandes wurde allerdings nur ein Versorgungsanteil von etwa 10% erreicht. Nach dem 2. Weltkrieg wurde der Gemeindewohnungsbau in geänderter Form weitergeführt und konnte bis heute seinen Anteil am Wohnungsbestand

in Wien auf mehr als 20% erhöhen. Dabei wurden jedoch die Finanzierung und Mietpreisfestsetzung stark verändert durch Beteiligung von Kaptalmarktmitteln, Einführung einer Kostenmiete mit erheblichen Kapitalzinsbestandteilen, und Hinzuziehung von laufenden Objektsubventionen sowie individuellen Mietbeihilfen.

Der kommunale Wohnungsbau in den genannten Ländern hat einen relevanten Beitrag zur Wohnungsversorgung der Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen geleistet, und er hat infolge öffentlicher Trägerschaft und der Anwendung differenzierter Bedarfskriterien das Verteilungsprinzip des privatwirtschaftlichen Wohnungsbaus durchbrochen, bei dem Wohnungen nicht nach Bedarf, sondern entsprechend der Mietzahlungsfähigkeit vergeben werden. In allen betrachteten Ländern zeigen sich in den letzten Jahren auch krisenhafte Entwicklungen im kommunalen Wohnungsbau: ein fortlaufender Anstieg der Investitionskosten für neuere Gemeindewohnungen wurde nicht mehr durch entsprechend erhöhte Subventionbeträge aufgefangen, so daß einerseits Produktionseinschränkungen, andererseits fortlaufende Mieterhöhungen für Gemeindewohnungen zu verzeichnen sind (und damit zum Teil eine erhebliche Mietenverzerrung zwischen verschiedenen Baujahrgängen). Die gesteigerten Mieten können häufig nur noch über ausgeweitete Individualsubventionen für die betroffenen Bewohner tragbar gemacht werden. Der kommunale Wohnungsbestand stellt zwar in allen angegebenen Ländern immer noch relativ das preisgünstigste Mietwohnungsangebot, doch hat sich wie in anderen Sektoren des Wohnungsangebots auch hier das absolute Mietpreisniveau beträchtlich erhöht.

4. Kommunal oder Sozialer Wohnungsbau?

In anderen westeuropäischen Ländern wurde der beschriebene »direkte Gemeindewohnungsbau« historisch maßgeblich unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung in Gang gesetzt. In Deutschland verlagerte sich jedoch spätestens seit Anfang der 20er Jahre »die gewerkschaftliche Aktivität mehr und mehr auf die Selbsthilfe der organisierten Arbeitnehmerschaft.«¹⁸

Im Verhältnis zur wohnungspolitischen Orientierung der deutschen Arbeiterbewegung, die sich auf die Selbsthilfe durch gewerkschaftseigene Wohnungsunternehmen ausrichtete, ist im internationalen Vergleich festzustellen, »daß die Einstellung der einzelnen Gewerkschaften im Ausland gegenüber einer Wohnungsbautätigkeit durch ihre Organisation unterschiedlich war und immer noch ist. Ein nicht unerheblicher Teil der ausländischen Gewerkschaften sieht die Errichtung von Wohnungen für Arbeitnehmer nicht als eine gewerkschaftliche, sondern als eine sozialpolitische Aufgabe des jeweiligen Staates an.«¹⁹ In Deutschland hat sich ein ausgedehnter »direkter Gemeindewohnungsbau« nicht zuletzt infolge der andersartigen wohnungspolitischen Orientierung der organisierten Arbeiterbewegung²⁰ nicht durchsetzen können. Der »gewerkschaftseigene« Wohnungsbau hat einen sinnvollen Beitrag zur Wohnungsversorgung geleistet, soweit es darum ging, einen extremen Wohnungsmangel »um jeden Preis« zu überwinden, und das Qualitätsniveau der Arbeiterwohnungen anzuheben. Gewerkschaftseigene Wohnungsunternehmen können aber prinzipiell nicht den gleichen wohnungswirtschaftlichen Handlungsspielraum wie ein direkter Gemeindewohnungsbau wahrnehmen: die *spezifische* Einnahmequelle einer Gewerkschaft sind Mitgliederbeiträge, die in erster Linie zur Bestreitung der Organisationskosten und als Unterstützungsfonds für Arbeitskämpfe fungieren. Soweit die Mittel nicht unmittelbar verbraucht werden, müssen sie aufgrund dieser Funktionsbestimmung zumindest sicher, im Prinzip aber auch ertragbringend angelegt werden.²¹ Gewerkschaftsbeiträge können daher niemals »à fonds perdu« für gewerkschaftseigene Wohnbauten veraus-

gabt werden, sie müssen mindestens kostendeckend oder limitiert profitabel verwendet werden, wodurch der Handlungsspielraum für eine »restriktive« Mietpreisfestsetzung im gewerkschaftlichen Wohnungsbau stark begrenzt wird. Hinzu kommt, daß allein Gewerkschaftsbeiträge bei weitem nicht ausreichen würden, um die Investitionsmittel für die Wohnungsversorgung der Arbeiterbevölkerung aufzubringen, so daß der gewerkschaftliche Wohnungsbau gezwungen ist, einen großen Teil der Finanzierungsmittel am Kapitalmarkt zu beschaffen und die entsprechend hohe Kapitalverzinsung zu tragen. Will der gewerkschaftliche Wohnungsbau der Arbeiterbevölkerung Wohnungen mit niedrigen bzw. gegenüber privatem Wohnungsbau veringertem Mietpreinsniveau bereitstellen, gerät er folglich in einen nicht lösbaren Widerspruch zwischen dem Erfordernis einer sicheren und ertragbringenden Verwendung gewerkschaftlicher Eigenmittel und dem Erfordernis einer Wohnungsversorgung der Arbeiterschaft zu erträglichen Mieten. Als Konsequenz dieser widersprüchlichen Anforderungen ist der Sozialwohnungsbau gewerkschaftlicher Unternehmen, die wie andere »gemeinnützige« Unternehmen selbständig unter marktwirtschaftlichen Bedingungen agieren müssen, denselben Krisenerscheinungen unterworfen wie der Soziale Wohnungsbau im allgemeinen, insbesondere der »Mietenexplosion« und »Mietenverzerrung«.

Allerdings hat die allgemeine wohnungspolitische Orientierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine weitergehende Bedeutung, die nicht mit der Problematik gewerkschaftlicher Wohnungsunternehmen identifiziert werden darf, denn nach der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Auffassung bleiben weitreichende Staatseingriffe im Wohnungswesen grundsätzlich erforderlich, muß der Soziale Wohnungsbau in erheblichem Umfang fortgeführt, seine Förderungsinstrumente wesentlich verbessert und der Sozialwohnungsbestand gegen Privatisierung geschützt werden.²²

Obwohl das Versagen eines rein privatwirtschaftlichen Wohnungsbaus bei der Versorgung von Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen schon zu Anfang des Jahrhunderts offensichtlich wurde, ist die bisherige staatliche Wohnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis heute und in jüngster Zeit verstärkt von der Auffassung beherrscht, daß eine ausreichende Wohnungsproduktion für die Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen vorrangig durch finanzielle Anreize und mietsenkende Subventionen für privatwirtschaftliche Wohnungsbauträger gewährleistet werden kann.²³ Auch die bei der Förderung des traditionellen Sozialen Wohnungsbaus besonders stark eingeschalteten »gemeinnützigen Wohnungsunternehmen« unterliegen den gleichen grundlegenden ökonomischen Existenzbedingungen wie andere privatwirtschaftliche Wohnungsbauträger, sie müssen selbständig unter den Konkurrenzbedingungen des Marktes bestehen.²⁴ Selbst in Verbindung mit einer staatlichen Förderung haben die Investitionskosten eines privatwirtschaftlichen Wohnungsbauträgers den Charakter einer Kapitalanlage. Diese Kapitalanlage muß unter marktwirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen verwertet werden, und das heißt für die Wohnungswirtschaft, daß mindestens eine »marktübliche« Verzinsung des Fremdkapitals und eine »angemessene« Verzinsung des Eigenkapitals gewährleistet sein müssen.²⁵ Privatwirtschaftliche Wohnungsbauträger sind existenzell darauf angewiesen, langfristig die entsprechenden rentabilitätsgerechten Mieteinnahmen zu realisieren, welche in der geläufigen Ausdrucksweise als »Kostenmieten« dargestellt werden.²⁶ Staatliche Subventionen müssen diese Mieteinnahmen im konkreten Fall garantieren, wenn nicht die ökonomische Existenzfähigkeit der Investoren untergraben werden soll. Profite werden in der Wohnungswirtschaft nicht nur dann angeeignet, wenn die »Marktmiete« die »Kostenmiet« überschreitet, sondern auch die Kostenmiet beinhaltet verschiedene umfangreiche

Profitbestandteile: vor allem die Kapitalverzinsung für Finanzierungsinstitute und die Eigenkapitalverzinsung des Bauträgers als grundlegende Rentabilitätsfaktoren, laufende Entschuldungsgewinne aus eingesparten Fremdkapitalkosten sowie längerfristig eintretende Entschuldungsgewinne, und in bestimmten Fällen Extraprofite aus der Weigerung, veranschlagte »Kosten« in Ausgaben zu verwandeln — nämlich bei Unterlassung von Instandhaltungsmaßnahmen. Die Kostenmiete neuer Sozialwohnungen besteht allein zu 70% aus Kapitalzinsen²⁷, in denen die »normale« Kapitalverwertung des Bauträgers und der beteiligten Finanzierungsinstitute zum Ausdruck kommt.

Die Rentabilitätsbedingungen eines privatwirtschaftlichen Sozialen Wohnungsbaus führen trotz staatlicher Subventionen auf Grundlage eines hohen Zinssatzniveaus und bei fortlaufenden Baukostensteigerungen langfristig entweder zu untragbaren Mietpreinsniveau für die Wohnungsmieter oder untragbaren Belastungen des staatlichen Budgets. Das Versagen sowohl des reinen privatwirtschaftlichen als auch des staatlich subventionierten privatwirtschaftlichen Wohnungsbaus (traditioneller Sozialer Wohnungsbau) hat in den Profitbedingungen des Mietwohnungsbaus eine *strukturelle* Ursache. Aus diesem Grunde ist eine prinzipielle Neustrukturierung des Sozialen Wohnungsbaus angezeigt.

Ein Sozialer Wohnungsbau mit tragbaren Mieten für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen kann heute nicht mehr mit vertretbarem Subventionsaufwand als rentable private Kapitalanlage durchgeführt werden. Unter diesem Umstand spricht vieles dafür, ihn zukünftig als »öffentliche Infrastruktureinrichtung« zu betreiben. Unter einer öffentlichen Trägerschaft könnten Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Sozialen Wohnungsbaus wahrgenommen werden, die für privatwirtschaftliche Träger nicht gegeben sind. Private und auch »gemeinnützige« private Träger sind z.B. nicht in der Lage, eine »defizitäre« Wohnungsbewirtschaftung (bei nicht-kostendeckender Mietpreisfestsetzung) vorzunehmen, sie sind unter Konkurrenzbedingungen vielmehr gezwungen, den Sozialen Wohnungsbau als mindestens »eigenwirtschaftliche« Kapitalanlage zu betreiben.²⁸ Aus dem internationalen Vergleich des kommunalen Wohnungsbaus folgt, daß eine öffentliche Trägerschaft für sich genommen nicht erfolversprechend ist, denn Krisenerscheinungen zeigen sich auch bei kommunalem Wohnungsbau, soweit er marktwirtschaftlichen Mechanismen angepaßt wurde. Erfolgversprechend erscheint daher eine öffentliche Trägerschaft nur unter Ausnutzung der »spezifischen« Handlungsspielräume der öffentlichen Wirtschaft im Bereich der Finanzierung, Preisbildung und Subventionierung.²⁹

5. Argumente für den kommunalen Wohnungsbau

Als Argument für den kommunalen Wohnungsbau können folgende mögliche Vorteile im Hinblick auf den traditionellen Sozialen Wohnungsbau angeführt werden:

(a) Im Rahmen eines kommunalen Wohnungsbaus kann die »Fehlbelegung« vermieden werden, indem politisch legitimierte differenzierte Bedarfskriterien von vornherein eine gezielte Belegung ermöglichen, die nicht mehr von »rein wohnungswirtschaftlichen« Gesichtspunkten geprägt ist.

(b) Ein kommunaler Wohnungsbau verhindert die »Privatisierung« von Sozialwohnungen, indem bei gemeindeeigenen Wohnungen eine dauerhafte Verfügbarkeit als Sozialwohnungen garantiert werden kann.

(c) Der kommunale Wohnungsbau verspricht bei einem für jede Sozialwohnung insgesamt gleichen Aufwand an öffentlichen Mitteln wesentlich niedrigere Mietpreinsniveau bzw. einen größeren »Mietsenkungseffekt« als der bisherige Soziale Wohnungsbau. Weil der Barwert des Subventionsaufwandes für öffentlich geförderte Neubauwohnungen mitt-

lerweile schon mehr als 100% der Gesamtherstellungskosten einer solchen Wohnung erreicht, bietet es sich an, Sozialwohnungen von vornherein als öffentliche bzw. gemeindeeigene Wohnungen bereitzustellen. Es erscheint nicht mehr vertretbar, daß Sozialwohnungen nahezu vollständig aus öffentlichen Mitteln »finanziert« werden, aber im Eigentum privater Wohnungsbau-träger bleiben, als private Kapitalanlage verwertet werden, und nach einer Reihe von Jahren ihre Mietpreis- und Belegungsbindungen verlieren, d.h. nicht mehr als Sozialwohnungen verfügbar sind.

(d) Ein kommunaler Wohnungsbau kann die mit dem bisherigen Sozialen Wohnungsbau verbundene »Mietenexplosion« vermeiden: Kommunaler Wohnungsbau stellt eine kommunale »Infrastruktureinrichtung« bereit und kann dabei infrastrukturpolitische Handlungsspielräume zur Finanzierung und Preisbildung wahrnehmen. Er ist daher prinzipiell in der Lage, die Finanzierungsmittel unabhängig vom Kapitalmarkt aus öffentlichen Haushaltsmitteln aufzubringen, die einer Kapitalmarktfinanzierung folgenden hohen »Kostenmieten« zu umgehen und öffentliche Mittel nicht als quasi private Kapitalanlage zu verwenden. Der Gemeindewohnungsbau kann auf diese Weise verringerte »Sozialmieten« gewährleisten und auf Dauer einhalten. Durch einen internen Mietenausgleich im gemeindeeigenen Sozialwohnungsbestand kann auf Basis erheblich verringerter Kostenmieten auch eine »Mietpreisverzerrung« wirksam verhindert werden.

(e) Kommunaler Wohnungsbau kann darüber hinaus aber auch mit einem geringeren Aufwand erstellt werden: Durch die Bereitstellung von gemeindeeigenen Baugrundstücken können Grundstückskosten eingespart werden, durch Haushaltsplanung können Zwischenfinanzierungskosten eingespart werden, durch planmäßige Baustoffbeschaffung und Einflußnahme auf rationelle Produktionsverfahren können Material- und Herstellungskosten eingespart werden. Verwaltungskosten treten beim kommunalen Wohnungsbau nicht unbedingt zusätzlich auf, sondern anstelle der bisherigen öffentlichen Verwaltungskosten zur Prüfung und Kontrolle der beim traditionellen Sozialen Wohnungsbau eingeschalteten privaten Träger. Eine Einsparung von Verwaltungskosten läßt sich bei Einrichtung von Formen der Mieter selbstverwaltung erzielen.

(f) Ein kommunaler Wohnungsbau, bei dem der für jede Neubauwohnung insgesamt erforderliche Aufwand an öffentlichen Mitteln im Herstellungsjahr aufgebracht werden muß, verspricht zwar einen geringeren »Kapazitätseffekt« an jährlich neu erstellten Sozialwohnungen als der bisherige Soziale Wohnungsbau, bei dem der gleiche Subventionsaufwand nur mit erheblicher zeitlicher Streckung anfällt; aber auch der bisherige Soziale Wohnungsbau zeigt infolge der eingeplanten Bindungsfreigabe und späteren Privatisierung einen verringerten Kapazitätseffekt, insofern als die Neubau-Sozialwohnungen heute fast nur noch einen verteuerten »Ersatz« schaffen für ebensoviele »freigegebenen« preisgünstige Sozialwohnungen. Gegenüber rund 50.000 bis 60.000 »freigegebenen« privatisierten älteren Sozialwohnungen wurden 1978 nur noch weniger als 40.000 neue Sozialmietwohnungen fertiggestellt³⁰ (mit weit höherem Mietpreisniveau und Subventionsaufwand).

6. Politische Begründung und Durchsetzbarkeit

Für einen kommunalen Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland bietet sich auf Grundlage der Erfahrungen mit dem in anderen westeuropäischen Ländern realisierten Gemeindewohnungsbau folgende wohnungswirtschaftliche und organisatorische Ausgestaltung an:

(a) Mietpreisfestsetzung nach dem Prinzip einer Deckung der laufenden Bewirtschaf-

tungskosten bei vollständigem Verzicht auf Kapitalverzinsung (Bewirtschaftungs-Kostenmiete), ähnlich wie beim ehemaligen österreichischen (Wiener) Gemeindewohnungsbau; auf dieser Grundlage interner Mietenausgleich im kommunalen Sozialwohnungsbestand, ähnlich wie beim britischen Gemeindewohnungsbau. Es gehört prinzipiell zum Handlungsspielraum öffentlicher Unternehmen, auf eine Kapitalverzinsung (insbesondere Eigenkapitalverzinsung) für öffentliche Mittel zu verzichten. Das Prinzip der Bewirtschaftungs-Kostenmiete setzt eine Abkehr von der verbreiteten Auffassung voraus, daß man den Mietern von Sozialwohnungen ein höchstmögliches und ansteigendes Mietpreisniveau abverlangen müßte.³¹ Es wäre geeignet, die von Mieterorganisationen vielfach geforderte und für tragbar erachtete »3-Mark-Sozialmiete« einzuhalten.³²

(b) Organisation der Betriebsführung im Hinblick auf die restriktive Mietpreisfestsetzung nach dem Prinzip eines »nicht-wirtschaftlichen« Betriebs bzw. eines kommunalen Regiebetriebs. Diese Organisationsform findet sich bisher bei verschiedenen kommunalen Infrastruktureinrichtungen, die Funktionen zur Reproduktion der Arbeitskraft wahrnehmen, z.B. bei bestimmten Bildungs-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Es handelt sich um Organisationsformen, die von der Gemeindeverwaltung und ihren parlamentarisch-politischen Instanzen nicht verselbständigt sind und daher eine direkte parlamentarisch-politische Kontrolle der Wirtschaftsführung des kommunalen Wohnungsbaus ermöglichen. Darüber hinaus ist eine Mieter selbstverwaltung im kommunalen Wohnungsbau durch die Bildung von Mietergenossenschaften organisatorisch zu gewährleisten, wobei den Mietern z.B. die Verwaltung von Instandhaltungsbeiträgen sowie die Beauftragung und Durchführung von Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten, die Organisation des Wohnungstausches zur Verbesserung der Belegung, Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Zuteilung von Neubauwohnungen, selbstbestimmte Verwendung von Modernisierungsfonds usw. übertragen werden können.

(c) Finanzierung aus öffentlichen Haushaltsmitteln bzw. Steuermitteln, die von zentralstaatlichen Instanzen als zweckgebundene Finanzzuweisungen an die Gemeinden vergeben werden, ähnlich wie beim niederländischen Gemeindewohnungsbau. Im Hinblick auf eine restriktive Mietpreisfestsetzung müßten diese öffentlichen Finanzierungsmittel ohne Kapitalverzinsung eingesetzt werden, d.h. »à fonds perdu« als laufende Ausgabe zur Erstellung von (»konsumtiven«) Infrastruktureinrichtungen verwendet werden. Im traditionellen Sozialen Wohnungsbau werden bereits umfangreiche öffentliche Mittel »à fonds perdu« als laufende Ertragssubventionen an privatwirtschaftliche Bauträger vergeben.

(d) Begrenzung oder Senkung der Herstellungskosten, z.B. durch Vermeidung aufwendiger Bauausführungen, die für die Bewohner keinen erhöhten Gebrauchswert bieten, oder durch Einflußnahme auf rationelle Herstellungsverfahren (jedoch nicht auf Kosten des Gebrauchswerts und der städtebaulichen Qualität der Wohnbauten). Bereitstellung von gemeindeeigenen Baugrundstücken, unter Verzicht auf Grundrenten, die bei einer privatwirtschaftlichen Grundstücksverwertung erzielt werden könnten.

Für den möglichen Produktionsumfang eines kommunalen Wohnungsbaus mit der angegebenen Ausgestaltung können grobe Schätzungen gemacht werden: Wenn es gelingt, die Herstellungskosten einer Sozialwohnung in Mehrfamilienhäusern beim kommunalen Wohnungsbau zu senken, und die gegenwärtig für den traditionellen Sozialen Wohnungsbau mit einem jährlichen Barwert von 4,9 Milliarden DM veranschlagten öffentlichen Mittel zukünftig auf den kommunalen Wohnungsbau zu konzentrieren, könnten jährlich bereits 40.000 bis 50.000 kommunale Sozialwohnungen finanziert werden. Das wäre kein größerer Produktionsumfang, als der Neubau von Sozialen Mietwohnungen in den letzten

Jahren erreicht hat: aber die kommunalen Sozialwohnungen könnten verringerte bzw. »tragbare« Mieten erhalten und wären keiner späteren »Privatisierung« unterworfen. Ein größerer Produktionsumfang des kommunalen Wohnungsbaus läßt sich erzielen, wenn innerhalb der bisherigen öffentlichen Wohnungsbaubsubventionen Umschichtungen vorgenommen werden zugunsten des kommunalen Wohnungsbaus bietet sich insbesondere eine Einschränkung oder Abschaffung derjenigen Steuervergünstigungen an, die besonders zahlungskräftigen Haushalten und Abschreibungsgesellschaften zugute kommen, und dabei auch die Altbauspekulation verstärken bzw. eine beschleunigte Verminderung des preisgünstigen Wohnungsbestandes hervorrufen. Das vom Deutschen Mieterbund in jüngster Zeit geforderte Sofortprogramm von 100.000 Sozialmietwohnungen zur Eindämmung der dringlichsten Wohnungsnot in den Großstädten könnte möglicherweise in geeigneter Form durch kommunalen Wohnungsbau verwirklicht werden, um eine gezielte Wohnungsbelegung mit den dringlichst Wohnungssuchenden und tragbare Sozialmieten zu gewährleisten. Voraussetzung wäre eine Konzentration des vorhandenen Subventionsbudgets für Sozialwohnungen auf den kommunalen Wohnungsbau, zuzüglich von Mitteln aus einer erheblichen Beschneidung der im Wohnungsbau bisher gewährten Steuervergünstigungen, die bereits einen jährlichen Barwert von mehr als 11 Milliarden DM erreichen.

Auch eine Kommunalisierung von privaten Altbaumietwohnungen unter Anwendung von Instandsetzungsgeboten und Vorkaufsrechten³³ ist, wie die jüngsten Erfahrungen in der niederländischen Stadt Rotterdam zeigen, geeignet, in kürzester Zeit einen umfangreichen gemeindeeigenen Sozialwohnungsbestand zu schaffen. Dabei wird zwar keine Erweiterung des Wohnungsangebots erreicht, jedoch die weitere Verknappung des Billigwohnraums eingeschränkt. Um eine restriktive Mietpreisfestsetzung einhalten und auch noch die bisher unterlassene Instandhaltung durchführen zu können, müßte eine Kommunalisierung hier wie beim Neubau von Gemeindewohnungen aus öffentlichen Haushalts- bzw. Steuermitteln finanziert werden, damit bei der Wohnungsbewirtschaftung keine fortlaufenden Defizite aus einer Belastung mit Fremdkapitalkosten auftreten.

Den Sozialen Wohnungsbau als »Infrastrukturmaßnahme« in Form des kommunalen Wohnungsbaus zu betreiben, würde eine radikale Veränderung der bislang vorherrschenden wohnungspolitischen Prioritäten erforderlich machen. Angesichts der verschärften Wohnungsnot, die nicht zuletzt für große Teile der Arbeiterbevölkerung eine Verschlechterung wesentlicher Lebensbedingungen beinhaltet, müssen sich Gewerkschaften und Mieterorganisationen für eine Veränderung der gegenwärtigen wohnungspolitischen Kräfteverhältnisse stark machen, und das heißt unter anderem, mit weiterreichenden Alternativen der bisherigen »konservativen Hegemonie« auf dem Gebiet der wohnungspolitischen Diskussion konzeptionell entgegenzutreten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z. B. Blumers, F.O./Werner, A.: Sozialer Wohnungsbau in der Krise — Sozialer Wohnungsbau in der Zukunft?, Stuttgart 1979; Grüber, W.: Sozialer Wohnungsbau in der Bundesrepublik, Köln 1981
- 2 Vgl. Autzen, R./Kempf, W./Voss, H.W.: Determinanten der Wohnungsbaufinanzierung, Berlin 1978
- 3 Vgl. ebenda
- 4 Vgl. Voigt, W.: Nach der Demontage des Sozialen Wohnungsbaus — drückt sich der Staat um die Nachsubvention?, in: ARCH+ 42/1979
- 5 Ulbrich, R.: Daten und Fakten zur Größenordnung des Problems »Umwandlung«, in:

- Deutscher Städtetag (Hrsg.): Wohnungspolitische Fachkonferenz 1980, Köln-Marienburg 1980
- 6 Vgl. z.B. Biedenkopf, K./Miegel, M.: Wohnungsbau am Wendepunkt, Stuttgart 1978, und Schneider, K.H./ Kornemann, R.: Soziale Wohnungsmarktwirtschaft, Bonn 1977
 - 7 Hierzu im einzelnen Biedenkopf, K./Miegel, M., a.a.O., S.125f., und Schneider, K.H./Kornemann, R., a.a.O., S.86-120, 132-146
 - 8 Blumers, F.O./Werner, A., a.a.O., S.78
 - 9 Ebenda
 - 10 Ebenda
 - 11 Vgl. z.B. Blumers, F.O./Werner, A., a.a.O.
 - 12 Vgl. z.B. Blumers, F.O./Werner, A., a.a.O., S.71-76
 - 13 Vgl. z.B. Blumers, F.O./Werner, A., a.a.O., S.51: Die Autoren halten es beim »Versuch, Wege aus der Krise aufzuzeigen«, nicht für sinnvoll, »die eigentlichen Ursachen des Mangels an geeigneten preiswerten Wohnungen ... in Frage zu stellen«.
 - 14 Brede, H./Kohaupt, B./Kujath, H.J., a.a.O., S.90; vgl. auch Voigt, W.: Nach der Demontage des Sozialen Wohnungsbau — drückt sich der Staat um die Nachsubvention? In: ARCH + 42/1978, S.9
 - 15 Vgl. Merrett, S.: State Housing in Britain, London 1979; Community Development Project (Hrsg.): Whatever happened to Council Housing?, London 1976; Cullingworth, J.B.: Housing and local government in England and Wales, London 1966
 - 16 Vgl. Nycolaas, J.: Volkshuisvesting, Nijmegen 1974; Priemus, H.: Volkshuisvesting, Alphen/Rijn 1978; Arnoldussen, E./van de Ven, J.: Huurbeleid en individuele huursubsidie, in: Tijdschrift voor politieke ekonomie, 3/1977
 - 17 Vgl. Bauböck, R.: Wohnungspolitik im sozialdemokratischen Wien 1919 — 1934, Salzburg 1979; Czeike, F.: Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien 1919 — 1934, 2 Bde, Wien 1959; Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (Hrsg.): Kommunaler Wohnbau in Wien, Die Leistungen der 2. Republik, Wien 1978
 - 18 Hirche, K.: Die Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaften, Düsseldorf/Wien 1966, S.62f.
 - 19 Scheiner, P./Schmidt, H.H.: Neue Heimat — Teure Heimat, Stuttgart 1974, S.163
 - 20 Die Entwicklung ist im einzelnen ausführlich dargestellt bei Weiß, W., Die Sozialisierung des Wohnungswesens, Heidelberg 1930
 - 21 Vgl. Hirche, K., a.a.O., S.355
 - 22 Vgl. Cremer, D./Tofaute, H.: Grundsatzfragen zur Wohnungs- und Städtebaupolitik aus gewerkschaftlicher Sicht, in: WSI-Mitteilungen 9/1980, S.534-542
 - 23 Vgl. Häring, H.: Zur Geschichte und Wirkung staatlicher Interventionen im Wohnungssektor, Hamburg 1974
 - 24 Vgl. Bulach, K.: Die Bemessung der Abschreibungen in der Kostenrechnung der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, Hamburg 1962; Nowak, W., a.a.O.
 - 25 Vgl. Heuer, J.H.B. u.a.: Lehrbuch der Wohnungswirtschaft, Frankfurt/M. 1979; Becker, R.: Kosten, Finanzierung und Miete im Sozialen Wohnungsbau, in: Eichstädt-Bohlig, F. u.a. (Hrsg.): Aspekte der Berliner Wohnungspolitik, Berlin 1980
 - 26 Vgl. Jaschinski, H.: Die Miete in der sozialen Marktwirtschaft, in: Gemeinnütziges Wohnungswesen, 13. Jg., 1960; Oschmann, M.: Möglichkeiten und Grenzen gemeinnütziger Preispolitik, in: So Plänen, Bauen, Wohnen, Nr. 5/1963; Penzkofer, P.: Begrenzungsfaktoren des preispolitischen Spielraums in der Wohnungswirtschaft, in: Von der Wohnungswirtschaft zur Stadtentwicklungspolitik, o.O., 1975
 - 27 Vgl. z.B. Heuer, J.H.B. u.a., a.a.O.
 - 28 Vgl. Bulach, K., a.a.O.; Oschmann, M., a.a.O.; Wohnungswirtschaftlicher Beirat (Hrsg.): Die Eigenwirtschaftlichkeit in der Wohnungswirtschaft, Bonn 1959
 - 29 Vgl. Thiemeier, T.: Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe, Reinbek 1975; Fuhs, F.K.: Grenzen der Kommunalwirtschaft, Köln 1930. — Beim traditionellen Sozialen Wohnungs-

bau in der Bundesrepublik Deutschland sind auch kommunale Wohnungsunternehmen bzw. gemeinnützige Wohnungsunternehmen mit kommunaler Kapitalmehrheit beteiligt. Deren Wohnungsbau weist jedoch ganz wesentliche Unterschiede zum direkten kommunalen Wohnungsbau in anderen westeuropäischen Ländern auf, insbesondere die weitgehende organisatorische Verselbständigung gegenüber den kommunalpolitischen Entscheidungsgremien und die direkte Beteiligung von privatem Kapital im Unternehmen. So zeigt sich bei den kommunalen Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik ein Verlust gerade derjenigen wohnungswirtschaftlichen Handlungsspielräume, die spezifisch für öffentliche Unternehmen gegeben wären. Die kommunalen Wohnungsunternehmen sind in den traditionellen Sozialen Wohnungsbau eingebunden und werden daher auch von den krisenhaften Entwicklungen des traditionellen Sozialen Wohnungsbaus betroffen bzw. sind daran selbst aktiv beteiligt.

- 30 Vgl. Bundesbaublatt Nr. 9/1979
 31 Vgl. z.B. Knauer, W.: Tragbare Miete als wohnungspolitische Zielsetzung, Tübingen 1968
 32 Vgl. z.B. Berliner Mieterverein (Hrsg.): Die 3-Mark-Sozialmiete, in: Berliner Mieter-Zeitung 10/1980
 33 Vgl. Erfahrungen in den Niederlanden: Korteweg, J. u.a.: Stadvernieuwing door Socialisering, Delft 1978; Priemus, Stadsvernieuwing, Alphen/Rijn 1978; Fassbinder, H./Rosemann, J.: Stadterneuerung als kommunale Strategie, in: Bauwelt, Nr. 19/1980; Steinbach, H.: Aus der preiswerten Wohnung wurde ein Spekulationsknüller, in: Frankfurter Rundschau v. 3.10.1980

Prävention — Gesundheit und Politik

mit Beiträgen von: H.H. Abholz, D. Borgers, Huber u.a.

Primärprävention ist die Verhütung von Krankheiten. Das Buch ist der erste fundierte Überblick in deutscher Sprache. Es versteht sich als Beitrag zur Entwicklung konkreter Strategien der Primärprävention.

Dabei geht es um folgende Fragen:

- Krankheitsverhütung: Änderung individuellen Verhaltens oder gesellschaftlicher Verhältnisse?
- Volkskrankheiten: Medizin versus Umweltschutz
- Krebs: individuelles Schicksal oder gesellschaftliche Seuche? (Oerter gegen Oeser)
- Risikofaktormedizin: Pharmakoprophylaxe oder Sozialhygiene?
- Alkoholismus: zwischen Staatseingriff und Kompetenz der Betroffenen
- Arbeitsmedizin: Natur- oder Sozialwissenschaft?

Es wird deutlich, daß diese Alternativen vielfach selbst problematisch sind. Primärprävention verlangt eine neue Gegenstandsbestimmung der Medizin.

(AS 64: ISBN 3-88619-002-1) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

U.a. bereits erschienen:

Band VII: Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen

(AS 12: ISBN 3-920037-60-X) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Band VIII: Gesundheitspolitische Analysen, Primärmedizin

(AS 30: ISBN 3-920037-46-4) 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Im Argument-Verlag erscheint außerdem die Reihe: »Jahrbuch für kritische Medizin«. Im »Medizin-Abo« erhalten Sie jährlich ein Band »Argumente für eine soziale Medizin« und ein Band »Jahrbuch für kritische Medizin« für 28,60 DM inkl. Versandkosten (Stud. 25 DM).

Argumente
für eine



soziale
Medizin

Argument-Verlag

Tegeler Str. 6

D-1000 Berlin 65

Tel.: 030/4619061

Karin Westermann

SOS aus SO 36

Selbst Jusos können Sozialismus kaputtbesitzen, bis andere ihn instandbesetzen ...

Es ist kein Geheimnis: Das, was man die neuen sozialen Bewegungen nennt, geht an uns, Sozialdemokraten, Jusos, vorbei. Nicht, daß wir nicht auch gegen Atomkraftwerke, für Frauenbefreiung und gegen Spekulation wären — aber Instandbesetzer, Ökofreaks, Frauen und Alternative bilden eigene, völlig neue Organisationsformen und das nicht nur ohne uns, sondern gegen uns. So spöttelt die TAZ anlässlich der LDK der Berliner Jusos zum Thema Jugendprotest, es sei zu erwarten, daß demnächst auch ein Juso in der Scene auftauche (TAZ v. 18.6.81). Die Ironie sitzt. Eineinhalb Jahre nach den ersten Hausbesetzungen gibt es bei uns Thesen von Klaus-Peter Wolf und wir diskutieren. Immerhin! Mit unserem stellvertretenden Bundesvorsitzenden stellen wir fest:

»Die Probleme dieser neuen politisierten Jugend unterscheiden sich nicht von denen, die der Großteil der organisierten Jugend und der 'schweigenden Mehrheit' hat. Sie sind allesamt betroffen von der objektiven Verschlechterung ihrer Lebenslage und -perspektive, die auf die krisenhafte Entwicklung des Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebots mit den entsprechenden Folgen auf Schule, Freizeit und Familie zurückzuführen ist, sie sind betroffen von der mangelhaften Entschlossenheit von Staat, Gewerkschaften und Parteien, diese gesellschaftlichen Mißstände zu überwinden (Die Neue, 26.6.81, auch von der Pleite bedroht, weil sie nach eigener Einschätzung im Unterschied zur TAZ kein Bein in der neuen Bewegung hat).

Hätten Staat, Gewerkschaften und Parteien entschiedener auf die Krise reagiert, die Jugend mit Ausbildungsplätzen und Wohnungen besser versorgt, dann gäbe es keine Bewegung? Ich will nicht bestreiten, daß diese Institutionen eine falsche Politik betrieben haben. Aber warum denken wir bei Instandbesetzung immer an die »objektive Verschlechterung der Lebenslage« und nicht an Mieterräte und gesellschaftliche Selbstbestimmung im Wohn- und Freizeitbereich? Warum schlagen wir als Politikkonzept die bessere *Versorgung* vor, setzen so großes Vertrauen in die Staatstätigkeit? Warum sehen wir beharrlich daran vorbei, daß in den neuen sozialen Bewegungen nicht nur auf ökonomische und politische Mißstände hingewiesen wird, sondern neue Politikformen praktiziert werden? Ich will es mal überspitzt formulieren: Wir sind draußen, weil wir *nur* die »*Entschlossenheit von Staat, Gewerkschaften und Parteien*« zu einer offensiven Reformpolitik fordern. Unsere Formen Politik zu betreiben, unsere Institutionen und Argumente stehen dabei in keiner Weise zur Debatte.

Instandbesetzung: Ein Kiez schlägt zurück

Die Häuser der Cuvrystraße 20-23 liegen im Berliner Südosten, Postzustellbezirk 36 (SO 36). Keine 50 Meter weiter trennt die Mauer Kreuzberg vom früheren Stadtzentrum. Die Häuser liegen in einem typischen Berliner Kiez.

Im Vorderhaus wird gewohnt, im Hinterhof, im Fabrikgebäude, lebt das Kleinergewerbe, bekannt als »Kreuzberger Mischung«. Über 100 Jahre produzierte die Firma Müller hier Kindernähmaschinen, 1978 machte sie dicht. Der Block wurde für 500.000 DM verkauft, die einzelnen Fabriketagen wurden neu vermietet. Keine 18 Monate später war das Grundstück schon das Vielfache wert. Die Spekulantengruppe Marx/Mewes/Oldenburg kaufte sich für 1,8 Millionen in das Gebiet ein. Da die Cuvrystraße Sanierungsverdachtsgebiet ist, witterten sie das große Geschäft mit der »Staatsknete«, mit Subventionen für Abriß und

Neubau von Wohnsilos, mit Steuervergünstigungen und Abschreibungsmöglichkeiten für Bestverdiener in Westdeutschland. Ich sprach mit Mechthild aus der Cuvrystraße.

Mechthild: Hermes Holz- und Bautenschutz wohnen im 4. Stock und haben unten ihre Werkstatt, und wir, die Taxenwerkstatt, mit der Fabriketage drüber zum Wohnen, sind alte Mieter. Wir sind seit 3 Jahren hier, in so einer Zwischenphase 'reingekommen. Die alte Firma war schon pleite, der Besitzerwechsel fand statt und wir kriegten den Entmietungsprozeß mit. Hermes bekam eine Räumungsklage wegen »Wohnen in Fabriketagen«. Aber das ist vom Amtsgericht abgewiesen worden. In dieser Phase haben wir schon Gruppen zusammengestellt und sind als gemeinsamer Mietanwärter bei denen aufgetreten. Wir haben Briefe geschrieben, Termine gemacht, sind immer wieder hingetrabt, und zum Schluß haben wir sogar ein Kaufangebot gemacht. Natürlich wollten wir nicht den Spekulantpreis bezahlen, aber die Spanne zwischen Verkehrs- und Spekulantenerwartung wollten wir mit Instandsetzungsleistungen ausgleichen. Das war denen zu wenig. Weißt Du, nur die Geldschieberei auf dem Papier, wo dann so Leute wie der Erich Marx sich treu und brav hinstellen, mit den Augen klumpen und sagen 'ich will nichts gewinnen und nichts verlieren', Du möchtest ihm am liebsten 5 Mark in die Tasche stecken, so leid kann er Dir tun.

Während Dr. Marx die Verhandlungen führte, handelte derweilen Mewes mit seiner Hausverwaltungsgesellschaft Combau: Sie entmieteten. Aber die Absa(h)nierer hatten vielleicht ökonomisch gut gerechnet, politisch verschätzten sie sich. Kreuzberg, besonders SO 36, schlägt sich schon seit über 10 Jahren mit den Folgen der Sanierung rum: Mitte der 60er Jahre sah der Senat den Aufkauf von Grundstücken im Sanierungsgebiet durch gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften vor, die die Häuser zunächst entmieten, dann abreißen, später Neubaugroßsiedlungen schaffen sollten. Das Konzept nennt man »Kahlschlagsanierung«. Die Bauzeiten erwiesen sich als völlig unrealistisch, derweilen verkamen ganze Viertel zu Bruchbudenquartieren. Die Sozialstärksten zogen weg, es blieben Rentner, Arbeiterfamilien, Studenten und das Kleingewerbe, solange es sich bei der veränderten Sozialstruktur halten konnte. Und es kamen die Gastarbeiterfamilien, mit deren Zustrom die Vermietbarkeit der verkommenen Häuser gewährleistet war. Alles in allem für die Besitzer ein gutes Geschäft. Sie kassierten hohe Mieten und die Nicht-Instandhaltung der Häuser war behördlich anerkannt. In SO 36 wurde ein Slum systematisch hergestellt. Erst 1976 leitete Bausenator Harry Ristock (SPD) einen »Kurswechsel« ein. Die »Reparatur der Innenstadt« — das neue Konzept — sah eine Modernisierung der Vorderhäuser mit öffentlichen Mitteln vor. Dabei sollte der Kiez »entkernt« werden, d.h. Abriß der Hinterhöfe. Die Sanierungs- und Modernisierungsverhandlungen wurden aber weiterhin ausschließlich mit dem Eigentümer geführt. Über die Mieter, ihre Wünsche und Vorstellungen ging man hinweg. Für sie machte sich im Kiez die Kirche stark.

Gemeindeglieder, Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter begannen über Stadtplanung, Bürgerbeteiligung, die Verschärfung der sozialen Situation durch Vernichtung billigen Wohnraums zu diskutieren. 1977 riefen sie mit dem Senator für Bau- und Wohnungswesen das Projekt »Strategien für Kreuzberg« ins Leben. Erstmals in der Berliner Nachkriegsgeschichte hatten die Bewohner eines Stadtteils die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Ideen in Planung und Gestaltung des Kiezes einzubringen. Gefragt waren weniger architektonische oder wissenschaftliche Glanzleistungen, vielmehr sollten »Strategien« zur sozialen Aneignung der Lebensumwelt entwickelt werden. Besonders gesucht waren Modelle zur Motivierung und Aktivierung der Bevölkerung, um mit Senatsunterstützung eine institutionalisierte Bürgerbeteiligung zu erreichen. Die Auszeichnung des Wettbewerbs war auch nichts für den Wohnzimmerstrick, sondern Geld für die Weiterarbeit im Stadtviertel. Auch die Jury, die Projektkommission, war kein klassisches Fachmännergremium, kom-

petent war hier jeder im Kiez, der mit Sanierung zu tun hatte. Trotz Wettbewerb gingen die Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern und Bezirksamt weiter. Einer alten Feuerwache und einem Pumpenhaus drohte der Abriß, obwohl es andere Vorschläge gab und Jugendliche ein Kommunikationszentrum verlangten. 200 Leute besetzten die Feuerwache, eines Morgens lag die Abrißbirne vor dem Bezirksamt mit der Aufschrift »Strategien für Kreuzberg«. Nach dem Abriß äußerten Projektkommissionsvertreter Verständnis für steinwerfende Jugendliche. Die Strategie-Aktivisten zogen sich nicht frustriert zurück, im Gegenteil. Sie setzten einen Ausschuß durch, in dem paritätisch Bürger- und Verwaltungsvertreter Abrißanträge, die Vergabe von Modernisierungsmitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung (ZIP) und Blockkonzepte diskutierten. Zwar hat dieser Ausschuß kein juristisch einklagbares Mitentscheidungsrecht, aber der moralische Druck der Öffentlichkeit war und ist so groß, daß es der Verwaltung schwerfällt, Ausschußentscheidungen zu hintergehen. Die Stammtischrunde einiger Kommissionsmitglieder gründete die Bürgerinitiative SO 36. Ihre Mitglieder versprechen sich von der Öffentlichkeitsarbeit mehr als von den Verhandlungen mit dem Senat. Ihr Pendant, der Bürgerverein SO 36, ist ein mit Senatsgeldern prämierter und realisierter Strategievorschlag. Er will eine Art »Quartiersrat« sein, eine politische Vertretung der Bürger gegenüber der Verwaltung.

»Wenn man sich dieses Spektrum so betrachtet, dann erkennt man darin die ... möglichen und auch notwendigen Dimensionen, in denen sich erwachtes Quartiersbewußtsein einbringt in die Auseinandersetzung um die Mitentscheidung über die Zukunft des Quartiers. (...) Jeder Schritt muß im Effekt der Verwaltung abgetrotzt werden. Dafür steht und arbeitet schwerpunktmäßig die Bürgerinitiative. Der Verein steht für die Auffassung, daß bei aller Notwendigkeit von öffentlichem Druck konkrete Fortschritte nicht gegen, sondern nur mit der Verwaltung und den Politikern erzielt werden können.« (K. Duntze, in Zeitschrift: Arch +, S.40/41)

Wen wundert es noch, daß die ersten Instandbesetzungen in Berlin von der BI SO 36 in den Vorderhäusern der Cuvrystraße durchgeführt wurden? 77 Wohnungen standen in diesem Block mittlerweile leer, Türen und Fenster der Vorderhäuser ließen die Spekulanten zumauern.

Mechthild: *Im Sommer 79 ist es durchgesickert, daß der Abriß ansteht, und im Herbst sind die Wohnungen im Vorderhaus besetzt worden. In der Phase war dann auch der Bausenator informiert und der ZIP-Ausschuß sprach sich gegen die Zerstörung von Gewerbegebäuden und den Abriß von Vorderhäusern aus. Aber hier hinten war weiterhin alles leer. Und dann stand der Winter vor der Tür; und das Jahr vorher, das war das Skandalöse, hat die Combau das ganze Haus geheizt, den ganzen Komplex, und es war keiner drin. 60.000 DM Heizkostenrechnung haben die vorgelegt, die Energie einfach so verpulvert, ohne daß einer davon was hatte. Weil das einfach Wahnsinn war, war das auch so eine Motivation für die Besetzung. Es gibt so viele leerstehende Häuser und die halten uns hin, da dachten wir, wir besetzen die Häuser, mal sehen, was dann passiert. Wir sind zum Marx ins Büro gegangen und haben ihm ein Verhandlungsangebot gemacht. Wir wollten drüber reden, und es ist weiter verhandelt worden über Nutzungsvertrag und Pachtvertrag. Und dann im Dezember die heißen Geschichten, die Demos, da ist politisch alles umgeschlagen und aus unserer Angelegenheit eine öffentlich-politische geworden.*

Während Senat und Verwaltung sich mit der mustergültigen Bürgerbeteiligung brüsteten, die Gelder für die prämierten Strategieprojekte aber zugleich stornierten oder verknappten, entwickelten die aus den Strategien entstandenen Bürgerforen eine neue Politikform, die Instandbesetzung. Sie griffen zur Selbsthilfe.

Mechthild: *Ich glaube, die »Strategien«, das ist ein Gedanke, Stadtreparatur, Bürgerbeteiligung, Selbsthilfe und anderes zu realisieren. Und insofern verwirklicht sich das in dem, was wir*

hier machen. Dezentral eigentlich, ohne ein großes Programm, ohne ein Förderprogramm, wo dann alle wieder nach einer Pfeife tanzen und alles andere unter den Tisch fällt. Daß es Möglichkeiten gibt, einfach auch Platz, wo administrativ Raum gelassen wird, wo sich dezentral Initiativen entwickeln. Von daher spuken die »Strategien« noch in allen Köpfen ...

Alles Gute kommt von oben

Selbsthilfe, Mieterräte, Selbstbestimmung — von den Betroffenen immer wieder genannte Begriffe, die Protest gegen Fremdbestimmung aussprechen. »Maßnahmen« heißen im Verwaltungsdeutsch selbstherrliche Eingriffe in das Leben der Menschen. Maßlose Haus- und Grundeigentümer zerstören Wohnraum und damit gebaute Geschichte, soziale Zusammenhänge, Kultur. Selbst im Staatsapparat hat sich die Diskrepanz zwischen Bürgerwille und Verwaltungshandeln rumgesprochen. Man ist bürgernah und freundlich, fördert aktive Bürgerbeteiligung an Planungsentscheidungen. So erläutert eine Schrift der Landeszentrale für politische Bildung:

»In den vergangenen Jahren sind bereits vielfältige Maßnahmen und gesetzliche Regelungen getroffen worden, um das Verhältnis zwischen Bürgern und Verwaltung durch mehr Information und Beratung zu verbessern und den betroffenen Bürgern mehr Mitwirkungsrechte an Planungsentscheidungen zu sichern. Auf solche Regelungen und Verfahren können sich die Bürger berufen und Ansprüche gegenüber der Verwaltung anmelden. Die formalen Möglichkeiten sind in der Praxis mit Leben zu füllen.«

Eigentlich wird hier, nimmt man den Anspruch der Repräsentativdemokratie ernst, ein Unding eingestanden. Schließlich geht alle Macht vom Volke aus, und allgemeine Wahlen sind das entscheidende Kontroll- und Mitbestimmungsinstrument, in den Parteien findet die politische Willensbildung statt. Woher kommt dann der Protest gegen die Fremdbestimmung? Was sind das für Praxen, die der Bürgerbeteiligung eingeräumt werden? Kontrastieren wir sie mit unserer Forderung nach entschlossenem Handeln von Staat, Gewerkschaften und Parteien in Sachen offensiver Reformpolitik. Hierzu sprach ich mit Ralf Strowig (SPD), bis zur letzten Wahl in Berlin Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Kreuzberg.

Ralf: So ganz erfolglos war die Zeit nicht, bis es zu den Instandbesetzungen kam. Im ersten Jahr, in dem die Alternative Liste in der Bezirksverordnetenversammlung war, haben wir per BVV-Beschluß einige Sachen durchgesetzt. Das waren alles so minimale Schritte, die aber einen unheimlichen Kampf gekostet haben. Zum Beispiel ist die Verwaltung jetzt verpflichtet, jede Architektenbegehung, jeden Hausabriß, jede Wohnungsuntersuchung von der Bau- und Wohnungsaufsicht dem Betroffenenrat zu melden, damit die die Chance haben, ganz einfach daran teilzunehmen ... Ein Beschluß ändert eigentlich gar nichts, aber man kann, wenn sich jemand nicht dran hält, wenigstens ein bißchen Remmi-Demmi machen ... Die Bezirksverwaltung hat an Bürgerbeteiligung so gut wie gar kein Interesse. Sie machen es mittlerweile, bestimmte formale Sachen, weil sie seit '74 regelmäßig dazu geprügelt werden. Sie rufen Bürgerversammlungen ein, informieren, legen sehr viel Wert darauf, daß angeblich der Sanierungsbeirat funktioniert, tun aber nichts dazu.

Betroffenenvertretung und Sanierungsbeirat sind Gremien, die durch das Städtebauförderungsgesetz vorgesehen sind. Mieter, Grundstückseigentümer, Gewerbetreibende und Arbeitnehmer können hier der Verwaltung ihre Bedenken und Anliegen vortragen. Reale Kompetenz und Einwirkungsmöglichkeiten räumt ihnen der Gesetzgeber nicht ein. Will ein Hauseigentümer mit ZIP-Mitteln modernisieren, braucht er die mehrheitliche Zustimmung seiner Mieter aus einer Mieterversammlung. Dies ist eine reale Kompetenz, doch stellt sie die Mieter auf eine harte Probe. Bestechungen, Einzelgespräche, Falschinforma-

tionen, in SO 36 reichlich bekannte Schikanen, um die in Solidarität ungetübten Mieter gegeneinander auszuspielen. Meist haben die Eigentümer damit Erfolg. Sie bauen in ihrer Bearbeitungspraxis auf die Vereinzelung der Menschen im Privatbereich, können gesellschaftliche Vorurteile gegen Gastarbeiter und Studenten für sich nutzen, setzen bewußt auf die Inkompetenz der Betroffenen, und wer mag schon öffentlich sagen, welchen Mietpreis er sich leisten kann, denkt man etwa an die Geheimnistuerei mit den Lohn- oder Gehaltsauszügen. Ebenso bestätigen durch die Verwaltung eingeräumte Beteiligungspraxen wie selbstverständlich die Privatsphäre. Mit allen Mitteln wenden sie sich gegen Formen der Partizipation, in denen auch die Verwaltung Verbindlichkeiten eingehen muß. Hinter dem Vorschlag einer BI zur Verkehrsberuhigung in Kreuzberg, der einen gemeinsamen Arbeitskreis von allen betroffenen Anliegern und Verwaltung zwecks Erstellung eines gemeinsamen Konzepts vorsah, vermuteten sie »Ideologisierung der Verkehrsberuhigung«, Diktatur durch Minderheiten (Die Neue, 1.6.81). Der Reproduktionsbereich muß unpolitisch bleiben. Einberufene Bürgerversammlungen dürfen nur abstimmen, wenn Zustimmung zu den Plänen der Verwaltung sicher ist, und Beschwerden kann man schließlich schriftlich an die Verwaltung richten. Der Behördenbrief, möglichst noch im Verwaltungsdeutsch, zum Abheften. Selbst bei schreibmaschinegeübten Menschen wird in solchen Briefen das Komma zur Hürde und die Grammatik von Groß- und Kleinschreibung zur Tortur. Solche Briefe werden — wenn überhaupt — nur mit dem Ehemann/frau geschrieben, neue Einsichten, andere Standpunkte können nicht antizipiert werden, man kennt sie nicht. Ihr Anliegen ist, gefördert durch die Möglichkeit der Partizipation notwendig einseitig. Anders in Arbeitskreisen. Hier sitzen alle Interessierten zusammen, lernen sich kennen, bauen vielleicht ihre Vorurteile ab, schließen Kompromisse. Eine Verwaltung, die durch zugestandene Bürgerbeteiligung sich nur selbst zum objektiv notwendigen Schlichter divergierender Interessen erhebt, ist nicht mehr nötig.

Ralf: *Ich kann mir gut vorstellen, warum die sich dagegen wehren. Die wollen jeden Zipfel von Kompetenz nicht aus der Hand geben. Arbeiten sie in so einem Arbeitskreis mit, dann heißt das nicht nur rumsitzen, dann müssen sie auch ein bißchen dazu tun. Das bedeutet auch, daß der Konsens, der gefunden wird, von ihnen umgesetzt werden muß. Je mehr sie in solchen Ausschüssen sitzen, umso mehr geben sie aus der Hand. Hinterher können sie besser gezwungen werden, etwas umzusetzen, was sie nicht wollen ... Sind sie einmal in einem Ausschuß, kennen sie auch noch Tricks. Erstmal das Nicht-Informieren. Man sitzt einfach nur so da. Die Begründung, Amtsgeheimnis, Schweigepflicht usw. oder sie können nur ihr Wissen als Privatperson vertreten, stehen aber nicht für die Behörde. Der nächste Punkt ist Kompetenzverschieberei, daß die Zuständigen jemanden schicken, der nichts zu sagen hat. Für Dein Anliegen hast Du zwei zuständige Stellen, es kommt aber immer nur eine. Die sagen, na schön, wir können das mit tragen, aber ob die anderen ...*

Zeigt sich die Verwaltung relativ geschlossen in der Verhinderung der Bürgerbeteiligung, ist sie doch handlungsunfähig, geht es um die Kontrolle gesetzlicher Vorschriften, z.B. bei Hausbesitzern.

Ralf: *Die Bau- und Wohnungsaufsicht könnte den Zustand in Kreuzberg um einiges verbessern, würde sie effektiver arbeiten. Aber das geht aus mannigfaltigen Gründen nicht. Zum einen sind diese Stellen mit relativ bescheidenen Personalmitteln ausgestattet. Zum anderen sind die Leute, die da arbeiten, nicht die Bestqualifiziertesten innerhalb der Verwaltung. Die Aufstiegschancen von der Bau- und Wohnungsaufsicht nach oben sind unheimlich schlecht ... Hinzu kommt, daß die Leute dort einen großen Schiß vor Gerichten haben. Ihnen sind relativ häufig Sachen, als sie mal mutig waren, weggeschossen worden. Wegen Formfehlern. Dann kommt es auf die Gerichte an. Hier sagt man, die Verwaltung hat viel zu viel überhand genommen, die tun, was sie wol-*

len, der müssen wir eins auf den Senkel geben. Die Verwaltung hat vergessen, die Ehefrau anzuschreiben, die Miteigentümerin ist, und schon ist die Sache verloren. Man faßt sich natürlich an den Kopf. Die Gerichte handeln ja vielleicht inhaltlich ganz richtig, wenn sie der Verwaltung an den Karren fahren will, aber das ist natürlich der völlig falsche Punkt. Das geht doch auf Kosten der Mieter ...

Verschiedene Instanzen der Bezirksverwaltung arbeiten hier gegeneinander. Ralfs Erfahrungen zeigen, daß der Staatsapparat kein monolithischer Block ist, der als Ganzes einheitlich handelt. In ihm herrschen Eigengesetzlichkeiten, unabhängig z.B. von ökonomischen Bedingungen. Ich will nicht behaupten, sie seien unveränderbar. Aber Inspektorenstellen werden nicht zu Amtratsstellen, wird ein Marxist Stadtrat, und der entschlossenste Sozialdemokrat in der Bau- und Wohnungsaufsicht begeht juristisch ausschlagbare Fehler. Nicht nur die Fronten innerhalb einer Verwaltung, die Konkurrenz der Staatsapparate untereinander (z.B. Finanzverwaltung versus Bauverwaltung), die jeder für sich, nur von ihrem Standpunkt aus einsichtig handeln, macht die Forderung nach entschlossenem Handeln des Staates unsinnig. Schätzt man diese Situation nicht richtig ein, macht man sich politisch handlungsunfähig. Wir haben es hier mit einer Widerspruchsstruktur zu tun: Die konkurrierenden Instanzen machen den Staat widerstandsfähig gegenüber Veränderungen, sie machen ihn zugleich aber auch veränderbar. Nur wenn es verschiedene Fronten in der Verwaltung gibt, kann man auch Bündnisse herstellen, können Auseinandersetzungen stattfinden, kann Druck ausgeübt werden. Auch impliziert die Forderung nach der Entschlossenheit des staatlichen Handelns die Vorstellung vom besseren Menschen, besser geschult, mit besserer Theorie, vielleicht ein Juso, der entschlossener und härter durchgreift, alles ändert.

Ralf: Auf der Senatsebene ist es so, daß diejenigen, die die Durchführung machen, kein Interesse mehr haben. Bürgerbeteiligung bringt nur Pläne durcheinander. Bei den Planern ist es dagegen anders. Sie brauchen die Bürger zur Unterstützung ihrer Ansichten. Daß das so ist, liegt wohl an der Ausbildung. Die Planer sind Akademiker, die wollen wohl schon eher etwas durchsetzen. Den Durchführern ist Politik egal. Aber je länger die Planer in der Verwaltung sitzen, desto mehr lassen diese Ansprüche nach. Der Kampf innerhalb einer Verwaltung kann einen schon ein ganzes Leben lang beschäftigen. Man kann sich gar nicht vorstellen, wieviel Papierechen die manchmal schreiben müssen, um minimale Punkte durchzusetzen.

Vom Willen und vom theoretischen Anspruch der Menschen unabhängige Handlungsmuster, vorgegebene Strukturen, die Fortschrittliche durch ihre Einbindung in die Verwaltung tendenziell in Gegensatz zu ihrer Basis zu bringen droht. Die neuen sozialen Bewegungen sprengen alle von Staat und Parteien vorgesehenen Formen, seinen politischen Willen kundzutun. Wir sollten sie einmal unter diesem Aspekt untersuchen. Schnell wehren wir mit dem Argument der mangelnden ökonomischen Verallgemeinerungsfähigkeit ab:

D²: »Alternativen« bauen kein alternatives ökonomisches System auf. Sie sind keine Alternative für die Lohnabhängigen und für Jugendlichen mit lohnabhängiger Perspektive. Von »alternativen Projekten« kann die Masse der Bevölkerung nicht leben (K.P. Wolf, ebd.).

Aber bedeutet dies nicht praktisch, daß unsere Politikformen heilige Kühe bleiben? Vielleicht sind die Alternativprojekte ökonomisch nicht verallgemeinerbar, das sagt aber noch nichts über die Wirksamkeit ihrer Politikformen aus.

»Politisierung der Lebenswelt« als Kritik am Antragssozialismus

Die verschiedensten Gruppen halten die Fabrikgebäude in der Cuvrystraße besetzt. Ne-

ben Taxikollektiven, in einem arbeitet Mechthild, gibt es eine mechanische Werkstatt, eine Holzwerkstatt und eine Werkstatt für Instandbesetzer. Die Ingenieurgruppe »No Nuclear« baute das große Windrad, das in Gorleben Wasser für Bäume pumpte, in der Sprachenschule »Babylonia« kann man Italienisch, Spanisch und als Ausländer Deutsch lernen. Das Gesundheitsselbsthilfezentrum, das Ratibor-Theater, die Chaoten-Combo, der Lebensmittel-Coop, alle sind Mitglieder in dem von ihnen gegründeten Verein »Kerngehäuse — Gewerbehof Cuvrystraße«. Sie zahlen sich selber Miete, davon finanzieren sie die Instandsetzungen, und nachwievor wollen sie einen langfristigen Vertrag abschließen. Der Name »Kerngehäuse« steht für ein Programm: So wie in einem Apfel die Kerne weiteres Leben und potentielle Apfelbäume sind, so sind die Hinterhöfe, die Fabriken, der Kern der Kreuzberger Mischung, die Räume, in denen der Kiez weiterlebt. Sie sind Freiflächen, die nicht standardisiert, fein adrett bemalt oder besät sind, sondern Handlungsspielräume, die zur Nutzung, Aneignung und Aktivierung ermuntern. Der Zusammenhang von Leben, Wohnen und Arbeit, in jedem Neubauviertel zerstört, steht und fällt mit dem Kreuzberger Hinterhof. Reiner Erhalt der Fassade, der Vorderhäuser, wie etwa im noch fortschrittlichen SPD-Programm vorgesehen, macht aus Altbaugebieten Wohnsilos mit nostalgischem Flair. Das ist Sanierung, die nicht von den Lebensinteressen der Menschen ausgeht, sondern von außen, quasi aus sight-seeing-tour-Perspektive auf die Wohnquartiere blickt. Zerstört wird gebaute und gelebte Geschichte, auch untergegangene SPD-Geschichte. Waren die Straßen aus polizeitaktischen Gründen breit, von einem Konstabler überschaubar, gehörten die Hinterhöfe den Arbeitern. Schule, Kirche, Wirtshäuser, Ballsäle, das alltägliche Leben fand hier statt. Parteiveranstaltungen, geheime Zirkel, die konstituierende Sitzung der SPD, auch Bebel, Liebknecht und Genossen feierten den Fall des Sozialistengesetzes im Hinterhof, in der Naunynstraße im Gründelschen Gasthaus. Das ist mittlerweile aus dem Gedächtnis gestrichen, abgetötet, entkernt. Dafür können jetzt Bäume gepflanzt werden. Ein »leerer Block«, ein »inneres Märkisches Viertel« nennt Dieter Hoffmann-Axthelm diese sozialdemokratisch-herausgeputzten, sanierten Häuser. Ausgerechnet die von uns als theoretisch bezeichneten Alternativen sind die Orte historischen Bewußtseins in stand, erhalten unsere in Resolutionen viel gerühmte marxistische Tradition.

Mechthild: Wir haben jetzt das ganze Dach mit Dachpappe gedeckt, 800 Quadratmeter Fläche. Es war undicht. Das ist eine Verunsicherung, das macht mürrisch, das hat mich auch richtig körperlich angegriffen, wenn das wieder geregnet hat, und Du weißt, da regnet es jetzt durch. Über Freunde haben wir 2 Dachdecker geholt. Die erklärten uns, was wir brauchen. Organisiert haben wir alles selbst, sie brachten den Teerkocher mit. Sie zeigten uns, wie es gemacht wird, die Handgriffe. Das war schon mal gut, so als Arbeiterleichterung, daß man das konnte, ohne lange rumzufummeln und 'nen Frust zu kriegen. Also da bin ich wirklich nicht so auf Erfahrungen sammeln und selberrichten aus. Wir waren teilweise 25 Leute auf dem Dach, alle wissen jetzt, wie man ein Dach deckt.

Das Dachdecken steht nicht einfach für »pragmatisches Handeln statt der Ausarbeitung ideologischer Konzepte« (K.P. Wolf, s.o.). Es ist nicht nur notwendig, es ist politisches Konzept: eine Antwort auf Hauseigentümer und handlungsunfähige Verwaltung; der Ausbruch aus dem Achselzucken, wir können nichts tun; eine Tätigkeit, die den Raum selbstbestimmter Kollektive gegen andere, aufgezungene sichert; es ist erkämpfte Freiwilligkeit, die Organisation freiwilliger Kollektive statt der durch Fabrik und andere Instanzen erzwungene. Wir sehen die alternativen Werkstätten immer als ökonomisch überholt an.

»Die vorhandenen Arbeitsplätze sind ungesichert und arbeitsrechtlich zweifelhaft, die tarifvertraglichen Löhne und andere soziale Leistungen werden nicht gewährt, gesetzlich soziale Ansprüche nicht eingelöst. Errungenschaften des über 100jährigen Kampfes der Arbeiterbewegung werden von ihren sozio-ökonomisch schwächsten Teilen objektiv unterlaufen und damit abgebaut.« (K.P. Wolf, ebd.)

Aber Sozialleistungen waren einmal mehr als nur gute Versorgung, es waren Kompromisse auf dem Weg des Kampfes ums Ganze; na gut, das ist der Pfennig — aber: wo bleibt die Mark? sagte dazu ein Kritiker der SPD. Im Kerngehäuse ist das Arbeiten an Handwerksgeräten ein Handeln in selbstbestimmten Grenzen, praktizierte Selbstverwirklichung. Der Zusammenhang von Wohnen und Arbeiten wird als Protest gelebt gegen Entfremdung in der Produktion. Natürlich wird sie so gesamtgesellschaftlich nicht aufgehoben, aber warum sehen wir in den Alternativprojekten nicht die gesellschaftlich bewußte Rückeroberung des Zusammenhangs von Leben und Arbeiten? In der abgetrennten Privatsphäre wird die Macht über die Gesellschaft gesichert. Die Menschen werden individualisiert, privatisiert, verunsichert. Wir dagegen sprechen in unseren Anträgen vom Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, nie darüber, wie die Macht gesichert werden kann und mit welchen Techniken. Gegen die Privatheit ist gemeinsames Dachdecken gesellschaftliche Gegenwehr im Wohnbereich. So ist auch die Organisationsstruktur im Kerngehäuse:

Mechthild: Die Administration will immer einen Verantwortlichen haben. Wenn Du dann sagst, verantwortlich, das sind wir hier alle und einen einzelnen gibt es nicht, das ist dann völlig inakzeptabel. Und solche Sachen, die müssen sich erstmal in die Gehirne eingraben, daß es auch anders geht. So entsteht da dieses immer für andere Handeln wollen, das finde ich ziemlich verachtungswürdig, da wird den Leuten immer mehr Kompetenz abgenommen, und dann kommen wieder diese Betroffenenbeteiligungsmodelle ... Unser Organisationsprinzip: Alles muß gemeinsam beschlossen werden und vom Prinzip her auch einstimmig. Und wenn es nicht einstimmig ist, es muß auf jeden Fall ausdiskutiert werden. Wenn Du Mehrheiten machst, das ist im Prinzip die Spaltung. Das ist ein ganz schwieriges Problem und lange, lange Prozesse ... Es gibt Leute, die manche Sachen am zuverlässigsten machen oder am routiniertesten, aber die nehmen sich auch die Freiheit, die ziehen sich dann raus. Fallen raus aus der ganzen Organisation und Diskussion. Aber sowas wird aufgefangen, es geht immer weiter, auch genauso gut wie vorher. Das finde ich ziemlich phantastisch.

Hier entsteht keine Personallücke, weil Vorsitzende ihr Examen machen müssen, das Organisationssystem steht für die Entfaltung aller. Macht man mal den ersten Schritt zur Eigeninitiative, emanzipiert man sich damit auch einen Schritt, läßt sich die Kompetenz nicht mehr mit dem Verweis auf angebliche Inkompetenz aus der Hand nehmen. Dies gilt nicht für die staatliche Macht, auch für Macht von Allwissenden in Organisationen. Der Kampf für Emanzipation in anti-emanzipatorischen Formen ist ein von vornherein verlorener Kampf. Sollen die Kämpfer immer nur für eine Befreiung danach kämpfen, sozusagen im Jenseits der Revolution?

Mechthild: Also es gibt da schon wahnsinnig viel Unterschiede in der Herangehensweise, wenn ich so sehe, wie die Männer das machen. Mir ist eigentlich immer ganz anders zumute, aber es ist hier soviel Platz, daß ich meine Dinge auch alleine machen kann, ausprobieren, ohne daß mir einer reinredet. Solche Sachen mache ich auch am liebsten alleine, Am liebsten ist es mir, wenn mal jemand kommt zum Anfassen oder so, dann soll er auch wieder verschwinden. Daß Du in Deinem Rausfinde-Drang nicht gestört wirst. Und wenn Du Dir reinreden läßt, ärgerst Du Dich hinterher doch, weil Du rauskriegst, daß es eigentlich Quatsch war, hätteste gar nicht nötig gehabt, na, sowas erlebe ich ziemlich häufig, tut mir gut ...

Und die SPD?

In dem aufgezeigten Kräfteverhältnis rund um die Instandbesetzerbewegung fehlt neben Kiezorganisation, Bürgerinitiativen und Verwaltung noch eine Kraft — die SPD. Obwohl sie fehlt, taucht sie verrückterweise in allen Bereichen auf: in der Kiezeschichte, mit der sie schändlich umgeht, in den Bürgerinitiativen, in denen eine Menge frustrierter Genossen arbeiten, in der AL, an die sie Wählerstimmen in Kreuzberg abgab, in der Verwaltung arbeiten die Genossen, im Sanierungsgebiet wohnen Sozialdemokraten und die Jusos, die sich onkelhaft über Instandbesetzer äußern und sich in der Organisation im Nachhinein für Amnestie einsetzen. Welche Rolle spielt die SPD in diesem Konflikt, warum stehen wir draußen?

Ralf: *Dieses weitreichende strategische Denken, das hat von den Politikern in der BVV eigentlich keiner. Das muß man sehen: diese BVV-Ämter sind immer die Belohnung für Parteitaktivitäten, es sind Leute reingekommen, die nicht Abgeordneter werden konnten oder Senatsdirektor oder andere höhere Weihungen bekamen. Alles sehr nette Leute, die ich auch zum Teil ganz gut finde. Aber die fühlen sich erstmal durch das Innehaben ihres Jobs unheimlich gebauchpinselt, und wenn sie dann noch merken, wie die Verwaltung sie unheimlich mit Hochachtung behandelt, da steigt dann ihr Selbstbewußtsein nochmal an. Und wenn sich die Verwaltung mal nach ihrer Kritik richtet, schwimmen sie plötzlich mit der Verwaltung weg ...*

Und die Basis, die hat ja ihre Volksvertreter schließlich delegiert, ist als Partei Organ der Willensbildung, also die Instanz der Kontrolle?

Ralf: *Ich war auch immer sehr mit mir im Kampf. Einerseits war es gut, daß diese 5. Abteilung als Basis so schön ruhig und bequem war. Aber dann dachte ich mir, Mensch, eigentlich hast Du doch einen ganz anderen Anspruch. Die müssen mich doch kontrollieren. Aber die wollten mich einfach nicht kontrollieren. Wenn Du die Erfahrung machst, daß Du aus Deiner Arbeit in der BVV berichtest, und die interessiert das überhaupt gar nicht. Der berühmte Block 202, der in unserer Abteilung ist, so vier, fünf Mal habe ich gesagt, ich hatte ja die Information, warum das wichtig ist, warum wir da was machen müssen als Partei. Nichts war. Und jetzt plötzlich, seit es die AL gibt und andere Leute, die sich engagieren, jetzt ist es wichtig ...*

Bleibt unklar, warum die sanierungsbetroffenen Sozialdemokraten sich nicht wehren.

Ralf: *Zuerstmal hast Du Deine Parteigenossen als Informationsquelle, aber in Sanierungsgebieten, da hast Du die natürlich nicht, weil sie die ersten sind, die wegziehen ...*

Die Lösung ist einfach, aber erschütternd. Für die SPD ist der Freizeitbereich kein politisches Problem. Sind ihre Mitglieder im Produktionsbereich gewerkschaftlich organisiert, so verhalten sie sich zu Hause wie jeder andere Privatmensch auch. Bei Problemen im Kiez ziehen sie weg. Das Wohnungsproblem sehen sie — wie ihre Regierenden — staatsmännisch. Für alternative Lebensformen haben sie ein müdes Lächeln, Betroffenheit finden sie naiv, weil die von der großen Politik keine Ahnung hat, kennt deren Gesetze nicht, sie als Sozialdemokraten dagegen haben ihre Erfahrungen. Betroffenheit kennen sie nicht, dem setzen sie sich auch gar nicht erst aus. Ihre eigene Parteimitgliedschaft ist für sie auch nicht bewußter Akt der Emanzipation. Ralf, einmal delegiert, wird es schon gut machen, unsere Interessen vertreten. Wozu da noch Engagement im Kiez, die Partei als Lebensraum ausbauen, als Sozialdemokraten leben?

Mechthild: *Also ich weiß gar nicht, wie ich SPD als Begriff füllen soll. Ich benutze den Begriff SPD auch eigentlich gar nicht. Wenn ich von SPD geredet habe, dann, wenn ich den Senat meine. SPD-Kreuzberg, das ist für mich ein Nihil, so wie damals im Prozeß gegen Mewes die Bürgerinitiative bezeichnet wurde. Da steckt niemand hinter, na, in diesem Sinne ist die SPD für*

mich ein Nihil ... Ich kenne zwar Leute mit einem Namen und einer Adresse, von denen weiß ich, daß die auch in der SPD sind, aber ansonsten ist die SPD für mich nicht da, außer sie regiert.

Und die Jusos ...

Ralf: Wer sich als bewußter Juso fühlt, der ist jemand, der auf die Theorie sehr viel Wert legt. Und theoretische Arbeit wirst Du natürlich in diesen BI's nicht finden, da kannst Du Dir zwar überlegen, welchen Stellenwert die BI auf dem Weg zum Sozialismus hat, aber die Arbeit, die Du machst, ist wirklich sehr praktisch. Weißt Du, irgendwann mal, als das mit den Instandbesetzungen anfang, da hatten wir auch eine Jusositzung und ich wurde als großer Experte dazu eingeladen. Alle wollten von mir wissen, was man gegen die Instandbesetzerbewegung tun kann, wie man das in den Griff kriegt und wie man da reinkommen kann. Ich sagte ihnen, vielleicht kümmert ihr euch mal um die Sanierungsgebiete, geht mal in die Sanierungsbeiräte, arbeitet da mal an den Problemen der Leute. Da sagten die mir, daß sei ihnen zu einfach ...

Die Perspektiven der einen — die Grenzen der anderen

1) Eigentlich sollte ich unter dem Arbeitstitel »Perspektiven und Grenzen der Instandbesetzerbewegung« schreiben. Aber zunehmend verwandelten sich mir die Perspektiven der Instandbesetzer in unsere Grenzen. So auch mein Arbeitsauftrag. Der Titel impliziert die Fixierung, grenzt die Kritik, die in dieser Bewegung in unserer Politik enthalten ist, aus. Wir sehen nur, da besetzen Leute illegal Häuser und ziehen unseren Schluß, das können nicht alle Gesellschaftsmitglieder machen. Schon haben wir die Grenzen der anderen entlarvt, es ist eine Frage der Zeit, bis das Problem gesamtgesellschaftlich behoben ist, bis die CDU dafür sorgt, daß wir Recht behalten und wir uns hinstellen können, um zu sagen, wir hätten es schon immer gewußt. *Wir tragen auch politische Verantwortung für das, was wir nicht tun.*

2) Noch mal K.P. Wolf dazu:

»Die klassische Frage für die Arbeiterbewegung — die Eigentumsfrage — wird nicht unmittelbar angegangen und als das Moment für die sich verschlechternden Lebensbedingungen gesehen, obwohl nach wie vor der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital für die Mehrheit der Bevölkerung bestimmend ist.« (K.P. Wolf, ebd.)

Auch im Kampf um die 35-Stunden-Woche wird nicht der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital überwunden, also nicht *unmittelbar* angegangen. Deshalb wird die Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung aber noch nicht nebensächlich, sie berührt immerhin die Verteilung des Mehrwerts. Ist außerdem die Eigentumsfrage nur ein juristisches Problem? Verstaatlichen wir die Produktionsmittel, sind sie damit auch vergesellschaftet? Der verhängnisvolle Zusammenhang von Politik und Ökonomie liegt gerade in der Eigentumsfrage begründet. *Mit dem Nicht-Besitz der Produktionsmittel werden in der kapitalistischen Produktionsweise die Produzenten auch von der intellektuellen Bewältigung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs ausgeschlossen.* Diese Aufgabe übernehmen die Intellektuellen. Tätig sowohl in der Produktion als auch im Staat, sind sie die Kompetenten, die das gesamtgesellschaftliche Leben regeln, in Schule, Parteien, Verwaltung, Gewerkschaften usw. Alle anderen treten ihre Kompetenz ab, weil es die, die es gelernt haben, besser können. Stellvertretend für andere, vielleicht von ihnen delegiert, verwalten die Kompetenten ihre Angelegenheiten. Abgesehen von allgemein repressiver Macht, liegt hier die *eigentliche* Macht der Staatsapparate: Die Bevölkerung tritt freiwillig ihre Kompetenz ab, läßt sich verwalten. Ein Appell an die Mächtigen, sie möchten doch nun bitte besser im Interesse der Bevölkerung arbeiten, heißt gleichzeitig, daß die Betroffenen ausge-

geschlossen bleiben und andere sagen, was gut für sie ist. Wir z.B. — In der Struktur der Unterdrückung fordern wir für die Unterdrückten das Gute — das macht uns so staatsmännisch und für andere unausstehlich.

3) Eine gesellschaftliche Praxis, in der wir die Kompetenzabgabe leben, ist die Privatsphäre, ein Teil des Reproduktionsbereiches der bürgerlichen Gesellschaft. Hier reproduziert sich Macht und Herrschaft. In seiner Privatheit hat der Mensch Ruhe, er kümmert sich nicht um das da draußen, die große Politik. Im Arrangement des Privaten versagen wir uns den Anspruch auf das gesellschaftliche Ganze, in unserem »Privatsozialismus« im eigenen Reich verlernen wir die gesellschaftliche Eroberung dieses Teils unseres Lebens. Der ist dann auch nicht Gegenstand praktischer Politik. Gerade durch diese Form der Politikethobenheit des Privatlebens, werden die Ketten geschmiedet, die wir unserer Parteiloklore zufolge sprengen müssen. Für uns wird die entscheidende Schlacht allein im Betrieb geschlagen. Folglich ziehen wir weg, wenn unser Quartier saniert wird, aber natürlich kritisieren wir auf der Abteilungsversammlung Harry Ristocks schludrige Amtsführung.

Gerade in den vermeintlich unpolitischen Lebensweisen liegen die Praxisfelder der Instandbesetzer. Wir begreifen »Dachdecken« nicht als einen neuartigen Kampf, mit neuartigen Mitteln. Und wir begreifen es nicht als Kritik an unserer Politik. Die gesellschaftliche Eroberung der Freizeit, des Wohn- und Lebensbereiches ist eine Kampfansage an Staat und Hauseigentümer, ein Kampf mit selbstgesteckten Grenzen in selbstorganisierten Kollektiven. Die Kollektive entwickeln ihre Energie dadurch, daß sie freiwillig eingegangen werden und das Morgen im Heute aufscheinen lassen (Bloch). Auch hier wird die Eigentumsfrage gestellt, allerdings anders, als wir es mit unserem stellvertretenden Bundesvorsitzenden tun. Gesellschaftliches Wissen, organisiert mit der Macht weniger Wissender, wird erobert, in gesellschaftliches Eigentum überführt. Die Eigentumsfrage wird genau da gestellt, wo sie staatlich gesichert wird. Neue hegemoniale Bündnisse werden geschlossen. Rentner, Türken, Hausfrauen, Studenten, Jugendliche, Christen und Gewerbetreibende ... in traditioneller Politik eher gegeneinander organisiert, im Kiez sind sie sich in einem einig: Ihre Interessen sind bei der Verwaltung nicht gefragt, und die Jusos behandeln sie onkelhaft ...

Kommunale Realität, Bürokratie und Herrschaft

Das Organisationsmodell der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)

1. Zum Selbstverständnis der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)

Die KGSt ist eine interkommunale Einrichtung, der heute etwa 800 Städte angehören. Ihr Einfluß auf die Kommunalverwaltungen ist beträchtlich.

»Die Aufgabe der KGSt besteht nach ihrer Satzung darin, in Gemeinschaft mit ihren Mitglieds-körperschaften Grundsätze und Regeln für eine wirtschaftlich arbeitende Verwaltung zu entwickeln und den Erfahrungsaustausch zu pflegen. Vorschläge zu machen für die zweckmäßige organisatorische Gestaltung der Kommunalverwaltung und ständig zu überprüfen, ob die gefundenen Lösungen noch die optimale Gesamtleistungsfähigkeit der Verwaltungen gewährleisten, das ist das Arbeitsfeld der KGSt, das ihre Mitarbeiter gemeinsam mit den ehrenamtlichen Gutachtern aus der Praxis bearbeiten.«¹

Mit diesem Aufgabenfeld kommt die KGSt zweifellos einem starken Bedürfnis der Kommunen nach Verbesserung ihrer Verwaltungsabläufe entgegen — einem Bestreben, das sich noch intensiviert haben dürfte, seitdem Bürger als Betroffene des Verwaltungshandelns immer selbstbewußter geworden sind und energisch gegen negative Folgen kommunaler Planung (vor allem im städtebaulichen Bereich) protestieren. In der Tat verdienen die organisatorischen Probleme der Kommunalverwaltung Aufmerksamkeit und Interesse. Gegenstand der lokalen Politikforschung war bislang das Verhältnis der Gemeinden zu übergeordneten staatlichen Ebenen, insbesondere unter dem Aspekt des Funktions- und Autonomieverlusts der Gemeinden bzw. ihres Anteils an der staatlichen Verarbeitung gesellschaftlicher Konflikte. Innerhalb des kommunalen Systems sind vor allem die Beziehungen der Verwaltung zum Rat, seinen Ausschüssen, den Fraktionen und Ratsherren untersucht worden, wobei allein die oberste Entscheidungsebene der Verwaltung (Oberbürgermeister, Oberstadtdirektor, Dezernenten, Beigeordnete etc.) von Interesse war.

Noch nicht untersucht wurden die internen Entscheidungsprozesse und das Zusammenwirken der unterhalb der Verwaltungsführung liegenden Organisationsebenen und -einheiten, und zwar unter dem Aspekt der politisch-sozialen Funktion des Verwaltungshandelns.

Dies ist erstaunlich, denn die vorliegenden Untersuchungen bestätigen einmütig die dominante Stellung der Verwaltung gegenüber dem Rat, indem sie bei der Verwaltung einen nicht einholbaren Vorsprung an Sachwissen und eine weitgehende Vorwegnahme der Alternativenauswahl bei kommunalpolitischen Entscheidungen konstatieren. Wenn schon der Verwaltung ein starkes Gewicht zugerechnet wird, so sollte auch geklärt werden, welche Faktoren innerhalb der Verwaltung entscheidungsbestimmend und -beeinflussend sind. Aus politischer Sicht interessiert, ob und wie verwaltungsexterne (gesellschaftliche) Interessen verwaltungsinterne Machtbeziehungen und Entscheidungsprozesse steuern bzw. umgekehrt — von diesen selbst beeinflusst — in administrative Entscheidungsprogramme transformiert werden. Gerade im Zeichen sozialer und wirtschaftlicher Krisenlagen, deren sinnfällig politischer Ausdruck die Konfrontation der kommunalen Bürokratie mit Bürgerinitiativen ist, gewinnt die Frage nach der Problemverarbeitungs- und -lösungs-

kapazität der kommunalen Verwaltung an Aktualität. Aber auch außerhalb von Krisenlagen sehen sich die Kommunen vor eine schwierige Aufgabe gestellt: Aufgrund ihres Zuständigkeitsbereiches sollen sie mit der lokalen Förderung des wirtschaftlichen Wachstums (als der Quelle kommunaler Finanzen) zugleich auch die sozialen Lebensbedingungen aller verbessern. Die Frage ist nun, ob die besondere organisatorische Form der Kommunalverwaltung diese dazu befähigt, zur Lösung dieser in sich widersprüchlichen Aufgabe beizutragen oder ob sie nicht vielmehr in der Tendenz bestärkt, letztlich dominanten ökonomischen und sozialen Interessen Priorität einzuräumen. Diese Fragen sollen durch Darstellung und Bewertung der politischen Funktion der KGSt geklärt werden.²

Der Aufbau der kommunalen Verwaltungsorganisation wird von der KGSt analytisch in zwei Ebenen zerlegt. Sie geht von der Ebene der kommunalen Aufgabengliederung aus und leitet aus ihr die Ebene des Verwaltungsaufbaus ab. Detailliert und begrifflich präzise geordnet, wird der Aufgabenkatalog der Gemeinden wie folgt beschrieben: Als Ausgangspunkt erscheint die *Aufgabe* (z.B. »Jugendhilfeplanung«)³, die mit anderen »artverwandten« Aufgaben (z.B. »Jugendwohlfahrt«, »Jugendschutz«) zur *Aufgabengruppe* (»Jugend«) zusammengefaßt wird. Zur Zeit registriert die KGSt insgesamt 45 kommunale Aufgabengruppen, die ihrerseits (mit »artverwandten« Aufgabengruppen) 8 *Aufgabenhauptgruppen* bilden (»Allgemeine Verwaltung, Finanzen, Recht/Sicherheit/Ordnung, Schule/Kultur, Soziales/Jugend/Gesundheit, Bauwesen, Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaft/Verkehr).

Auf diese Aufgabengliederung ist der Verwaltungsaufbau zugeschnitten: Unterste und tragende Einheit des Verwaltungsvollzuges ist das *Amt* (z.B. »Jugendamt«), das jeweils eine Aufgabengruppe realisiert. Ämter »artgleicher« Aufgabengruppen (z.B. »Sozialamt, Jugendamt, Sportamt, Gesundheitsamt, Krankenhaus, Ausgleichsamt«) sind zu einer *Einzelverwaltung* zusammengefaßt, die — zusammen mit anderen Einzelverwaltungen — Teil der Ebene der *Gesamtverwaltung* ist. Diese wird durch den Verwaltungschef repräsentiert.

Damit ist zutreffend der existierende organisatorische Aufbau der Kommunalverwaltungen beschrieben — jedoch nicht in seiner wirklichen Erscheinung, sondern idealtypisch durch Hervorhebung zweier wesentlicher Züge des bürokratischen Systems. Zum einen wird die Spezialisierung der Aufgabenerfüllung (mit hochgradiger Arbeitsteilung), zum anderen die hierarchische Gliederung der Aufgaben und Organisationseinheiten als grundlegend für den organisatorischen Aufbau der Kommunalverwaltung angesehen. Wie dieses bürokratische System praktisch funktioniert und welche sozialen Inhalte seine spezifischen Arbeits- und Entscheidungsformen begünstigen, beschreibt die KGSt allerdings nicht. Die Erklärungsmodelle zu liefern, ist Erkenntnisziel der folgenden Analyse.

2. Bürokratie und Problemwahrnehmung der Realität (Modell)

Werden in einem bürokratischen System Arbeits- und Entscheidungsvollzüge wesentlich von fachlich dezentralisierten Organisationseinheiten getragen, führt dies zur Spezialisierung. Sie hat zur Konsequenz, daß in den informationsverarbeitenden und entscheidungsvorbereitenden Organisationseinheiten dauerhafte Sachkenntnisse gesammelt werden können.⁴ Das Votum der KGSt für eine strikte fachliche Trennung und Spezialisierung in der Kommunalverwaltung wird gerade durch diesen arbeitsökonomischen Effekt verständlich.

Freilich verursacht das Prinzip der Arbeitsteiligkeit besondere Formen der Problemwahrnehmung und -verarbeitung. Aufgaben und Probleme, welche die Kompetenzen ein-

zelter Organisationseinheiten überschreiten, werden nämlich stets nur begrenzt wahrgenommen.⁵ Jedes Amt betrachtet die verwaltungsexterne Realität allein aus dem Blickwinkel seiner besonderen Aufgabenstellung und übergeht bei der Problemwahrnehmung jene Tatsache und Informationen, die seine Tätigkeit nicht berühren. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß die einzelnen betroffenen Ämter solche Lösungsstrategien entwickeln und anwenden, die lediglich den Sinn haben, größere Belastungen des eigenen Aufgabenbereichs zu vermeiden. Die Probleme werden so behandelt, daß sie möglichst schnell aus dem Blickfeld verschwinden und die eigene Personal- und Arbeitskapazität nicht länger belasten. Das allerdings hat zur Folge, daß nun andere Organisationseinheiten zuständig sind, so daß insgesamt die Verwaltung durch solche Vermeidungsstrategien stärker belastet ist als dies eine sachgerechte Lösung des Problems erforderlich gemacht hätte. Zur Vermeidung dieser Gefahr werden in allen bürokratisch organisierten Verwaltungen bestimmte Formen der Kooperation zwischen den Organisationseinheiten vorgeschrieben.

So empfiehlt etwa die KGSt die Anwendung der Prinzipien »Mitwirkung« und »Federführung«.⁶ Alle von einem Problem berührten Ämter sollen in der Weise zusammenwirken, daß ein Amt als »federführende« Organisationseinheit ein Konzept erarbeitet und sich durch »Mitzeichnung« der Zustimmung anderer Organisationseinheiten versichert, die zugleich durch dieses Verfahren informiert werden.

Wird auch auf diese Weise ein Informationsfluß gesichert, der grobe Überrumpelungsstrategien zwischen den Ämtern unmöglich macht, so ist damit keineswegs eine rationelle Problemlösung garantiert. Denn die betroffenen Ämter werden sich tendenziell nicht die Problemstellung zu eigen machen und konstruktive Vorschläge beisteuern. Vielmehr verhalten sie sich negativ als »Betroffene«⁷, die alle für ihren Bereich nachteiligen Folgen des vorgelegten Konzepts abzublocken suchen. Nach wie vor erfährt also das Problem eine Behandlung, die äußerlichen Kriterien folgt, dadurch weitere Probleme erzeugt und die Verwaltung — allen Rationalisierungsbemühungen zum Trotz — erneut zur Aktivität zwingt. Die KGSt empfiehlt daher noch weitergehende Koordinationskonzepte⁸: Arbeits- und Projektgruppen sollen das Zusammenwirken der Ämter institutionell sichern. Von den betroffenen Ämtern sind Vertreter zu benennen, die sich — je nach Art der zu lösenden Aufgabe — (zeitlich begrenzt) zu Projektgruppen oder (auf Dauer) zu Arbeitsgruppen konstituieren. Der unmittelbare Kontakt soll die Kommunikationswege maximal verkürzen und konstruktive Problemlösungsvorschläge durch Aktivierung möglichst komplexen Ideenreichtums begünstigen. Nun dürfte ein solches Ziel nur dann erreichbar sein, wenn die Arbeits- und Projektgruppen Organisationsformen darstellen, welche die Wirkungsweisen des hierarchischen Prinzips weitgehend überwinden. Für die Arbeitsgruppe, die zur dauerhaften Lösung fächerübergreifender Aufgaben empfohlen wird, gilt dies aber nicht: Die in ihr zusammengefaßten Vertreter der Ämter sollen nur weisungsgebunden sprechen dürfen, und selbst für die Projektgruppen, die eine weisungsungebundene freie Diskussion führen sollen, gibt es keinen Ausweg aus dem System hierarchisch gesteuerter Entscheidungsprozesse. Denn auch ihre Arbeit darf die Entscheidungsbefugnisse der Verwaltungsführung nicht einschränken⁹, die Teilergebnisse genehmigt und durch Modifikation des Auftrages die Diskussion lenkend beeinflusst. Schließlich kann die Ausführung der Ergebnisse der Projektgruppe wiederum nur durch die dafür zuständige »Linien« stelle des Verwaltungssystems erfolgen¹⁰ — ein Sachverhalt, der erneut eine partikuläre Beeinflussung der Problemlösung durchaus offen läßt.

3. Bürokratie und Problemverarbeitung (Realität)

Die universelle Zuständigkeit für alle (öffentlich) zu lösenden Probleme einer Gemeinde bedingt von vornherein, daß sich die damit verbundenen gesellschaftlichen Interessenwidersprüche in der Ämterstruktur der Verwaltung widerspiegeln und den Verlauf verwaltungsinterner Konflikte bestimmen. Welchen konkreten Inhalt diese haben, läßt sich aus den ökonomischen Rahmenbedingungen kommunaler Politik und Verwaltungspraxis ableiten. Ihr wesentliches Merkmal ist zweifellos die Abhängigkeit der Kommunen von den Investitionsentscheidungen und der Standortwahl des Privatkapitals mit ihren umfassenden Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und die soziale Entwicklung der Gemeinden.

Tendenziell konzentrieren sich die Kommunen daher auf die Planung von Infrastrukturbereichen, die für die privatwirtschaftliche Produktion von Waren und deren Absatz (im weitesten Sinne) notwendig sind.¹¹

Vorrangig handelt es sich hierbei um die Förderung und Sanktionierung der räumlichen Konzentration des Kapitals in den Zentren der Städte durch Flächennutzungs- und Bebauungsplanung — bei Priorität der Verkehrsplanung und des Straßenbaus — Aufgabenbereiche, in denen dann auch die Großinvestitionen der Gemeinden erfolgen, und es ist einleuchtend, daß die mit ihrer Abwicklung befaßten Organisationseinheiten der Kommunalverwaltung im internen Konkurrenzkampf der Ämter und Dezernate dominieren. Neben dem Verwaltungschef verfügen Baudezernent (mit Planungsamtleiter) und Kämmerer (als Dezernent für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung) über die entscheidenden Kontakte zu den Wirtschaftsunternehmen in den Gemeinden und bereiten die wichtigsten Entscheidungen und Ratsvorlagen vor. Ihre Dominanz überträgt sich auch auf die ihnen unterstellten Ämter und sichert diesen im Rahmen der Gesamtverwaltung ein starkes Gewicht. Umgekehrt kann die schwächere Position der anderen Dezernate — Soziales, Schule und Kultur — und der ihnen zugehörigen Ämter aus den sozialen Konsequenzen der kapitalorientierten (»wirtschaftsfördernden«) Politik der Kommunen abgeleitet werden. Denn die wirtschaftsnahe Infrastrukturpolitik der Kommunen garantiert diesen keine sichere Einnahmequelle, vielmehr machen verschiedene Faktoren (Konjunkturschwäche, restriktive staatliche Konjunktursteuerungspolitik, wachsende Personalausgaben etc.) oft genug hochgespannte Einnahmeerwartungen zunichte bzw. durchkreuzen Investitionsplannungen im Bereiche der freiwilligen (sozialen und kulturellen) Leistungen. Im Inneren der Verwaltung muß sich diese Negativseite kommunaler Politik schwächend auf die Ämter dieses Aufgabenbereichs auswirken und entsprechende Interessengegensätze erzeugen. So etwa zwischen dem Jugendamt, das mit den sozialen Folgen von Wohnverhältnissen in Hochhausschlafstädten (Kommunikationslosigkeit, Aggressivität, Drogensucht Jugendlicher etc.) konfrontiert ist und der Bauverwaltung, der das Wirtschaftlichkeitsprinzip (die Konzentration möglichst vieler Menschen auf möglichst geringem Raum) durchaus als legitime Grundlage ihrer Arbeit erscheinen mag. Bekannt sind die Konflikte zwischen den für die Planung der städtischen Gesamtentwicklung zuständigen Organisationseinheiten, welche die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung mit den ökonomischen Erfordernissen in Einklang zu bringen suchen und den Stadtplanungsämtern, deren Verwaltungspraxis eben zumeist auf die Begünstigung ökonomisch mächtiger Einflußgruppen hinausläuft. Aus der angedeuteten Priorität kapitalverwertungsorientierter Aufgabenvollzüge der Kommunen ist denn auch zu folgern, daß im verwaltungsinternen Kampf um Haushaltsmittel die Ämter des freiwilligen sozialen und kulturellen Aufgabenbereichs im Konfliktfall zurücktreten müssen (Planstellen, räumliche und technische Ausstattung), während Bau- und

Planungsämter im Verein mit den Führungsämtern des Verwaltungschefs (Haupt- und Personalamt, einschließlich Stabsstelle) zumeist obsiegen.

In den Gutachten der KGSt zur kommunalen Aufgaben- und Verwaltungsgliederung bleiben derartige Aspekte des kommunalen Verwaltungshandelns unerwähnt. Dargestellt werden auch nicht die informellen Beziehungen, die sich ungeachtet aller organisatorisch festgelegten Informationsgrenzen (»Dienstwege«) zwischen Abteilungen, Ämtern und Dezernaten entwickeln und oft genug die faktische Grundlage für die oben skizzierten Entscheidungsprozesse und Kräfteverhältnisse bilden. Erst recht ist aus ihnen nichts über die sozialpsychologische Dimension des Verwaltungshandelns, die bürokratische Disposition individueller Verhaltensweisen und Entscheidungshaltungen im Rahmen des Verwaltungssystems, zu erfahren.¹²

Viemehr lassen die KGSt-Gutachten die angedeuteten Machtbeziehungen und Entscheidungsstrukturen der Kommunalverwaltung hinter einem abstrakten Begriffssystem der Aufgaben- und Verwaltungsgliederung verschwinden, die — fernab der Realität — Gleichrangigkeit und Gleichartigkeit aller Aufgaben und Ämter unterstellt. Gleichwohl hat dieses Mißverhältnis zwischen Theorie und Praxis seine praktische Funktion: Nicht zur Analyse der Realität, ihrer Macht- und tatsächlichen Entscheidungsverhältnisse, will die KGSt anleiten, sondern zur ständigen Anpassung lokaler Organisationsformen an das von ihr vorgegebene bürokratische Prinzip. Die Kommunalverwaltungen sollen nicht besondere zur Lösung spezifischer Problemlagen geeignete Organisationsstrukturen entwickeln, sondern sich an das Muster der hierarchischen Steuerung von Arbeits- und Entscheidungsprozessen halten. Nur dies erscheint wichtig, und insofern hat die von den realen verwaltungsinternen Machtverhältnissen abstrahierende Beschreibung der kommunalen Aufgaben- und Verwaltungsgliederung einen praxisbezogenen Sinn.

Das damit empfohlene bürokratische Entscheidungssystem garantiert die schon ange deutete Priorität kapitalistischer Interessen am besten. Denn die zersplitterte Realitätswahrnehmung von fachlich getrennt arbeitenden Organisationseinheiten führt dazu, daß z.B. der Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der sozialen Seite kommunaler Projekte im Zuge ihrer Realisierung durch die Zuständigkeitsgrenzen der beteiligten Dezernate/Ämter zerrissen wird. Ämterübergreifende Aufgaben werden in verschiedene Teilaufgaben aufgelöst, denen auf diese Weise ihre eigene (Teil-)Rationalität verliehen wird. Indem etwa »Wohnungsbau« als Aufgabe der Bauverwaltung definiert wird, beinhaltet dies notwendig ihre Einschränkung auf die Behandlung finanzieller, (planungs-)rechtlicher und (bau-)technischer Fragen. Der mit dieser Aufgabe verbundene Aspekt der Gestaltung sozialer Beziehungen wird gar nicht erst erkannt und behandelt, sondern später (meist in Form von sozialen Konflikten) anderen Ämtern (Jugendamt, Sozialamt etc.) zugewiesen. Damit bleibt er gleichzeitig von seinen (städtebaulichen) Ursachen abgekoppelt, kann mithin auch nicht mehr erklärt werden.

So wird der Vorrang herrschender ökonomisch-sozialer Interessen in kommunalen Entscheidungsprozessen erst eigentlich durch das (von der KGSt nachhaltig befürwortete) bürokratische Organisationsprinzip in der Kommunalverwaltung gesichert. Die Auflösung gesellschaftlicher Problemstellungen in Teilaufgaben bürokratischer Organisationseinheiten verschleiert Ursachen sozialer Konflikte und verhindert schon auf organisatorischem Wege, daß im kommunalen Entscheidungsprozeß gesellschaftliche Widersprüche gegeneinander aufgewogen und zu einem Ausgleich gebracht werden. Vielmehr geschieht das Umgekehrte: Das Ressortprinzip verwandelt den sachlichen Zusammenhang des jeweils zur Lösung anstehenden gesellschaftlichen Problems in das politisch-bürokratische Ge-

geneinander von Dezernaten/Ämtern und schafft so die Möglichkeit, daß sich unter dem Zwang zur Erhöhung finanzieller Mittel der Kommune jene Organisationseinheit durchsetzt, welche am ehesten in dieser Hinsicht Erfolg verspricht. Beschränkungen im Hinblick auf soziale Negativfolgen muß, ja darf sie sich nicht auferlegen, da dies in die Kompetenz eines anderen Organisationsbereichs fällt, gegen den es sich durchzusetzen gilt.

4. KGSt als Machtinstrument der Bürokratie?

Nun ist es nicht so, daß die KGSt das Problem dieser Diskrepanzen und Widersprüchlichkeiten in der kommunalen Aufgabenerfüllung nicht zur Kenntnis nehmen würde. Im Gegenteil, sie hat Anfang der 70er Jahre ein Konzept vorgelegt, das sogar organisatorische Perspektiven einer rationalen Aufgabenplanung der Gesamtverwaltung (Gesamtentwicklungsplanung) aufzeigen wollte.¹³

Darin definiert die KGSt in rein formalem Sinne: Anzustreben ist »das nach formulierten Zielvorstellungen optimierte Programm aller gemeindlichen Aktivitäten zur Beeinflussung der Entwicklung der Lebensverhältnisse, Lebensbedingungen der Bevölkerung, der räumlichen Gegebenheiten und der Ausstattung des Gebiets mit öffentlichen Anlagen und Verwaltungseinrichtungen«.¹⁴

Zur Aufstellung des Programms hält die KGSt die Einführung neuer Organisationsformen in die Kommunalverwaltung allerdings nicht für erforderlich. Aus ihrer Sicht stellt die Gesamtentwicklungsplanung nicht qualitativ andere, sondern nur »zusätzliche Ansprüche« an die »funktionelle Organisation der Verwaltung«.¹⁵ Im einzelnen wird folgendes vorgeschlagen: Die Verwaltungsführung erteilt einem »Beauftragten für die Gesamtentwicklungsplanung« einen entsprechenden Arbeitsauftrag und veranlaßt die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern des Hauptamtes, des Statistischen Amtes, der Kämmerei und des Stadtplanungsamtes. Den Vorsitz führt der Verwaltungschef¹⁶, die Geschäftsführung erfolgt durch den Beauftragten.

Sowohl die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe wie auch die von der KGSt empfohlene Form des Planungsverfahrens deuten darauf hin, daß der intendierte Ausgleich zwischen den widersprüchlichen Erfordernissen kapitalfördernder Infrastrukturpolitik und sozial-kultureller Dienstleistungen in der Praxis so nicht erreicht werden kann. Denn Zentralisierung aller Teilplanungen der Ämter unter der Federführung des Stadtplanungsamtes und der Kämmerei kann nur die Koordinierung dieser Teilpläne unter dem Vorzeichen knapper finanzieller und räumlicher Ressourcen bedeuten und dürfte so von vornherein einer Priorität kapitalorientierter Planungsprogramme Vorschub leisten.¹⁷

Die Analyse des von der KGSt vorgeschlagenen Ablaufs des Planungsprozesses bestätigt dies. Die Ermittlung der Planungsziele (im Detail und insgesamt) soll nämlich fast ausschließlich der Planungsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungschef überlassen bleiben. Sie soll die »Bestandsaufnahme vorhandener eigener und fremder Datensammlung, Problemanalysen, Bedarfsanalysen, Programmansätze und -entwürfe in allen Fachbereichen mit dem Ziel eines Katalogs der koordinationsbedürftigen Planungen« beinhalten und zu einer kompletten »Ausarbeitung eines Gesamtentwicklungsprogramms und mittelfristiger Maßnahmenpläne« führen.¹⁸ Dieses im Detail von der Verwaltung ausgearbeitete Programm soll dem Rat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Festzuhalten ist demnach, daß die Ermittlung sozialer Bedürfnisse, die Festlegung von Zielen und die Planung entsprechender Maßnahmen und Investitionen fast ausschließlich verwaltungsintern, also ohne Beteiligung der betroffenen Bevölkerung erfolgen soll, deren Lebensbedingungen durch die Realisierung der aus dem Gesamtentwicklungsplan abgeleiteten Teilpläne

ne nicht unwesentlich beeinflußt wird. Zu diesem Problem heißt es in dem KGSt-Gutachten lediglich, der Versuch, »aus der Untersuchung der Bedürfnisse (nicht Beteiligung!; d. Verf.) der Bevölkerung, verbunden mit prognostischer Erwägung über die zukünftige Lebensform und kritischer Analyse der Ziele, einen systematischen gesellschaftspolitischen Bezugsrahmen zu gewinnen«, sei ein Weg, der »mit vielen Unsicherheitsfaktoren belastet« sei und der wohl deswegen auch von der KGSt nicht weiter in Erwägung gezogen wird.¹⁹

Sehr bedenklich ist, daß dem Rat nur eine Randrolle im Verfahren der Entwicklungsplanung zugewiesen²⁰ wird. Aus der Sicht der KGSt ist die Zuständigkeit dafür nicht nach politischen, sondern nach (verfassungs-)rechtlichen Kriterien zu beurteilen: »Insoweit ist die gesamte (!) Planungsphase Vorbereitung von Entscheidungen des obersten Organs. Das Verwaltungsorgan hat einen kommunalverfassungsrechtlichen Anspruch auf die Wahrnehmung der Vorbereitungsfunktion.« Dem Rat wird lediglich ein Grundsatzbeschluß zur Durchführung der Entwicklungsplanung sowie die »Entscheidung über Zielplanung und Zeithorizont«²⁰ zugewiesen. Im Grunde geht die KGSt davon aus, daß die inhaltliche Vorbereitung und damit faktisch auch die Festlegung des Gesamtentwicklungsplans und der aus ihm abgeleiteten Teilpläne Sache der Verwaltung ist. »In jedem Falle sollte den mit der Planung beauftragten Amtsträgern und Mitarbeitern ausreichend Zeit und gedanklicher Spielraum für ihre Überlegungen und Vorarbeiten gelassen werden«, bevor Ratsgremien eingeschaltet werden.²¹ Überblickt man den von der KGSt empfohlenen Ablauf der Stadtentwicklungsplanung insgesamt, so wird man mit einem in sich geschlossenen Prozeß der Zielableitung und Maßnahmenplanung konfrontiert, der — weitgehend von der Entscheidungskompetenz des Rates abgehoben — inhaltlich von der Verwaltung bestimmt wird.

* * *

Die KGSt hat diese Position aus dem frühen 70er Jahren weiterentwickelt. In ihrem 1978 vorgelegten Gutachten »Grundlagen der Verwaltungsorganisation« formuliert sie das Verhältnis zwischen Verwaltung und deren gesellschaftlich-politischen Umfeld neu. Hatte sie damals, von einem formalen Organisations- und Verwaltungsbegriff ausgehend, die strikte Trennung beider Bereiche unterstellt (bzw. die gesellschaftlichen Grundlagen und Einflußbereiche des Verwaltungshandelns nicht zur Kenntnis genommen), so korrigierte sie neuerdings ihre Auffassung auf der Basis systemtheoretischer Ansätze.

»Die Verwaltung ist als System gegenüber ihrer Umwelt (Bürger, Politiker, andere Behörden, Unternehmungen, Verbände etc.) abgegrenzt, steht jedoch als offenes System in einem Austausch mit dieser Umwelt. Es werden Impulse (z.B. Anträge, politische Vorgaben, Anregungen) aus der Umwelt aufgenommen, vom System gehen Wirkungen auf die Umwelt aus (z.B. durch Einrichtungen, die Erteilung oder Verweigerung einer Erlaubnis).«²²

Wenn auch in dem Gutachten keine Begründung für diese Positionsänderung gegeben wird, so ist doch einsichtig, daß in einer Zeit verstärkter Legitimationsschwierigkeiten, gerade der kommunalen Ebene des politisch-administrativen Systems, der gesellschaftliche Realitätsgehalt der Kommunalverwaltung nicht mehr negiert werden kann. Offensichtlich ist der KGSt klar geworden, daß ein Organisationskonzept ohne Einbeziehung gesellschaftlicher Bedingungsfaktoren nicht realistisch ist, seitdem Bürgerinitiativen und -proteste in den wesentlichen kommunalen Aufgabenbereichen (Umweltschutz, städtebauliche Sanierung, Verkehrsberuhigung etc.) nachgerade zum Alltagsbild der Kommunalpolitik gehören. So empfiehlt die KGSt den Kommunen, ihre Verwaltungsorganisation stets als Gesamtheit, also auch unter Einbeziehung »externer« Faktoren zu betrachten, und

diesen Aspekt bei Organisationsänderungen zu berücksichtigen.

Was heißt das: die Verwaltung gilt als »System«?²³ Alle Verwaltungsbereiche stehen in Beziehung zueinander. Die Verwaltung ist zwar gegenüber ihrer Umwelt (Bürger, Politiker etc.) »abgegrenzt«, »steht jedoch als offenes System in einem Austausch mit dieser Umwelt«. Insbesondere bestehen zwischen ihr und dem politischen System »starke Verflechtungen«, die sich mit zahlreichen Wechselwirkungen verbinden. Andererseits kann die Verwaltung genauso gut als Teil von anderen Systemen — von Gesetzgebung und Rechtsprechung, von Bundes- und Landesbehörden, von Parteien, von Interessengruppen, Wirtschaft, Bürgerinitiativen und vom einzelnen Leistungsempfänger, Wähler, Steuerzahler — betrachtet werden. Das gleiche gilt für die Analyse der Verwaltung selbst und ihrer Teileinheiten. Einmal wird die Verwaltung als »Informationssystem« gesehen, ein anderes Mal als »Produktionssystem«, zum dritten als »soziales System«, ohne daß diese drei Perspektiven als allgemeingültige oder als die wichtigsten begriffen werden. Vielmehr sind »alle Aspekte, unter denen die Verwaltung als System betrachtet werden kann, gleich wichtig und gleichzeitig in organisatorische Überlegungen einzubeziehen«. So betrachtet, gewinnen die Relationen der Teileinheiten wechselnden Inhalt. Mal interessiert der Informationsfluß zwischen ihnen, mal ihr jeweiliger Anteil an der »output-Leistung«, mal ihre jeweilige Bedeutung für die sozialen Interessen ihrer Mitarbeiter. Vom methodischen Prinzip her sind unendlich viele Aspekte möglich, so daß im Endergebnis der Inhalt der Beziehungen relativiert, ja beliebig ist. Als charakteristisch für diesen Ansatz erweist sich somit erneut die Formalisierung der Betrachtungsweise: Die auswechselbaren Inhalte werden zu äußerlichen Attributen der stets anwendbaren (immer gültigen) Formbeziehung zwischen Verwaltung als »System« und ihren Organisationseinheiten als dessen »Subsystemen«. Aus dieser Sicht sind diese eben nur Teil und haben eine bestimmte Bedeutung für das »System«, das selbst als solches anerkannt, nicht aber als bedingt und veränderbar erklärt wird. Auch zwischen der Verwaltung und den ihr übergeordneten Systemen herrscht kein Bedingungsverhältnis (Herrschaftsverhältnis), sondern ein Funktionsverhältnis. Die Verwaltung ist danach ein »Teil« des politischen Systems und übernimmt in diesem (nicht mehr hinterfragten) Rahmen eine bestimmte »Funktion«.

So werden eine Verwaltungsanalyse und ein entsprechendes Verwaltungshandeln empfohlen, in deren methodischem Prinzip schon die Anerkennung des Bestehenden vorausgesetzt ist. Unterstrichen wird dies noch dadurch, daß die KGSt trotz der Neuformulierung des Verwaltungsbegriffs im systemtheoretischen Sinne an der Gültigkeit des bürokratischen Organisationsprinzips festhält.²⁴

5. Schlußbetrachtung

So erweist sich die Einbeziehung systemtheoretischer Ansätze in das Organisationskonzept der KGSt faktisch als folgenlos. Die Interpretation der Verwaltung als ein offenes, in Wechselbeziehung mit seiner gesellschaftlichen Umwelt stehendes System ist zunächst inhaltslos. Sie täuscht zudem über den Tatbestand hinweg, daß es der KGSt neuerdings nicht um die Anleitung zu einer kreativen Organisationsanalyse und -reform geht, sondern nach wie vor um die Anwendung des bürokratischen Organisationsschemas. Denn welche Kommunalverwaltung wird schon ihre Organisation »unter zweckrationalen, arbeitswissenschaftlichen, psychologischen, technologischen und gesellschaftlichen Aspekten« (auf systemtheoretischer Grundlage) betrachten und verändern wollen, wenn ihr zugleich handfeste bürokratische Richtlinien in Form von »Arbeitsergebnissen« und »Gutachten« geliefert werden, von denen es heißt:

»Die bisherigen KGSt-Arbeitsergebnisse — und damit auch dieses Gutachten — bilden im wesentlichen ab, was in der kommunalen Organisationspraxis geschieht und interessiert. Das Gutachten ist insoweit ein Spiegel des Standes kommunaler Organisation, wie er sich als Summe vieler örtlicher Bestleistungen ergibt.«²⁵

Der interkommunale Vergleich erklärt denn auch die praktische Wirkung und das große Ansehen der KGSt in den Kommunalverwaltungen. Der Hinweis nämlich, daß sich die empfohlenen Grundsätze und Richtlinien in anderen Verwaltungen bewährt hätten, entspricht der allgemeinen Abneigung bürokratischer Organisationen gegen Neuerungen und kommt zudem der risikofeindlichen Denk- und Verhaltensweise des Personals öffentlicher Verwaltung²⁶ entgegen. Die Abwicklung der kommunalen Aufgaben innerhalb bestimmter Kompetenzbereiche und die dadurch bedingte einseitige und eingeschränkte Informationsverarbeitung bedingen negative Abwehrstrategien, die nicht nur auf den Inhalt der Aufgabenvollzüge, sondern auch auf deren Form zu beziehen sind. Jede Veränderung der einmal festgelegten Kompetenz oder Organisationsform könnte Mehrbelastung, erhöhte Verantwortung, größeres Risiko, mindestens aber Unsicherheit nach sich ziehen. Ähnliches wäre auch von einer möglichen Einschränkung oder gar Beseitigung des hierarchischen Steuerungs- und Kontrollprinzips zugunsten kooperativer Entscheidungsformen zu erwarten. So beinhaltet die beschriebene Tendenz zu negativer (= abwehrender) Koordination in der Kommunalverwaltung zugleich auch die Abwehr von Entwicklungen, die auf die Veränderung des etablierten bürokratischen Systems zielen. Hierin liegt die faktische Bedeutung der KGSt begründet. Indem sie die wesentlichen, in allen Kommunalverwaltungen vorhandenen Formen und Funktionsprinzipien der Verwaltungsorganisation darstellt und zur Nachahmung empfiehlt, wird sie zur Schaltstelle wechselseitiger Stabilisierung des organisatorischen status quo. Jede Kommune kann ihren Gutachten entnehmen, daß die Grundzüge ihres Verwaltungsaufbaus auch anderswo üblich sind und sich dort bewährt haben. So finden die lokalen bürokratischen Organisationsformen durch die KGSt die Bestätigung ihrer selbst oder stabilisieren sich nach ihren Empfehlungen, falls sie sich durch besondere Entwicklungen der Gefahr von Veränderungen ausgesetzt sehen.

Die von der KGSt angestrebte Verwaltungsvereinfachung unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit beinhaltet also in ihrer praktischen Auswirkung die Festigung der bestehenden Organisationsformen sowie die Sanktionierung der gesellschaftlich-politischen Funktion der damit geschaffenen bürokratischen Machtbeziehungen.

Anmerkungen

- 1 Gerhard Banner, Jürgen Ostermann, Heinrich Siepmann, »Die Arbeit der KGSt — heute und morgen — Entwicklungslinien kommunaler Organisationsarbeit«, KGSt-Mitteilungen, Oktober 1978 (Sonderdruck), S.1
- 2 Zur Entstehung und zum Aufgabenumfang der KGSt: Erhard Mäding, »Entwicklung und Stand der kommunalen Rationalisierung. Zur Arbeit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)«, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 14 (1975), 1. Halbband, S.75-90
- 3 Zum folgenden: KGSt, Verwaltungsorganisation der Gemeinden, Aufgabengliederungsplan, Verwaltungsgliederungsplan, Köln 1979
- 4 Hartmut Häußermann, Die Politik der Bürokratie, Frankfurt/M., New York 1975, S.61-64
- 5 Als Beispiel für »selektive Wahrnehmung« im kommunalen Bereich vgl.: Hermann Hilterscheid, Hans-Helmut Lenke, in: Rolf-Richard Grauhan (Hrsg.), Lokale Politikforschung 2, Frankfurt/M., New York 1975, S.296
- 6 KGSt, Verwaltungsorganisation, S.30
- 7 Hartmut Häußermann, a.a.O., S. 45-47 u. 114-126

- 8 KGSt, Grundlagen der Verwaltungsorganisation, Köln 1978, S.45-49
- 9 A.a.O., S.48
- 10 A.a.O., S.49
- 11 Hellmut Wollmann, »Der Altstadtsanierung erster Teil als Cityerweiterungsplanung — der Fall Heidelberg«, in: Rolf-Richard Grauhan, Lokale Politikforschung 2, Frankfurt/M., New York 1975, S.221-272
- 12 Hartmut Häußermann spricht von »bürokratischer Sozialisation«, a.a.O., S.91-96
- 13 KGSt, Organisation der kommunalen Entwicklungsplanung, Köln 1972
- 14 KGSt, Organisation, S.10
- 15 A.a.O., S.19
- 16 A.a.O., S.23f.
- 17 Vgl. auch: Walter Siebel, Entwicklungstendenzen der kommunalen Planung, Bonn 1974, S.55-57
- 18 KGSt, Organisation, S.26f.
- 19 A.a.O., S.37
- 20 A.a.O., S.30
- 21 A.a.O., S.21
- 22 KGSt, Grundlagen, S.15
- 23 Zum folgenden: a.a.O., S.15-18. Die hier vorgetragene Kritik dieses Ansatzes bezieht sich ausschließlich auf die von der KGSt rezipierten, recht knapp dargestellten Aspekte der Systemtheorie. Zur kritischen Einschätzung der Systemtheorie: Volker Ronge, Ulrich Weihe (Hrsg.), Politik ohne Herrschaft? Antworten auf die systemtheoretische Neutralisierung der Politik, München 1976
- 24 KGSt, Grundlagen, S.21ff., 31ff.; ferner KGSt, Verwaltungsorganisation der Gemeinden, Teil I, Aufgabengliederungsplan, 4. Aufl., 1967; KGST, Verwaltungsorganisation der Gemeinden, Teil II, Verwaltungsgliederungsplan, 3. Aufl. 1968 sowie KGSt, Verwaltungsorganisation, 1979
- 25 KGSt, Grundlagen, S.3
- 26 Renate Mayntz, Soziologie der öffentlichen Verwaltung, Heidelberg, Karlsruhe 1978, S.159ff.



Außerhalb des Schwerpunkts

Karl A. Otto

Ist die »Ostermarsch«-Bewegung wieder aktuell?

Zur Bedeutung historischer Vorbilder für eine neue Friedensbewegung

Die Opposition gegen den Doppelbeschluß der NATO gewinnt Ausmaße und bildet sich in Formen heraus, die zunehmend an die Friedensbewegung der 60er Jahre erinnern — allerdings im Vergleich mit den Leistungen dieser Bewegung zur Organisation und Integration des oppositionellen Potentials noch deutlichen Rückstand erkennen lassen. Derzeit können wir in der Bundesrepublik zumindest vier relativ autonome politisch-organisatorische Ansätze zur Aktivierung der außerparlamentarischen Opposition gegen eine weitere atomare Aufrüstung in Europa unterscheiden, die auf ihre Fähigkeit zur Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der Friedensbewegung zu prüfen sind.

1. Das »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« mit Sitz in Köln. Das KFAZ hat sich schon seit mehreren Jahren als Initiator punktueller Aktionen für Abrüstung profiliert und konnte sich nach dem NATO-Beschluß vom Dezember 1979 vor allem durch seinen Beitrag zur Initiierung und Propagierung der Unterschriftenkampagne für den »Krefelder Appell« vom November 1980 zu einem Kristallisationspunkt des Massenprotests entwickeln. Zu einer Ausbreitung dieses Komitees zu einem Organisationszusammenhang, der Kontinuität und politische Konsistenz der Aktivitäten, die derzeit die neue Friedensbewegung ausmachen, bewirken könnte, ist es bisher nicht gekommen. Die Möglichkeiten, das rüstungskritische Potential von SPD und FDP, der Gewerkschaften und Kirchen im Rahmen der KFAZ-Aktivitäten zu integrieren, sind wegen verbreiteter Zweifel am gleichgewichtigen Engagement des Komitees gegen Rüstungsmaßnahmen in West und Ost vorerst auch nur sehr begrenzt.

2. Örtliche und regionale »Friedensinitiativen«. Hier handelt es sich zumeist um Bündnisse von Gruppen, Kleinparteien und/oder Einzelpersonen mit dem Ziel begrenzter, oft einmaliger Aktionen für eine Strategie der Friedenssicherung durch Abrüstung.¹ Die oftmals aufsehenerregenden Demonstrationserfolge dieser Initiativen fördern zwar die Bereitschaft zur Fortsetzung und Ausweitung ihrer Aktivitäten², die Vorstellungen über die »richtige« Strategie und organisatorische Entfaltung sind aber noch immer relativ vage.

3. Bundesweit etablierte Friedensverbände und alternative Kleinparteien. Die Beispiele erfolgreicher regionaler und örtlicher Friedensinitiativen wären ohne die aktive Beteiligung dieser Organisationen kaum möglich gewesen; als Initiatoren, Träger und »Multiplikatoren«, die über eingespielte Organisationsapparate verfügen, haben diese Zusammenschlüsse zwar unterschiedlichen, insgesamt aber zweifellos entscheidenden Anteil an der Lösung von Organisationsaufgaben der neuen Friedensbewegung. Für die Integration des aktivierbaren Gesamtpotentials bleiben sie dennoch ungeeignet, weil Verbände mit fixierten Organisationszwecken und einer jeweils auf diese fixierten Anhängerschaft die für die Entfaltung einer pluralistisch strukturierten Massenbewegung notwendigen Identifikationsmöglichkeiten nur eingeschränkt bieten können. Eine Friedensbewegung unter der Dominanz von außen gesetzter Organisationszwecke, die den internen Lernprozessen der Bewegung selbst entrückt bleiben, müßte zwangsläufig auf Instrumentalisierung dieser Bewegung hinauslaufen und sie damit den Vorbehalten konkurrierender Organisationen aussetzen.

4. Die »Europäische Atomabrüstungsbewegung« (END: European Nuclear Disarmament) mit einem Koordinationsbüro in London. Die END wurde mit einem »Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa«³ im April 1980 von der britischen Russel-Peace-Foundation initiiert. Sie versteht sich als Zentrum gemeinsamer Aktionen von Bürgerinitiativen und bestehender nationaler Anti-Atom-Kampagnen in ganz Europa.⁴

Für die Zweckmäßigkeit einer internationalen Friedensbewegung spricht vor allem die Notwendigkeit, den international organisierten Rüstungsbestrebungen auf gleicher Ebene koordiniert zu begegnen sowie die Chance, das Bewußtsein der tödlichen Bedrohung ganz Europas in seinen westlichen und östlichen Teilen zu aktivieren und dadurch einseitige Feindbilder und Bedrohungsvorstellungen abzubauen. In dieser Funktion bleibt sie jedoch auf die Existenz und Tätigkeit nationaler Kampagnen angewiesen.

Daß die neue Friedensbewegung noch nicht die Form gefunden hat, die ihr die notwendig gewordene Koordination ihrer Funktionen ermöglichen würde, macht das Interesse an einer Bewegung verständlich, die als Beispiel gelungener Selbstorganisation einer Massenbewegung gegen den Atomtod gilt — der »Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner«. In einer Situation vergleichbarer politisch-organisatorischer Differenzierung war es dieser Bewegung in den 60er Jahren gelungen, alle relevanten Kräfte der sich zur »APO« formierenden außerparlamentarischen Opposition in einem organisatorischen Verbund auf gemeinsame Ziele der Friedenssicherung zu konzentrieren und damit in Prozesse der Aufklärung und Desillusionierung über die Strategien des Kalten Krieges einzubringen, die wesentlichen Anteil an den Veränderungen hatten, in deren Folge die sozialliberale Konzeption der politischen Entspannung in Europa durchsetzbar wurde.⁵

Politische Praxis, die sich ihrer selbst durch Rückblicke in die Geschichte zu vergewissern sucht, sieht sich jedoch vor eine grundsätzliche Schwierigkeit gestellt: Die jeweils unwiederholbare Eigenart historischer Situationen macht es unmöglich, die »richtige« Handlungsorientierung ohne zusätzliche analytische Anstrengungen, die sich auf veränderte Möglichkeiten der Gegenwart und Zukunft beziehen, kurzschlüssig mit »Lehren« aus der Geschichte zu begründen. Das gilt auch für unsere Entscheidungssituation. Die Frage, welche der vorfindbaren oder ggf. zu schaffenden Organisationsformen am ehesten geeignet sein könnten, Koordination und Integration der vielfältig gewordenen Reaktionen des Widerstands gegen immer neue Nachrüstungs-Nachrüstungen zu leisten, läßt sich folglich nicht allein durch die Aneignung historischer Vorbilder beantworten — wohl aber in dem Sinne präzisieren, daß Gesichtspunkte für die Analyse und Erkenntnisse über zweckmäßige Organisation, über Erfolgsbedingungen und mögliches Fehlverhalten gewonnen werden können. Mit dieser Einschränkung bleibt die »Ostermarsch«-Bewegung (OM) auch für die heutige Friedensbewegung zweifellos ein aufschlußreiches »Lehrstück« unserer Geschichte.

Ursprünge und Intentionen der »Ostermarsch«-Bewegung

Die Protestform der »Ostermärsche« hatte ihr Vorbild und ihren Ursprung in der britischen »Campaign for Nuclear Disarmament« (CND). Diese überparteiliche Organisation zur Verhinderung der britischen Atomrüstung war im Januar 1958 gegründet worden und hatte sich schon 1959 zur größten politischen Massenbewegung Englands seit dem letzten Weltkrieg entwickelt. Höhepunkte dieser »Ban-the-Bomb«-Bewegung war ein jährlich zu Ostern veranstalteter viertägiger Protestmarsch von London zum 83 km entfernten Atomwaffenlaboratorium Aldermaston, der als »Ostermarsch« zur Tradition der Atomwaffengegner wurde. Die Initiatoren der CND gingen von der Überlegung aus, daß von den eta-

blierten Parteien alternative Lösungen nicht zu erwarten seien, solange nicht Druck von unten und außen auf Staats- und Parteiführungen dazu zwingt, auf Atomwaffen zu verzichten — und daß dieser Druck organisiert werden müsse. In diesem Bemühen hatte die CND, in der auch der linke Labour-Flügel stark engagiert war, ihren größten Erfolg, als der Parteitag der Labour-Party im Oktober 1960 gegen den Widerstand der Parteiführung mit 3 303 000 gegen 2 896 000 Blockstimmen eine Resolution annahm, die den Abrüstungsforderungen der CND entsprach.⁶

An den Aktionen der CND hatten auch ausländische Gruppen teilgenommen, die ihre Erfahrungen in ihren Heimatländern als Impulse für eigene Aktionen weitergeben konnten. Auf diese Weise griff die Bewegung spontan von England auf andere Länder über: Dänemark, Holland, Italien, Schweden, Norwegen, Griechenland, Schweiz, Österreich, Frankreich, Neuseeland, Australien, USA, Kanada und die Bundesrepublik. Die jeweiligen Organisationskomitees der Osteraktionen in diesen Ländern waren allerdings keine »Filialen« der CND; die Initiative zu ihrer Gründung ging immer von den politischen Kräften in diesen Ländern selbst aus.

Der erste Versuch, in der Bundesrepublik einen »Ostermarsch« zu organisieren, erfolgte 1960. Die Initiative dazu ging von einer kleinen Gruppe religiös motivierter Pazifisten um den Hamburger Lehrer Hans-Konrad Tempel aus. Organisatorisch konnte sich Tempel zunächst auf die norddeutschen Gruppen des damals stärker antikommunistisch orientierten »Verbandes der Kriegsdienstverweigerer« (VK) stützen — und innerhalb der Hamburger Gruppe insbesondere auf den fraktionellen Zusammenschluß »Aktionskreis für Gewaltlosigkeit«, einem Kreis von zwölf Pazifisten, denen die Beschränkung auf bloße Verweigerung des Kriegsdienstes als politische Haltung nicht ausreichte. Nachdem im Dezember 1959 durch die Presse bekanntgeworden war, daß in Bergen-Hohne eine Batterie Honest-John-Raketen stationiert wurde, beschloß der »Aktionskreis« spontan, zu Ostern 1960 einen Protestmarsch in dieses Gebiet zu organisieren. Für die Vorbereitung und Durchführung wurde vom »Aktionskreis« der Hamburger VK-Gruppe ein unabhängiger »Ausschuß für den Ostermarsch zum Raketen-Übungsgelände Bergen-Hohne« eingesetzt, der sich bald darauf als »Zentraler Ausschuß« konstituierte und für alle folgenden Aktionen im Rahmen von »Ostermärschen« für zuständig erklärte. Durch seinen Sprecher Tempel nahm der Ausschuß über den Hamburger VK Kontakte zu Gruppen der »Internationale der Kriegsdienstgegner« (IdK) in Bremen, Braunschweig und Hannover sowie zu Gruppen der »Deutschen Friedensgesellschaft« (DFG) in Hannover und Braunschweig auf, die sich auch für das Projekt gewinnen ließen. Auf Vorschlag des Hamburger Ausschusses wurde ein Sternmarsch vereinbart, wobei die Träger der Einzelmärsche die Verantwortung jeweils selbst übernehmen sollten. Zur organisatorischen Abwicklung wurde empfohlen, entsprechend dem Hamburger Muster überall dort, wo eine Marschgruppe zusammengestellt wird, einen besonderen Ausschuß einzusetzen, weil man »die Träger-schaft einer pazifistischen Organisation (etwa VK oder IdK) für ungünstig in Hinsicht auf die erstrebte Breitenwirkung«⁷ hielt. Zugleich wurde ein Organisationsprinzip entworfen, das für die OM-Bewegung konstitutiv wurde. Tempel teilte den pazifistischen Trägergruppen in einem Schreiben im Januar 1960 mit:

»Wegen der Gefahr des Auftretens von 'östlichen Friedensfreunden' ... unter dem Zeichen ihrer Verbände wollen wir in Schreiben und Handzetteln wie auch auf Plakaten betonen, daß nur Einzelpersonen, nicht Organisationen teilnehmen.«⁷

Der Sinn dieser Regelung war erstens, die Glaubwürdigkeit des Protestes gegen Atomwaffen in West und Ost gegen eventuelle Überfremdung durch KPD-nahe Friedensver-

bände, die bei einem »Gruppenproporz« für kaum vermeidbar gehalten wurde, sicherzustellen; zweitens sollten der damals erdrückenden antikommunistischen Propaganda keine Indizien für den allgegenwärtigen »Unterwanderungs«-Verdacht geliefert werden, und drittens hofften die Veranstalter, auf diese Weise die kommunistische Opposition von den Entscheidungsinstanzen der Kampagne ausschließen zu können, ohne sie vom Marsch selbst abzuhalten. Das Prinzip des Einzelengagements entsprach aber zweifellos auch dem religiös-pazifistischen Ethos der Initiatoren, dem Gedanken der »Opferbereitschaft«, des selbstlosen persönlichen Einsatzes, der Zivilcourage, die einen solchen Neubeginn in der damaligen Situation des Kalten Krieges mit seinem Konformitätszwang erst ermöglichten.

Auch das politisch-ideologische »Milieu« bei den ersten »Ostermärschen« (1960/61) war »ethisch-pazifistisch«. Die Demonstrationen richteten sich nicht gegen einen bestimmten politischen Kontrahenten, sondern unbestimmt gegen »den« Krieg und »die« Bombe. Der moralische Appell unterschied nicht zwischen »richtiger« und »falscher« Politik, nahm nicht Partei für eine Partei, sondern wurde abstrakt gerichtet »gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation«. ⁸

Der bescheidene Erfolg von kaum mehr als 1000 Atomwaffengegnern auf der Abschlußveranstaltung in Bergen-Hohne am Ostermontag 1960 war nicht nur Ausdruck üblicher Anfangsschwierigkeiten und des fehlenden Organisationsapparates, mangelnder Publizität und fehlender Prominenz. Hinzu kam,

»daß damals der Gedanke des individuellen Protestes (d.h. der politischen öffentlichen Aktionen *ohne* Einbettung in eine gesellschaftlich 'anerkannte' und institutionell verfestigte Organisation) der Mentalität der Opposition in der Bundesrepublik noch einigermaßen fremd war, daß außerdem die erste deutsche Antiatombewegung ... damals von SPD und DGB noch in Restbeständen weitergeführt wurde und also die SPD noch als die parlamentarisch fundierte Trägerin der Antiatombewegung zumindest teilweise angesehen wurde.« ⁹

Daß die OM-Bewegung mit der Konzeption des vom Bürger selbst zu verantwortenden und mitzutragenden Engagements für den Frieden die Beteiligung und allmähliche Integration auch parteipolitisch und gewerkschaftlich gebundener Kräfte ermöglichte, daß ihr damit die Wahrnehmung des Rechts auf Demonstration ohne Unterstützung und sogar gegen den Willen aller etablierten Großorganisationen und gegen alle Einschüchterungsversuche des Staatsapparates gelang, war ihre entscheidende politische Leistung.

Ausweitung und Politisierung der Kampagne

Mit dem vom Hamburger Ausschuß gefaßten Beschluß, die OM Bewegung 1961 auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen, wurde eine Felderweiterung auf zwei Ebenen notwendig: Erstens wurden die bisher noch unbeteiligten VK-Gruppen aus anderen Regionen einbezogen; zweitens wurden »benachbarte« Organisationen wie die SJD »Die Falken« und die Naturfreundejugend (NFJ) gewonnen. Durch diese Koalitionspolitik änderte die »Ostermarsch«-Bewegung nicht nur soziologisch ihre Struktur, es erfolgte auch eine erste politisch-ideologische Veränderung. SJD und NFJ stimmten in ihren aktuellen Forderungen zwar mit dem VK überein, standen aber in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, d.h. der Widerstand gegen die Aufrüstung war hier nicht pazifistisch, sondern politisch motiviert. Unter dem Einfluß dieser neu hinzugekommenen Teilnehmer, wozu bald auch Jungsozialisten und große Teile der Gewerkschaftsjugend kamen, setzte sich nach dem zweiten Marsch schon ab 1961 die Einsicht durch, daß die Bewegung auf der Grundlage ihres bisherigen pazifistischen Selbstverständnisses — nämlich eine Mahnung an das Gewissen der Herrschenden aus allgemein menschlichen, nicht aus politischen Ge-

sichtspunkten zu sein — an Grenzen gestoßen war. In einem Schreiben an die Mitglieder einer »Koordinationsgruppe« zur Weiterentwicklung der OM-Konzeption gab deren Leiter, Hans-Konrad Tempel, im Mai 1961 zu bedenken:

»Die geistige Basis des OM ist verständlicherweise nicht sehr weit und beinhaltet keinerlei konkrete politische Vorstellungen. Nur in einem mehr zufällig und zusätzlich gebilligten Slogan ('Für atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa') traten realpolitische Gesichtspunkte hervor. (...) Eine einheitliche politische Willensbildung mit durchschlagender Kraft wird sich aber erst bei der Konkretisierung und damit verbundenen Neu-Formulierung der Zielsetzungen ergeben können.« (Archiv Tempel)

Damit war eine Wende zur Politisierung der OM-Bewegung eingeleitet worden, deren erfolgreiche Entwicklung zur permanenten »Kampagne für Abrüstung« (KfA) auch in Zahlen ablesbar wurde:

Jahr	Veranstaltungen	Unterzeichner	Marsch- und Kundgebungsteilnehmer
1960	(nicht ermittelt)		1000
1961	(nicht ermittelt)		23000
1962	(nicht ermittelt)	230	50000
1963	130	3000	50000
1964	280	8400	100000
1965	300	(nicht veröffentlicht)	130000
1966	600	10110	145000
1967	800	15000	150000
1968	(Die Zahlen wurden nicht mehr registriert, lagen aber im Jahr des Attentats auf Rudi Dutschke und des Höhepunkts der Studentenproteste gegen den Vietnamkrieg weit über den Zahlen von 1967.)		

Quellen: Informationen zur Abrüstung Nr. 10/11, Offenbach; Hannoversche Presse vom 23.4.1960 sowie Protokolle des »Zentralen Ausschusses« (ZA)

Die Bewegung hatte sich zunächst mit dem Grundproblem auseinanderzusetzen, daß die SPD der CDU/CSU zu einer Zeit »das höchst erreichbare Maß an Übereinstimmung«¹⁰ in der Außen- und Militärpolitik angeboten hatte (Bundestagsdebatte vom Juni 1960), als der Kalte Krieg seinem Höhepunkt zutrieb (Berlin-Krise 1958, Mauerbau 1961, Kuba-Krise 1962). Dadurch hatte die antimilitaristische Opposition in der Bundesrepublik die Möglichkeit zur parlamentarischen Artikulation faktisch eingeübt. Die Wahrnehmung politischer Beteiligungsrechte im außerparlamentarischen Bereich stieß aber auf Grenzen, die nicht nur durch Mangel an Erfahrung, Mitteln und Medien, sondern mehr noch durch das Gesamtmilieu politischer Repression und Diffamierung¹¹ gezogen waren. Diese Erfahrung der Einschränkung von Grundrechten bei forcierter Entfaltung militärischer Stärke führte dazu, daß dieser Zusammenhang bald auch in der OM-Bewegung thematisiert und schrittweise zu einem Konzept politischer und gesellschaftlicher Demokratisierung verarbeitet wurde.¹²

War die OM-Bewegung entstanden als Reaktion auf die akuten Gefahren der atomaren Rüstung unter den spezifischen Bedingungen des Kalten Krieges und der Integration der SPD in die herrschende Politik, so erhielt sie verstärkten Auftrieb, als sie sich durch die 1963 anbahnende Wende der weltpolitischen Entwicklung in ihren Erfolgserwartungen bestätigt sehen konnte. Während sich die Bundestagsparteien im Streben nach atomarer Bewaffnung bis zur Unterschiedslosigkeit angeglichen hatten und begannen, für den Eventualfall einer Systemkrise verfassungsändernde Notstandsgesetze vorzubereiten, gewannen

international die Entspannungstendenzen sichtbar an Stärke: 1963 wurde von den Regierungschefs der beteiligten Länder die Erklärung Lateinamerikas und Afrikas zur »atomwaffenfreie Zone« vereinbart; US-Präsident Kennedy begründete in einer aufsehenerregenden Rede zur »Strategie des Friedens« die Notwendigkeit einer Kooperation mit der Sowjetunion zur Erhaltung des Friedens und die Sinnlosigkeit einer Fortsetzung des Kalten Krieges; die USA und UdSSR vereinbarten ein Verbot von Kernwaffentests und die Einrichtung einer Alarmleitung zwischen Moskau und Washington; die Militäretats beider Länder wurden für 1964 gekürzt. Die Erfahrung, daß die Bundesregierung diesen Entspannungsprozeß blockierte, gab der — durch die politisch-personelle Ausweitung der Kampagne bereits eingeleiteten — Diskussion schließlich eine grundlegende realistische Wende: Der Protest gegen »die Bombe« entwickelte sich immer mehr zur gezielten Kritik an der Politik der Bundesregierung.

Das Organisationsmodell der »Kampagne für Abrüstung«

Ein Resultat der u.a. von Tempel angeregten Überlegungen, in denen »bisherige Gesichtspunkte mit neuen verbunden« wurden, waren »Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner«, die vom »Zentralen Ausschuß« (ZA) im Oktober 1961 gebilligt wurden. Die »Grundsätze« enthielten neben einer konkretisierten Darstellung der Zielsetzung auch Festlegungen über die organisatorische Struktur des »Ostermarsches«. Damit wurde allerdings nur fixiert, was sich bis dahin an organisatorischen Zusammenhängen faktisch schon herausgebildet hatte. Für die Strukturierung der OM-Organisation waren drei Faktoren ausschlaggebend, die sich nicht widerspruchsfrei vermitteln ließen:

1. Die Zentralisierung der Initiative zur Organisation des ersten Marsches bei einer kleinen, relativ geschlossenen Gruppe gab dem »inneren Kreis« ein hohes Maß an Entscheidungs- und Handlungsfreiheit und an Unabhängigkeit von der »Basis«, damit auch ein entstellungsgeschichtlich bedingtes politisches Übergewicht. Diesem Kreis fiel »automatisch« die Führung zu.

2. Die Organisationsform war von den Initiatoren dem Organisationsprinzip untergeordnet worden: Aktion durch individuelle Initiative und freiwillige Beteiligung von Einzelpersonen, d.h. *spontane Bewegung von unten* ohne Reglementierung durch »Organisationsapparate«. Dieses Prinzip institutionalisierte mindestens die *Tendenz* zu lokaler Selbstständigkeit, organisatorischer und politischer Zersplitterung und zum Koordinationsmangel, wie sich bei der ähnlich organisierten britischen CND schon ab 1962 zeigte.

3. Zum Schutz vor außengesteuerten Aktionen, vor allem aber, um zu verhindern, daß durch unkontrolliertes Auftreten von Gruppen den antikommunistischen Verdächtigungskampagnen Anhaltspunkte geliefert werden, mußte ein Reglement strenger, freiwilliger Disziplin eingehalten werden. Das aber lief faktisch auf rigorosen Zentralismus und auf weitgehende Aufhebung des Organisationsprinzips der Selbsttätigkeit und Selbstverantwortung hinaus. Alle politischen und organisatorischen Entscheidungsbefugnisse lagen nach diesem Ordnungsmuster beim ZA. Durch eine direkte Vertretung der Regionalaussschüsse im ZA blieb jedoch eine unmittelbare Rückkoppelung und ständige Kommunikation gewährleistet. Auf diese Weise war es der OM-Bewegung immerhin bis zum allgemeinen Zerfall der APO 1968/70 gelungen, ohne ausgebaute Mitgliederorganisation die Einheitlichkeit ihrer politischen Aussage und Aktion auf der Grundlage freiwilliger Disziplin zu gewährleisten.

Nach den »Grundsätzen« von 1961 sollten folgende »Grundbedingungen für alle Widerstandsaktionen« gelten:

»Jeder gemeinsame Protest findet grundsätzlich auf verfassungsmäßiger Basis statt. Jeder gemeinsame Protest ist grundsätzlich ein Protest von einzelnen, nicht von Organisationen. Die Namen der unterstützenden Organisationen treten nur in Ausnahmefällen, die der ZA feststellt, in Erscheinung.«

Zur organisatorischen Form wurde neben der Benennung und Kompetenzabgrenzung der Organe festgelegt:

»1. Der OM ist keine Mitglieder-Bewegung, sondern stellt eine lockere Aktionseinheit von gleichgesinnten Staatsbürgern dar. (...)

6. Den Auftrag für die Vorbereitung und die Durchführung von Aktionen erhalten die verantwortlichen Organisatoren von keiner Instanz als dem eigenen Gewissen. Sie sind deshalb nicht von irgendeinem fremden Gremium für diese Arbeit wählbar (ausgenommen die Vertreter der Organisationen im ZA) oder ersetzbar.« (Archiv d. Verf.)

Der Zentrale Ausschuß (ZA)

Der »Zentrale Ausschuß« war in den »Grundsätzen« als »das Führungsgremium auf Bundesebene« definiert. Das bedeutete in der Praxis, »daß politische Texte für Flugblätter oder Plakate vom ZA beschlossen sein müssen und nicht beliebig gekürzt werden dürfen.«¹³ In einer ZA-Direktive vom März 1961 wurde darauf hingewiesen, daß »nur Personen ohne irgendwelche 'Angriffspunkte' als Marschleiter eingesetzt« werden durften. Die Benennung der Marschleiter mußte durch den ZA-Sprecher bestätigt werden. Für Konfliktfälle wurde folgende »Notstandsklausel« beschlossen:

»Wenn in örtlichen Gruppen Schwierigkeiten mit der Presse oder Öffentlichkeit auftreten sollten, die nicht reparabel sind, hat der Zentrale Ausschuß und mit ihm der Koordinator die Befugnis, den örtlichen Ausschuß aufzulösen und der Presse mitzuteilen, daß von diesem Ort kein Marsch vorbereitet wird.« (ZA-Protokoll 25./26.3.61)

Der ZA beschloß nicht nur die sogenannten »Pflichtslogans«, die jede Ostermarschgruppe zeigen mußte, sondern auch die »Wahlslogans«, die gezeigt werden durften — und zwar zunächst ausschließlich aus der Besorgnis, kommunistische und auch sozialistische Marschteilnehmer könnten ihre politischen Intentionen selbständig in Parolen umsetzen und dadurch die ganze Bewegung gefährden. Dieser Rigorismus, der selbst die Disziplinforderungen der traditionellen Arbeiterorganisationen übertraf, wurde erst gelockert, als ab 1966 im Zusammenhang mit den Studentenprotesten der Antikommunismus seine Einschüchterungskraft einzubüßen begann.

Der ZA wurde von den Organisatoren des ersten Marsches durch Selbsteinsetzung konstituiert und in der Folgezeit durch Wahlen und Kooptationen erweitert. Dem ZA gehörten in der Konstruktion von 1961 an: 1. Der Sprecher; er leitete den ZA und vertrat die KfA nach außen. 2. Der Geschäftsführer; er wurde — wie der Sprecher — vom ZA aus seiner Mitte gewählt. 3. Je zwei/drei gewählte Vertreter der Regionalen Ausschüsse. 4. Dem ZA gehörten auch sämtliche Kuratoren mit vollem Stimmrecht an. 5. Je ein Mitglied befreundeter Organisationen, über deren Aufnahme der ZA selbst entschied. Der Kreis der im ZA vertretenen »befreundeten Organisationen« — zunächst auf pazifistische Verbände, die Naturfreundejugend, Kirchliche Bruderschaften und den SDS beschränkt — wurde ständig erweitert — vor allem im Zusammenhang mit Versuchen, im Verlauf der beginnenden Studentenunruhen und Schülerproteste die APO im Rahmen der KfA politisch zu integrieren und organisatorisch zu stabilisieren. Politische Parteien sowie »solche Organisationen, deren Unabhängigkeit von beiden Seiten des Kalten Krieges nicht klar erkennbar ist« (Zivil, Nr. 4/63, 31), wurden grundsätzlich nicht in den ZA aufgenommen.

Das Kuratorium

Neben dem ZA bestand »zum Zwecke der Repräsentation« das Kuratorium. Es wurde von prominenten Persönlichkeiten gebildet, die mit ihrem Namen für die politische Unabhängigkeit des »Ostermarsches« bürgten.¹⁴ Das Kuratorium war kein Beschlußgremium. Die Kuratoren wurden vom ZA kooptiert. Die Aufnahme prominenter ausländischer Atomwaffengegner in dieses Gremium sollte den internationalen Charakter der Anti-Atombewegung unterstreichen und zugleich helfen, die politische Integrität der Bewegung glaubhafter darzustellen.

Der Arbeitsausschuß (AA)

Das wichtigste dem ZA zugeordnete politische Gremium war der »Arbeitsausschuß«. Seine Aufgabe war die Sicherung der Arbeitskontinuität zwischen den ZA-Sitzungen, die Ermöglichung von ad-hoc-Entscheidungen in dringenden Fällen, die Ausarbeitung von Beschlußvorlagen für den ZA usw. Er bewährte sich auch als Möglichkeit, für vom ZA zu entscheidende Konfliktfälle Kompromißformeln im kleinen Kreis vorzubereiten. Die Arbeit des AA/ZA wurde ab 1962 auch von einer Geschäftsstelle und von sechs »Fachreferaten« unterstützt, die ehrenamtlich zumeist von ZA-Mitgliedern besetzt wurden.

Regionalausschüsse (RA)

Die für die praktische organisatorische Arbeit wichtigsten Gremien waren die örtlichen und regionalen Ausschüsse. Die Zahl der RA entsprach der Anzahl der Marsch-Zentren. Die Gründung des RA erfolgte durch Kontakteleute der ZA, die dann in Verantwortung gegenüber dem zentralen Gremium auf regionaler Ebene eigene Initiativen ergreifen sollten. Dem RA gehörten — analog zum ZA — je zwei Vertreter der örtlichen Ausschüsse (ÖA), je ein Vertreter der Landesgliederungen der im ZA vertretenen Verbände sowie Einzelpersonlichkeiten an, die politisches Potential repräsentierten. Die RA hatten das Recht, Einzelpersonen mit der Gründung von ÖA zu beauftragen und mit 2/3-Mehrheit seiner anwesenden Mitglieder diese ÖA auch wieder aufzulösen.

Um die Ausschüsse einerseits vor parteipolitisch motivierter Übernahme durch Gruppen zu schützen und um andererseits örtlich und regional Handlungsfreiheit bei der Integration möglichst aller kooperationsfähigen Kräfte zu gewinnen, gingen die Ausschüsse ab 1963 zunehmend dazu über, durch Kooptation von Einzelpersonen, die in anderen Organisationen engagiert waren (vor allem im gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich sowie der SPD) und mit deren Namen sich eine Organisation verband, zu einer informellen und inoffiziellen Repräsentanz dieser Organisationen im »Ostermarsch« zu kommen.

Örtliche Ausschüsse (ÖA)

Die ÖA waren informelle lokale Arbeitsgruppen, die in Absprache mit dem RA die Aktionen der OM-Bewegung — insbesondere die »Ostermärsche« selbst vorbereiteten und durchführten. Dabei wurden sie vom ZA und RA mit Material, Referenten, Arbeitsvorschlägen usw. unterstützt, mußten aber alle Kosten selbst tragen. ÖA gab es in den meisten Großstädten der BRD. Sie entstanden zumeist völlig formlos durch die Initiative von einzelnen Vertrauensleuten des ZA oder Regionaler Ausschüsse. Wo aus ÖA wegen ihrer Größe »Arbeitsausschüsse« hervorgingen, entwickelten sich die ÖA in der Regel zu »offenen Institutionen«. Jeder am OM Interessierte, der zur Mitarbeit eingeladen wurde und zur Einhaltung der »Grundsätze« bereit war, war als Einzelperson diskussions-, stimm- und wahlberechtigt. Gewählt wurde per Akklamation oder durch offene Abstimmungen.

Aktuelle Aspekte der OM-Bewegung

In einer zusammenfassenden Beurteilung des Organisationsmusters der KfA läßt sich die Vorstellung einer »Bewegung von unten« nur begrenzt anwenden. Von »unten« kam dieser Protest insofern, als er außerparlamentarisch war, keinerlei Unterstützung durch etablierte Großverbände und Bundestagsparteien erhielt und gegen die Widerstände und den Integrationssoß staatlicher und staatstragender Institutionen formiert und vertreten werden mußte. Die Organisierung und Institutionalisierung dieser Bewegung erfolgte durchaus auch »von oben«; die Selbsttätigkeit wurde teilweise durch rigorosen Zentralismus kanalisiert.

Daß die OM-Bewegung trotz ihrer anfänglichen Distanz zur Realpolitik dennoch zu einem Kristallisationspunkt und zentralen Integrationsfaktor der außerparlamentarischen Opposition werden konnte, lag vor allem an ihrer Fähigkeit, 1. das Interesse an alternativen Lösungen unabhängig von Parteiprotektionen zu aktivieren, 2. diese Unabhängigkeit konstruktiver Lösungsvorschläge kritisch gegen Ost und West zu behaupten und 3. die Erwartung politischer Kurskorrekturen nicht auf das Parlament zu fixieren, sondern an den Möglichkeiten des eigenen Engagements auszurichten. Diese Fähigkeiten konnten in einem ständigen Lernprozeß schrittweise entwickelt werden, weil die OM-Bewegung — im Unterschied zu den anderen bestehenden Organisationsformen — in dem Sinne eine spontane Bewegung von unten war, daß ihr Ursprung außerhalb des Herrschafts- und Integrationszusammenhangs der Parteien und staatlicher Institutionen lag. Damit hingen die Politisierungsmöglichkeiten der OM-Bewegung unmittelbar von den Kräften selbst ab, die sich an ihr beteiligten.

Vergleicht man die neue Friedensbewegung und ihre Möglichkeiten mit der OM-Bewegung, sind einige Unterschiede augenfällig, die bei Schlußfolgerungen zu beachten sind. Sie betreffen vor allem die geänderten politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, deren Ausdruck etwa das Vorhandensein einer starken Ökologiebewegung, die Ausbreitung des Pazifismus in der Ev. Kirche und innerparteilicher Opposition in der SPD, die Krise der NATO, die Wirtschaftskrise sowie die Einschnitte in das »soziale Netz« sind — Faktoren, die der Friedensbewegung einen stark veränderten gesellschaftlichen Resonanzboden bieten und sie jetzt schon veranlassen, ihre Aussagen und Zielangaben im Zusammenhang politisch und ökologisch begründeter Konzepte für Abrüstung und eine alternative Friedensordnung zu entwickeln. Dennoch liegen mit der OM-Bewegung Erfahrungen und Organisationsmuster vor, die auch für die neue Friedensbewegung relevant sein können. Die Weiterentwicklung der schon vorhandenen örtlichen und regionalen Organisationsversuche würde jedenfalls genau in diese Richtung weisen.¹⁵ Um die benötigte Integrationsleistung aufzubringen, wird auch heute von größter Bedeutung sein, daß die Bewegung auf dem Einzelengagement der Bürger beruht, daß ihre Entscheidungs- und Planungsinstanzen nicht nach dem Delegations- und Proporzprinzip mit Organisationsvertretern besetzt, sondern von Einzelpersonen getragen werden, die den Charakter der Bewegung und ihre Autonomie nach innen und außen glaubhaft vertreten können.

Wie der OM-Bewegung sollte es auch der neuen Friedensbewegung gelingen, den politischen Parteien und Großorganisationen gegenüber kritisch und politisch-ideologisch unabhängig zu sein und ihnen zugleich nahe genug zu bleiben, um auch innerparteiliche Opposition aktivieren zu können. Denn ohne diese — auch das zeigte die »Ostermarsch«-Bewegung drastisch — ist eine politische Neuorientierung nicht in Regierungspolitik umzusetzen.

Anmerkungen

- 1 Beispiele sind das »Hamburger Forum« vom April 1981, die »Bielefelder Friedensinitiative« für einen Protestmarsch zur Raketenstellung in Borgholzhausen, die Berliner Demonstration am 8. Mai oder die Hamburger Friedensdemonstration am Rande des Ev. Kirchentages 1981.
- 2 In Ostwestfalen z.B. wurde in Vorbereitung des Marsches nach Borgholzhausen ein »Koordinationausschuß« verschiedener örtlicher »Friedensinitiativen« gebildet, der nun auch weitere Aktionen plant und organisiert.
- 3 Wortlaut in: Befreiung, H. 19/20 (1981)
- 4 Vgl. dazu »JW-Informationsdienst« Nr. 11/0322, vom 8.4.1981
- 5 S. dazu: Karl A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70, Frankfurt/M. 21980
- 6 Vorwärts, Bonn, 14.10.1960. Die Labour-Führung erklärt nach dieser Niederlage allerdings, daß die Fraktion im Unterhaus sich nicht an Parteitagbeschlüsse gebunden fühle und die Resolution ignorieren werde.
- 7 Undatiertes Schreiben Tempels (14. oder 15.1.1960) an die genannten Gruppen.
- 8 Flugblatt »Ostermarsch der Atomwaffengegner«, hrsg. v. ZA, April 1960
- 9 K.A. Winken (A. Klönne), in: Studien von Zeitfragen Nr. 2 (1963)
- 10 Michael Hereth (Hrsg.), 20 Jahre Bundesrepublik. Deutschland in Dokumenten, München 1969, S.123ff.
- 11 Heinrich Hannover, Politische Diffamierung der Opposition im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, Dortmund 1962
- 12 Der politische Lernprozeß der KfA äußerte sich auch in verschiedenen Namensänderungen; im Januar 1968 wurde die KfA abschließend in »Kampagne für Demokratie und Abrüstung« umbenannt.
- 13 ZA-Protokoll vom 2./3.3.1963, S.2
- 14 Dem 1961 gegründeten »Kuratorium« gehörten u.a. an: Stefan Andres, Hedwig Born, Benjamin Britten, Canon John Collins, Herbert Faller, Heinz Kloppenburg DD, Prinz Armin zur Lippe, Horst Zeidler (Vors. der SJD »Die Falken«), Prof. Helmut Gollwitzer, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Bodo Manstein, Bertrand Russell, Robert Scholl.
- 15 Teilweise wird das auch intendiert. Mit dem Marsch der »Bielefelder Friedensinitiative« zur Raketenstation Borgholzhausen sollte auch bewußt »die Tradition der Ostermarschbewegung wieder aufgenommen werden«. Stadtblatt, Bielefeld, Nr. 4 (1981)

Staatsschuld und Sozialabbau

Gegenthesen zur Kritik der Staatsverschuldung

I.

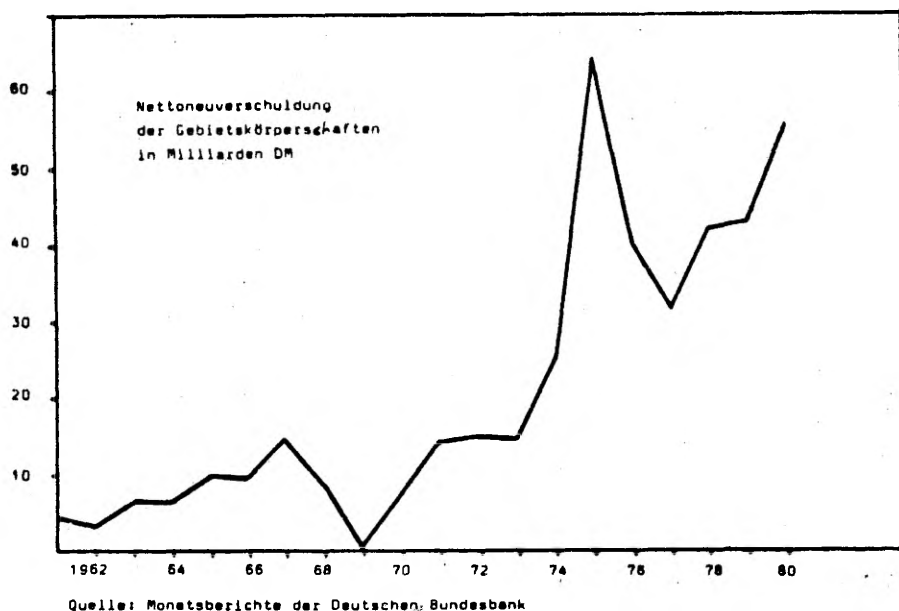
Die Bundestagsdebatte um den Bundeshaushalt 1981 hatte ein zentrales Thema: die wachsende Staatsverschuldung und die Notwendigkeit staatlicher Ausgabenkürzungen. Überraschend an dieser Haushaltsdebatte, in der wenig an den Verstand, dafür aber viel ans Gemüt des verschreckten Bürgers appelliert wurde, war keineswegs die harte Auseinandersetzung zwischen den in diesen Dingen geübten Fraktionsrednern, überraschend war die Einmütigkeit, mit der von der Notwendigkeit des Schuldenabbaus und dem damit verbundenen Zwang zur Reduzierung staatlicher Leistungen, sprich: Abbau von Sozialausgaben, geredet wurde. Diese Einmütigkeit verwundert vor allem für die SPD-Fraktion bzw. die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder. Erinnern wir uns: Das — für die Regierungskoalition in der Abwehr des Kandidaten Strauß — insgesamt erfolgreiche Wahlergebnis vom Oktober 1980 ist nicht zuletzt auf die im Wahlkampf geäußerte Haltung der Sozialdemokraten zur Staatsverschuldung zurückzuführen. Gegenüber den Konsolidierungsforderungen der CDU/CSU und der katholischen Bischöfe betonten sozialdemokratische Haushalts- und Wirtschaftsexperten landauf landab die Notwendigkeit der bis dahin verfolgten Verschuldungspolitik. Horst Ehmke sprach von den »Schulden nach Maß« und der Falschheit Brüningscher Sparpolitik.¹ Das »Sozialdemokrat Magazin« wies im August 1980 das Erfordernis staatlicher Kreditaufnahme sogar für »wirtschaftliche Normaljahre« nach, und zwar in Höhe von 2% des Bruttosozialprodukts.² Dem entspräche für 1981 eine Neuverschuldung von 3,6 Milliarden DM für alle Gebietskörperschaften, bei einem 2/3-Anteil für den Bund also gut zwanzig Milliarden, und dies zur konjunkturellen »Normalzeit«. Und noch im Januar dieses Jahres erklärte Hans Matthöfer in einem »Vorwärts«-Interview, die Bundesregierung werde im Falle des konjunkturellen Abschwungs »nicht Brüningsche Politik betreiben und Ausgaben kürzen«.³ Seine Antwort auf die Frage, ob die Verschuldungsgrenze erreicht sei, fiel damals schlicht, aber entschieden aus: »Nein.«⁴

Nun aber, wenige Monate später, scheint sich das finanzpolitische Blatt vollends gewendet zu haben: vom Finanzexperten der Fraktion, Westphal, über Glotz zu Matthöfer und Schmidt ist die Rede von den »notwendigen Ausgabenkürzungen«. Und auch die Sprachregelung, die von »Korrekturen am sozialen Netz« und »Mißbrauchsverhinderung« sprechen läßt, kann nur mühsam verbergen, worum es geht: *Abbau von Sozialleistungen*. Im Gespräch sind das Arbeitslosengeld, das Kindergeld, BaföG und ähnliche Bereiche mehr. Sozialdemokratische Finanzpolitik bewegt sich so in erschreckender Weise auf die Straußsche Variante finanzpolitischer »Kurskorrektur« zu, die ja angeblich auch bloß Mißbräuche abbauen und soziale Leistungen auf die »wirklich Bedürftigen« konzentrieren will.⁵ Zur Begründung für den angeblich notwendigen Abbau staatlicher Leistungen — da werden Zahlen von 14 Milliarden DM für den Bund und 30 Milliarden DM für alle Gebietskörperschaften gemeinsam gehandelt⁶ — wird der Zwang zur wirksamen Herabsetzung der öffentlichen Verschuldung zitiert. Dies ist die nicht hinterfragte Voraussetzung der gegenwärtigen Debatte in Bundestag, Parteien und Medien. Wie aber steht es mit dieser Voraussetzung? Ist die Notwendigkeit des Schuldenabbaus überhaupt gegeben? Die folgenden Ausführungen sollen dieser Frage nachgehen, indem sie die wichtigsten Argumente der

Staatsschuldkritiker auf ihre Tragfähigkeit hin überprüfen.

II.

Die Verschuldung der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) erreichte 1980 einen Stand von etwa 450 Mrd. DM. Die Entwicklung der jährlichen Neuverschuldung zeigt, daß vor allem die 70er Jahre zu einem enormen Anstieg der Staatsverschuldung geführt haben. Allerdings sind für die einzelnen Zeitabschnitte unterschiedliche Ursachen der Staatsverschuldung festzustellen. So war es in den Jahren bis 1973 vor allem der Ausbau staatlich finanzierter Infrastrukturmaßnahmen, der die jährlichen Verschuldungsraten ansteigen ließ. Die Folgejahre — bis heute — waren hingegen bestimmt von finanziellen Mehrbelastungen des Staatshaushalts durch die ökonomische Krise und deren Folgekosten (steuerliche Mindereinnahmen, konjunkturpolitische Mehrausgaben und wachsende Sozialausgaben aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit).



III.

Wenn auch festzustellen ist, daß die Staatsverschuldung in der BRD, verglichen mit wichtigen anderen kapitalistischen Industrienationen, durchaus unterdurchschnittlich ist, scheinen Verschuldungsniveau und -zuwachsrate, wie wir sie gegenwärtig in der BRD vorfinden, von sich aus Grund zur Beunruhigung zu geben. Dies ist auch die Haltung, die den unbedarften Betrachter befällt, sobald er sich diese Zahlen vergegenwärtigt. Allgemeiner Grund für das Aufkommen solcher Unmutgefühle ist die Gleichsetzung des Staates mit dem auf Sparsamkeit bedachten Hausvater, der allen Grund hat, bei einem

derart rapiden Anstieg von Schulden die Ruhe zu verlieren, denn die ungebremsste Zunahme seiner Verschuldung kann für den Hausvater nicht gut ausgehen. Im Verlaufe dieses Beitrags wird jedoch deutlich werden, daß für den Staat andere Finanzierungsregeln gelten müssen als für den privaten Hausvater oder ein privates Unternehmen. Betrachten wir zunächst die wichtigsten Argumente der Staatsschuldkritiker, bevor die Gegenthesen hierzu entwickelt werden⁷:

(1) Indem der Staat sich verschuldet, entzieht er dem Kredit- bzw. Kapitalmarkt jene Mittel, die zur Finanzierung privater Investitionen erforderlich wären. Dadurch verursacht er genau jenen Rückgang der Investitionsgüternachfrage, den er mithilfe kreditfinanzierter Ausgaben angeblich verhindern will, weil er steigende Zinsen und damit erhöhte Investitionskosten verursacht.

(2) Die Staatsverschuldung führt zu einem Anstieg der Inflationsraten, teils wegen der bereits erwähnten Zinssteigerungen, teils wegen der mit ihr verbundenen Aufblähung der Nachfrage. Auch diese führt zum Rückgang der Investitionsnachfrage, weil die Investoren bei steigenden Inflationsraten erwarten, daß Regierung und Zentralbank mit einer rigorosen Stabilitätspolitik und damit einhergehender Krise auf diese Entwicklung reagieren werden, um das Geldwesen nicht durch galoppierende Inflationsraten zerrütten zu lassen.

(3) Die Staatsverschuldung belastet die zukünftigen Generationen, denn diese müssen durch höhere Steuern die Staatsschuld wieder abtragen bzw. die Zinszahlungen finanzieren.

(4) Die Staatsschuld führt zu einer wachsenden Zinsbelastung, die letzten Endes die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates zerstört und dadurch enorme Steuererhöhungen oder den Staatsbankrott unausweichlich werden läßt.

Gegenthese 1: Die Staatsverschuldung führt nicht zur Verdrängung privater Investitionen

Während des konjunkturellen Aufschwungs soll der Staat mittels kreditfinanzierter Ausgaben die zurückgehende private Nachfrage stützen bzw. an ihre Stelle treten — so jedenfalls die Idee antizyklischer Finanzpolitik. Kritiker der Staatsverschuldung behaupten nun, daß kreditfinanzierte Staatsausgaben einen ganz anderen Effekt haben. Statt private Nachfrage zu stützen, Investitionen der privaten Wirtschaft hervorzurufen, würden sie diese verhindern bzw. verdrängen. Milton Friedman, Vertreter der monetaristischen Chicago-Tradition und laut »Wirtschaftswoche« der Lieblingsökonom Reagan's, faßt dies in schlichte Worte, deren Logik zunächst zwingend erscheint: »Wenn die Regierung die Mittel durch Verschuldung beim Publikum erhält, dann haben jene Leute, die der Regierung die Mittel leihen, weniger Mittel für Ausgaben oder für Kreditvergabe an andere. Die Wirkung der erhöhten Staatsausgaben mag einfach in höheren Ausgaben der Regierung und jener Leute bestehen, die staatliche Mittel erhalten und in geringeren Ausgaben bei jenen, die der Regierung Kredit geben bzw. bei jenen, denen die Geldgeber andernfalls das Geld geliehen hätten.«⁸ Die Vorstellung, die dieser Aussage zugrunde liegt, ist folgende: Es gibt ein bestimmtes Kreditangebot, um das private und staatliche Kreditnehmer konkurrieren. Wenn dieses Kreditangebot als fester Kuchen gedacht wird, so ergibt sich, daß jenes Stück, das sich der Staat herausbricht, zur Finanzierung privater Investitionen nicht mehr bereitsteht. Die privaten Kreditnachfrager konkurrieren nun um den »Rest«, und das muß zwangsläufig zu Zinssteigerungen führen. Diese Zinssteigerungen wiederum dämpfen die Investitionsnachfrage, verschärfen also die ohnehin schon schlechte konjunkturelle Lage, und diese Verschärfung ist allein Ergebnis der staatlichen Verschuldungspolitik.

All dies erscheint zunächst durchaus einleuchtend, und so finden wir derlei Vorstellungen

auch weitgehend über die Medien verteilt. Allerdings verbergen sich in diesem Gedankengang einige Fehler, die ihn insgesamt als falsch erweisen: Erstens konkurrieren im Abschwung Staat und private Kreditnehmer überhaupt nicht um das gesamte Kreditangebot. Der konjunkturelle Abschwung ist ja gerade Ausdruck der Tatsache, daß die private Investitions- und Konsumnachfrage nachläßt. Wenn aber die Unternehmen schon nicht beabsichtigen, die ihnen aus dem unternehmerischen Umsatzprozeß zufließenden Mittel zu investieren, warum sollten sie dann ausgerechnet in diesem Moment verstärkt Kredit nachfragen? Es ist deshalb zu beobachten, daß in den Phasen des konjunkturellen Abschwungs die Zinsen sinken. Nachlassende private Kreditnachfrage fällt zeitlich zusammen mit zunehmender staatlicher Kreditnachfrage, die in diesem Moment die Aufgabe hat, die gestiegenen Geldvermögen der Privaten dem ökonomischen Kreislauf wieder zuzuführen. Mit anderen Worten: soweit es sich um einen konjunkturellen Abschwung handelt, ist nicht einzusehen, warum eine stärkere Verschuldung des Staates zu steigenden Zinsen führen soll.

Zweitens ist das Kreditangebot keine fixe Größe. Die Vorstellung vom begrenzten Kuchen, die in allen Bereichen der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte auftaucht, verstellt den Blick für den dynamischen Charakter des ökonomischen Prozesses. Diese Dynamik ist der Grund dafür, daß mit erheblichen Zinssteigerungen auch dann nicht zu rechnen ist, wenn die Staatsverschuldung im Aufschwung mit zunehmender privater Kreditnachfrage zusammentrifft. Denn hier weitet sich die Nachfrage nach Kredit gleichzeitig mit dem Kreditangebot aus. Zinssteigerungen werden deshalb nur zum geringeren Teil auf die Existenz einer Staatsschuld zurückzuführen sein. Die dennoch feststellbaren Zinssteigerungen der letzten Aufschwungsperioden sind vor allem zurückzuführen auf die im Aufschwung stark anziehenden Inflationsraten und — insbesondere für die letzten Jahre — auf die außenwirtschaftlich orientierte und auf Reduktion der Binnennachfrage zielende Geldpolitik der Bundesbank. Die unten stehende Tabelle soll diese Überlegung illustrieren. Interessant sind vor allem die Jahre ab 1974: Inflationsrate und Kapitalzins erreichen ihren Höhepunkt, während die Neuverschuldung des Staates bei dann aber bereits wieder sinkenden Inflations- und Kapitalzinsraten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. In den Folgejahren sinken Zins- und Inflationsraten bei nach wie vor hohem Stand der Neuverschuldung.

	Inflationsrate* (in %)	Kapitalzins** (in %)	Nettoneuverschuldung (in Mrd.DM)
1970	3,4	8,2	8,0
1971	5,3	8,2	14,5
1972	5,5	8,2	15,2
1973	6,9	9,5	14,8
1974	7,0	10,6	24,6
1975	6,0	8,7	64
1976	4,5	8,0	40,3
1977	3,9	6,4	31,8
1978	2,6	6,1	42,3

*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % (Jahresdurchschnitt);
 **Umlaufrendite aller tarifbesteuerten festverzinslichen Wertpapiere im Jahresdurchschnitt in %; Quelle: H.Kern, Crowding-out durch Staatsverschuldung?, in: Wirtschaftsdienst, XI/1980

Wenn auch die bloße Gegenüberstellung von Zahlenreihen keineswegs mit einer Ursachenanalyse zu verwechseln ist, so dient doch die Tatsache, daß die Kapitalzinsentwicklung der Entwicklung der Staatsverschuldung nicht folgt, als Anhaltspunkt für die Kritik an der Behauptung, die Staatsschulden würden den Zinssatz treiben.

Drittens wird in dem oben angeführten Gedankengang unterstellt, die Entwicklung des Zinssatzes nehme entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der privaten Investitionen. Davon ist jedoch nicht ohne weiteres auszugehen, denn der Zinssatz spielt bei der Investitionsentscheidung je nach Konjunkturlage eine unterschiedliche Rolle. In der *Krise* bleiben Erweiterungsinvestitionen vor allem deshalb aus, weil aufgrund unzureichender Nachfrageentwicklung bereits die vorhandenen Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind. Die Profiterwartungen für zusätzliche Investitionen sind also gering. Über den weiterhin stattfindenden Umsatzprozeß werden eingehende Gewinne allenfalls in Rationalisierungs- bzw. Ersatzinvestitionen angelegt. Überschüssige Geldvermögen werden nicht für Erweiterungsinvestitionen verwendet, sondern den Bankeinlagen zugeführt oder anderweitig gegen Zins ausgeliehen, unter anderem an den Staat. Der Zins tritt also als alternative Ertragsrate auf, alternativ zum Profit aus Erweiterungsinvestitionen. Je höher der Zinssatz in dieser Konjunkturphase ist, um so höher müssen die Gewinnerwartungen für zusätzliche Investitionen steigen, um das bloße Verleihen von Geld weniger attraktiv zu machen als die reale Investition. In dieser Phase des konjunkturellen Zyklus sind also die Investitionen in der beschriebenen Weise zinsabhängig: je höher der Zins ist, um so höher ist der Profitanspruch auf zusätzliche Investitionen, um so mehr müssen Preis- und Absatzerwartungen zunehmen, damit investiert wird. Im *Aufschwung* allerdings kommt dem Zinssatz eine andere Rolle zu: hier ist er weniger alternative Ertragsrate, weil die Gewinnerwartungen stark ansteigen und die Zinsen überflügeln. Hier fungiert der Zinssatz vor allem als Kostenfaktor. Als solcher spielt er jedoch keine hervorragende Rolle gegenüber anderen Kostenfaktoren. Außerdem gilt auch für die Zinskosten, daß mit dem Aufschwung die Preisüberwälzungsspielräume zunehmen. Deshalb kann im Aufschwung nicht die Rede davon sein, daß ein steigender Zinssatz Investitionen massenhaft verhindert und so den Aufschwung schnell wieder zusammenbrechen läßt.

Im Zusammenhang mit dem Einfluß der Staatsverschuldung auf den Zinssatz ergibt sich nun: Im konjunkturellen Aufschwung, wo von einer gewissen Zinsabhängigkeit der Investitionen auszugehen ist, wirkt die Staatsverschuldung nicht zinserhöhend, weil sie mit stark fallender privater Kreditnachfrage zusammentrifft. Im Aufschwung wiederum, wo noch am ehesten die Möglichkeit begrenzter Zinssteigerungen durch die Staatsverschuldung besteht, sind die Investitionen — von wenigen Ausnahmen abgesehen (etwa die Bauwirtschaft) — kaum zinsabhängig. Es ist daher falsch, wenn behauptet wird, die Staatsverschuldung verdränge private Investitionen, indem sie den Zins erhöht. Dies gilt generell. Gegenwärtig allerdings ergibt sich aufgrund internationaler Zusammenhänge eine Problemstruktur, die scheinbar gegen eine weitere Staatsverschuldung spricht: Das gegenwärtig außerordentlich hohe Zinsniveau bringt vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen in zunehmende Finanzierungsprobleme, auch was deren laufenden Geschäftsverkehr betrifft. Den finanzstarken Unternehmen bringt es — z.T. vermittelt über das Bankensystem — umgekehrt vor allem hohe Zinseinkommen, weil gerade die staatliche Kreditnachfrage nach wie vor beträchtlich ist. Im Abschwung 1981 erhält die Rolle des Zinses als alternative Ertragsrate also besondere Bedeutung und wirkt in diesem Sinne investitionshehmend. Allerdings: die *Ursache* der Zinssteigerung der letzten Monate ist nicht in der Staatsverschuldung zu finden, sondern im internationalen Zinswettlauf, an dem sich

die Bundesbank nach wie vor unverdrossen beteiligt. Insofern verweist die gegenwärtige Situation nicht auf die Notwendigkeit des Staatsschuldenabbaus, sondern auf die erforderliche Umkehr in der Geldpolitik. Sie zeigt gleichzeitig, wie notwendig es für eine demokratische, an den Entwicklungsbedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung orientierte Wirtschaftspolitik ist, Herrschaft über das Geldwesen zu gewinnen und es nicht scheinbar neutralen, jedenfalls aber unkontrollierten, allein sich selbst verantwortlichen Instanzen wie der Deutschen Bundesbank zu überlassen, deren Ausrichtung an den Interessen der kapitalbesitzenden Minderheit der Bevölkerung auch in anderen Problembereichen nicht zu übersehen ist.

Gegenthese 2: Die gegenwärtige Inflation ist nicht auf die Staatsverschuldung zurückzuführen

»Es gibt kaum eine Inflation, die nicht mit einer starken Ausdehnung der Staatsschuld verbunden gewesen ist.«⁹ Für die BRD scheint diese These zunächst nicht von der Hand zu weisen zu sein, betrachtet man den Zeitraum von 1970 bis 1974. Auch danach sind Inflation und Ausdehnung der Staatsschuld gleichermaßen gegeben. Dennoch läßt sich aus dem zeitlichen Zusammenfallen keine Ursachenverkettung ableiten. Die Kritiker der Staatsverschuldung begründen deshalb ihre These vom inflationären Charakter kreditfinanzierter Staatsausgaben mit deren Auswirkungen auf den ökonomischen Gesamtprozeß. Hierbei sind zwei verschiedene Argumentationsraster vorzufinden¹⁰:

1. Die Staatsverschuldung führt zu einer Ausweitung der Geldmenge und auf diese Weise zum Anstieg der Inflationsraten. Wir wollen den ersten Teil der Aussage hinnehmen, obwohl auch dies keineswegs ausgemacht ist, weil es hierbei nicht zuletzt auf das Verhalten der Zentralbank ankommt. Konzentrieren wir uns auf den zweiten Teil der Behauptung. Dieser besagt, eine steigende Geldmenge führt zum Anstieg der Inflationsrate. Zu dieser Frage existiert ein bereits Jahrhunderte währender Streit in der Wirtschaftswissenschaft, weil es nach wie vor strittig ist, wie dies eigentlich geschehen soll. In jedem Falle notwendiges Element zur Verknüpfung von Geldmengenentwicklung und Preisniveau ist aber die Umsetzung zusätzlicher Geldmenge in zusätzliche Nachfrage. Ohne diese Umsetzung lassen sich Geldmengen Zunahme und Preisniveaufortrieb nicht verbinden. Wir können diese erste Behauptung deshalb mit der allgemeinen Fassung dieser Kritikposition abhandeln:

2. Die Staatsverschuldung bläht (über Geldmengenausweitung und/oder über die mit ihr finanzierte Staatsausgaben) die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auf und führt so zum Anstieg der Inflationsraten. Das infernale Duo Staatsbankrott und Inflation ist aus der noch frischen und leicht belebten historischen Erfahrung heraus gerade für die Bevölkerung unseres Landes noch immer leicht zu verwenden, wenn es um die Abwehr staatlicher Eingriffe in den ökonomischen Prozeß geht. Allein dieser Umstand macht die zuletzt angeführte These bedeutsam. Ökonomisch betrachtet, ist sie ein einziger Widersinn: die kritisierte Nachfragesteigerung, soweit sie auf kreditfinanzierte Staatsausgaben zurückgeführt werden kann, ist nicht unvermeidbarer Nebeneffekt der staatlichen Verschuldungspolitik, sondern gerade deren Ziel, weil sie aus der Krise herausführen soll. Die staatliche Nachfragesteigerung erfolgt gerade in Reaktion auf den privaten Nachfragerückgang. Eine Übernachfrage kommt hier also gar nicht in Betracht. Die dennoch feststellbare inflationäre Preisentwicklung ist hier nicht Folge der Staatsverschuldung, sondern Ergebnis politisch gewollter und ökonomisch notwendiger Nachfragesteigerung bei nicht ausgelasteten Kapazitäten, mithin Begleiterscheinung des in Gang gekommenen Aufschwungs. Die Preise steigen also nicht, weil die Staatsschulden zunehmen, sondern weil sich wirt-

schaftliche Aktivitäten und Kapitalakkumulation erneut entfalten. Dann aber gilt: wenn die Inflation immanentes Entwicklungsmoment jener Marktprozesse ist, innerhalb derer der konjunkturelle Aufschwung in entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften stattfindet und ohne strukturelle Veränderung dieser Marktprozesse auch stattfinden muß, ergibt sich das Problem steigender Inflationsraten, sobald es zu einem Konjunkturaufschwung kommt, *unabhängig davon, wodurch dieser initiiert wurde*. Eine demokratische Wirtschaftspolitik muß deshalb jene Marktprozesse problematisieren, die einen Aufschwung nur unter Bedingungen zulassen, die gleichzeitig das Geldwesen zu zerstören drohen. In jedem Falle unangebracht ist es, zwischen Staatsschuld und Inflation eine direkte Ursachenbeziehung herzustellen. (Ein Blick auf die oben gebrachte Tabelle illustriert den dargestellten Zusammenhang: die Inflationsrate steigt im Aufschwung [bis 1974], sinkt in der Krise [ab 1975] und bewegt sich unabhängig von der Bewegung der Neuverschuldung, die ihren Höhepunkt gerade 1975 erreicht und danach auf vergleichbar hohem Niveau verharrt.)

Gegenthese 3: Die Staatsverschuldung belastet nicht die zukünftigen Generationen, sondern kann der Finanzierung solcher Ausgaben dienen, die den zukünftigen Generationen zugute kommen

Ökonomische Prozesse berühren in der Regel auch die Einkommensverteilung. Gegenüber einer stärkeren Besteuerung der Spitzeneinkommen und einer steuerlichen Abschöpfung einbehaltener Unternehmensgewinne kommen der Staatsverschuldung in der BRD eindeutig negative Verteilungseffekte zu. Dieses Problem spielt jedoch im Kritik katalog der Staatsschuldgegner keine Rolle. Der Grund dafür wird erst in zweiter Linie in der Tatsache zu suchen sein, daß die Verteilungseffekte der Staatsverschuldung insgesamt wenig ins Gewicht fallen. Die Verteilungsebene wird vor allem deshalb gemieden, weil die Kritiker der Staatsverschuldung, von denen hier die Rede ist, meist für gesellschaftspolitische Positionen stehen, denen es nicht widerspricht, daß die Geld- und Kapitalbesitzer an der Staatsverschuldung nicht unerheblich verdienen. Dafür ziehen sie ein anderes Verteilungsargument aus der Kiste, eines allerdings, das die Spaltung der Gesellschaft in Besitzende und Nichtbesitzende geflissentlich umgeht, die These von der »intergenerativen Lastverteilung«: der Staat — so heißt es — belaste mit seiner Schuldpolitik zukünftige Generationen, weil diese zumindest die auf die Staatsschuld anfallenden Zinsen bezahlen müssen, und zwar in Form höherer Steuern.

Auch diese Vorstellung entspringt durchaus dem Alltagsbewußtsein und ist daher ebenso wie dieses weit verbreitet. Jeder kann sich vorstellen, daß im permanenten Wechsel der Generationen auch die Schuld des Staates bzw. dessen Rück- und Zinszahlungsverpflichtung von den älteren auf die jüngeren Staatsbürger weitergegeben wird, die dann für diese Schuld »gerade stehen« müssen. Dennoch unterliegt diese Vorstellung einem einfachen, aber grundlegenden Denkfehler. Richtig ist, daß die Rück- und Zinszahlungsverpflichtung und damit die Position des Schuldners an »die nächste« Generation weitergegeben wird. Aber: gegenüber wem bestehen diese Zahlungsverpflichtungen? Gegenüber derselben »nächsten« Generation! Die zukünftigen Staatsbürger wachsen nämlich gleichzeitig sowohl in die Schuldner- als auch in die Gläubigerposition hinein. Soweit es sich also um eine im Inland aufgenommene Schuld handelt, wird die zukünftige Generation als Ganze nicht belastet, die »intergenerative« oder »intertemporale« Lastverschiebung findet nicht statt. Die Zukunft wird auch nicht dadurch belastet, daß die Staatsverschuldung der Gegenwart die heute zu tätigen Investitionen verringert, so daß die zukünftigen Genera-

tionen mit einer reduzierten Produktionskapazität ausgestattet wären. Wie wir gesehen haben, findet eine Verdrängung privater Investitionen gar nicht statt. Umgekehrt aber dient die Staatsverschuldung der Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben, die ihrerseits der heutigen Generation zum Abbau von Arbeitslosigkeit dienen und gleichzeitig auf die Versorgung zukünftiger Generationen gerichtet sein können. Die Kopplung beider Funktionen gelingt allerdings nur, soweit die Verschuldung der Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Güter dient und nicht dem Löchergraben oder dem Ausbau des militärischen Potentials. Insoweit ist es also eine Frage der über die Verschuldung finanzierten Ausgaben, ob die Generation der Zukunft aus der Verschuldungspolitik einen Vorteil ziehen wird oder nicht. Eine Belastung durch die Finanzierungsform selbst findet jedenfalls nicht statt.

Gegenthese 4: Die Zinsbelastung des Staatshaushalts ist durch veränderte Formen der Staatsverschuldung zu verringern, und die verbleibende Zinsbelastung reflektiert die gesellschaftlichen Kosten der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die geringer sind als die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit selbst

Wie wir bereits gesehen haben, wächst mit der Staatsschuld auch die Zinsbelastung des Staatshaushalts. In welchem Maße sie wächst, hängt entscheidend von der gewählten Verschuldungsform ab. Die Zinslast muß stark wachsen, wenn sich der Staat — wie in der BRD bisher — am Kapitalmarkt bzw. direkt im Bankensystem zu den jeweiligen Marktzinsen verschuldet. Sie wächst weniger stark, wenn sich der Staat

- in Höhe des ohnehin notwendigen Geldmengenzuwachstums bei der Zentralbank zinslos und
- über die Erhebung von zinslosen oder niedrig verzinsten Zwangsanleihen im Bankensektor verschuldet.

Soweit aber dennoch Zinskosten anfallen, die über den Staatshaushalt finanziert werden müssen, sind diese als gesellschaftliche Kosten der Krisenbekämpfung bzw. der Schaffung zusätzlicher Infrastruktur zu betrachten (auch hier also kommt es darauf an, wofür Schulden aufgenommen werden). Im Falle der Verschuldung zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen müssen die Zinskosten den Kosten jener Arbeitslosigkeit gegenübergestellt werden, die durch kreditfinanzierte Staatsausgaben verhindert werden kann.

Wenn aber zumindest eine gewisse Wirksamkeit staatlicher Konjunkturprogramme unterstellt werden kann, so zeigt sich mit Blick auf die Finanzierungskosten dieser Programme, daß die direkten Kosten der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld, entgangene Sozialversicherung, entgangene Steuereinnahmen, Anstieg der staatlichen Sozialausgaben) weitaus höher liegen als die Kosten ihrer Bekämpfung (Zinskosten der Staatsverschuldung), wobei die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit, die kaum in Geld zu rechnen sind, und der durch Arbeitslosigkeit bedingte effektive Produktionsverlust noch nicht berücksichtigt sind.

Das Problem der Zinsbelastung des Staatshaushalts muß also in einem anderen Licht betrachtet werden: Das herrschende ökonomische System ruft gesellschaftlich zu tragende Kosten hervor, indem es systematisch zu Krise und Arbeitslosigkeit führt und darüber hinaus — ebenso systematisch — wachsende Teile der Bevölkerung an den Rand ihrer sozialen und materiellen Existenz drängt. Den Staatshaushalt belasten diese Kosten nur dann nicht, wenn sie den betroffenen Bürgern selbst überlassen, also »privatisiert« werden. Sie bleiben aber auch dann gesellschaftliche Kosten dieses Systems, die unweigerlich anfallen,

solange die bestehenden Systemstrukturen unangetastet bleiben. Auch beim Zinskostenargument zeigt sich daher, *daß die Kritiker der Staatsverschuldung im Kern nicht die Verschuldung kritisieren, sondern gegen die zumindest teilweise Übernahme der entstehenden »System-Kosten« durch den Staat sprechen und deren Überwälzung auf die Betroffenen durch einen Abbau der Staatsausgaben fordern.*

Unter Berücksichtigung der bereits angeführten Möglichkeiten der Zinslastsenkung durch eine Reform der Verschuldungspolitik erweist sich so auch das Argument wachsender Zinsbelastung des Staatshaushalts gegenwärtig als ungeeignet, die Forderung nach einem Abbau der Staatsverschuldung zu begründen.

IV.

Wenn sich aber die wichtigsten gegen die Staatsverschuldung vorgebrachten Argumente als nicht stichhaltig erweisen, stellt sich die Frage, warum dennoch ein solcher Lärm um die Staatsschuld gemacht wird und warum selbst die Regierungskoalition in das Konsolidierungsgeschrei mit einstimmt. Diese Frage stellt sich um so dringlicher, je mehr sich in der politischen Auseinandersetzung auch auf der Linken die Einsicht breit macht, daß die Kritik staatlichen Handelns zu kurz greift, wenn sie unterstellt, die staatlichen Instanzen folgten bloß den falschen Beratern und seien durch eine theoretische Kritik zu überzeugen. Theorien über die Wirkungen staatlichen Handelns spielen sicherlich eine erhebliche Rolle für die Formulierung konkreter Politik. Bei Vorliegen kontroverser Theorieansätze muß jedoch geklärt werden, warum sich die staatliche Instanz gerade dieser oder jener Theorie bedient, um ihr politisches Handeln theoretisch zu legitimieren. So muß auch für die gegenwärtige Debatte geklärt werden, warum die Regierungskoalition auf den Abbau der Staatsschuld drängt und dafür sogar den Abbau sozialer Leistungen und die damit verbundenen sozialen Konflikte in Kauf zu nehmen bereit ist. Die Debatte hierüber ist wenig entwickelt, z.T. gerade deswegen, weil die insgeheime Voraussetzung der gegenwärtigen Regierungspolitik, die Staatsschuld sei ein Übel, von dem nur ein gewisses Maß erträglich ist, auch von der sozialistischen Linken weitgehend geteilt wird. Dennoch soll abschließend der Versuch gemacht werden, zumindest spekulativ einige Anhaltspunkte zur Klärung dieser Frage zu formulieren:

Die wirtschaftliche Entwicklung der 70er Jahre hat deutlich gemacht, daß es der staatlichen Wirtschaftspolitik unter den gegenwärtigen Wachstumsbedingungen nicht gelingt, für einen nachhaltigen Aufschwung zu sorgen, der Vollbeschäftigung herstellt, wenn sie sich allein auf monetäre, global nachfragestützende Maßnahmen beschränkt. Im Unterschied zur sozialistischen Linken zieht die Regierungskoalition aus dieser Situation bekanntermaßen nicht den Schluß, weitergehende Maßnahmen in Form struktureller Reformen zu ergreifen, die dem selbstgesteuerten Marktprozeß im Interesse der ökonomischen Stabilisierung und gleichzeitig mit dem Ziel demokratischer Gestaltung Planelemente entgegensetzen. Gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung, Investitionslenkung, Vergesellschaftung, Preiskontrollen, Wirtschafts- und Sozialräte sind die Stichworte, um die sich diesbezüglich die — auch auf der Linken kontrovers geführte — Debatte dreht. Die Politik der Regierungskoalition geht in eine entgegengesetzte Richtung: sie reflektiert das innen- wie außenpolitisch reformfeindliche Klima, das sie selbst mitgeschaffen hat, und fordert den Rückzug des Staates aus dem ökonomischen und sozialpolitischen Geschehen. Eine aktive Beschäftigungspolitik paßt nicht in diese Strategie, eine Ausweitung der Staatsschuld ebensowenig, weil sie zusätzliche Staatsaktivität signalisiert, über jenes Maß hinaus, »das der Bürger bereit ist zu finanzieren« (Biedenkopf). Wie die gegenwärtige Situation aber

zeigt, senkt die beschäftigungspolitische Enthaltbarkeit keineswegs die Staatsverschuldung, sondern läßt sie in erheblichem Maße ansteigen: Die aufgrund fehlender Gegensteuerung zusätzlich ansteigende Arbeitslosigkeit führt zum Anstieg der Staatsausgaben, vor allem der Sozialausgaben. Gleichzeitig nehmen die Steuereinnahmen relativ ab, weil einerseits vor allem das zu versteuernde Lohnneinkommen in der Summe nur unzureichend ansteigt, andererseits aber die gleiche Politikformel, die gegen den staatlichen Konjunkturingriff spricht, auch die Anhebung der Steuersätze verbietet. Im Ergebnis führt also die bloß monetäre Beschäftigungspolitik zu einem Anstieg der Staatsschulden, ohne die Arbeitslosigkeit wirksam abzubauen, während sich die Vorstellung, über eine Reduktion der Staatsausgaben die Staatsschuld reduzieren zu können, immer deutlicher als Illusion erweist: der konjunkturpolitische Stillstand führt aufgrund der bestehenden Sozialgesetze einen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsschuld gleichermaßen herbei.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik versucht deshalb, einerseits die Sozialgesetzgebung in Richtung Leistungsabbau zu verändern, andererseits die mobilisierbaren Finanzmassen des Staatshaushalts in jene Bereiche zu lenken, in denen langfristig die ökonomischen Zukunftsperspektiven vermutet werden (neue Technologien, Energieerzeugung etc.). Die Staatsschulden geraten so zwangsläufig in den Mittelpunkt der Debatte, weil sie faktisch nicht das Ergebnis eines aktiven Eingreifens des Staates in den ökonomischen Prozeß repräsentieren, sondern gerade konjunkturpolitisches Nichthandeln und steigende Soziallast reflektieren. Der Zusammenhang dieser beiden Elemente bleibt verborgen, und so wird die Sozialgesetzgebung als Treibsatz der Staatsschuld identifizierbar: Die Formel vom »Über-die-Verhältnisse-leben« wird dann zur oberflächlich zwingenden Schlußfolgerung, wobei nicht die soziale Versorgung der Bevölkerung, sondern die Situation der Staatsfinanzen als Maßstab der Verhältnisse dient.

Einer der zentralen Ansatzpunkte zur Kritik des gegenwärtigen Kurses ist die Offenlegung des Zusammenhangs von beschäftigungspolitischem Stillstand und haushaltspolitischer Manövrierunfähigkeit, die sich als *politische*, nicht ökonomische Konsequenz dieses Stillstands ergibt. Dabei wird deutlich, wie sehr sich die Linke des Staatsschuldproblems annehmen muß, um hier nicht leichtgläubig auf die These von der Finanzkrise des Staates abzufahren. In diesem Sinne muß die im November letzten Jahres vor dem außerordentlichen Parteitag Hessen-Stüd von Hans Matthöfer vorgetragene Aufforderung zu einer »breit angelegten und tiefgehenden Aufklärungskampagne« zum Thema Staatsverschuldung aufgegriffen und — auf die Füße gestellt — in die Tat umgesetzt werden.

Anmerkungen

- 1 Wirtschaftswoche
- 2 Vgl. Sozialdemokrat Magazin 8/1980, S.20
- 3 Vgl. Vorwärts vom 29.1.81, S.9
- 4 Ebd., S.10
- 5 Vgl. Handelsblatt vom 14.5.81
- 6 Vgl. Die Zeit vom 12.6.81
- 7 Der negative Einfluß der Staatsverschuldung auf die Einkommensverteilung wird hier nicht diskutiert, weil dieses Argument in den Angriffen der konservativen Staatsschuldkritiker — begrifflicherweise — keine Rolle spielt. (Vgl. hierzu M. Ernst-Pörksen, Aspekte der Staatsverschuldung: die Position der Memoranden, in: Alternative Wirtschaftspolitik 2, Argument-Sonderband 52, Berlin/West 1980, S.149ff.)
- 8 Friedman, M., Die Gegenrevolution in der Geldtheorie, in: Kalmbach, P. (Hrsg.), Der neue Monetarismus, München 1973, S.59f.

- 9 Willms, M., Volkswirtschaftliche Wirkungen einer zunehmenden Staatsverschuldung, in: Wirtschaftsdienst 9/78, S.442
- 10 Vgl. Troost, A., Der Streit um die Staatsverschuldung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/81, S.471 und M. Ernst-Pörksen, a.a.O., S.157. — Soweit die über Kredit finanzierten Staatsausgaben in einzelnen Sektoren der Gesamtwirtschaft (hier wird meist die Bauwirtschaft als Beispiel angeführt) zu Produktionsengpässen und damit zu Preissteigerungen führen, die sich auf die anderen Sektoren als inflationärer Impuls übertragen, läßt sich ein Zusammenhang von kreditfinanzierten Staatsausgaben und Inflation herstellen. Dies ist aber eindeutig ein Problem der staatlichen *Ausgabenpolitik* und nicht eine Frage der Finanzierung von Staatsausgaben. Somit verweist dieses Problem nicht auf den Abbau der Staatsschuld, sondern auf eine Reform staatlicher Ausgabenpolitik, insbesondere auf die Notwendigkeit, die Konjunkturpolitik in sektoraler Hinsicht breiter zu gestalten.

NEU! **Schulung**

**Zur Kritik
der Politischen Ökonomie**

Herausgegeben von SOVEC-Göttingen

Bestellungen an:

**SOVEC-Versand
Heckerstraße 38
3500 Kassel**

DM 7,00 und DM 1,00 Porto

Christian Schmidt

Adieu à la Bourgeoisie?

Die Linke hat gesiegt, endlich gesiegt! Sie hat gesiegt in einem Europa (West), das atlantisch-konservativ zu werden drohte und in dem die rosa-roten Hoffnungen, über den skandinavischen oder besser: romanischen Weg zum Sozialismus Schwellen überschreiten zu können, fast schon begraben waren: Verwelkt die roten Nelken Portugals; der unter Italiens Sonne gereifte Kommunismus vom Dauerherbst des Centro-sinistra überholt; der andere, der gute Deutsche Brandt abgelöst von jenem häßlichen Deutschen mit Mütze, Modell D. Auch in Frankreich schienen die Würfel gefallen: Die Union de la gauche zerstritten, das Gemeinsame Regierungsprogramm zu den Akten gelegt, und auch die Massen schienen durchaus nicht in Bewegung — weder in den Betrieben noch in den Kommunen oder Universitäten. Die Wirklichkeit hat sich also mal wieder theoriwidrig verhalten. Ein Sieg ohne Einheit der Linken, ohne gemeinsames Programm, ohne Massenmobilisierung — wo gibts denn sowas? Der düpierte Theoretiker sollte sich scheuen, flugs eine neue Theorie oder Analyse zu zimmern. Beginnen wir also damit, die Dinge zu beschreiben.

Gesiegt hat Mitterrand, gesiegt hat vor allem die Parti socialiste. Sie allein wird darüber entscheiden, ob der Sieg genutzt oder in sozialdemokratischer Manier verschleudert wird. Wenden wir uns also zunächst der Beschreibung dieser Partei zu. Ist sie, die PS, so lautet die erste Frage, eine sozialistische oder eine sozialdemokratische Partei? Vieles spricht dafür, die PS nicht als typische sozialdemokratische Partei zu kennzeichnen. Vor allem ist sie keine den nordeuropäischen Parteien vergleichbare »Institution«: sie hat keine Million Mitglieder (bestenfalls 300.000), sie verfügt nicht über »ihre« Gewerkschaft — ihre relativ wenigen Industriegewerkschafter verteilen sich auf drei Gewerkschaftsbünde, in denen sie entweder nicht den Ton angeben oder, wie in der CFDT, die gewerkschaftliche Autonomie gegenüber Parteien und deren parlamentarischer Strategie zum Prinzip erhoben worden ist; ferner: es gibt keine »parteieigenen« Genossenschaften — weder im Konsum, noch im Wohnungsbereich, und es gab bis vor kurzen und von Ausnahmen abgesehen keine sozialdemokratischen Bastionen im Staatsapparat. Die PS ist auch keine alte Partei. Natürlich gründet sie sich auf die alte, 1922 nach der kommunistischen Abspaltung entstandene SFIO (Französische Sektion der Arbeiter-Internationale) — auf jene Partei, die unter Léon Blum in den dreißiger Jahren die Volksfront entscheidend mitprägte und die in den fünfziger Jahren in diversen Mitte-Links-Regierungen vertreten war mit Politikern wie Mollet, Mendès France und auch Mitterrand. Aber diese alte SFIO hat dann, seit 1958, gut zehn Jahre in Agonie gelegen; viele, auch Mitterrand selbst, verließen sie, gründeten eigene linkssozialistische Parteien, Gruppen und Clubs, während die Partei auf 70000 Mitglieder absank und ihr Kandidat für die Präsidentschaft, Gaston Deferre, gerade noch fünf Prozent der Stimmen erhielt. Und der Neubeginn, die 1971 vollzogene Gründung des Parti socialiste, stand im Zeichen derjenigen, die in aller Konsequenz den Bruch mit der französischen Sektion des internationalen Sozialdemokratismus vollzogen hatten.

Um den Charakter der PSF vor diesem Hintergrund und angesichts »unserer« SPD zu erfassen, mag man sich folgende Spielerei erlauben: 1959, nach Godesberg, hätten sich Abendroth, Oerzten, Bleicher, Steffen und mit ihnen die verbliebene linke Basis von der Partei getrennt, hätten zusammen mit dem SDS die sechziger Jahre überwintert, um dann der '68er-Generation eine politische Orientierung zu bieten und sich im Laufe der siebziger Jahre als neue sozialistische Massenpartei zu konstituieren! Die PSF scheint mir, um es zu

verkürzen, ein Mittelding zwischen dieser abstrakten Utopie und der real existierenden SPD zu sein. Jedenfalls ist sie eine junge politische Kraft, die die Chance hat, die alten sozialdemokratischen Kreisläufe zu verlassen. Wie weit der Elan des Doppelsieges vom Mai und Juni trägt, ist eine andere Frage.

Die Kraft der PS liegt weniger in ihrer organisatorischen Stärke als in ihrer offenkundigen Fähigkeit, die Massen anzusprechen. Mitterrand und PS haben mit den Wahlen bewiesen, daß sie, bezogen auf die »politische Kultur« Frankreichs, eine hegemoniale Stellung einnehmen. Über die Bataillone verfügen die anderen: Die Rechte mit ihrem zentralistischen Staatsapparat, dem Informationswesen und dem Monopolkapital im Rücken — die KPF mit einer ungleich stärkeren Parteioorganisation und der weitaus größten Gewerkschaft, der CGT, im Kreuz. Bleibt für die Stärke der PS das, was man als »projet socialiste« bezeichnen kann: der Entwurf, den die PS der französischen Nation zur Bewältigung ihrer Probleme vorgelegt hat. Dieses »projet socialiste«, ein vierhundertseitiges Werk, 1979 verfaßt, ist zugleich Programm, politisch-philosophischer Essay und Literatur; und es verarbeitet — ohne parteipolitische Borniertheit — das, was das linke Frankreich seit '68 an Ideen adaptiert oder produziert hat.

Der »Kampf der Ideen« hat in Frankreich einen anderen Stellenwert im Klassenkampf als bei uns. Und es ist aufschlußreich zu sehen, welchen Stellenwert die französischen Sozialisten selbst diesem Kampf zumessen:

»Unser Land ist seit einem Jahrzehnt zum Theater eines Kampfes der Ideen geworden, eines Kampfes, der umso wilder geführt wird, je tiefer die Krise und je höher der Einsatz — seit 1972 um das Gesellschaftssystem schlechthin — geworden sind ... Bestimmte Ideen — die 'neu' genannt werden, obwohl sie eine Geschichte haben — können und müssen die Strategie der Sozialisten bereichern ..., ohne sie zu ersetzen. Mit dem politischen Erwachen eines Teils der 'neuen Schichten' seit einem Dutzend von Jahren sind innerhalb der Linken und insbesondere innerhalb der sozialistischen Partei einige Themen aufgebracht oder wieder aufgegriffen worden, die oft von der Rechten ausgebeutet worden waren ...: Die Infragestellung des technischen Fortschritts, die Betonung der Grenzen der Wissenschaft, die Kritik des 'Wissens als Macht' und der Schule, die Entdeckung der 'société civile' in Kontrast zum Staat und schließlich die Rückbesinnung auf die Natur in Abkehr von einer inhumanen Stadt. Die aus dem kapitalistischen Wachstum entstandenen Ungleichheiten und Frustrationen haben neue Erkenntnisse und neue Formen des Kampfes mit sich gebracht: Die Erneuerung des Feminismus — endlich als wesentliche Dimension des Sozialismus begriffen —, die ökologische Sensibilität, die Anerkennung der Solidarität der Proletarier der Dritten Welt mit den Arbeitern der industriellen Länder als Opfer desselben Systems, der Widerstand gegen die Bürokratie ... Die ideologische Bewegung hat auch viele Positionen der Kirche beeinflusst; sie hat aufgehört, sich mit der systematischen Verteidigung der etablierten Ordnung zu identifizieren. Vor allem die Entwicklung in einem Teil der christlichen Welt hat die Spaltungen beseitigt, welche dem Elan und der Durchsetzungsfähigkeit des sozialistischen Kampfes in unserem Land geschadet hatten... Es fällt heute der PS zu, die vielfältigen Beiträge in eine zusammenhängende und entschiedene politische Strategie zu integrieren ... Im übrigen muß sich unsere Partei der ideologischen Offensive der Rechten entgegenstellen. Die Rechte hat den Pragmatismus aufgegeben, der während der Schönwetterphase ihr das Denken ersparte. Heute hat die Krise den Schleier zerrissen. Die Rechte hat sich, wie in jeder Krisenphase in den ideologischen Kampf gestützt, um ihre Ohnmacht zu kaschieren ... Deshalb ist der Kampf der Ideen heute mehr denn je eine notwendige Dimension des sozialistischen Kampfes.«

Mit dieser Passage aus dem »Projekt socialiste« hat man, denke ich, ein Stückchen Erklärung dafür, auf welcher Ebene und aus welchen Gründen die PS im Mai und Juni gesiegt hat. Es ist, um die Sache zu personalisieren, kein Wunder, daß mehr als die Hälfte

der PS-Abgeordneten in der Nationalversammlung vorher als »Erzieher« tätig waren.

Blickt man vorwärts und wendet sich der eigentlich interessierenden Frage zu: Bedeutet der Wahlsieg die Eingangsstufe zu einer sozialistischen Transformation der französischen Gesellschaft? — so ist man gezwungen, sich stärker den materiellen Aspekten des Klassenkampfes zuzuwenden. Dabei — um es vorweg zu nehmen — erwarte man von diesem Artikel keine theoretischen Antizipationen praktischer Antworten. Was man heute vorstellen kann, ist schlicht die Information darüber, welche programmatischen Zielsetzungen am Beginn der Amtszeit von Mitterrand/Mauroy stehen.

Mitterrand selbst hat am 9. Juni erklärt, daß verbindlich für die von ihm berufene Regierung nicht die vergangenen PS-Beschlüsse, einschließlich des jüngsten projet socialiste, sein würden, sondern lediglich das, was er selbst im Verlauf des Wahlkampfes der französischen Nation zur Abstimmung gestellt habe.

Beginnen wir also damit, die Hauptpunkte dieses, wie der Nouvel Observateur schrieb, »Wahren Mitterrand-Programmes« zu referieren:

Außenpolitik: Forderung nach Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan; für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen werde Frankreich eine ganze Reihe von Vereinbarungen, die es mit der UdSSR verbindet, aufkündigen. Die US-Hilfe für die lateinamerikanischen Diktaturen wird verurteilt; es wird sowohl der Rückzug der SS 20 als auch die Aufgabe der Pershing-Pläne gefordert. In Bezug auf die EG werden wirkungsvolle Schutzmaßnahmen im Interesse jener Sektoren gefordert, die durch die US- oder japanische Konkurrenz bedroht sind; der Beitritt Spaniens und Portugals ohne »vorherige Schutzmaßnahmen« wird abgelehnt. Die Force de frappe soll beibehalten werden und keinerlei Waffenlieferungen an faschistische und rassistische Regime erfolgen.

Verfassungsreformen: Die Amtszeit des Präsidenten soll entweder auf fünf Jahre begrenzt werden, oder es soll, bei siebenjähriger Amtszeit, eine Wiederwahl ausgeschlossen werden. Außerdem: Einführung des proportionalen Wahlrechts auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene sowie Abschaffung der Zentralverwaltung der Regionen durch Präfekten und Übergang von deren Kompetenzen auf die gewählten Gebietskörperschaften.

Wirtschaft: Schaffung von 150000 Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum von 2 bis 3% für '81/82; Investitionsschwerpunkte in den Bereichen Elektronik, Energie, Maschinenbau, Transport und Autoindustrie, Feinchemie und Bio-Industrie, Stahl- und Lebensmittelverarbeitung. Erweiterung des öffentlichen Sektors um neun industrielle Großunternehmen und die Geschäftsbanken und Versicherungen. Fertigstellung der in Bau befindlichen AKW's und breite gesellschaftliche Debatte über die zivile Atomnutzung.

Soziales: Anhebung der Mindestlöhne, schrittweise Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, Anhebung der Familienbeihilfen. Höhere Besteuerung der Einkommen über 1,2 Mio DM pro Jahr, Erhöhung der Erbschaftssteuern. Reform der Bodenordnung, Schaffung eines Vorkaufsrechts für die Kommunen; Schaffung von Gesundheitszentren in den unterversorgten Gebieten; Einführung eines Bildungsurlaubes von zwei Jahren — bezogen auf die gesamte Dauer des Berufslebens. Dieses Programm liest sich, von den in Aussicht gestellten Nationalisierungen einmal abgesehen, wie ein normaler sozialdemokratischer Warenkorb; doch man hüte sich davor, das marxistische Fallbeil zu flink zu bedienen. Regierungsprogramme sind, sozusagen formbestimmt, wenig geeignet, revolutionären Elan zu transportieren oder die strategische Tiefe eines historischen Projektes aufzuweisen. Es lohnt von daher, über das wahre Mitterrand-Programm hinaus, den strategischen Entwurf der PS in seinen wesentlichen Punkten kennenzulernen.

Konzentrieren wir uns dabei auf die Punkte, von denen aus marxistischer Sicht die Frage »Sozialreform oder Revolution?« im Kern entschieden wird. Beginnen wir traditionellerweise mit dem Punkt »Nationalisierungen«. Seit 1977 haben sich bekanntlich die französischen Sozialisten von den weitergehenden Verstaatlichungsplänen des Gemeinsamen Regierungsprogramms gelöst und sich auf wenige Monopolunternehmen beschränkt. Dabei erhebt sich die Frage, ob ein derart reduzierter öffentlicher Sektor ausreicht, um a: die Macht des Monopolkapitals zu brechen und b: eine neue ökonomische Logik zu installieren. Beides muß man verneinen; denn erstens braucht es, um die Macht der französischen Bourgeoisie zu brechen, mehr als einen Wahlsieg und ein paar Enteignungen, zweitens werden Wertgesetz, private und profitorientierte Unternehmensentscheidungen und vor allem die kapitalistischen Weltmarktzwänge zumindest übergangsweise (d.h.: weit länger als eine Legislaturperiode) ihren prägenden Charakter auf die französische Volkswirtschaft behalten. (Es erscheint mir heute sogar fraglich, ob die vordem geforderte Nationalisierung von rund 50 Monopolunternehmen [so ja auch jüngst von den Jusos für die Bundesrepublik gefordert] in der Tat die Schwelle darstellen, wo ein Ausstieg aus dem kapitalistischen Wachstum auf einen Schlag möglich oder die Macht der Monopole endgültig gebrochen wäre. Aber lassen wir die Probleme, die sich nicht stellen.)

Die Frage, die sich für Frankreich stellt, ist: ob es diesseits der Mindestschwelle Möglichkeiten gibt, den derzeitigen ökonomischen Trend zunehmender Arbeitslosigkeit, mangelnder Kapazitätsauslastung, sektoraler und regionaler Unterentwicklung umzukehren. Denn dies wird zunächst die wesentliche Frage sein, an der die französische Arbeiterklasse die neue Regierung messen wird: an ihrem Erfolg oder Mißerfolg, Arbeitsplätze zu schaffen und Konsummöglichkeiten zu verbessern. Wird dies nicht gelingen, so wird die Ära Mitterrand ein Intermezzo bleiben: wie weiland die Volksfront Léon Blums.

Ziel der sozialistischen Wirtschaftspolitik ist primär die Stimulierung eines »starken Wachstums« — sowohl über Belebung der Nachfrage (Anhebung der Mindestlöhne und Renten, Ausweitung des sozialen Konsums) als auch durch Investitionslenkung: Indirekte Lenkung im privaten Sektor über eine gezielte Kreditpolitik der nationalen und regionalen Investitionsbanken; direkte Lenkung mittels öffentlichem Sektor, der unmittelbarer an die Wirtschaftsdaten staatlicher Planung gebunden ist.

Die Planung wird sich, laut »projet« auf die als »essentiell« bezeichneten Rahmendaten beschränken: auf die Produktion und nicht auf den Handel beziehen; auf die Geschäftspolitik der großen und nicht auf die der kleinen und Mittelunternehmen; auf die Investitionen und nicht auf die Löhne und Preise; auf die Bildung der Industriegruppen und nicht auf das Ensemble der zwischenbetrieblichen Beziehungen; auf die allgemeine Festlegung der Verteilung zwischen Löhnen und Profiten, Produktion und Konsum, nicht aber bezogen auf jedes Einzelunternehmen. »Kurz, man plant die Orientierungen, aber nicht die Details der Ausführung.« (projet, S.188)

Die Inhalte des Plans werden grob wie folgt aussehen:

- Investitionsschwerpunkte wie im Mitterrand-Programm (s.o., S.75)
- Schutz und Aktivierung der derzeit nicht konkurrenzfähigen französischen Sektoren, wie z.B. Schiffbau, Textil, Stahl, Elektronik; Reduktion des Außenhandelsanteils auf 20% bis 1990.
- Investitionshilfen für energiesparende Produktion, vor allem in den Bereichen Zement-, Papier-, Aluminium- und Eisenverarbeitung.
- Erhöhung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von 1,7% des BIP auf 2,5%

— Installierung neuer Wachstumsziele; z.B. Wohnungsbau, soziale Einrichtungen, Umweltschutz.

Die Finanzierung der Investitionen und staatlichen Sozialleistungen soll durch die genannten Steuerreformen, eine ggf. höhere Staatsverschuldung sowie vor allem durch diverse staatliche Anreize zum privaten Sparen gesichert werden. Im übrigen setzen die Sozialisten natürlich darauf, daß Konsum- und Investitionsanreize das erhoffte »starke Wachstum« erbringen und so die staatlichen Vorleistungen mittelfristig rentierlich werden. Es ist sicher nicht nur für den ökonomischen Laien schwer, die rein ökonomischen Erfolgssaussichten dieser Volkswirtschaftsplanung abzuschätzen. Zugleich tut man aber auch gut daran, bei der Kalkulation des Erfolges die »externen« oder subjektiven Komponenten des Wirtschaftsprozesses einzubeziehen. Eingeschrieben wird dieses Wirtschaftsprogramm nämlich sein in sich verschärfende Klassenauseinandersetzungen, die allemal eine reine ökonomische Betrachtungsweise verbieten. So ist z.B. nicht zu erwarten, daß das nationale, schon gar nicht das internationale Kapital die Nationalisierungen nur ökonomisch bekämpfen wird. Ebenso werden die angekündigten Schutzmaßnahmen des französischen Marktes vor ausländischer Konkurrenz von seiten der EG, der USA und Japans mit Sicherheit politische Reaktionen erfahren. Man erinnere sich nur an die ungeschminkten Drohungen Helmut Schmidts, die er im Hinblick auf eine mögliche kommunistische Regierungsbeteiligung in Italien äußerte. Schließlich wird auch das französische Kapital nicht zögern, mittels Kapitalflucht, Entlassungen, in Lohnverhandlungen und seiner Preispolitik einen harten Kurs zu fahren.

Es kommen also — zusätzlich zu den derzeit normalen Schwierigkeiten in allen kapitalistischen Staaten — neue Schwierigkeiten auf Sozialisten, Kommunisten und die französische Arbeiterklasse zu. Die wesentliche Frage wird daher sein, ob die Regierung auf die »eigenen«, d.h. proletarischen Machtmittel baut — sie ausbaut, wozu sie als Gesetzgeber erhebliche Möglichkeiten hat — oder ob sie eine Politik des appeasements gegenüber den etablierten Mächten betreiben wird. In diesem Zusammenhang ist näher auf das einzugehen, was die französischen Sozialisten spätestens seit 1975 als strategischen Schlüsselbegriff zur Führung des Klassenkampfes beim Übergang zum Sozialismus vorgestellt haben: den »socialisme autogestionnaire«, Sozialismus in Selbstverwaltung, der im wesentlichen das umreißt, was die Sozialisten als über die parlamentarisch-staatliche Strategie hinausgehende »massendemokratische Perspektive« verstehen. Kernstück dieser »autogestion« ist die Demokratisierung der innerbetrieblichen Entscheidungsstrukturen und mithin die Stärkung der Macht der Arbeiter in den Betrieben. Das »projekt« umreißt die in diesem Bereich angestrebten Strukturreformen wie folgt: In den öffentlichen Unternehmen werden die Arbeiter direkt an der Unternehmensleitung beteiligt. Dabei schlägt die PS drei mögliche Leitungsmodelle vor. Erstens einen drittelparitätisch besetzten Aufsichtsrat (Arbeiter-, Verbraucher- und staatliche Vertreter); zweitens einen ausschließlich von den Arbeitern gewählten Aufsichtsrat; und drittens eine Leitung wie unter 2., jedoch einer übergeordneten staatlichen Institution rechenschaftspflichtig. Die Arbeitervertreter werden direkt, in proportionalem Wahlverfahren gewählt. Die Gewerkschaften sollen selbst entscheiden, wie sie, bei Wahrung ihrer Autonomie, in die Wahlvorgänge eingreifen. Ergänzt wird diese Demokratisierung der Firmenleitungen durch die Schaffung neuer Entscheidungsgremien auf betrieblicher und Abteilungsebene. Der ins Auge gefaßte »Rat der Betriebseinheit« soll über ein Konsultationsrecht bei allen wesentlichen Betriebsentscheidungen (Investitionen, Produktion, Hygiene, Sicherheit, Eingruppierungen, Einstellungen und Entlassungen) verfügen. Er hat das Recht, alle Unterlagen der Betriebsleitung einzu-

sehen; gewählt wird er von den betroffenen Arbeitern.

Die Abteilungs- (Werkstatt-, Büro-)Räte entscheiden nach dem Vollversammlungsprinzip, für bestimmte Aufgaben können Delegierte gewählt werden. Dieser Rat verfügt — für seinen Bereich — über dieselben Rechte wie der betriebliche Rat. Die Reform der betrieblichen Strukturen im privaten Sektor wird begonnen mit der grundlegenden Reform der bestehenden »Unternehmenskomitees«; wobei folgende Grundlinien verfolgt werden: Das Unternehmenskomitee muß über alle für seine Arbeit notwendigen Informationen verfügen. D.h., sie und ihre Experten erhalten Zugang zu allen Unterlagen des Unternehmens. Bei Fragen der Arbeitsorganisation, der Einstellungen und Entlassungen und der betrieblichen Fortbildung verfügt das Komitee über ein Veto. Dieses Veto kann nur durch den Spruch eines Arbeitsgerichts oder eines zu wählenden paritätischen Gremiums aufgehoben werden.

Stellen wir bei der Beurteilung dieser innerbetrieblichen Reformen mal wieder die Systemfrage (hier: die betrieblichen Machtstrukturen vom Kopf auf die Füße stellen) hinten. Halten wir zunächst fest, daß bei Realisierung dieser Reformen die französische Arbeiterklasse über Machtpositionen verfügen würde, die es ihr jedenfalls erlaubten, den verschärften Klassenkampf auf allen Ebenen betrieblicher Entscheidungen aufzunehmen, ohne a priori am kürzeren Arm des Hebels zu sitzen.

Die Machtmittel würden, zusammengefaßt, in der innerbetrieblichen »Publizitätspflicht« sowie den diversen Veto- und Kontrollrechten bestehen. Inhaltlich dürften dabei die Überwachung der Preise und Entlassungen wesentliche Zielsetzungen sein. Und in beiden Bereichen ist die PS, laut »projet«, gewillt, auch auf nationaler Ebene eine neue Logik zu erzwingen. So werden, für den Fall inflationistischer Preisentwicklungen, staatliche Preiskontrollen in Aussicht genommen, und der angekündigten »Schutz vor Arbeitslosigkeit« soll auch für den Fall gelten, daß darunter die innerbetriebliche Rentabilität leidet (das »projet« rechnet dagegen die volkswirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit: staatliche Unterstützungen, Verschleuderung von Arbeitsvermögen). Insgesamt wird, denke ich, an diesem »projet autogestionnaire« deutlich, daß der Kampf um die neue ökonomische Logik nicht allein staatlich, mittels direkter und indirekter Investitionslenkung entschieden werden soll. Hierin sehe ich eine zentrale Stärke der programmatischen Vorgaben der PS: Das »projet socialiste« formuliert im Unterschied zum eingangs referierten Mitterrand-Programm, welches ein »typisches« Regierungsprogramm darstellt, ein Programm zur Führung des Klassenkampfes, nicht nur im betrieblichen Bereich, für den Fall eines sozialistisch-kommunistischen Wahlsiegs. Es formuliert, was die Massen tun können, was sie mit Unterstützung der Regierung tun müssen, um die eigenen ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen gegen den zu erwartenden Gegenangriff des nationalen und internationalen Kapitals durchzusetzen.

Mit dieser Konstellation wird eine neue Etappe der Klassenauseinandersetzungen in Westeuropa eingeleitet, ohne daß zu erwarten wäre, daß nun in Frankreich schon die letzte Runde eingeläutet worden wäre. Die Aufgabe, die sich in Frankreich für die nächsten Jahre stellt, würde ich so kennzeichnen, daß die, trotz linken Wahlsiegs, fortbestehende gesellschaftliche Hegemonie der Bourgeoisie durchbrochen wird, bis hin zu einem annähernden Gleichgewicht. Mit anderen Worten würde, wenn der Weg erfolgreich ist, Übergangsweise eine Art Staatskapitalismus (so hat Albers wohl treffend die Klassenstruktur Italiens gekennzeichnet) oder eine antimonopolistische Demokratie entstehen, welche, eine fortdauernde politische Hegemonie der Linken unterstellt, zu einer sozialistischen Demokratie vorangetrieben werden könnte. Ob dieser Weg wahrscheinlich ist, wage ich nicht

zu prognostizieren. Wenn bei mir und vermutlich vielen Linken einstweilen die Skepsis überwiegt, so gründet sich das auf zwei »Vorbelastungen«: Die Hypothek, die auf dem bisherigen sozialistisch-sozialdemokratischen Weg in Westeuropa lastet und auf die Tatsache, daß am Beginn dieses möglichen Transformationsprozesses nur ein parlamentarischer Wahlsieg steht, ein Sieg zudem von einer Partei, die hier und nur hier ihre politische Stärke findet und darum versucht sein wird, vor allem die parlamentarische Karte zu spielen. Wenn dies aber der Fall ist, wird das französische Proletariat sehr bald »seiner« Regierung Adieu sagen.



Nachrichten aus der internationalen Arbeiter- und antiimperialistischen Bewegung mit Auszügen und Zusammenfassungen aus 30 Zeitschriften und Zeitungen.
Bezugsgebühren (für Mitglieder des Vereins »Freunde des Wiener Tagebuch«): Inland: Halbjahr S 130,—, ein Jahr S 260,—; Ausland: Halbjahr S 175,—, ein Jahr S 350,—.
Bestellungen an »Wiener Tagebuch-IPS«, A-1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel. 65 19 52.

**Internationale
Presseschau**

Erscheint wöchentlich

Berufspolitik und alternatives Beschäftigungskonzept — die Deutsche Postgewerkschaft

51% der organisierten Arbeiter und Angestellten bei der Post haben Ende November 1980 für eine Annahme der nach fünftägigem Streik ausgehandelten Schichtdienstregelung gestimmt. Wenig hätte gefehlt, um die juristisch uninteressante — 25% Ja-Stimmen waren erforderlich — aber gewerkschaftspolitisch brisante Situation entstehen zu lassen, in der ein Verhandlungsergebnis durchgeht, das nur von einer Minderheit der streikenden Gewerkschafter akzeptiert wird. Sicher ist der Hinweis der Postgewerkschaft (DPG) richtig, die kurze Zeit zwischen Streikende und Urabstimmung habe nicht ausgereicht, um die komplizierte Neuregelung »den Leuten richtig zu erklären«. Das Ergebnis der Urabstimmung signalisiert aber auch einen breiten Unwillen der Kollegen über die mangelnde Verhandlungsbereitschaft auf Regierungsseite. Es sei »mehr dringewesen« lautet der Protest, und bei der gegenwärtigen ökonomischen Situation der Bundespost ist dieser Hinweis nicht von der Hand zu weisen — auch wenn man die Bedeutung der neuen Schichtdienstregelung für den gesamten öffentlichen Dienst berücksichtigt. Der folgende Beitrag untersucht die materiellen Hintergründe der gewerkschaftspolitischen Entwicklung bei den Postlern und die Besonderheiten dieser Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes.

Unternehmen Bundespost

Die Post ist ein nach einheitlichen Prinzipien strukturierter Großbetrieb und der politischen Verantwortung unterstellt; sie ist das größte deutsche Unternehmen und größter Arbeitgeber der Bundesrepublik. Ihre Funktionen gruppieren sich um die Vermittlung von Nachrichten und Informationen, den Transport von Waren und die Aufbewahrung, Verrechnung und Zirkulation von Geld. Staatliche Regie und politische Verantwortung ergeben sich aber nicht aus diesen Funktionen als solchen. In weiten Bereichen steht die Post vielmehr längst in Konkurrenz mit privaten Anbietern der gleichen Leistungen. Beispielsweise transportiert die Post heute nur noch ein Drittel aller Kleingutsendungen. Auch beim Versand von Leichtgütern läuft bereits der größte Teil des Transportaufkommens über private Unternehmen. Dagegen ist die Breite der regionalen Versorgung unter Beibehaltung individuell tragbarer Preisgestaltung nur bei staatlicher Regie zu garantieren. Die politische Verantwortung und Regie der Bundespost läßt sich daher weniger aus ihrer Tätigkeit als aus der sozialen Indieflichtnahme des Staates durch die Arbeitnehmerschaft erklären. Mit der Post ist somit das zentrale Unternehmen eines ganzen Produktionszweiges unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt. Die staatliche Regie — bei der Post nicht nur politische Aufsicht, sondern auch fachliche Leitung — sowie die früher hohen Verluste

* Die Arbeitsgruppe Gewerkschaften beschäftigt sich mit Problemen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im öffentlichen Dienst. Sie arbeitete bis Ende 1980 in den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) und hat in den »Beiträgen zum wissenschaftlichen Sozialismus« u. a. veröffentlicht: »Polizisten im DGB« (Heft 2-79), »Sozialistische Politik und Sozialdemokratie« (Heft 5-79) und »Zur Politik der GEW« (Heft 6-79). Mitglieder der Arbeitsgruppe Gewerkschaften sind zur Zeit: Günter Berg, Günter Busch, Heiner Dunckel, Viktor Hinterleitner, Christoph Landerer, Kurt Lange, Monika Löffler, Bert Lubenow, Manfred Maas, Robert Paquet, Andreas Resch, Martin Resch, Eva Röttgers, Martina Rummel, Holger Rust, Menno Smid, Gertrud Theile, Theo Wahl und Oliver Weber.

der Post haben andererseits in der Diskussion um die ökonomische Zuordnung der Bundespost bislang zu der Konsequenz geführt, es handele sich um einen unproduktiven Sektor. Die Gebühren wurden als steuerähnliche Abgaben eingestuft, wie sie z.B. auch bei anderen staatlichen Verwaltungen vorkommen. Ausschlaggebend für die Einordnung der Postler als unproduktive Arbeiter, deren Lohn oder Gehalt Abzüge vom gesellschaftlichen Produktenwert darstellen und deren Dienstleistungen nur das gesellschaftliche Bruttoproduct um eine durch die Personalkosten feststellbare Geldgröße erhöhen, waren die Verluste der Post, die sich von 1970 bis 1974 auf knapp vier Milliarden DM beliefen. Auf dieser Argumentationsgrundlage muß die Einordnung revidiert werden, seit die Post mit Gewinn arbeitet: allein in den letzten drei Jahren erwirtschaftete sie ca. 6 Mrd. DM. Das Unternehmen Bundespost stellt produktives Kapital in Staatseigentum dar, das in der Branche Kommunikation und Transport mit anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen auf dem Warenmarkt konkurriert. Die Beschäftigten der Post sind produktive Lohnarbeiter. Die von der Post übernommenen Zirkulationsfunktionen im Postscheckdienst oder bei der Postsparkasse funktionieren den privatwirtschaftlichen Kreditinstitutionen entsprechend.

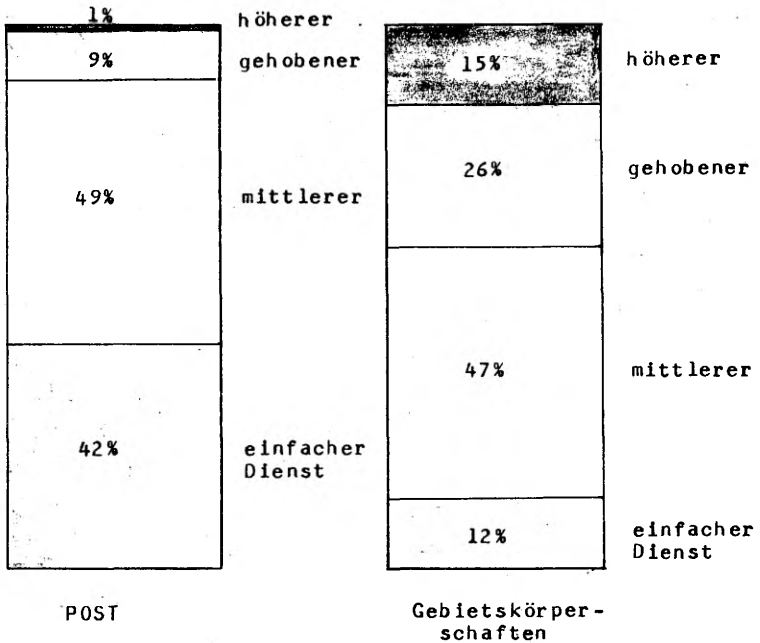
Arbeitsbedingungen und Einkommen

In einigen Punkten profitieren die Postbeschäftigten von den Vorteilen eines Arbeitsverhältnisses beim Staat. Sicherheit des Arbeitsplatzes insbesondere für Beamte, Erhöhung des Einkommens unabhängig von Tarifrunden nach Dienstalter, gesicherte Altersversorgung existieren bei der Post ebenso wie in anderen Bereichen des Staates. In anderen Punkten ähneln die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Postbeschäftigten dagegen nur wenig denen der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. In weiten Bereichen der Post herrscht industrielle Arbeitsweise vor. Die Produktionstechnik im Fernmelde- und Postverkehrsbereich unterscheidet sich kaum von der in der Elektroindustrie oder im Speditionsunternehmen.

Von den ungefähr 480.000 Postbeschäftigten arbeiten 40%, etwa 200.000, überwiegend in unregelmäßigen, oft nicht zusammenhängenden Dienstschichten. Wiederkehrende Samstags-, Sonntags- und Feiertagsschichten bilden den Arbeitsalltag der Beschäftigten. Zwar arbeiten Arbeiter und Angestellte mit fast ausschließlichen Früh- und Spätschichten mit verminderter Wochenarbeitszeit, doch kann damit längst nicht die tatsächliche Arbeiterschwernis aufgehoben werden. Die unregelmäßigen und zu ungünstigen Zeiten liegenden Dienstschichten, insbesondere die Nacharbeit, beeinträchtigen die Freizeit und schließen teilweise vom familiären, kulturellen und politischen Leben aus. Schichtdienste erfordern Überlagerzeiten, d.h. die Arbeitnehmer müssen im Interesse des kontinuierlichen Arbeitsablaufes Mehrarbeit in Kauf nehmen. Überlagerzeiten aber werden nur teilweise auf die Wochenarbeitszeit angerechnet. Für die große Zahl der nichtvollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten sind besondere Arbeitszeitvorschriften nicht vorgesehen. Daher erfolgt der Einsatz von Teilzeitbeschäftigten fast ausschließlich in Zeiten von Verkehrsspitzen, die erhöhten Arbeitseinsatz erforderlich machen, und nachts. 90% dieser Teilzeitbeschäftigten sind Frauen, von denen die große Mehrzahl der Doppelbelastung von Familie und Arbeit ausgesetzt ist.

Auch die Einkommensverhältnisse bei der Post weichen deutlich vom übrigen öffentlichen Dienst ab. Neun von zehn Postbeschäftigten werden im einfachen oder mittleren Dienst eingestuft. Diese Postbeamten stellen die Mehrheit der untersten Beamtenstufen überhaupt und zählen insofern zu den schlechter entlohnten Arbeitnehmern.

Abb. 1: Einkommensstruktur bei POST und
Gebietskörperschaften (1977) in %:



Arbeiter sind bei den Angestellten und Beamten des einfachen bzw. mittleren Dienstes mitgezählt worden. (Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie 14)

Die Deutsche Postgewerkschaft

Der Organisationsbereich der Postgewerkschaft (DPG) erstreckt sich allein auf den nach einheitlichen Grundsätzen geführten Großbetrieb. Diese Besonderheit teilt die DPG mit der »Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands« (GdED). Die Bedingungen der

Gewerkschaftsarbeit werden dadurch nicht unwesentlich beeinflusst und unterscheiden sich von denen anderer Gewerkschaften. Die Industriegewerkschaften organisieren in der Regel verschiedene Betriebe und Unternehmen, die sowohl nach Größe als auch hinsichtlich ihrer technischen und betriebswirtschaftlichen Struktur erhebliche Unterschiede aufweisen können. In der gewerkschaftlichen Willensbildung sind daher umständliche Vereinheitlichungsprozesse zu bewältigen. Demgegenüber heißt Interessenvertretung der Arbeitnehmer für die DPG, sich unmittelbar mit der betrieblichen Beschäftigungs- und Rationalisierungspolitik der Unternehmensleitung auseinanderzusetzen.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ist die Deutsche Postgewerkschaft vor die Aufgabe gestellt, die Interessen der Beschäftigten im Einklang mit den Industriegewerkschaften gegenüber politisch Verantwortlichen zu vertreten. Die DPG ist mit ihren Forderungen und Aktionen direkt auf die politische Sphäre verwiesen. Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, wie die ÖTV, sind dabei mit unterschiedlichen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und mit unterschiedlichen politischen Bedingungen in den Bundesländern konfrontiert. Dagegen steht der DPG gemeinsam mit der GdED das Bundesministerium für Verkehr bzw. für Post- und Fernmeldewesen gegenüber. Wegen der arbeitsrechtlichen Struktur der Beschäftigten bei der Bundespost kann sich deren Interessenvertretung durch die DPG rechtlich nicht aller Handlungsmöglichkeiten bedienen. Durch den hohen Beamtenanteil unter den Beschäftigten und Organisierten, deren Streikrecht bestritten wird, sind der Durchsetzungsfähigkeit der DPG Grenzen gesetzt.

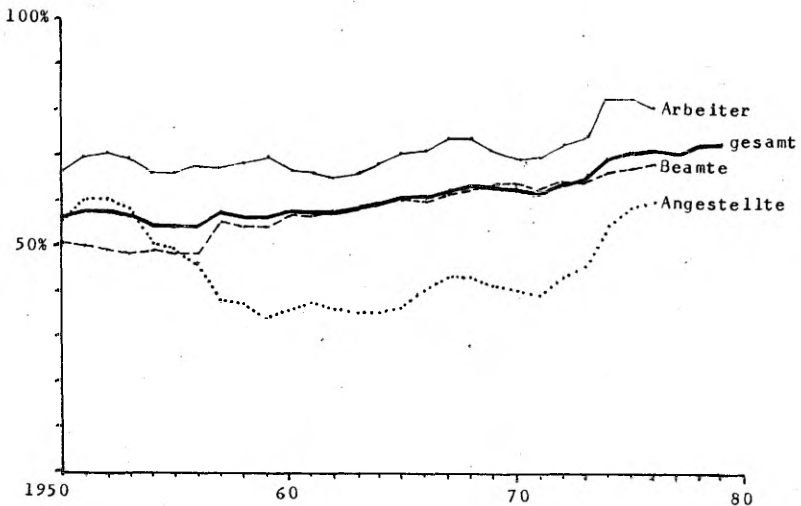
Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades

Die DPG hat ihren Mitgliederbestand seit 1950 in etwa verdoppelt. Gemessen an ihrer Mitgliederzahl war die DPG 1950 die neuntgrößte der 16 DGB-Gewerkschaften. Inzwischen ist sie mit insgesamt 436.400 Mitgliedern (1979) auf die 5. Stelle vorgerückt. Ihr Organisationsgrad (ohne Ruhestandsbeamte bzw. Rentner) ist in den drei Jahrzehnten um rund 20 Prozentpunkte gestiegen und liegt Ende 1979 bei ca. 73%. Die deutlichsten Veränderungen des Organisationsgrades fallen in den Zeitraum nach 1971; allein in den acht Jahren von 1971 bis 1979 erhöhte sich der Organisationsgrad von 62% auf 73%, d.h. um 11 Prozentpunkte. Die positive Mitgliederentwicklung der DPG rührt in erster Linie von den Beamten her — absoluter Anstieg um mehr als das Zweifache — und in zweiter Linie von den Arbeitern — Anstieg um das 1,8-fache. Demgegenüber ist bei den Angestellten ein absoluter Rückgang zu verzeichnen. Die Organisationsgradentwicklung nach arbeitsrechtlicher Stellung zeigt erhebliche Differenzen. Waren 1950 fast 52% der Beamten, 55% der Angestellten und rund 66% der Arbeiter in der DPG organisiert, so sind 1978 rund 70% der Beamten, 60% der Angestellten und 80% der Arbeiter organisiert. Damit wird deutlich, daß nicht die Beamten, sondern die Arbeiter am stärksten in der DPG vertreten sind. Die Beamten können ihren Organisationsgrad seit 1950 kontinuierlich und gleichmäßig ausbauen; die Entwicklung des Organisationsgrades verläuft in etwa analog zur Gesamtorganisation. Demgegenüber fällt der Organisationsgrad der Angestellten bis Mitte der 60er Jahre, stagniert bis 1971 und steigt dann bis 1978 sprunghaft um mehr als 20 Prozentpunkte.

Das gegenüber den Arbeitern und Beamten relativ niedrige Niveau des Organisationsgrades bei den Angestellten ist ebenso wie die sprunghafte Entwicklung seit 1971 auf den hohen Anteil von Frauen unter den Angestellten (über 80%) zurückzuführen. In dem starken Anstieg des Angestelltenorganisationsgrades drückt sich insofern eine veränderte

Einstellung insbesondere weiblicher Arbeitnehmer gegenüber der Gewerkschaft aus. Der Organisationsgrad aller weiblichen Postbeschäftigten ist in den letzten neun Jahren von 39% auf 57% gestiegen. Bei den weiblichen Angestellten wird die überdurchschnittliche Erhöhung des Organisationsgrades noch deutlicher; waren 1970 nur 31% aller weiblichen Angestellten gewerkschaftlich organisiert, sind es 1979 schon über 57%. Offensichtlich steht die — insbesondere bei Teilzeitarbeit — verbreitete Rolle als »Zuverdienerin« dem gewerkschaftlichen Engagement weiblicher Postbeschäftigter immer weniger entgegen. Der Organisationsgrad der Arbeiter stagniert bis Anfang der 60er Jahre, steigt bis 1968 leicht an, fällt bis einschließlich 1971, um dann ähnlich wie bei den Angestellten um fast 12 Prozentpunkte zu steigen. Damit wird deutlich, daß die sprunghafte Erweiterung des Organisationsgrades ab 1972 hauptsächlich von den Angestellten und Arbeitern — und hierbei wiederum stark von den weiblichen Beschäftigten — getragen wird.

Abb. 2: Die Organisationsgradentwicklung bei der DPG



Quelle: Geschäftsberichte DBP, DPG, eigene Berechnungen. Die leichten Abweichungen gegenüber den eigenen Angaben der DPG sind auf unterschiedliche Zuordnung von "Zwischenukriken" (z.B. Anleerkräfte) zurückzuführen.

Gewerkschaftspolitik

Für die Postgewerkschaft ist das Verhältnis von Verkehrsaufkommen und Beschäftigung von besonderer Bedeutung. Zwar stieg seit jeher das Verkehrsaufkommen stärker als die Beschäftigtenzahl. Aber in den Jahren 1964-68 und 1974-78 entwickelte sich diese Schere vollends auseinander. Dies blieb nicht ohne Wirkung auf die Gewerkschaftspolitik. 1958 hatte die DPG ein berufspolitisches Programm verabschiedet, das die wesentlichen Vorstellungen der Gewerkschaft über die Bedingungen des beruflichen Werdegangs bei der Bundespost enthält. Fragen der Verbeamtung, der Laufbahnordnung und Laufbahnprüfungen stehen im Vordergrund; Rationalisierung spielt nur am Rande eine Rolle. Erst 1968 signalisiert das Motto des 9. DPG-Kongresses »Technischer und sozialer Fortschritt« die Auswirkungen einer breiten Rationalisierung zur Verringerung des Postdefizits auf die Beschäftigten und damit auch auf die Gewerkschaftspolitik: die Grenzen des berufspolitischen Programms werden deutlich.

Von 1969-73 partizipiert die Bundespost an der insgesamt positiven Wirtschaftsentwicklung mit einer Ausdehnung ihrer Geschäftstätigkeit und einer starken Erweiterung des Personalbestandes. In diesem Zeitraum gelingt es der DPG nicht nur, weitere Realeinkommensverbesserungen durchzusetzen; auch die Verkürzung der Arbeitszeit fällt in diese Zeit. Für die Postbeschäftigten wird die 42-Stunden-Woche Regelarbeitszeit. Darüber hinaus kommt die Angleichung tariflicher Vereinbarungen für Arbeiter an die Angestelltentarife wesentliche Schritte voran (Urlaubszeitregelungen u.a.). In erster Linie die Erfahrungen mit der breiten Rationalisierungswelle, aber auch die Hoffnungen der DPG auf weitere soziale und politische Reformen der sozialliberalen Koalition trugen dazu bei, 1971 ein neues Gewerkschaftsprogramm in Auftrag zu geben. Während die DPG bis 1974 in Bezug auf die Tarif- und Besoldungspolitik Erfolge erringen konnte, blieben ihre Forderungen hinsichtlich der Unternehmensverfassung der Bundespost unberücksichtigt. Unter diesen Vorzeichen wurde 1974 das »Gesellschafts- und Berufspolitische Programm« verabschiedet. »Für uns als DPG ist es heute das erste Mal, daß wir im Hinblick auf ein Grundsatzprogramm des DGB in einem Programm Ziele und Vorstellungen zur Gesellschaftsreform formulieren. Bis zu unserem Kongreß 1971 in Wiesbaden haben wir uns mehr oder weniger zwangsläufig mit der schmalen Basis der Berufspolitik begnügen müssen. Heute wissen wir, daß Berufspolitik nicht erfolgreich betrieben werden kann, wenn die gesellschaftspolitische Grundorientierung fehlt.« (Breit, Vorsitzender der DPG, auf dem 11. DPG-Kongreß, 1974) Den eigentlichen Kern des Programms bilden die arbeitsplatzbezogenen Reformforderungen der DPG nach einem einheitlichen Dienstrecht, nach paritätischer Mitbestimmung und betrieblicher Sozialpolitik. Sie sind eingebettet in eine gesellschaftliche Grundaussage, die aus dem Gemeinwirtschaftlichkeitsauftrag der Bundespost abgeleitet ist. Noch aber sind die betriebs- und arbeitsplatzbezogenen Reformvorstellungen zu wenig mit der Grundaussage für »eine am Wettbewerb orientierte Ordnung der Planung« in Wirtschaft und Gesellschaft verbunden.

1974 schnellten die Verluste der Bundespost wiederum in die Höhe. Noch 1973 betrug das Defizit 456 Millionen. Ein Jahr später bereits 810 Millionen. Das Unternehmen folgt damit stärker als zuvor den zyklischen Schwankungen der Wirtschaftsentwicklung. Gleichzeitig findet die marktwirtschaftliche Orientierung der Bundespost auch innerbetrieblich ihren Niederschlag: der verstärkt defizitären Entwicklung einzelner Teilbereiche sucht die Unternehmensleitung durch Personaleinsparungen und umfangreiche Rationalisierungen zu begegnen. Die in der Folge positiven Bilanzen der Bundespost gehen mit steigender Geschäftstätigkeit einher. Der Personalbestand dagegen stagniert bzw. sinkt bis

einschließlich 1978. Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen ohne personelle Erweiterungen lassen die Arbeitsbelastungen der Beschäftigten weiter ansteigen. Neue Rationalisierungen stehen auf der Tagesordnung.

Unter diesen Bedingungen und in diesem Zusammenhang entwickelt sich die Gewerkschaftspolitik der DPG auf der Grundlage ihres »Gesellschafts- und berufspolitischen Programms« zügig weiter. Es wird erstmalig versucht, mit Formulierung von Alternativen auf die praktizierte Betriebsführung offensiv zu antworten. Die Zeit bis zum Kongreß der DPG 1977 spielt dabei eine zentrale Rolle. Während dieser Zeit werden die Alternativvorstellungen ausgearbeitet. Auf der Grundlage des gemeinwirtschaftlichen Auftrags des öffentlichen Dienstes weist die DPG die Orientierung an Gewinnwirtschaft zurück und gibt der Beschäftigungspolitik angesichts allgemein wachsender Arbeitslosigkeit ein besonderes Gewicht: Gerade der öffentliche Dienst und in diesem Fall die Bundespost muß in einer gesamtwirtschaftlich prekären Situation ihre Verantwortung durch einen Ausbau der Beschäftigung geltend machen.

Allgemein wird für Rationalisierungen im öffentlichen Dienst vorangestellt, daß sie nur durchzuführen seien, »wenn damit keine Reduzierung des Dienstleistungsangebots verbunden ist und die Gesamtzahl der Arbeitsplätze nicht verringert wird« (Resolutionsentwurf Gewerkschaftskongreß der DPG 1977). Der Beschäftigungspolitik der Bundespost wird der Ausbau des Dienstleistungsangebots entgegengehalten, da weitere in der Bevölkerung vorhandene Bedürfnisse derzeit nicht abgedeckt würden. Entsprechend dem gemeinwirtschaftlichen Auftrag der Bundespost sieht die DPG in einer Erweiterung des Dienstleistungsangebots in folgenden Bereichen zusätzliche Leistungen für sinnvoll und notwendig an:

- Im Paketdienst: Die Einrichtung eines Sozialdienstes »Altenhilfe«, der Ausbau des Poststellennetzes, kostenloses Abholen der Pakete beim Absender
- Im Bankdienst: Einräumen von banküblichen Dispositionskrediten, Zahlung von Habenzinsen auf Postscheckguthaben
- Im Fernmeldedienst: Einführung eines neuen Dienstzweiges: Bildschirmtext, qualitativer und quantitativer Ausbau des Fernsprechnetzes, Verbesserungen des Kundendienstes
- Im Kabelfernsehen: Ausbau durch Bundespost garantiert Neutralität des Netzes

Die Deutsche Postgewerkschaft verspricht sich von einer Ausweitung der Dienstleistungen bei der Bundespost beschäftigungspolitische Folgewirkungen auch auf Bereiche der gewerblichen Wirtschaft. Insgesamt beziffern ihre Untersuchungen den Beschäftigungseffekt bis 1985 auf ca. 20.000 neue Arbeitsplätze. Ein Viertel davon wird der Bundespost zugute kommen.

Standen die Diskussionen zur Gewerkschaftspolitik in der Vergangenheit immer unter dem Einfluß einer engen betrieblichen Sichtweise, so hat sich zum DPG-Kongreß 1977 der Blickwinkel erweitert. Unter dem Motto »Reformen für Bürger und Beschäftigte« gelang es der DPG, die Formulierungen von der gemeinwirtschaftlichen Ausrichtung der Bundespost mit umfassenden beschäftigungspolitischen Alternativen zu verbinden. Die Besonderheit des Organisationsbereiches der DPG, die Interessen nur eines Betriebes zu vertreten, hat sich hier beschleunigend auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Alternativkonzepte ausgewirkt. Mit ihren gesellschaftspolitischen Reformvorstellungen ist die DPG an einen Wendepunkt gelangt. Heute und für die zukünftige Entwicklung stellen sich eine Reihe von Fragen:

Wird die Postgewerkschaft auf dem erreichten Stand der programmatischen Entwick-

lung beharren oder wird sie weitere Anstrengungen unternehmen, um die Vorschläge für eine Ausweitung der Dienstleistungen in einer über die Belange der Post hinausgehende gewerkschaftliche Strategie zur Umgestaltung des gesamten staatlichen Dienstleistungsangebots und der privatwirtschaftlichen Entwicklung einzubinden? In diesem Rahmen wird sich die Postgewerkschaft auch mit den Problemen auseinandersetzen müssen, die z.B. im privaten Kreditsektor für die dort Beschäftigten durch eine Ausweitung des Postangebots entstehen. Diese und andere Probleme können nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Einzelgewerkschaften gelöst werden, die der faktischen Verflechtung verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen Rechnung trägt und die Verbindung von Maßnahmen für einzelne Branchen mit einem gewerkschaftspolitischen Konzept zur Überwindung der gesamtgesellschaftlichen Krise vorantreibt.

Wie wird die Postgewerkschaft in Zukunft ihre fortgeschrittenen Positionen zur Beschäftigungspolitik mit der Anerkennung unterschiedlicher politischer Strömungen innerhalb der Gewerkschaft verbinden? Bekanntlich hat der Gewerkschaftsrat der Postler gegen deutlichen Widerstand in der Postgewerkschaft selbst empfohlen, DKP-Mitglieder weder in gewerkschaftliche Funktionen zu wählen noch als Hauptamtliche einzustellen. Dieser Beschluß eines hohen Gewerkschaftsgremiums — der bislang nur bei der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) eine Parallele besitzt — steht in deutlichem Gegensatz zu der Entwicklung und Ausrichtung des inhaltlichen Gewerkschaftsprogramms.

Die Postgewerkschaft ist in allen ihren Verhandlungen direkt mit sozialdemokratischen Vertretern des Verkehrsministeriums konfrontiert. Bislang hat diese Tatsache nur zu hohen Erwartungen, aber kaum zu entsprechenden Resultaten geführt. Die dritte Frage, die sich für die zukünftige Entwicklung der DPG aufdrängt, bezieht sich daher auf die Konsequenzen, die die Postgewerkschaft aus der geringen Verhandlungsbereitschaft des Ministeriums ziehen wird. Schon jetzt fordert sie, neue Instrumente der gewerkschaftlichen Politik zugänglich zu machen, und sieht in der Solidarität aller DGB-Gewerkschaften und ihrem Engagement im politischen Raum die Bedingungen, um die Probleme der Beschäftigten bei der Post umfassenden Lösungen zuzuführen.

Männer-Emanzipation bei den Jusos?

Der Artikel von Klaus-Peter Wolf: Ich hoffe, ich errege Eure Gemüter! in *spw 11* war ein wichtiger Anfang. Das Thema Männeremanzipation ist angeschlagen, die Saite kann klingen. Jetzt ist die Frage, verhallt der Ton oder fängt die Musik an? Dieser Artikel will die Gedankengänge von Klaus-Peter Wolf weiterführen, der zwar die Wichtigkeit der Männeremanzipation begründet, die Frage nach dem Wie aber weitgehend offen läßt.

I

Wenn Klaus-Peter Wolf anhebt: »Ich bin nicht empört, weil ich unter meiner (relativ unterentwickelten) Emanzipation nicht leide ...« (*spw 11*, S.47), so spricht er damit in der Tat nicht von einer Position der Stärke, sondern er artikuliert bereits das erste — vielleicht bereits entscheidende — Männerproblem: nicht zu leiden in diesen widersprüchlichen Verhältnissen, in denen wir leben. Wie kann »mann« das überhaupt? Genaugenommen ist dieser Sachverhalt für diejenigen Männer, die politisch organisiert arbeiten, noch viel verrückter: Wie kann mann eigentlich für die Veränderung unserer Gesellschaft im Sinne der allgemeinen Emanzipation des Menschen »kämpfen«, und unter eben diesen Verhältnissen, die mann doch verändern will, gar nicht leiden? Jedermann, der nicht leidet, aber in der Organisation arbeitet, muß sich dann doch fragen lassen: Warum »kämpfst« du überhaupt, warum quälst du dich auf Sitzungen rum, von Termin zu Termin, von Diskussion zu Diskussion? Welches Bedürfnis treibt dich eigentlich, das zu tun?

Wenn wir nicht spüren, nicht wissen und nicht darüber sprechen, warum wir dies tun, so kann es dafür mehrere Gründe geben. Einige davon könnten sein, daß wir alle bloß unsere karrieristischen Interessen vertreten, ein anderer könnte sein, daß wir uns aus reiner Nächstenliebe (ha!) aufopfern, der wahrscheinlichste Grund aber scheint mir zu sein, daß wir unsere Motive gar nicht mehr kennen, weil wir unsere individuellen Leiden nicht mehr spüren wollen. Oder anders gesagt: unsere täglich erfahrenen Nöte, Unsicherheiten, Ängste, Demütigungen lassen wir nicht mehr an uns herankommen, sondern setzen uns heroisch-männlich darüber hinweg. Wir bauen Fassaden auf, damit andere nicht merken, wie verletzbar wir sind. Nur: Einmal aufgebaut, sehen wir selbst nicht mehr dahinter, halten unsere Fassaden für die ganze Wirklichkeit.

Die erste Funktion, die demnach Aktionsgruppen zur Emanzipation der Männer haben, ist die gemeinsame Sensibilisierung für und die Veröffentlichung von Erfahrungen persönlicher Unterdrückung. Wir brauchen Fassadendemonteuere. Wir müssen uns fragen, wie eigentlich gesellschaftliche Widersprüche, etwa der zwischen Lohnarbeit und Kapital, die wir bewußtseinsmäßig erkannt haben, sich in unserer persönlichen Erfahrung konkretisieren. Wenn es diese Erfahrungen gibt, und davon gehe ich aus, dann kann Emanzipation des Mannes nicht allein heißen, Privilegien aufzugeben und auf Herrschaft über Frauen zu verzichten. Dann bedeutet Emanzipation wirklich die Gewinnung einer neuen Menschlichkeit, nämlich die Eroberung unserer Utopien, die hinter unseren verborgenen Leiden stecken. In dem Maße nämlich, in dem wir sensibel für unsere eigene Unterdrückung sind, werden wir auch unsere unerfüllten Wünsche und Sehnsüchte wiederentdecken. Dann werden wir unsere Phantasien mit unseren jetzigen Leidenschaften vergleichen können. Denn wenn wir so leidenschaftlich Politik machen, welche Leidenschaften befriedigen wir da eigentlich? Und was haben diese mit unseren Träumen zu tun?

II

Reden wir also über unsere Nöte und Schwierigkeiten. Warum aber öffentlich? Die Klagen sind den meisten (Frauen) doch sicher wohlbekannt: Streß, Fraktionskämpfe, endlose Papiere, Anträge ... Wir leiden doch, wir armen Märtyrer, die wir uns selbst ganz hintenanstellen. Was wir nicht alles auf uns nehmen — da muß frau uns wirklich bemuttern, pflegen, liebhaben. Die Form, in der wir bisher über unsere Sorgen klagen, über das, was hinter den Fassaden passiert, re-produziert sowohl unsere eigene Unterdrückung wie die Unterdrückung von Frauen. Wenn wir klagen, dann im privaten, häuslichen Bereich, und diese Art und Weise, unsere Leiden *darzustellen*, wird zum Mittel, die Frauen in ihren traditionellen Zuständigkeitsbereich, die private Beziehung, zu zwängen. Aber diese Form ist noch mehr. Sie ist auch Mittel unserer eigenen Unterdrückung, weil sie uns Unerträgliches erträglich werden läßt. Diese Form bewirkt, daß wir Unterdrückung in der konkreten Situation, in der sie an uns ausgeübt wird, gar nicht mehr spüren, sondern sie mit Kraft, Energie und männlicher Disziplin überstehen.

Solange wir Männer uns in unseren öffentlichen Beziehungen mittels Kraft- und Gewaltakten uns selbst gegenüber disziplinieren, zusammenreißen, um unsere subjektiven Schwierigkeiten nicht nach außen dringen zu lassen, solange brauchen wir die private Mann-Frau-Beziehung als den ruhigen Hafen, um uns dort »nach gestreßter, lustfeindlicher und teilweise entmenschlichter politischer Arbeit Ruhe, Wärme und Emotionalität von der Frau zu holen.« (K.-P. Wolf, *spw* 11, S.50) Der Appell an die Männer, sich auch für die Beziehung im privaten Bereich, für die dortigen Aufgaben verantwortlich zu fühlen, wird folgenlos verhallen. Nicht weil wir Männer das nicht wollten, oder weil wir den Anforderungen, die dort auf uns zukommen, nicht gewachsen sind. Es ist keine Kraft mehr da für die private Beziehung, weil die öffentlichen Beziehungen uns mit ihrer unmenschlichen Struktur im Grunde genommen überfordern, solange und weil wir sie widerspruchslos hinnehmen.

Zur Veränderung unserer privaten Beziehungen reicht es also nicht aus, »daß Männer miteinander oder in Juso-Gruppen gemeinsam mit Frauen über sexuelle Bedürfnisse von Frauen und eigenen männlichen Wünschen sprechen« (a.a.O.), reicht es also nicht aus, die privaten Beziehungen öffentlich zu machen. Dazu müssen wir auch unsere öffentlichen Beziehungen zu unserer persönlichen Angelegenheit machen. Es kann nicht allein darum gehen, menschlichere Beziehungen im privaten Bereich zu haben, die uns in die Lage versetzen, im öffentlichen Bereich »besser« gegeneinander arbeiten zu können, z.B. indem wir anfangen, »unsere 'Produktivkraft Sexualität' zu nutzen«. (a.a.O.) Zwar habe ich auch nichts dagegen, die Sexualität zu nutzen, obwohl mir bei dieser Formulierung etwas schaudert, da ich Sexualität etwas anders er-lebe: Es widerstrebt mir zutiefst, mich ihr unter dem »Nutzaspekt« zu nähern. Von der Sexualität ausgehen, das könnte, das müßte auch heißen, unsere öffentlichen Beziehungen zu erotisieren, sie zu menschlichen zu machen, indem wir uns gegenseitig öffnen, im Hinblick auf unsere Wünsche, Bedürfnisse und Nöte, die wir im täglichen Umgang miteinander haben. Wir müssen diese kennen voneinander, damit wir uns gegenseitig unterstützen können. Wir müssen eben diese wissen voneinander, damit wir einander vertrauen können.

In dem Maße, wie wir anfangen, unsere öffentlichen Beziehungen zu verändern, sind wir auch in der Lage, die traditionelle Rollenverteilung im privaten Bereich aufzubrechen. Wir brauchen das sich aufopfernde, um unser Wohlergehen bemühte Frauchen, das uns unsere Wunden leckt, nicht mehr.

III

Die Frauenbewegung hat gezeigt, daß Unterdrückung stattfindet, auch in den politischen Organisationen, die den Anspruch haben, für die Aufhebung der Unterdrückung zu arbeiten (vgl. U. Jelpke, Hrsg.: Das höchste Glück auf Erden — Frauen in linken Organisationen, Buntbuch-Verlag Hamburg). Also wohl auch in unserer Organisation. Wieso halten wir Männer das eigentlich aus? Warum schlucken wir das? Warum tun wir nichts dagegen? Sicher hat der eben beschriebene Mechanismus, die Trennung zwischen privatem und öffentlichem Bereich hier seine Funktion. Aber sind wir nicht unglaublich, wenn wir gegen gesellschaftliche Unterdrückung kämpfen, dieses unser Engagement aber in eben jenen Formen praktizieren, die wir zu bekämpfen vorgeben?

Für die Aktionsgruppen zur Emanzipation der Männer besteht also weiter die Funktion, die Strukturen unserer öffentlichen Beziehungen zu hinterfragen. Wir müssen sensibel dafür werden, wie und wodurch wir uns gegenseitig unterdrücken. Wir müssen entdecken, wie und wo wir uns gegenseitig im Wege sind, wie und wodurch wir uns verletzen und uns gegenseitig in der Entfaltung unserer Persönlichkeit behindern. Das hängt natürlich eng zusammen mit der oben benannten Aufgabe, persönliche Unterdrückungserfahrungen überhaupt zu spüren und zu veröffentlichen. Solange wir nicht zugeben voneinander, daß wir z.B. unter Besserwisserie, unter Imponiergehabe, unter sinnlosen Konkurrenzkämpfen manchmal fast verzweifeln, solange werden wir all das weiter mit den Tricks und Mechanismen überspielen, die uns längst in Fleisch und Blut übergegangen sind. Indem wir nichts dagegen tun, produzieren wir unsere eigene Unterdrückung ständig neu.

IV

Deshalb brauchen wir Männergruppen, deshalb brauchen wir Fassadendemonteur, die sich offen zu ihren Problemen und Schwierigkeiten bekennen, zunächst vielleicht lediglich im Rahmen von Selbsterfahrungsgruppen, die aber auch aus der Kommunikation darüber die Kraft ziehen, alle ihre öffentlichen Beziehungen unter dem Aspekt kritisch zu betrachten, inwieweit in ihnen Unterdrückung ausgeübt oder erfahren wird. Emanzipation der Männer, das muß vor allem heißen, als ganzer Mensch (nicht nur mit dem Kopf) in den öffentlichen Beziehungen präsent zu sein. Das muß heißen, sich nicht zu scheuen (es wird genügend selbst-herr-liche Lacher geben), notfalls den Inhaltsaspekt zur Seite zu drücken und die Formen der Beziehungen zum Thema zu machen, wenn Selbstdarstellungszwänge, Profilleuros und Konkurrenzkämpfe das Leben unerträglich machen. So verstehe ich Klaus-Peter Wolfs etwas abstrakten Vorschlag zur Emanzipation der Männer, »Fragen der sozialistischen Persönlichkeitsbildung« (S.51) auf die Tagesordnung zu setzen. Wie wollen wir sonst einen erfolgreichen »Kampf« um die Veränderung der Gesellschaft führen? In den politischen Organisationen, die dafür eintreten, müssen wir zuerst praktizieren, was auf Ebene der gesamten Gesellschaft Wirklichkeit werden soll, gerade durch unsere Arbeit. In den Beziehungen, die wir in dieser Arbeit eingehen, muß sich unsere Persönlichkeit bereits entwickeln können, jetzt, hier und sofort. Wie sollte die Gesellschaft sich verändern können, ohne daß sich die Menschen veränderten, die das bewirken wollen? Um dies, die Veränderung unserer Persönlichkeiten und der Gesellschaft vorantreiben zu können, reicht der Wunsch des einzelnen, es anders machen zu wollen, nicht aus. Es muß eine gemeinsame Kultur geben, in der die neuen emanzipativen Vorstellungen geübt werden können, damit der einzelne sich in seinem Handeln positiv durch sie definieren kann.

sozialismus

Das theoretische
Magazin für
die Linke



Einzelheft: DM 7,-
im Abo: DM 6,-

Sonderhefte im September 1981 über:

- POLEN - Der reale Sozialismus im Eimer ?
- FRIEDEN - Politik gegen Aufrüstung
- Wie weiter in HAMBURG ? Alternative Kommunalpolitik
- Wie weiter in WESTBERLIN ?

ca. jeweils 64 Seiten; ca. DM 5,-

In jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag
Gesamtverzeichnis anfordern !

VSA-Verlag, Postfach 50 15 71, 2000 HH 50

abonnieren!

VSA: Politische Bücher



Mit Beiträgen von
Klaus Thüsing
Detlef Hensche
Paul Plumeyer
Rudolf Kuda
Karlheinz Hansen
Horst Peter/
Norbert Sprafke
Dieter Lattmann
Jörg Wollenberg
Alex Drexler/
Helmut Hindinger
Karlheinz Lenz
Detlev Albers/
Klaus-Peter Wolf
Manfred Jena/
Michael Wendt
Mechthild Jansen
Arno Klönne

176 Seiten;
DM 14,-



300 Seiten; DM 18,-



150 Seiten; DM 12,-



176 Seiten; DM 19,80

In jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag

Gesamtverzeichnis anfordern !

VSA-Verlag, Postfach 150 15 71, 2000 HH 50

Dokumentation

Antrag zum Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 26.-28. Juni in Lahnstein

Für eine wirkliche Friedenspolitik — den NATO-Raketenbeschluß verhindern*

Die internationale Situation stellt sich zu Beginn der 80er Jahre als besorgniserregend dar. Nach einer Phase verstärkter Bemühungen um Entspannung und Rüstungskontrolle in den 70er Jahren findet derzeit eine Wiederbelebung des Kalten Krieges auf den verschiedensten Gebieten statt, von der die bisher schärfste Bedrohung des Weltfriedens seit dem zweiten Weltkrieg ausgeht.

Der Aufwand einer US-Eingreiftruppe zur Sicherung der Ölquellen im Nahen Osten, die sowjetische Intervention in Afghanistan, die zunehmenden Rüstungsexporte in Länder der III. Welt und der jüngste Bombenüberfall Israels auf das irakische Atomreaktorzentrum — all das belegt, daß die Spannungen in der Welt gestiegen sind.

Die Reaktion der US-Regierung und der amerikanischen Öffentlichkeit auf die Niederlage im Vietnam-Krieg sowie den Rückzug aus dem Konflikt mit dem Iran und vor dem Hintergrund des Verlustes der bisher unangefochtenen Vormachtstellung in der Welt auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet ist eine »Politik der Stärke«, mit der die USA ihren imperialistischen Anspruch, »Nr. 1 in der Welt« und »Weltpolizist« zu bleiben, deutlich machen. Die neue US-Strategie findet ihren Ausdruck u.a. in

- der Weigerung der parlamentarischen Mehrheit und der Regierung der USA, das Abkommen zu ratifizieren;
- der Verpflichtung des NATO-Langzeitprogramms, das die NATO-Staaten zu ständiger Steigerung ihrer Militärausgaben von jährlich mindestens real 3% verpflichtet;
- dem Beschluß der NATO zum Bau und zur Stationierung einer neuen Generation von Atomraketen;
- der amerikanischen Erklärung, daß der gesamte Ferne und Nahe Osten mitsamt dem Persischen Golf zu jenem Gebiet gehört, in dem die USA lebenswichtige eigene nationale Interessen zu verteidigen haben;
- dem Konzept einer Interventionsstreitmacht für alle Regionen der III. Welt, u.a. für die Golf-Region;
- der zusätzlichen Konzentration von Truppen im Indischen Ozean.

Wie stark allerdings in der NATO das Bestreben, militärisch überlegen zu sein, die Bereitschaft zu zielorientierten Verhandlungen überwiegt, zeigt sich daran, daß

- für die Begründung der NATO-»Nachrüstung« nur Bezug genommen wurde auf die landgestützten Waffensysteme, nicht jedoch auf die see- und luftgestützten Systeme, wo bereits jetzt aufgrund des technologischen Vorsprungs eine NATO-Überlegenheit besteht;
- die Forderung des SPD-Bundesparteitages 1979 nach einem erfolgreichen SALT-II-Abschluß nie Bestandteil des sogenannten Doppelbeschlusses war;
- die NATO in Westeuropa eine im wesentlichen seegestärkte Zweitschlagkapazität hat, die jedem Aggressor aus Gründen der eigenen hohen Verluste, die Führung eines Angriffskrieges nicht mehr kalkulierbar und damit nicht mehr verantwortbar erscheinen läßt und
- die Forderung der USA nach Erhöhung der NATO-Rüstungshaushalte um mindestens real 3% von den Regierungen der wirtschaftlich und militärisch mächtigen Staaten in der NATO kaum noch zurückgewiesen wird.

* Bei der Dokumentation dieses Antrags fehlen die Teile zu Rüstungsexporten, Frauen und Militär, Bundeswehr und Demokratie, Kriegsdienstverweigerung, Friedenserziehung und Aktionen. Der vollständige Antrag ist auf Nachfrage beim Bundessekretariat der Jungsozialisten zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich insbesondere für die BRD die Situation, zwar souveräner Staat zu sein, jedoch unter Druck des Bündnisführers USA die stärkste konventionelle und nukleare Militärdichte überhaupt zu haben, zudem so viele Truppen der Hegemonialmacht USA auf ihrem Boden stationiert zu haben, wie nirgendwo anders auf der Welt, was allerdings andererseits für die Zahl der UdSSR-Truppen in der DDR gilt.

Dazu kommt, daß in der Bundesrepublik ca. 7.000 nukleare Sprengköpfe für Gefechtsfeldwaffen stationiert sind, die wiederum nur hier eingesetzt werden können im Wege der sogenannten Heimatverteidigung, einer Kriegsführung auf dem eigenen Territorium.

In diesem Zusammenhang muß der NATO-»Nachrüstungs«-Beschluß gesehen werden, wonach die überwiegende Mehrzahl der qualitativ neuen Pershing II und der Cruise Missiles ebenfalls auf dem Territorium der BRD stationiert werden, nach der NATO-Strategie stationiert werden müssen.

Diese Stationierung aber ergibt ein ganz neues Gefährdungspotential für die BRD und ihre Bevölkerung: Diese landgestützten und mobilen Nuklearwaffensysteme sind nur verwundbar, solange sie am Boden sind, können nicht durch Luftverteidigung abgewehrt werden und fordern wegen ihrer hohen Reichweite und großen Zielgenauigkeit den Erstschlag der UdSSR und der Warschauer Vertragsorganisation nachgerade heraus, auch wenn es zunächst zu einem konventionellen militärischen Konflikt kommt.

Darüber hinaus sind die Pershing II und die Cruise Missiles von Charakter und Leistungsfähigkeit Waffen für den nuklearen Erstschlag, nicht aber für den Einsatz im Verteidigungsfalle geschaffen. Indem diese Waffensysteme ebenso wie die Neutronenwaffe die Schwelle für den nuklearen Krieg und die Bereitschaft für den Einsatz nuklearer Waffen im Konfliktfall in unserer Region senken, machen sie eine Kriegsführung mit Nuklearwaffen, regionalisiert auf Europa, immer wahrscheinlicher und deuten nachdrücklich auf die amerikanische Strategie hin, zusammen mit der Präsidenten-Direktive PD 59, militärische Konflikte mit der UdSSR und den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation ausschließlich auf europäischem Territorium zu führen, unter möglichstem weitgehendem Ausschluß einer Gefährdung US-amerikanischen Staatsgebietes.

Ein bereits vorprogrammiertes Scheitern der SALT-III-Verhandlungen und hierfür angekündigte rüstungspolitische Reaktionen der Sowjetunion würde westlicherseits zum Anlaß genommen, noch mehr atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren. Für diese Vermutung spricht, daß

1. einflußreiche Sicherheitsberater der Reagan-Administration bereits jetzt für den Fall einer vollzogenen sog. »Nach«-Rüstung die zusätzliche Stationierung von Pershing-II und Cruise Missiles für die BRD, die Türkei und Südkorea fordern;
2. Außenminister Haig auf der letzten NATO-Rats-Tagung in Rom ebenfalls von einem »Minimum« sprach. Dies entspricht auch den Vorstellungen von US-Atomstrategen.

Sollten diese Pläne der USA Realität werden, so steht zu vermuten, daß dieses Maß an Pershing-II-Systemen möglicherweise ausreicht, die politischen und militärischen Kommandozentralen der Sowjetunion auszuschalten. Damit bestünde für die USA die Möglichkeit eines entwaffnenden Erstschlags, der zu Präventivschlägen seitens der Sowjetunion geradezu herausfordert. Eine atomare Auseinandersetzung hätte die Vernichtung Westeuropas zur Folge, während die USA die Hoffnung haben können, vom Atomkrieg — wenn schon nicht verschont — so doch nicht gänzlich vernichtet zu werden.

Die Lebensinteressen der europäischen Völker werden so nicht mehr berücksichtigt, in Gang gesetzte Entspannungs- und Kooperationsprozesse zurückgeschraubt auf das Maß, das den USA-Interessen und gleichzeitig deren bestimmender Stellung entspricht.

Für Europa bedeutet dies eine neue Phase der Gefährdung der Sicherheit und Instabilität wie die Gefahr des Einfrierens der Zusammenarbeit, bei neuen ökonomischen Belastungen eine Phase der ungehemmten Aufrüstung und des Wettrüstens unter Verzicht auf gegenseitige Verhandlungen.

Die im Hintergrund stehende Interessen- und Machtpolitik der neuen amerikanischen Administration und deren Grundelemente des Vorrangs des US-Kapitals im In- und Ausland, der Siche-

zung der Interessen mit allen Mitteln, besonders gerichtet auf die Länder der Dritten Welt, der Stützung von Diktaturen und Militärregierungen sowie die Ausrichtung auf den Sturz demokratischer und sozialistischer Regierungen in den Ländern der Dritten Welt verbunden mit der Unterdrückung und Bekämpfung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt führen neben der Verteilung von Rüstungslasten auf alle NATO-Partner zu einer politischen Formierung des kapitalistischen Westens, wobei politisches Verhalten der Bündnispartner nur akzeptiert wird, wenn sie sich im Sinne von Satelliten an den USA und deren Interessen bzw. Interessedefinition ausrichten. Zielrichtung ist ein monozentrales Bündnissystem unter unangefochtener Führung der USA.

Unter dem Eindruck der Notwendigkeit einer Neuformulierung der europäischen, und insbesondere der bundesdeutschen Sicherheitspolitik ergeben sich unter Einbeziehung der innenpolitischen Entwicklungen und der zunehmenden Emanzipationsbestrebungen in der Dritten Welt für Sozialisten und Sozialdemokraten Konsequenzen, die die Gefahren der neuen amerikanischen Politik zu mindern vermögen und Perspektiven im europäischen Dialog aufzeigen, im Bewußtsein, daß ein neuer Kalter Krieg verbunden mit einer ständig zunehmenden nuklearen Bedrohung die Lebensbedingungen der Völker in Europa bis ins Unerträgliche verschlechtern würde.

Für die Jungsozialisten ergeben sich daraus folgende Forderungen:

- Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa auf politischem, militärischem und ökonomischem Gebiet.
- Für die 108 atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und für die 96 atomaren Cruise Missiles, deren Aufstellung auf dem Gebiet der Bundesrepublik vorgesehen ist, wird die Bundesregierung aufgefordert, gegenüber der NATO einen Stationierungsverzicht für die Bundesrepublik zu erklären.
- Sofortiger Stop der Vorbereitungsmaßnahmen für die Stationierung der Mittelstreckenraketen, wie des Ausbaus der Startplätze.
- Die Bundesregierung soll sich innerhalb der NATO für eine Aufhebung des sogenannten »Nach«-Rüstungsbeschlusses vom 12.12.1979 und für die sofortige Aufnahme von Rüstungsbegrenzungsverhandlungen im Bereich atomarer Mittelstreckenwaffen einsetzen.

Eine gute Ausgangsbasis für solche Verhandlungen stellt das Angebot der UdSSR gegenüber den NATO-Staaten dar, während eines Moratoriums beidseitig auf die weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen zu verzichten und diesen Zeitraum für Abrüstungsverhandlungen zu nutzen.

- Darüber hinaus soll die Bundesregierung verstärkt ihren Einfluß auf die US-Regierung geltend machen, damit das bereits 1979 mit der UdSSR abgeschlossene SALT-II-Abkommen von den USA ratifiziert wird.
- Die Bundesregierung soll ebenfalls darauf drängen, daß auch keine neuen seegestützten Waffensysteme eingeführt werden.
- Konkrete Fortschritte in den MBFR-Verhandlungen in Richtung auf einen ersten Verhandlungsabschluß ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Schätzungen der Zahl von Soldaten in beiden Paktsystemen.

Für den mitteleuropäischen Reduzierungszeitraum haben die MBFR-Verhandlungen nach wie vor einen wichtigen Stellenwert. Das Stocken der Verhandlungen und die bisherige Nicht-eignung über die Definition dessen, »was wie gezählt wird«, ist politisch verursacht und muß politisch aufgebrochen werden.

Politisch ist dafür ein Prozeß realer Truppenreduzierung auf beiden Seiten zu beginnen, der vom Abzug fremder Truppen und der Reduzierung verbleibender Truppen gekennzeichnet ist.

Für das Gebiet der Bundesrepublik fordern die Jungsozialisten daher:

- Den Abzug einer amerikanischen Panzerdivision.
- Den Abzug von 1.000 nuklearen Sprengköpfen taktischer Art, die für die hier stationierten Waffensysteme gebraucht werden.
- Erklärung der Bundesregierung und der Regierung der DDR, die eigenen Truppen in entsprechendem Maße zu verringern, wie aufgrund der MBFR-Einigung die stationierten Truppen der USA und der UdSSR aus dem Reduktionsraum zurückgezogen werden;

- uneingeschränkter Verzicht auf die Neutronen-Waffe;
- Ziel einer atomwaffenfreien und gleichgewichtet militärisch-verdünnten Zone in Mitteleuropa;
- Aufbau eines europäischen Gegengewichts innerhalb der NATO gegen die USA.

Für die innerparteiliche Diskussion fordern die Jungsozialisten den Parteivorstand auf, eine breite Aufklärung der Bevölkerung und eine wirksame Widerstandskampagne gegen die Verwirklichung der NATO-Aufrüstungspläne zu organisieren.

Abrüstung und Abrüstungsplanung in der Bundesrepublik

Seit Bestehen der Bundeswehr steigt der Rüstungsetat in der BRD jedoch von Jahr zu Jahr. Für die angeblich notwendigen 3% Real-Erhöhung des Rüstungsetats sind die Mittel vorhanden, nicht jedoch die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sowie weitere sozialpolitische Bereiche.

Weiterhin sind die institutionellen Möglichkeiten für die Abrüstung in der Bundesrepublik nur bedingt oder überhaupt nicht vorhanden. Die *Kontrolle der Rüstungskontrolle und der Abrüstung* darf nicht ausschließlich Sache der Regierung bleiben, sondern muß eine Angelegenheit des Parlaments, der Öffentlichkeit und der alternativen Forschung werden.

Im organisatorischen und institutionellen Bereich der Abrüstungsplanung fordern die Jungsozialisten:

- Ausweitung der Forschungskapazitäten für Konversion (Umwandlung von Industriekapazitäten für zivile Produktion);
- Umwandlung des Untersuchungsausschusses für Rüstungskontrolle in einen regulären Bundestagsausschuß;
- Einsetzung eines im Parlament verantwortlichen Abrüstungsbeauftragten des Bundestages mit der Aufgabe, dem Parlament und der Öffentlichkeit einen jährlichen Abrüstungsbericht vorzulegen.

(...)

Für eine breite und offensive Friedensbewegung

Die Jungsozialisten begrüßen, daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik aus allen gesellschaftlichen und weltanschaulichen Gruppen großen Zulauf erhält (ohne Rüstung leben, Frieden schaffen ohne Waffen, Russell-Peace-Foundation).

Der Bundeskongreß begrüßt den Aufruf der DGB-Gewerkschaftsjugend zu Aktionen für Frieden, Abrüstung und Entspannung als wichtige inhaltliche und organisatorische Grundlage für eine breite Abrüstungsbewegung, die die friedenspolitischen Ziele unabhängig von den Interessen einer der beiden Supermächte formuliert.

Sie unterstützen die Aktionen der DGB-Gewerkschaftsjugend zum Antikriegstag.

Sie begrüßen das große Engagement besonders in der evangelischen Kirche, wie es anlässlich des Hamburger Kirchentages zum Ausdruck kam. Sie mobilisieren massiv für die am 10.10.81 in Bonn von Aktion Sühnezeichen und der Aktion Dienste für den Frieden angeregte bundesweite Friedensdemonstration und tragen die entsprechenden vorbereitenden und flankierenden Maßnahmen mit, wie u.a. die Unterschriftensammlung von Aktion Sühnezeichen.

Diese Demonstration soll die vorläufig größte Friedensdemonstration nach dem 2. Weltkrieg werden. Die Jungsozialisten unterstützen den sich auch im Krefelder Appell widerspiegelnden Konsens der Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer Atommittelstreckenraketen in Europa und die damit verbundene Unterschriftensammlung.

Die innerparteiliche Diskussion und Auseinandersetzung um den NATO-Rüstungsbeschluß führen die Jusos auf der Plattform der Bielefelder Erklärung »Mut für eine bessere Zukunft«.

Sie werden in diesem Sinne in allen Ortsvereinen und Unterbezirken Anträge zu Bezirksparteitagen und zum Bundesparteitag stellen. Zahlreiche bereits gefasste Unterbezirksparteitagsbeschlüsse und der Beschluß der Bundeskonferenz der AsF zeigen den Fortschritt in der innerparteilichen Diskussion.

(...)

Der Antrag wurde *einstimmig* angenommen.

Berichte

Günter Beling und Olaf Scholz

Juso-Bundeskongreß 1981 — Auftrag zur Linkswendung

Auch die Diskussionen und Beschlüsse des diesjährigen Juso-Bundeskongresses in Lahnstein waren seitens der bürgerlichen Medien und den innerparteilichen Kritikern heftigen Angriffen ausgesetzt: Die offensive Regierungs- und Parteikritik der Jusos, ihr anti-kapitalistisches Wirtschaftsprogramm und die Ablehnung der NATO-Aufrüstung. Egon Bahr entdeckte (wieder einmal) die »Krise der Jusos«, SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz fand die Beschlüsse zur Wirtschafts- und Friedenspolitik schlicht »teils falsch, teils problematisch« und kritisierte keck die »wenig reflektierte Orientierung vieler Jungsozialisten auf 'den Marxismus'«, Willy Brandt als eifriger Leser von Juso-Beschlüssen befand, hier seien »alte Papiere beschlossen« worden und tadelte: »einige Angriffe, die beispielsweise auf Helmut Schmidt und Holger Börner gefallen sind, (sind) absolut unentschuldigbar.«

Kritik an SPD-Politik — eine Aufgabe der Jungsozialisten

Die Schärfe und die Einigkeit, mit der diese Angriffe auf die Politik von Parteiführung und Bundesregierung auf dem Kongreß vorgetragen wurden, mußten in der Baracke besondere Besorgnis auslösen. Diese deutliche Kritik angesichts des offensichtlichen Scheiterns einer auf reformistischen Illusionen begründeten Regierungspolitik war bestimmend für den gesamten Bundeskongreß, sie spiegelte die gestiegene Unzufriedenheit der Jugend, aber auch der Parteibasis mit der sozialdemokratischen Regierungspolitik deutlich wider.

Die Jungsozialisten waren auf dem Kongreß vor die Aufgabe gestellt, ihre Grundsatzkritik an Partei und Bundesregierung zu verknüpfen mit der Formulierung linker Alternativen zur Regierungspolitik und mit einer Handlungsanleitung für die Juso-Arbeit, um so den nötigen gesellschaftlichen Druck auf die Regierenden und für Veränderungsprozesse in der SPD zu entwickeln. Genau daran hatte es in der Vergangenheit gemangelt. Der Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden Piezcyk dokumentierte wiederum die Hilfs- und Konzeptionslosigkeit reformistischer Bundesvorstandspolitik: Statt einer sorgfältigen Parteinschätzung unter Berücksichtigung der politökonomischen Rahmenbedingungen — scheinradikale Attacken auf den Kanzler; statt Bestimmung der aktuellen und langfristigen Aufgaben einer konsequent klassenorientierten Politik der innerparteilichen Linken — Appelle an die Parteiführung, zur »Reformpolitik« zurückzukehren, »Glaubwürdigkeit« wiederherzustellen, sich nicht länger von Schmidt »blockieren« zu lassen und schließlich sogar Enttäuschung darüber, daß der Kanzler nicht so aufträte, wie man es von ihm erwarten könne — »als selbstbewußter Sozialdemokrat«. Als wenn es Helmut Schmidt bei der Durchführung seiner Politik an Selbstbewußtsein fehlte...

Gänzlich vermissen mußten die dreihundert Delegierten eine Aufarbeitung der Entwicklung der Jungsozialisten, ihres innerparteilichen und außerparlamentarischen Kampfes und eine orientierende Bestimmung der Aufgaben und Kampfperspektiven der größten sozialistischen Jugendorganisation der Bundesrepublik und Westeuropas. Dennoch darf die gestiegene Bereitschaft bei *allen* Jungsozialisten, einen schärferen Oppositions-

kurs gegenüber der Partei einzuschlagen, nicht verkannt werden. Das Erstarken außerparlamentarischer Bewegungen, eigene enttäuschte Illusionen gegenüber der Regierungspolitik und verstärktes Engagement der Jusos an der reformistischen Basis, auch die Arbeit der marxistischen Linken in der SPD haben reformistische Juso-Politik beeinflusst. Die begonnene relative Radikalisierung der Reformsozialisten ist allein als taktisches Manöver zur Machterhaltung auf dem Kongreß nicht begreifbar. Vielmehr kann dies der Anfang eines längerfristigen, sicher widersprüchlich verlaufenden und aktuell noch völlig unabsicherten Prozesses der Entwicklung von Klassenbewußtsein und Annäherung an marxistische Positionen sein. Diesen Prozeß müssen Marxisten bei den Jungsozialisten fördern.

Die Diskussionen und die Beschlußlage des Juso-Bundeskongresses 81 bedeuteten allerdings eine Niederlage klassischer reformistischer Positionen bei den Jusos. Auf dem Bundeskongreß 75 wäre es ohne den Widerspruch von Heidi Wiezcorek-Zeul und Johanno Strasser nicht möglich gewesen, folgende Passage aus dem wirtschaftspolitischen Grundsatzzprogramm zu beschließen:

»Gerade die Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie aber hat gezeigt, daß es mit einem bloßen Aneinanderreihen von Reformen nicht getan ist ... Da es also keinen Selbstlauf in Richtung Sozialismus gibt, muß die Arbeiterbewegung durch ihr bewußtes Eingreifen sicherstellen, daß Reformpolitik eine solide Grundlage bekommt, indem soziale Fortschritte einhergehen mit der Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik, die das Profitprinzip ablöst und das die Klassenherrschaft der Bourgeoisie sichernde Privateigentum an den großen Produktionsmitteln beseitigt ... ist eine Vergesellschaftung der wichtigsten Unternehmen (verstanden als Besitztittelübertragung an den Staat bei gleichzeitiger Demokratisierung) unverzichtbar.«

Die Reformsozialisten Wiezcorek-Zeul und Strasser vertrauten auf die Aneinanderreihung von »antikapitalistischen Strukturreformen«, wehrten sich gegen eine Vergesellschaftung als »Besitztittelübertragung« und beschieden sich mit der Übertragung lediglich der »Verfügungsgewalt« bei andauerndem Privatbesitz an Produktionsmitteln. Derartige Positionen konnten 1981 nicht mehr vertreten werden.

Für eine sozialistische Alternative in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Stattdessen beschloß der Kongreß mit großer Mehrheit ein wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzzprogramm, das auf der Grundlage einer marxistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Krisenentwicklung in der BRD seit 1950 eine sozialistische Alternative auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik formuliert. Im Zentrum steht die Kritik an der Bundesregierung, die Vollbeschäftigung zugunsten der Geldwertstabilität als Ziel Nr. 1 sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik aufgegeben zu haben. Vorgeschlagen wird ein Katalog aufeinander bezogener Einzelmaßnahmen in den Bereichen Haushalts- und Strukturpolitik, Arbeitszeitverkürzungen, Lohn- und Bildungspolitik.

Die Beratung des wirtschaftspolitischen Grundsatzzprogrammes endete mit einer deutlichen Niederlage für die Befürworter einer ökologischen Orientierung der Jungsozialisten. Ihr Änderungsantrag, der eine marxistische Kriseneinschätzung durch eine Kritik der Produktivkraftentwicklung ersetzen wollte, erhielt nur 20 Stimmen. Zuvor war ein Nichtbefassungsantrag zum Wirtschaftsprogramm aus Schleswig-Holstein bei ähnlich klaren Mehrheitsverhältnissen abgelehnt worden. Auf dem Kongreß ist das Programm auf Initiative der Landesverbände Hamburg und Berlin allerdings hinsichtlich der ökologischen Aspekte der Wirtschaftstätigkeit ergänzt worden. Die Jungsozialisten haben klargestellt, daß die Zerstörung der Umwelt vorwiegend auf das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine Profitorientierung zurückzuführen ist. Auch wenn bereits jetzt gegen Umweltzerstö-

rung vorgegangen werden kann, so ist zur grundlegenden Lösung der Umweltprobleme unabdingbar, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt wird. Die Forderung nach Vergesellschaftung einer Reihe konkret bezeichneter Großkonzerne und anderer strukturbestimmender Unternehmen wird angesichts der Umweltprobleme nicht hin-fällig, sondern im Gegenteil noch aktueller: Gerade ökologisch sinnvolle Produktion macht gesellschaftliche Planung der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig.

Das Grundsatzprogramm ist zweifellos ein Meilenstein in der inhaltlichen Diskussion und Positionsfindung der Jungsozialisten. Hinter diesen erreichten Stand der Diskussion darf nicht zurückgefallen werden. Jetzt muß das Programm für die politische Praxis genutzt werden — in der Partei- und Gewerkschaftsdiskussion um Sozialabbau, Subventionspolitik und Strategien zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Frankfurter Allgemeine:

»Jusos geschlossen gegen NATO-Nachrüstung«

Die Ablehnung der NATO-Aufrüstung sowie die Unterstützung ihrer Kritiker wurden der Parteiführung schon durch die Ovationen bedeutet, die der Kongreß stehend dem Genossen Karl-Heinz Hansen darbot. Seine Kritik am Bundeskanzler und der Regierung wird von der übergroßen Mehrheit der Jungsozialisten geteilt. Einstimmig und ohne Enthaltungen forderten die Delegierten die Bundesregierung auf, die Stationierung von amerikanischen Pershing-II-Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles auf westdeutschem Boden nicht zuzustimmen. Solange eine Politik, die den NATO-Beschluß von 1979 mit vorbereitete und heute an dem »Doppelbetrug« (Klaus-Peter Wolf) festhält, zwar im Interesse von CDU/CSU ist, aber nicht von ihr verantwortet wird, muß sich die Kritik auf die führenden Sozialdemokraten konzentrieren. Eppler macht in seinem Grundsatzreferat deutlich, daß auch Sozialdemokraten fälschlicherweise einen Zusammenhang zwischen der Entscheidung für die Produktion von Cruise Missiles und Pershing II und den sowjetischen SS 20 herstellen. In der Partei haben die Jungsozialisten in den nächsten Monaten die Aufgabe, auf der Grundlage des Bielefelder Appells davon zu überzeugen, daß neue Mittelstreckenraketen in der BRD den Frieden nicht sicherer machen, sondern das Risiko eines auf Europa begrenzten Atomkriegs erhöhen. Es gibt keine Alternative zur Anstrengung, diesen Sachverhalt einer wachsenden Zahl von Sozialdemokraten verständlich zu machen und bis zum Bundesparteitag 1982 in München eine Mehrheit gegen die NATO-Aufrüstung zustandezubringen. Außerparteilich unterstützen die Jungsozialisten den »Krefelder Appell« und werden ungeachtet des Glotz'schen Disziplinierungsversuchs Unterschriften sammeln.

Der einstimmige Beschluß des Bundskongresses »Für eine wirkliche Friedenspolitik« (S. Dokumentation in diesem Heft, S.XX) ist ein wichtiges inhaltliches Dokument und schafft die Grundlage für eine Einheit der Jusos im Friedenskampf. Die herausragende Bedeutung des Kampfes gegen die NATO-Pläne in dem Beschluß wird zur weiteren politischen und praktischen Orientierung der Organisation beitragen. Darüber hinaus kommt allerdings in Zukunft der Erarbeitung langfristiger Strategien zur Abrüstung größere Bedeutung zu. Die Geschlossenheit des Kongresses dokumentiert die Verankerung der Friedensbewegung in der Sozialdemokratie, erschwert innerverbandliche Spaltungsversuche und macht die Gesamtorganisation konfliktfähig gegenüber der Partei. Damit praktizieren die Jusos erstmals seit langem auf Bundesebene nicht Ab- und Ausgrenzung gegenüber breiten außerparteilichen Bewegungen, sondern solidarische Integration der Jusos in diese Widerstandsbewegungen.

Dies war lange Zeit keine Selbstverständlichkeit. Die reformistische Bundesvorsandsmehrheit war zunächst bemüht, in diesem zentralen Kampffeld der Jungsozialisten wiederum die Abgrenzung von der real existierenden Friedensbewegung zu betreiben. Der Krefelder Appell trägt trotz Bundesausschuß- und Bundeskongreßbeschlusses bis heute nicht die Unterschrift des Bundesvorsitzenden Willi Pieczyk. Die ständige Ausgrenzungspraxis des Juso-Bundesvorstandes hatte in anderen Feldern dazu geführt, daß die Jusos ihr politisches Gewicht außerhalb der SPD unzureichend zur Geltung brachten, ja sogar die Spaltung außerparlamentarischer Widerstandsbewegungen bewirkten. Somit trugen die Jusos objektiv dazu bei, den außerparteilichen Druck auf die SPD-Regierungspolitik zu schwächen. Damit bestand für die Jungsozialisten auf Bundesebene zunehmend die Gefahr, statt sozialistischer Mobilisierungsarbeit in konsequenter Umsetzung einer richtig verstandenen Doppelstrategie mehr und mehr eine »linke« Variante von SPD-Vertrauensarbeit zu betreiben. Diese Gefahr hat der Bundeskongreß für den Friedenskampf der Jusos genannt.

Aufgabe ist es, nun auch auf Bundesebene ein aktives Engagement der Jungsozialisten in der breiten außer- und überparteilichen Friedensbewegung praktisch zu bewerkstelligen.

Kongreßbeschlüsse und das Hamburger Aktionsprogramm

Vom Standpunkt der Antragsdebatte war der Verlauf des diesjährigen Bundeskongresses für die Juso-Linke so günstig wie nie zuvor. Die einzig relevante Abstimmungsniederlage erfolgte gleich zu Beginn des Kongresses, als Reformisten und »Göttinger« auf Antrag von Rudolf Hartung eine Beschlußfassung über das von Hamburg vorgelegte Aktionsprogramm ablehnten und die Festlegung der Arbeitsschwerpunkte an den neuen Bundesvorstand verwiesen. Ein unpraktisches Theorieverständnis führte die marxistischen Jungsozialisten des »Göttinger Kreises« zum Verzicht auf verbindliche Politikvorschläge für die Bundesebene. In unpolitischer Abgrenzung gegen die Juso-Linke und den Bezirk Westliches Westfalen unterstützten sie das reformsozialistische Kalkül, dem Kongreß in dieser wichtigen Frage die Kompetenz zu entziehen und einen Beschluß des Hamburger Antrags zu verhindern.

Der Hamburger Vorschlag, ein aktionsorientiertes Arbeitsprogramm auf dem Kongreß zu beschließen, wurde somit knapp zurückgewiesen. Das Ziel einer stärkeren Aktionsorientierung der Juso-Organisation in den gesellschaftlichen Konfliktfeldern, die Verstärkung des Beitrags der Jungsozialisten in den Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik bleibt dennoch mehrheitsfähig. Wesentliche Teile des Hamburger Aktionsprogramms finden sich schon jetzt in den inhaltlichen Beschlüssen des Kongresses wieder. Für die Zukunft muß die Linie der Aktionsorientierung mit der Perspektive der Präzisierung der »Gemeinsamkeiten« im Bundesverband, der richtigen Bestimmung der Inhalte, der Strategie und der Rolle der Jusos im bundesrepublikanischen Klassenkampf langfristig mehrheitsfähig gemacht werden.

Eine überraschend große Mehrheit fand ein Antrag zur Unterstützung der Tageszeitung »Die Neue« — bisher von den Reformsozialisten erbittert bekämpft. Was noch vor zwei Jahren undenkbar war, wurde in Lahnstein möglich: Charly Guggomos von der Redaktion erhielt Rederecht, um die wirtschaftliche Lage der »Neuen« zu schildern. Wichtige Positionsbestimmungen erfolgten im Bereich der Kommunal- und Wohnungspolitik, in der Frage der Einschätzung der Hausbesetzungen sowie zum Ausgang der Wahlen in Frankreich. Trotz heftiger antikommunistischer Ausfälle von Detlev Samland beschloß

der Kongreß u.a. zur Beteiligung von Kommunisten an der neuen französischen Regierung: »Daß in die neue Regierung Kommunisten aufgenommen wurden, ist eine logische Konsequenz aus der Tatsache, daß der deutliche Sieg mit den Stimmen der gesamten Linken zustande gekommen ist, und daß nur in der Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte der Wechsel langfristig abgesichert werden kann.« Dies war ein deutliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit von (französischen) Sozialisten und Kommunisten.

Die Linksentwicklung vorantreiben

Die marxistischen Kräfte im Verband konnten ihren (fast) vollständigen Erfolg bei den Beschlußfassungen über die Anträge in den Personalentscheidungen nicht fortsetzen. Die Wahl von Klaus-Peter Wolf hätte die Absicherung und Bestätigung der Kongreßergebnisse bedeutet, seine Niederlage gegen Willi Pieczyk wird die Verwirklichung wichtiger Beschlüsse auf Bundesebene also weiterhin erschweren. Seit 1974 ist die reformistische Mehrheit des Bundesvorstands bei inhaltlichen Abstimmungen immer häufiger in die Minderheit geraten. Linke Mehrheiten bei Abstimmungen von Anträgen lassen keine Schlußfolgerungen über das Wahlverhalten der Delegierten zu. — Allerdings ist der personalpolitische Erfolg der Reformsozialisten nur durch den Verzicht, offensiv reformistische Positionen auf dem Kongreß durchzusetzen, möglich geworden. In den zentralen inhaltlichen Fragen konnten oder wollten die Reformsozialisten — ihre Führung zum Teil aus taktischen Gründen, um die Wahl von Pyzcek nicht zu gefährden — keine Alternative zu den Positionsbestimmungen der marxistischen Kräfte benennen. Der inhaltlichen Konfrontation wurde ausgewichen. So gelang es unzureichend, den Streitwert der personellen Alternative herauszustellen. Viele Delegierte betrachteten die Vorsitzendenfrage als zweitrangig. Unbeschadet der sinnvollen und notwendigen Übereinstimmungen, die es etwa in der Friedensfrage und bei anderen Anträgen gab, ist die unscharfe Beurteilung der Lage des Verbandes durch Pieczyk, die falsche Parteieinschätzung der Reformsozialisten und ihre fehlenden innerparteilichen und außerparteilichen Initiativen nicht nachdrücklich und nachvollziehbar genug kritisiert worden. Es wurde versäumt, Standpunkt und Interessen der Parteiführung am Ausgang der Bundesvorstandswahlen zu analysieren und für die Delegierten verständlich zu diskutieren. Wenn die »Frankfurter Rundschau« zurecht eine spürbare »Erleichterung des Bundesgeschäftsführers Glotz« über die Wahl Pieczyks feststellte, so wird man die Frage nach den Gründen dieser Erleichterung und Zufriedenheit stellen müssen.

Bei der Personalentscheidung hat das Verhalten des Bezirkes Westliches Westfalen große Bedeutung gehabt. Auch diesem Bezirk muß verdeutlicht werden, daß auf Dauer der marxistischen Gruppierung bei den Jusos nicht die Mehrheits- und Vorsitzfähigkeit abgesprochen werden darf, wenn die Partei nicht ein Ziel des Benneter-Ausschlusses erreichen und stattdessen eine echte Integration des Verbandes erfolgen soll. Eine Integration des Verbandes kann nur gewährleistet werden, wenn diejenigen, die für die große Mehrheit des Verbandes die inhaltlichen Integrationspositionen formulieren und in praktische Politik umsetzen — das waren vorwiegend »Hannoveraner«, »Göttinger« und »Westliche Westfalen« —, eine personelle Mehrheit im Bundesvorstand erhalten. Der Bundeskongreß muß einen Bundesvorstand wählen, dem die aktiven Jungsozialisten in den Bezirken nicht mehr, wie in der Vergangenheit, seine Unterstützung für eine aktionsorientierte Politik erst abbringen müssen, sondern der zum Motor dieser Politik wird. Hier müssen die großen Übereinstimmungen mit dem Bezirk kontinuierlicher als in der Vergangenheit für die gemeinsame Arbeit genutzt werden. Wenn der Bundesvorstand den Auftrag des Bun-

deskongresses zur konsequenten Fortsetzung der Linksentwicklung der Jusos ernstnimmt, ergeben sich folgende Notwendigkeiten für die Arbeit des Bundesverbandes:

1. Die Jungsozialisten müssen sich innerparteilich und öffentlich als sozialistische Fundamentalopposition zur rechtssozialdemokratischen Politik des offen prokapitalistischen Krisenmanagements profilieren. Sie müssen als Motor der innerparteilichen Linken sozialistische Alternativen zu einer Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer, zur Politik der Aufrüstung und der US-Hörigkeit, zur Politik der Umweltzerstörung im Interesse der Konzerne und zur Politik des Abbaus von demokratischen Freiheitsrechten formulieren.

2. Die Jungsozialisten müssen erkennen, daß verbale Regierungskritik zur unglaubwürdigen Phrase verkommt, wenn sie nicht mit konkreten außerparteilichen Mobilisierungsaktionen verbunden wird. Die Jusos müssen dabei ihr politisches Gewicht und ihre politischen Positionen in die breiten außerparlamentarischen Bewegungen wie der Friedensbewegung und Anti-AKW-Bewegung ohne Ausgrenzungsversuche einbringen.

3. Die Jusos müssen verdeutlichen, daß Veränderungen in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft nur mit den Organisationen der Arbeiterbewegung, SPD und DGB möglich sind; sie müssen ihre Perspektive der Veränderung der Sozialdemokratie überzeugend vertreten, in der politischen Praxis eine gewerkschaftliche Orientierung der Jungsozialisten dokumentieren und einen Marsch in die »grüne Sackgasse« verhindern.

Auch weiterhin wird kritische Aufmerksamkeit gegenüber der Politik des Juso-Bundesvorstandes gefordert sein. Die Anstrengungen zur Integration des Gesamtverbandes auf marxistischen Positionen und mit einer aktionsorientierten Politik wird die Juso-Linke fortsetzen müssen.

Martina Tiltmann

Von der Doppelbelastung zur Partnerschaft — Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Bericht über die 6. Bundeskonferenz sozialdemokratischer Frauen (AsF) vom 15.-17. Juni 1981 in Bad Godesberg

An fehlenden oder unklaren Beschlüssen zu den Problemen der Mädchen und Frauen liegt es nicht, wenn die AsF innerparteilich, aber auch in der Öffentlichkeit wenig Beachtung findet. Engagiert und selbstbewußt nahmen die 250 Delegierten — unter weitgehender Abwesenheit der Parteiöffentlichkeit — in der Aussprache zum Referat des Bundesgeschäftsführers Glotz die Debatte um das Verhältnis sozialdemokratischer Frauen zur SPD auf: Forderungen und Positionen der Frauen werden unzureichend in die Parteidiskussion einbezogen; obwohl der Anteil der Frauen an den Parteimitgliedern in den letzten Jahren stark angestiegen ist, sind Frauen noch immer auf allen Ebenen unterrepräsentiert; das Parteileben ist frauen- und familienfeindlich organisiert; so lauteten die Hauptkritikpunkte. Glotz hatte einen schweren Stand. Sein Versuch, die schärfer werdenden Auseinandersetzungen um die innerparteiliche Frauendiskriminierung auf die Debatte um das Auftre-

ten von »jüngeren, gut ausgebildeten Frauen der Mittelschicht« in der AsF zu reduzieren, mißlang gründlich. Behinderungen und rigide Handhabung der Einvernehmensrichtlinien (z.B. Verbot von Pressekonferenzen, Ausschluß von der Bundestags-Wahlkampfkommission, Verschwinden von Druckvorlagen aus der Ablage etc.) machen die harte Gangart des Parteivorstands gegenüber seiner Frauenorganisation deutlich. Skeptisch und mißtrauisch aufgrund der negativen Erfahrungen in der Vergangenheit nahmen die Delegierten das Angebot des Bundesgeschäftsführers, eine gemeinsame Konferenz über Frauenfragen mit der Partei durchzuführen, an. Insgesamt hat sich die Distanz zwischen Parteiführung und der Arbeitsgemeinschaft der Frauen nicht verringert.

Das gewachsene Selbstbewußtsein schlug sich auch bei den Wahlen zum Bundesvorstand nieder. Mit der Wahl von Inge Wettig-Danielmeier (niedersächsische Landtagsabgeordnete) und den Stellvertreterinnen Ursula Pausch-Gruber (Franken) und Christine Schmarsow (Mittelrhein) sowie der Besetzung der 10 Beisitzerinnen-Posten machten die Delegierten deutlich, daß sie vom neuen Bundesvorstand eine engagierte Vertretung der Interessen der Frauen in den anstehenden innerparteilichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erwarten. Hierzu wird sowohl eine stärkere aktionsorientierte Konzentration auf zentrale Schwerpunkte der Arbeit als auch eine theoretische Verarbeitung der relativen Einflußlosigkeit der AsF erfolgen müssen, die sich nicht darauf reduzieren darf, die Rechtsentwicklung sozialdemokratischer Politik mit frauenfeindlichem Bewußtsein und Selbstverständnis der Genossen zu erklären. Deutlich geworden ist spätestens mit der wirtschaftlichen Krise, daß eine »Appell-Politik«, die die Umsetzung von Beschlüssen und sozialistischen Perspektiven hauptsächlich mittels Forderungen und Verhandlungen mit der Parteispitze und prominenten Genossen durchsetzen will, aussichtslos ist. Dennoch konnten die Ursachen dafür in der sich der Rechenschaftsdebatte anschließenden Diskussion über eine »Entschließung zur Lage und Strategie der AsF« (Mittelrhein) erst ansatzweise erfaßt werden. Mit der Verabschiedung dieses Antrags wurde immerhin beschlossen, daß in erster Linie Gewerkschafterinnen Aktions- und Gesprächspartner sind, danach aber durchaus auch Gruppen der autonomen Frauenbewegung sowie traditionelle Frauenorganisationen.

Die stärkere gewerkschaftliche Orientierung der Frauenarbeit innerhalb der AsF ist durch die Diskussionen und die zahlreich verabschiedeten Anträge zum gesamten Spektrum der Frauenfrage bestätigt worden. Gleichzeitig wurde in vielen Beiträgen — besonders in der Personaldebatte — deutlich, daß die AsF noch am Anfang ihrer Positionsbestimmungen in der Frage der Auseinsetzung mit dem feministischen Teil der Frauenbewegung steht. Der Einigkeit in der Überzeugung, in Zukunft in Aktionen stärker den Kontakt und die Zusammenarbeit mit diesem Teil der Frauenbewegung zu suchen, stand eine wenig selbstbewußte und eine theoretisch erst ansatzweise entwickelte Haltung in inhaltlichen Fragen gegenüber. Die Bundeskonferenz beschloß deshalb, Foren zum Thema »Feminismus und Sozialismus« durchzuführen, um zu einer theoretischen Klärung und einer Stärkung des Selbstbewußtseins der sozialdemokratischen Frauenbewegung beizutragen.

In der Diskussion über die Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Positionen von Frauen wurde die Notwendigkeit der schrittweisen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf sechs Stunden bei vollem Lohnausgleich als zentraler Baustein bei der Verwirklichung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mann und Frau betont, und die weitere Ausweitung der Teilzeitarbeit nach längerer Diskussion von der großen Mehrheit der Bundeskonferenz zurückgewiesen. Konservativen Familienmodellen, die die Frauen einseitig auf

Haushalt und Kindererziehung festlegen wollen, wurde mit diesem Ziel der gleichberechtigten Teilnahme am Arbeitsprozeß und am Familienleben eine eindeutige Absage erteilt. In einer Konzeption — so wurde argumentiert —, die Frauenerwerbsarbeit nur als »Notlösung« betrachtet, wird verschleiert, daß Frauen aufgrund ihrer ökonomischen Lage, fehlender Erziehungseinrichtungen und unzureichender Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten keine »Wahlfreiheit« haben. Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfordert deshalb neben einer Veränderung der Arbeitswelt familienergänzende Maßnahmen, die auch im Interesse von Vätern, besonders aber im Interesse der Kinder liegen. Zwar lehnte die Bundeskonferenz einen Rechtsanspruch für Kinder auf einen Platz in einer Krippe, in einem Kindergarten oder Kindertagesheim (Hamburg) ab, gefordert wurde aber eine quantitative und qualitative Angebotsverbesserung in diesem Bereich. Für die weitere Diskussion der frühkindlichen Erziehung wurde der Bundesvorstand beauftragt, ein detailliertes Konzept für die innerparteiliche und öffentliche Auseinandersetzung zu erarbeiten. Die Forderung nach einem aufzuteilenden Elternurlaub wurde von 18 Monaten (Beschluß Siegen 1977) auf 3 Jahre ausgeweitet, die Finanzierung soll über die Abschaffung des Steuersplittings ermöglicht werden.

Den allgemein-politischen Höhepunkt der Konferenz stellte die Diskussion um den sog. NATO-»Nachrüstungsbeschluß« dar. Nach einer mehr als vierstündigen Debatte, an der sich ca. 42 Rednerinnen und Redner beteiligten, wurde gegen das Votum von Peter Glotz und Karsten D. Voigt — manche Genossinnen waren amüsiert und befremdet darüber, sich dem ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden als offiziellen Verfechter der Mehrheitsposition der SPD-Bundestagsfraktion gegenüberzusehen — mit großer Mehrheit beschlossen, den Bundesvorstand der SPD, die SPD-Bundestagsfraktion und den Bundeskanzler aufzufordern, »dafür Sorge zu tragen, daß

- ohne weitere Verzögerung und ohne größere Denkpausen Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffensysteme in Europa zu begrenzen und zu kontrollieren..., in diese Verhandlungen müssen die betroffenen europäischen Staaten als eigenständige, gleichberechtigte Verhandlungspartner einbezogen werden;
- der NATO-Beschluß über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa schnellstens rückgängig gemacht wird;
- die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;
- keine Neutronenwaffen in der Bundesrepublik stationiert werden;
- der Rüstungsetat offengelegt wird und zugunsten sozialer Investitionen und mehr Entwicklungshilfe gesenkt wird;
- schnellstens eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen und durchgeführt wird.

Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich der Ablehnungsfront der belgischen, dänischen, niederländischen und norwegischen Sozialdemokraten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen anzuschließen.«

Mit diesem Beschluß, der die Kernaussagen des »Bielefelder Appells« aufnimmt, reiht sich die Bundeskonferenz der AsF ein in die innerparteiliche Ablehnungsfront des NATO-»Nachrüstungsbeschlusses«.

Peter Pelinka

SPÖ-Parteitag 1981: Ein Schritt zurück, einer vorwärts

Widersprüchlich wie die gesamte Position der Sozialdemokratie — so präsentierte sich Ende Mai auch der Parteitag der österreichischen Sozialisten in Graz, der erste nach dem Abgang von Rechtsaußen Androsch aus der Regierung und seiner hindernisreichen Inthronisierung in der größten Bank Österreichs, der verstaatlichten Creditanstalt-Bankverein. Eigentlich als glanzvoller Abschluß einer eher müde verlaufenen halbjährigen Debatte um ein neues Wirtschaftsprogramm der SPÖ gedacht, wurde der Parteitag entgegen der Regie hauptsächlich von einem Thema dominiert: dem Verhältnis zwischen Partei und Jugend.

Das mit einer Gegenstimme und mehreren Enthaltungen aus dem Bereich der Jugendorganisationen beschlossene Wirtschaftsprogramm spiegelt in seinen Gegensätzen die Bandbreite der Autoren wider: Reformistische »linke« Ökonomen, meist aus der spärlichen österreichischen 68-Generation kommend und im Arbeiterkammer- und Gewerkschaftsbereich tätig, lieferten ähnlich wie schon in der Parteiprogrammdebatte 1978 die ersten Entwürfe und wurden dann von den politischen »Machern« entsprechend zusammengestutzt — schon um ja nicht den von den Bürgerlichen nach dem Androsch-Abgang herbeizitierten Verdacht einer »linken« Machtübernahme in der SPÖ aufkommen zu lassen. Das Ergebnis war dementsprechend: Pluspunkten wie dem Ausbau der direkten Wirtschaftsförderung zuungunsten der indirekten, der vorgesehenen Abschaffung der vorzeitigen Abschreibung als einem der größten Steuerprivilegien für Unternehmer und einem klaren Bekenntnis zur Arbeitszeitverkürzung (wenn auch ohne klaren Termin) stehen mehr Minuspunkte gegenüber: Kein Wort zur vordem eifrig diskutierten Umverteilung des Volksvermögens mittels alternativer Steuer- und Lohnpolitik, das klare Festhalten am strategisch sturen, wenn auch wahltaktisch flexiblen Atomenergiekurs der SPÖ, das Negieren des sich in Österreich ausbreitenden Auslandskapitals und vor allem die Außerachtlassung einer, ebenfalls in den letzten Wochen der Androsch-Regentschaft vehement vom Bundeskanzler Kreisky ins Spiel gebrachten Zusammenfassung der Industriebetriebe der Verstaatlichten Banken zu einer Holding.

Gerade letzteres Problem ist in Österreich in letzter Zeit virulent geworden: Mehrere Betriebe von verstaatlichten Banken gingen aus offensichtlichen Managerfehlern pleite, einer davon (die für das »Weltraumfenster« im Space-Shuttle verantwortliche »Klimatechnik«) zeichnete durch die Flucht des Geschäftsführers sogar für den größten Wirtschaftskriminalfall der letzten Jahre verantwortlich. Der Verdacht liegt also nahe, daß trotz gewisser Verbesserungen zwischen Erst- und Letztentwurf — so wurde insbesondere das Ökologie- und das Entwicklungspolitikkapitel auf Grund parteiinterner Kritik verbessert — die tatsächlich brennenden Probleme im Programm nicht einmal angesprochen werden, das auch sonst nicht gerade zu neuen Ufern sozialdemokratischen Denkens aufbricht. Linke Sozialisten haben dies gemeinsam mit der »Katholischen Sozialakademie« auch kritisiert und in einer Tagung der linkssozialistischen Zeitung »tribüne« offene Fragen zusammengefaßt:

— Wie man im vergleichsweise außerordentlich großen verstaatlichten Sektor in Österreich neue Formen der Mit- und Selbstbestimmung einführen kann;

- wie man stärker Ämter im Gewerkschafts-, Kommunal- und Parteibereich entflechten kann;
- wie man mittels der direkteren und investitionslenkenden Wirtschaftsförderung nicht nur arbeitsplatzerhaltend, sondern auch im Sinne gesellschaftlich sinnvollerer Produktion eingreifen kann;
- wie die seit Jahren diskutierte große Steuerreform eine notwendige Egalisierung mit einer Kostenneutralität verbinden kann;
- und wie man den auch in Österreich wachsenden Rüstungssektor einschränken und schrittweise gänzlich auf Zivilproduktion umrüsten kann.

Eine Konsequenz dieser Tagung: Ende Juni konstituierte sich in Wien ein Verein zur Förderung von Modellen der Selbstverwaltung und Alternativproduktion, entstanden nach Überlegungen in einem von der Schließung bedrohten Industriebetrieb in der Steiermark.

Trotz der Bedeutung der Verabschiedung eines Wirtschaftsprogramms stand der Parteitag im Zeichen einer anderen Auseinandersetzung: Die erste Welle von Jugendunruhen steht in Österreich knapp bevor, die Proteste der Parteijugend gegen den verstärkten Einstieg der verstaatlichten Betriebe in die Rüstungsproduktion und insbesondere die führende Rolle von Sozialistischer Jugend und Junger Generation bei der Ablöse von Androsch hatten ein explosives Klima geschaffen. Auslösendes Moment dafür war der Protest von zwei jungen Delegierten gegen die neuerliche Kandidatur von Androsch für den Parteivorstand, in äußerst rüder Weise von anderen Delegierten »niedergebügelt« (»Ihr nützt den Feinden der Partei ... trojanische Pferde ... nur Neid am Lebensstandard etc....«). Immerhin strichen darauf 17 Prozent der Delegierten Androsch vom Stimmzettel, die vielfach vermutete Hintertür für eine Rückkehr in die Politik ist durch das große Aufsehen um den Vorgang zumindest für die nächste Zeit verschlossen, nicht zuletzt deshalb, weil auch Kreisky das ausdrücklich betonte (»So eine Bankiersstellung ist ja eine Lebensaufgabe.«) Doch die Retourkutsche nicht nur rechter, sondern auch zentristischer, über die Störung der Parteitagsruhe empörter Delegierter blieb nicht aus: SJ-Obmann Cap schaffte nur mit zwei Stimmen Überhang den Einzug in den Parteivorstand — was am nächsten Tag angesichts einer äußerst negativen Reaktion »liberaler Medien« (Jugendfeindlichkeit, Intoleranz der SPÖ) eine lange Debatte zur Jugendproblematik auslöste — vollkommen dominiert von reformistischen und linken Delegierten, die das intolerante Klima in der SPÖ gegenüber aufmüpfigen Jugendlichen heftig kritisierten. Auch wenn diese Auseinandersetzung noch eher auf der Ebene des Generationskonfliktes abließ, war der Parteitag in dieser Hinsicht doch ein wesentliches Moment einer Erweiterung der innerparteilichen Demokratie.

Eine Erweiterung, die die SJ dann gleich zwei Wochen darauf beim Festival der Jugendinternationale (IUSY) zu nutzen wußte. Die durch starke ausländische Beteiligung ermöglichte offensive Auseinandersetzung mit der aggressiven US-Politik, mit Aufrüstung und Kalter-Kriegsgefahr und gegen Atomtechnologie und andere Formen technokratischer »Sachzwang«-Ideologie hinterließ in weiten Teilen der SPÖ einen bleibenden Eindruck. Auch Bundeskanzler Kreisky reagierte sofort: In einem langen Interview in einem Wochenmagazin forderte er einerseits mehr Diskussionsbereitschaft mit der Jugend, warnte sie aber andererseits scharf vor »einseitigem« Pazifismus. Er ortete dabei auch gleich die neue ideologische Gefahr aus seiner Sicht: »Für die ist ja die KPÖ uninteressant, die orientieren sich an der KPI. Für die ist Bologna ja zu einem Wallfahrtsort und Gramsci zu einem Säulenheiligen geworden.«

Günther Bachmann und Karin Gauer-Krusewitz

Bericht über die Volksuni 1981

Nach einem erfolversprechenden Start im letzten Jahr lud zu Pfingsten in West-Berlin ein weiteres Mal die »Volksuni« ein. Ihre Gründung geht auf die Initiative von Gewerkschaftern, Betriebsräten, Wissenschaftlern und Künstlern zurück, die — sich am schwedischen Modell orientierend — die hiesige politisch-kulturelle Landschaft bereichern wollten.

Unter dem Motto »Aus der Geschichte lernen — leben lernen« wurde in Räumen und Plätzen der Freien Universität drei Tage und Nächte lang zwischen Lust und Streß der gemeinsame Versuch unternommen, die Isolierung der sich gegenseitig ausgrenzenden vielschichtigen sozialen Bewegungen in unserer Gesellschaft zu durchbrechen und im Prozeß des sich Zuhörens, voneinander Lernens, sich Ernstnehmens fortschrittsweisendes Politik- und Kulturleben zu entwickeln.

Augenfällige Veränderung gegenüber der ersten Volksuni war die Vielfältigkeit der Themen und Veranstaltungsformen. Neben den noch dominierenden Seminaren mit Vortrag und oft zu kurz gekommener Diskussion gab es Werkstätten, Projekt-Vorstellungen, Filmvorführungen, Kabarets, Sport- und Tanzangebote sowie Podiumsdiskussionen — dies alles verteilt auf ca. 140 Veranstaltungen.

Die Verdreifachung des Angebots reflektiert zum einen die vorjährige Erfahrung überfüllter Räume, zum anderen darf sie als Gradmesser für die beginnende »Verankerung« der Volksuni in den verschiedenen »Bewegungen« gesehen werden. Auch die Massenmedien nahmen die Aktivitäten des Projekts Volksuni recht aufmerksam zur Kenntnis und berichteten meist ausführlich und interessiert.

Thematisch gliederte sich das Programm in die Bereiche Grundlagen, Gewerkschaftsbewegung, Frauen, Ökologie, Friedensbewegung, Ausländer, Christen, Kultur, Erziehung und Lebensweise. Das heterogene Spektrum des dargebotenen und zur Mitgestaltung animierenden Programms bedeutete für den einzelnen Besucher zweierlei:

Es bot die Chance, auf Unbekanntes neugierig zu werden, zum andern aber auch zugleich Belastung, ständig zwischen vielerlei Interessant-Wichtigem wählen zu müssen. Zudem erwies sich der zwei-Stunden-Pulsschlag der Volksuni-Veranstaltungen als Hindernis. Gerade bei umstrittenen Themen wurde die zeitliche Begrenzung oft zur ungewollt inhaltlichen.

Die thematische Vielfalt der diesjährigen zweiten Volksuni war neben dem Spiegelbildcharakter der Bewegungsvielfalt (wobei sie offensichtlich für die schillernde Alternativszene noch kein Forum darstellte) auch konzeptionellen Überlegungen geschuldet. Bei gemeinsamen Strategie-Diskussionen sollte es — wie Helmut Gollwitzer in seiner Eröffnungsrede hervorhob — keinen vorgeprägten Führungsanspruch einer Bewegung über die anderen geben, sondern die Chance geboten werden, pluralistisch-gleichberechtigt neben- und miteinander zu existieren.

Die dreitägige Praxis der Volksuni lehrte, daß sich die politisch dominierenden Probleme auch — sozusagen hinter dem Rücken der Volksuni-Planer — als Hauptfragestellungen durchsetzten. Im überwiegenden Teil der diversen Veranstaltungen wurde in Richtung auf die zentrale Frage von Gegenwart und Zukunft, Krieg oder Frieden, diskutiert. Die thematischen Details der Angebote und der sie repräsentierenden sozialen Bewegungen (z.B. Christen und Frieden, Ökologie und Militär, Gewerkschafter aus der BRD und dem

Ausland, Frauen und Frieden usw.) wurden durch die die Volksuni durchziehende Frage der Friedenssicherung zusammengeführt. Dieser Umstand bedeutete zwar nicht die Dominanz der Friedensbewegung über die anderen sozialen Bewegungen; sie erschien indes als quasi übergeordnete Frage unserer Zeit und machte das Zusammenfinden der Bewegungen über Diskussionen hinaus auf gemeinsame Aktionen, ineinandergreifende politische Tätigkeiten hin produktiv.

Wolfgang Abendroth nannte dies in seinem Grußwort an die Volksuni 1980 das Aufarbeiten der Theorie zugunsten der Praxis der Linken. Dies ist der VU in einem ersten wichtigen Ansatz gelungen!

Es ist zu überlegen, ob sie nicht im nächsten Jahr im Sinne der wichtigen Probleme der Praxis der Linken zu einer thematisch zentrierten Form kommen sollte, die es auch vom organisatorischen und didaktischen Aufbau der einzelnen Veranstaltungen erlaubt, brisante Probleme ausgiebiger und handlungsanleitender als bisher zu verfolgen. Dazu gehört allerdings, daß alle Teile der Linken die VU als ihr Projekt, ihr Forum sehen und die Durchführung als ihre politische Aktion verstehen.

Buchbesprechungen

»Öffentlicher Dienst — ein Dienst für alle«

Zu einer Zeit, wo es den Aposteln der Profitwirtschaft recht gut gelungen ist, weite Teile der Bevölkerung einschließlich der Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft gegen den öffentlichen Dienst aufzubringen, verdient es Respekt, daß die Gewerkschaft ÖTV, Bezirksverwaltung Berlin, unter diesem Titel jetzt eine Broschüre herausgebracht hat. Das Leitmotiv steht auf der Umschlagseite: »Berlin, Stadt der Arbeitnehmer«. Dieser Anspruch wird in der 40seitigen außerordentlich gut gegliederten und mit Materialien versehenen Broschüre eingelöst; die Schrift ist auch außerhalb Berlins für die Information gerade der Arbeitnehmer über Sinn und Zweck öffentlicher Dienstleistungen uneingeschränkt zu empfehlen.

Daß die derzeitige Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeitnehmer im privaten wie im öffentlichen Bereich »gelöst« werden soll, mag ja noch für viele einsichtig sein; auf welche Weise das aber geschieht und wie sehr sich viele von hochbezahlten Befürwortern des »Gürtel-enger-Schnallens« und der »Verstärkung der Marktkräfte« sowie der »Überprüfung der Sozialleistungen« verwirren lassen, das muß der Grund zur Aufklärung zum Zweck der Interessenvertretung aller Arbeitnehmer sein. Der öffentliche Dienst ist eine wichtige Bedingung dafür, daß gerade die Arbeitnehmer zu vernünftigen Bedingungen versorgt werden und daß notwendige Basisfunktionen für Wirtschaft und Gesellschaft durch ihn garantiert werden. Die hochverdienenden Oberschichten können den Staat und den öffentlichen Dienst auf ihre Weise ausnutzen: durch Steuerpräferenzen, durch Subventionen und andere schöne Dinge. An kostengünstiger Versorgung mit vielen sozialen Diensten, mit Angeboten des öffentlichen Gesundheitswesens oder gar mit Leistungen der Sozialhilfe sind sie nicht interessiert, da sie das nicht brauchen bzw. privat und exklusiv kaufen.

In der Broschüre der ÖTV wird die Interessenbezogenheit der öffentlichen Dienste konkret deutlich. Sie stellt im einzelnen begründet dar, wie sehr sie notwendige Dienstleistungen für die Bürger sind und dazu beitragen, die desolate Beschäftigungssituation nicht ins Katastrophale sich auswachsen zu lassen. Die ÖTV Berlin zeigt aber auch, daß der Bedarf an vorsorgenden sozialen Diensten »noch längst nicht gedeckt« ist und daß durch Prävention das Wohlbefinden vieler Bürger verbessert und mittelfristig gesehen die Kassen der öffentlichen Hand geschont blieben.

Ausführlich befaßt sich die Schrift mit Berliner Sonderproblemen, die aber in den meisten Fällen besondere Problemlagen schnell gewachsener Großstädte sind. Regionale Besonderheiten sind ein höherer Krankenstand, häufige Arbeitsunfälle und mehr Berufskrankheiten. Ferner überproportionale Anteile von Rentnern, Ausländern und Studenten. Und schließlich ein erhebliches Sozialgefälle zwischen den verschiedenen Bezirken und auch innerhalb der Bezirke.

Die Gewerkschaft ÖTV beläßt es nicht bei der Analyse, sondern stellt ihre Beschlüsse zur Verteidigung der öffentlichen Dienste und der sozialen Errungenschaften vor, die sie in einen offensiven Zusammenhang stellt: Effektivitätssteigerung öffentlicher Dienste aufgrund der Notwendigkeit der humanen Versorgung gerade der Unter- und Mittelschichten der Bevölkerung zu humanen Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ist die durchgängige Linie, die beispielsweise mit Vorschlägen zur Ausweitung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der städtischen Eigenbetriebe (etwa Modellinvestitionen in Sachen Recycling), für ein regionales und überregionales Verkehrsverbundsystem und für eine bedarfsorientierte Zusammenfassung sozialer Dienste konkretisiert werden.

Wie gesagt, in Zeiten, wo jedenfalls die Mehrheit der veröffentlichten Meinung nach Rationalisierung und Privatisierung des öffentlichen Dienstes ruft, eine mutige Schrift. Sie geht auch auf Nutznießer des öffentlichen Dienstes ein, für die gewerkschaftliche Solidarität nicht notwendig ist, die aber — nämlich die höchsten Beamten und Politiker mit Spitzengehältern — immer wieder beispielhaft auftauchen, wenn es um Belege dafür geht, daß der öffentliche Dienst ein »Selbstbedienungsladen« sei. Real gespart wird dann freilich woanders: bei Krankenschwestern und Sozialarbeitern zum Beispiel. Schließlich soll ja die Staatsverschuldung geringer werden.

Im letzten Teil geht die ÖTV-Schrift auf das Heiligste ein, was unsere Marktwirtschaft zu bieten hat: die Wirtschaftstätigkeit der privaten Unternehmer, die sich gerade in Berlin gern vom Staat ihre Risiken versichern und ihren Wagemut bezahlen lassen: »Mit den Mitteln der Wirtschaftsförderung müssen vorrangig Arbeitsplätze geschaffen werden.« Die Forderung ist plausibel, gerade wenn bedacht wird, daß der überwiegende Anteil der Staatsausgaben aus Abgaben der Arbeitnehmer finanziert wird. Aber was plausibel ist, ist noch lange nicht durchsetzbar, vor allem nicht, wenn die vereinigten Unternehmer und erhebliche Teile der politischen Landschaft bei einer Koppelung der Subventionen an die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen um die Attraktivität der Stadt für Kapitalanleger fürchten.

Die ÖTV-Schrift ist eine notwendige und gute Sache; sie wird die Durchsetzungsbedingungen für gewerkschaftliche Forderungen im Sinne der Mehrheit der Bürger, d.h. der Arbeitnehmer, sicherlich verbessern.

Hans-Dieter Bamberg

FrauenBilderLeseBuch. Hrsg.: Elefanten Press, Anna Thüne und Rina Olfe-Schlothauer. Elefanten Press Verlag, Berlin (West) 1980.

70 Jahre internationaler Frauentag waren für Frauen in und um die Elefanten Press der Anlaß, ein »nützliches, lustiges, lehrreiches Buch« herauszugeben, »das dennoch einfach zu lesen bleibt, mit vielen Bildern, Gedichten und kurzen Geschichten, eines, das Denk- und Erholungspausen ermöglicht«. Entstanden ist ein Buch, das auf der Suche nach den Gründen der offiziellen Geschichtslosigkeit der Frau vielfältige Informationen zur gesellschaftlichen, ökonomischen und persönlichen Situation anbietet und dabei weit in die Vergangenheit zurückgeht.

Diskriminierung und Diffamierung, aber auch der Jahrhunderte währende Kampf der Frauen gegen Unterdrückung und für Gleichberechtigung werden in 6 großen Bereichen vorgestellt: Geschichte, Arbeit, Kultur, Elend, Liebe/Leben, Frauen gemeinsam sind stark. In den Bereichen Geschichte und Arbeit, die etwa die Hälfte des Bandes ausmachen, wird zum einen deutlich, daß beispielsweise die kräuter- und heilkundige Hexe des Mittelalters als Krankenschwester von heute zwar nicht mehr gefoltert und verbrannt wird, dafür aber zermürbende Kämpfe gegen Herrschaftsansprüche von männlichen Vorgesetzten führen muß, und zum anderen, daß die Widerstandsformen von Frauen ganz eigener Art waren und sind. Ein gelungenes Beispiel ist der Kampf amerikanischer Bergarbeiterfrauen, die ihre streikenden Männer aufforderten, zu Haus zu bleiben und mit Besen, Mops und Bratpfannen erfolgreich gegen Streikbrecher vorgingen. Geschickt nutzten sie dabei die Hemmungen der Bergwerksleitung aus, gegen Frauen von vornherein so brutal wie gegen Männer vorzugehen. Die Schwäche der Frauen wurde hier zur Stärke.

Besonders spannend, da bisher in den »traditionellen« fortschrittlichen Büchern über Frauen vernachlässigt, ist der Themenbereich Frauen und Kultur. Wenn die Frau in Kunst und Wissenschaft überhaupt auftaucht, dann als Modell und Muse des männlichen Künstlers, die inspiriert, aber Objekt bleibt, ausgeschlossen bzw. gehindert, *selbst* kreativ zu werden, gestaltendes Subjekt. Die »Gefahr« für die von Männern beherrschte Gesellschaft wird sichtbar: Mit zunehmender Erkenntnis der eigenen Lebensbedingungen dringen Frauen darauf, diese zu verändern, um nicht länger Beherrschte, sondern Teilhabende, Gestaltende zu sein.

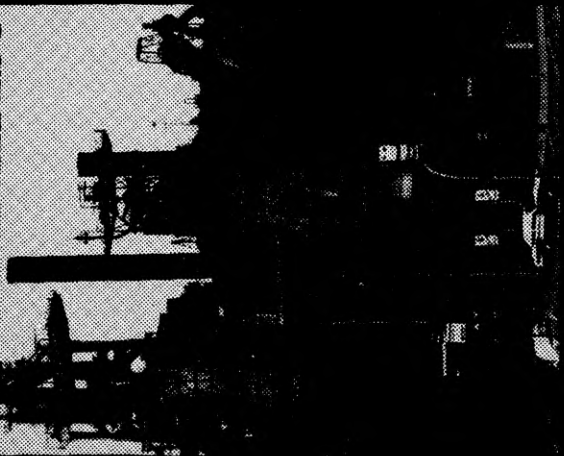
In dem eben genannten Zusammenhang ist die Dürftigkeit des letzten Themenbereichs »Frauen gemeinsam sind stark« besonders enttäuschend. Nach einem ungemein eindrucksvollen Foto, auf dem ein Mann argwöhnisch durch die Fensterscheibe eines Frauenladens sieht, in dem lachende, redende und lesende Frauen sitzen, folgen 20 Seiten, deren Beiträge mit wenigen Ausnahmen auch den anderen 5 Bereichen hätten zugeordnet werden können. Zum Thema Frauenzeitschriften gibt's ganze 15 Zeilen, nur 3 Zeitschriften werden erwähnt (Courage, Emma, Im Blickpunkt der Berlinerin); zum Thema »Frauen gegen rechts« gibt's zwar 6 Fotos, aber auch nicht mehr Textzeilen! Sehr abrupt schließt der Band dann mit einem Beitrag über Frauen und Friedensbewegung. Offenbar sind Zeit und Arbeitskraft knapp geworden! Ein Verzicht auf diesen Bereich wäre daher mehr gewesen, denn die Stärke des FrauenBilderLeseBuchs liegt gerade darin, daß es gelungen ist, die gemeinsame Stärke von Frauen gegen die Unterdrückung von Mann und Gesellschaft in den vorherigen Themenbereichen immer wieder auf's Neue mit viel Engagement und Mut zum Widerstand zu illustrieren.

Heike Wilke

REVIER-Redaktion

Brennpunkt

Stahlkrise



Ursachen und Lösungsperspektiven

REVIER

Das neue Buch zur Stahlkrise, mit dem wir dazu beitragen wollen, daß die Entwicklung realistischer Lösungsperspektiven vorangeht – solcher Perspektiven, die die Lösung nicht auf dem Rücken der Kollegen austragen.

Aus dem Inhalt:

- Verlauf, Ursachen und Lösungsperspektiven der Stahlkrise
- Fallanalysen (Hagen, Oberhausen, Saarland, Dortmund)
- Gewerkschaft und Krise
- Dokumentation
- 1. Dortmund-Debatte (Arbeitnehmermemorandum, SPD, CDU, Ludger Pries, REVIER, KB, Z, DKP)
- 2. Beiträge zur Stahlkrise (IGM, SPD, Memorandum-Gruppe, SOST, Grüne, REVIER)

312 Seiten DIN A 5, 12 DM + 2 DM Versand
Bestellen gegen Rechnung oder Verrechnungsscheck direkt an: Margret Jäger REVIER-Verlag, Stegstr. 15, 4100 Duisburg Tel. 0203/340083



**FRAUEN-
FORMEN
AS 45**

Frauenformen Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation

Hrsg. v. Frigga Haug
230 S.: 15,50 DM (f. Stud. 12,80)

Ausgangspunkt dieses Buches einer Gruppe des Sozialistischen Frauenbundes war die Frage nach der Entstehung von sogenannten weiblichen Eigenschaften wie Passivität, Einfühlungsgabe, Bescheidenheit, Zärtlichkeit usw., Eigenschaften also, die mehr oder weniger offensichtlich der Unterdrückung dienen.

In ständiger Konfrontation mit eigenen Erfahrungen und Erinnerungen sowie in kritischer Auseinandersetzung mit Ursula Scheu entwickeln die Autorinnen eine Theorie der weiblichen Sozialisation und speziell der Unterwerfung, die nicht nur der feministischen Sozialisationstheorie neue Erfahrungen bringt.

ARGUMENT
STUDIENHEFTE
SH 46

FRAUEN —
OPFER ODER TÄTER?
DISKUSSION



Frauen — Opfer oder Täter? Diskussion

72 S.: 5,— DM

»Auch das Sich-Opfern ist eine Tat und kein Schicksal, jede Unterdrückung — soweit sie nicht mit äußerem Zwang arbeitet — braucht die Zustimmung der Unterdrückten.« Frigga Haugs Opfer-Täter-These hat eine Vielzahl von entgegengesetzten Meinungen provoziert: »Die richtige Theorie, um uns Frauen in den Rücken zu fallen.« »Einsichten, die mir Mut machen.«

Soweit erreichbar, wurden unterschiedliche Diskussionsbeiträge aus dem In- und Ausland (sie reichen von persönlichen Erfahrungsberichten bis zur Frage, wie Politik zu machen und zu begreifen sei) in einem Studienheft zusammengetragen.

Autorenverzeichnis

Bachmann, Günther, geb. 1955; Stud. am Fachbereich Landschaftsentwicklung der TU Berlin, Mitglied der ÖTV.

Bamberg, Hans-Dieter, geb. 1942; Prof. für politische Wissenschaften. Veröffentlichungen zu Rechtsradikalismus und Konservatismus sowie zum Verhältnis von Hochschule und Gewerkschaften. Mitglied der SPD und der HBV.

Beling, Günther, geb. 1957; Studium der Politischen Wissenschaften an der Universität Hamburg. Mitglied der SPD und des Landesvorstandes der Hamburger Jungsozialisten, Mitglied der ÖTV, der SJD, Die Falken und der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Brögeler, Robert, geb. 1947; Dipl.-Soziologe, z.Zt. Doktorand der Hans-Böckler-Stiftung des DGB zu Themen arbeitnehmerorientierter Wissenschaft, Mitglied der SPD und GEW.

Ernst-Pörksen, Michael, geb. 1951; Dipl.-Volkswirt, Mitglied der ÖTV.

Gauer-Krusewitz, Karin, geb. 1950; Wiss. Assistentin am Institut für Landschaftsökonomie der TU Berlin. Arbeitsschwerpunkt: Umweltpolitik. Mitglied in ÖTV, BdWi und der Redaktion der Zeitschrift »spw«.

Günther, Joachim, geb. 1951; Studienreferendar, Mitglied der SPD seit 1969, 1978-1980 stellv. Landesvorsitzender der Berliner Jusos, Mitglied der GEW und der Kultur-Kommission der Zeitschrift »spw«.

Hajen, Leonhard, geb. 1948; Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Mitglied der ÖTV, Ortsvereinsvorsitzender in der SPD Altona-Nord.

Krätke, Stefan, geb. 1952; Dipl.-Ing. und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Stadterneuerung der HdK Berlin. Veröffentlichungen u.a.: Bodenrente und Stadtstruktur, Berlin 1979.

Otto, Karl A., geb. 1934; Dozent für Politische Soziologie und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld. Veröffentlichungen u.a.: »Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70« (21980), »Die Revolution in Deutschland 1918/19« (1979), »Außerparlamentarische Bewegungen — Kontinuität und Perspektiven« (1980), »Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze« (1981). Mitglied der SPD und GEW.

Pelinka, Peter, Dr., geb. 1951; Redakteur der »Arbeiterzeitung (AZ)« in Wien. Mitglied der SPÖ und Funktionär der Sozialistischen Jugend Österreichs (SJÖ). Publikationen zum Austromarxismus und zur Geschichte der Sozialistischen Jugend.

Schmidt, Christian, Dr, geb. 1943; Gymnasiallehrer für Französisch und Geschichte, Mitglied der SPD und der GEW.

Scholz, Olaf, geb. 1958; Einstufige Juristenausbildung (Praktikant). Früher Mitglied im Landesvorstand des Sozialistischen Schülerbundes (SSB) Hamburg. Mitglied der ÖTV und der SPD, Beisitzer im SPD-Unterbezirksvorstand Wandsbek und Vorsitzender der Jungsozialisten Hamburg-Wandsbek.

Seyfried, Erwin, geb. 1950; Dipl.-Psychologe, Lehrbeauftragter am Psychologischen Institut der FU Berlin. Mitglied der SPD und stellv. Leiter des Ressorts Organisation der »Volksuni«.

Siegfried, Jörg-Klaus, Dr. phil., geb. 1940; Studium der Politikwissenschaften und Germanistik in Marburg und Berlin, Leiter des Stadtarchivs Wolfsburg. Veröffentlichungen zum Thema Faschismus.

Tiltmann, Martina, geb. 1953; Dipl.-Soziologin, Mitarbeiterin am Projekt »Verkäuferinnen in Warenhäusern«. Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und der SPD, des Bezirksausschusses der SPD Ostwestfalen-Lippe und des AsF-Bezirksvorstandes.

Westermann, Karin, geb. 1955; Studium der Politologie und Chemie. Arbeitsgebiet: Sozialliberale Kulturpolitik und Kulturtheorie. Mitglied der SPD und der Kulturkommission der spw.

Wilke, Heike, geb. 1944; Dipl.-Bibliothekarin im öffentlichen Büchereiwesen (kombinierte Schul- und öffentliche Bibliothek). Mitglied der SPD und Kreisdelegierte in Berlin-Steglitz, Mitglied des Sozialistischen Frauenbundes West-Berlin (SFB/W).

soeben erschienen
Bestellungen über:
spw-Vertrieb, Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel.: 030/8342422

spw



Linke Sozialdemokraten & bundesrepublikanische Linke

Diskussion am Beispiel
der Herforder Thesen

Wolfgang Abendroth	Wieland Elfferding
Detlev Albers	Detlef Hensche
Rudolf Bahro	Mechtild Jansen
Joachim Bischoff	Erich Meinike (MdB)
Josef Cap	Peter v. Oertzen
Lottemi Doormann	Lothar Peter
Alex Drexler	Klaus-Peter Wolf u.a.

Sonderheft 3

10,80 DM ISBN 3-922489-01-X